

Dorte Huneke (Hrsg.)

Ziemlich deutsch

Betrachtungen aus dem
Einwanderungsland Deutschland

Dorte Huneke (Hrsg.)
Ziemlich deutsch

Schriftenreihe Band 1386

Dorte Huneke (Hrsg.)

Ziemlich deutsch

Betrachtungen aus dem
Einwanderungsland Deutschland

Bonn 2013

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktion: Anne Seibring
Lektorat: Yvonne Paris

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagfoto: ullstein bild – CARO/Andreas Muhs, Straßenrestaurants in Berlin-Kreuzberg
Satzherstellung: Naumilkat, Düsseldorf
Druck: CPI books GmbH, Leck

Die Texte dieser Ausgabe – mit Ausnahme der Bilder und der Fundstücke – stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – NichtKommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN 978-3-8389-0386-6

www.bpb.de

Inhalt

BARBARA JOHN Vorwort	7
DORTE HUNEKE Einleitung	11
DORTE HUNEKE Ulrich Pieper: »Dass die uns überhaupt ernst genommen haben!«	22
ANTON RÜTTEN Die Erfindung der Integrationspolitik	31
NAIKA FOROUTAN / DORTE HUNEKE »Wir brauchen neue Narrationen von einem pluralen Deutschland« – Interview	43
DORTE HUNEKE Carmen Ludwig / Zandile Ngono: »Wir müssen die Erinnerung aufbrechen!«	56
JOHANNA AHLRICHS / DORTE HUNEKE »Sind unsere Schulbücher noch zeitgemäß?« – Interview	66
DORTE HUNEKE Vielfalt in den Museen, in der Kunst	77
STEFAN KEIM Achtung Deutsch! Interkulturelles Theater	90
JENS KIRSCHNECK Im Sisyphos-Land – Eine neue Fußballspielkultur	100
HERIBERT PRANTL Neue deutsche Bürgerlichkeit: Einigkeit, Respekt und Freiheit	108
KARLIES ABMEIER Tabus in öffentlichen Debatten. Zur Fragwürdigkeit von verschwiegenen Bereichen	119

Inhalt

MATTHIAS DROBINSKI	
Wie viel Religion braucht, verträgt und erträgt eine moderne und plurale Gesellschaft?	127
Fundstücke aus 50 Jahren Einwanderungsgeschichte	133
DORTE HUNEKE	
Gabriele Ohl: »Deutschland fehlt eine Willkommenskultur«	146
DORTE HUNEKE	
Nadja Sponholz – Mein Kiez, meine Heimat, mein Traum	155
HACI HALIL USLUCAN	
Wir profitieren alle von der Vielfalt – Bildungspotenziale durch Zuwanderung	163
KARL-HEINZ MEIER-BRAUN	
Arbeitsmigranten waren und sind unentbehrlich für uns	172
LINDA ZERVAKIS	
Brief an »Tante Eleni«	181
ANETTA KAHANE	
Deutsche Mauerstücke	188
DORTE HUNEKE	
Stadt, Land, Migration	
Neue deutsche Urbanität – und das Gleiche in Grün	198
Kleine Chronik des Einwanderungslandes Deutschland	210
Statistiken zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland	222
Die Autorinnen, Interviewpartnerinnen und Autoren	225
Die Herausgeberin	228
Bildnachweis	229

Barbara John

Vorwort

Als Neil Armstrong nach der ersten Mondlandung 1969 wieder auf der Erde stand, wurde er gefragt, was sich bei ihm verändert habe. »Mein Bild von der Erde«, antwortete er, »meine Einstellung zum Leben auf der Erde, das Wunder unserer Existenz im Kosmos.« Fast alle Astronauten nach ihm bestätigten seine Antwort. Der tagelange Flug im dunklen, leblosen Weltall hatte die bisher selbstverständliche Existenz von Leben jeder Art auf unserem kleinen Planeten für die Weltraumfahrer in ein völlig neues Licht gerückt. Die Mondlandung als neue Inbesitznahme der Erde. Klingt paradox und ist doch naheliegend, erleben doch Astronauten eine total andere, absolut neue Perspektive unserer Existenz.

Nach fast sechzig Jahren Einwanderung erfahren wir Ähnliches, ganz ohne Flug zum Mond. Denn was wir als Deutsche in dieser Zeit über uns gelernt haben, als wir unseren Blick auch auf die Einwanderer richten mussten, war wie eine Entdeckungsreise zu uns selbst. Es ist mehr, als alle Soziologen bisher zusammentragen konnten. Und das ist erst der Anfang. In den nächsten sechzig Jahren kommt noch vieles dazu, woran wir heute noch gar nicht denken. Es bleibt elektrisierend und mitreißend für alle, die ihr Kolumbus-Gen aktivieren wollen.

Meine erstaunlichste Entdeckung ist der Kleinmut vieler Deutscher, ihre Ängste, dass die »Integration« in unserem Land zum Scheitern verurteilt sein müsste. Oft machen sie es fest an ihrer Überzeugung, Einwanderer seien nur am deutschen Sozialstaat interessiert und sonst an gar nichts. Deshalb würden sie unserem Land kulturell, politisch und wirtschaftlich tiefgreifend schaden. Deutschland befinde sich deshalb im Abstieg. Zwar zeigen die aktuellen Wirtschaftsdaten in die entgegengesetzte Richtung, doch die Angst, alles könnte sich durch die Einwanderer zum Schlechteren wenden, lebt weiter.

»Angst essen Seele auf« – so hieß der 1973 gedrehte Film von Rainer Werner Fassbinder, in dem vordergründig die Liebesbeziehung zwi-

schen der älteren deutschen Putzfrau Emmi (Brigitte Mira) und dem jungen Gastarbeiter Ali (El Hedi Ben Salem) aus Marokko im Mittelpunkt steht. Doch der Film erzählt noch eine zweite Geschichte: Es geht um die Bewertung von Ausländern als grundsätzlich Fremde und um die Unfähigkeit, ihnen zu vertrauen. Der Filmtitel gibt die Befindlichkeit Alis wieder, der sich unverstanden und gedemütigt fühlt. Das war vor vierzig Jahren. Heute – die Zahl der Einwanderer hat sich vervierfacht, von 4 auf 16 Millionen – knabbern Ängste auch an deutschen Seelen. Woran das festzumachen ist? Etwa an den über vierhundert Seiten langen Jammer-Arien, die uns erklären, dass die Einwanderung für Deutschland im Großen und Ganzen ein Verlustgeschäft an Intelligenz, an Kultur, an Identität ist.

Im Frühjahr 2012 machte sich die Verlustangst in der Stadt Kassel breit, weil die Stadtregierung beschloss, eine Straßenbahnhaltestelle in Halitplatz/Philipp-Scheidemann-Haus umzubenennen. Damit soll das Gedenken an Halit Yozgat wachgehalten werden, der 2006, ganz in der Nähe, das neunte Todesopfer der NSU-Mörder wurde. Ismail Yozgat, Halits Vater, will von Deutschland nur dieses Zeichen, sonst gar nichts. Doch für hunderte von Internet-Schreibern scheint mit dieser Namensänderung eine Welt zusammenzubrechen. Sie entrüsten sich aggressiv, sehen sich als Opfer von Überfremdung, haben das Gefühl, als Deutsche nur Menschen zweiter Klasse zu sein, beklagen den Verlust von deutscher Identität und Souveränität. Die Haltestellen-Umbenennung ist dafür der konkrete Anlass, aber nicht der Grund. Der liegt tiefer; es ist ziemlich neurotisch.

Wir wagen es einfach nicht, an die Werte zu glauben, die in unserer Verfassung stehen und Grundlage unserer politischen Praxis sind: Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Und solange wir selbst von Kleinmut beherrscht und nicht überzeugt sind, diese Werte als die Hauptattraktionen einer offenen Gesellschaft zu verstehen, zweifeln wir natürlich daran, dass Einwanderer dies könnten.

Doch, sie können es! Gerade sie. Sind nicht die meisten nach Deutschland gekommen, weil sie diese Werte in ihren Herkunftsländern entbehren mussten? Es sind nämlich keineswegs nur die Segnungen unseres Sozialstaates, die sie anziehen. Die eigentlichen Attraktionen sind die persönliche Freiheit in der Wahl des Berufes, des Partners, der eigenen Wohnung, der politischen Anschauung, die Gleichbehandlung vor dem Gesetz, ein geordnetes Alltagsleben nach rechtsstaatlichen Gepflogenheiten, nicht nach willkürlicher Auslegung.

Bei der zweiten Entdeckung geht es um Kultur. Hier scheinen wir eine einfache Tatsache gründlich missverstanden zu haben: Kultur verstehen wir oft statisch, unveränderbar, unwandelbar, gänzlich undurchlässig.

Gönnerschaft sprechen einwanderungsfreundliche Politiker deshalb oft von der »Bewahrung kultureller Identität«. Was soll das sein? Seit wann sind Menschen kulturfixiert, also total festgelegt, auf eingeschliffene Verhaltens- und Denkmuster, insbesondere auch bei einer Änderung ihrer Lebensumstände? Das mag vorübergehend bei Einzelnen so sein, aber das grundlegende Prinzip ist die Kulturfähigkeit, also die Anpassung an neue Verhältnisse.

Im Jahr 2011 war ich eingeladen, bei einer Tagung zum Thema »Integration und Identität in der globalen Gesellschaft« mitzumachen. Veranstalter waren das Deutsch-Russische Forum und der Petersburger Dialog. Neben Deutschen und Russen waren unter anderem auch Teilnehmer aus China, der Türkei und Indien eingeladen. Was mich zur Teilnahme regelrecht anstachelte, war die Eingangsthese meiner Diskussionsrunde: »Identität bewahren, Integration fördern – soziale Utopie oder politisches Programm?« Da war sie wieder, die so rücksichtsvolle, aber gedankenlose Phrase aus den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland, mit der die meisten Politiker Einwanderern die Eingliederung schmackhaft machen wollen: Integration heißt nicht Aufgabe, sondern Beibehaltung der kulturellen Identität. Falsch war die Phrase immer, weil der Eindruck erweckt wurde, die kulturelle Prägung sei etwas Unantastbares, Unveränderliches, fast wie ein körperliches Merkmal, etwa die Körpergröße, die Augenfarbe oder die Armlänge. Wäre es so, wären wir alle in unser jeweiliges kulturelles Gefängnis eingesperrt, unserer erworbenen Identität hilflos ausgeliefert, schon zu Lebzeiten mumifiziert, damit wir durch keine äußeren und inneren Einflüsse mehr verändert werden können.

Lassen sich Menschen aber auf diese Deutung ein, wird es meist unangenehm, nicht selten lebensgefährlich. Denn dann geht es für sie ja ums Ganze, um die Behauptung ihres innersten Kerns: Kultur und Identität. Die Folgen sind aktuell weltweit zu besichtigen, beispielsweise bei den Taliban in Afghanistan. Es ist also höchste Zeit, das starre Identitätsverständnis auf den Abfallhalden für grausam-mörderische Mythen einzubetonieren, anstatt es als nützliches, unverzichtbares Konzept für funktionierende kulturelle Vielfalt zu propagieren. Die wird nicht durch stures Bewahren erzeugt, sondern durch das Ausprobieren neuer Freiheiten. Genau das taten die Töchter türkischer Einwanderer gegen Ende der 1990er-Jahre in Berlin, als sie einen der ersten Fußballerinnenvereine in Europa gründeten. Auf dem Weg zum Training im Kopftuch, doch auf dem Spielfeld mit Stollenschuhen und Schweißband. Als dann in einem bedeutenden Wochenmagazin ein Artikel über sie erschien, stand der Verein vor dem Aus. Die Überschrift des besagten Artikels lautete: »Sie [die

Fußballerinnen – d. Red.] kicken gegen die Eltern und den Koran«. Da war es wieder, das Dogma vom Bewahren, welches die jungen Frauen aus Sicht der deutschen Journalisten verletzt und weshalb sie gleich zu Zerstörerinnen ihrer Kultur erklärt wurden. Als gäbe es für sie nur das Eine oder das Andere. Herkunftskultur schließt aus dieser Perspektive das Hineinwachsen in die deutsche Kultur aus, jedenfalls bei den jungen Frauen aus Einwandererfamilien. Würde ein Journalist auf die Idee kommen, über deutschstämmige Fußballerinnen zu schreiben: »Sie kicken gegen den Papst und die Bibel«?

Eine dritte Entdeckung, und es ist eine Veränderung, die der Anfang vom langsamen Verblässen unserer Ängste und Zwänge sein könnte: Wir Deutsche ändern Verhaltensweisen, die vor Jahren noch als festgefügt galten. Was im öffentlichen Raum gleich ins Auge springt, ist die neue Lust der Deutschen daran, Flagge zu zeigen. Was war das doch für ein Geschrei, was für ein Krampf bei Sozialarbeitern, Lehrern und Medien, als in den 1990er-Jahren Schüler mit türkischen Wurzeln die türkische Fahne beim Fußball-Gucken im Jugendfreizeitheim schwingen oder gar in der Schule damit anrückten. Heute gehört, neben vielen anderen Farben, auch das schwarz-rot-goldene Fähnchen zu jedem internationalen Sportereignis. Wer hat nicht auch schon Kopftuchträgerinnen im deutschen Fahnen-Look gesehen? Und von wem haben wir die Freude am nationalen Symbol kopiert? Von den Einwanderer-Jugendlichen. Warum sind nur die anderen Länder und Gesellschaften stolz auf sich und wir nicht?

Längst haben wir in unseren Speiseplan exotische Früchte und Mittelmeer-Gemüse aufgenommen. Aber wie wir heute einkaufen, das galt bis vor gar nicht allzu langer Zeit noch als asozial und undeutsch. Wer sich eigenhändig die besten Stücke aussuchte und in die Tüte packte, wie wir es heute alle tun, wurde des Ladens verwiesen. Schreit uns heute noch jemand an oder wirft herablassende Blicke? Im Gegenteil. Wir werden geradezu aufgefordert, zuzugreifen. Wieder so ein Zugewinn.

Ich bin auch sicher, dass heute keine Partei mehr eine Wahl gewönne mit der Forderung, die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zuzulassen. Seit die Zahl hier geborener Kinder aus binationalen Partnerschaften, die automatisch Doppelstaater sind, stetig wächst, schwindet die Hysterie über die angeblichen Privilegien.

Uns scheint zu dämmern: Wer Zwänge verliert, die uns einst lieb, teuer und sehr deutsch waren, der gewinnt neue Freiheiten. Wem das nicht mehr gelingt, der erstarrt.

Berlin, im Juli 2013

Einleitung

Anfang der 1960er-Jahre ist bei der Schering AG in Bergkamen ein Lehrling aus Berlin angestellt. Der junge Reinhard schließt das Ruhrgebiet, »diese Perle von Bergbau und chemischer Industrie«, vor allem aber die Menschen, die ihm dort begegnen, schnell ins Herz. An manchen Abenden fällt ihm in seiner spärlichen Unterkunft jedoch die Decke auf den Kopf. Dann steigt er in den Zug, fährt ein paar Stationen, und so manches Mal landet er am Hauptbahnhof Hamm – als Gastarbeiter aus Berlin unter Gastarbeitern aus vielen anderen Ländern. So verbringt er Abende, an denen der Wartesaal des Bahnhofs »zur Piazza wird,/... dann gibt es Bier, das nach Birra schmeckt,/dann riecht's nach Knoblauch und Anis,/... Dann erzählt Luis von Bañeza/und Alexis von Xanthe/und Ismael von Ankara, und ich erzähl' vom Tegeler See./Dann geht ihr Zug nach Essen weiter,/um null Uhr sechsunddreißig haargenau,/Archimedes wird wieder Gleisarbeiter/und Carmencita Reinemachefrau.«

Aus dem Lehrling Reinhard wird ein paar Jahre später der bekannte deutsche Liedermacher Reinhard Mey. Seine Ballade »Hauptbahnhof Hamm« von 1967, aus der diese Zeilen stammen, ist eine Hommage an seine internationalen Kolleginnen und Kollegen aus diesen Jahren. Den Bahnhof in Hamm mit seiner eindrücklichen Empfangshalle gibt es bis heute. Womöglich leben auch Luis, Alexis und Ismael heute noch im Ruhrgebiet – im Einwanderungsland Deutschland. Vielleicht erzählen sie ihren Enkelkindern vom Leben in Bañeza, Xanthe und Ankara, denn deren Heimat ist Bochum, Hamm oder Castrop-Rauxel.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den vergangenen fünf, sechs Jahrzehnten gewandelt. Nicht nur, aber auch durch die Begegnung mit anderen Kulturen, durch Einwanderung. In den vergangenen Jahren erschienen zahlreiche Bücher, Artikel und Filme darüber, wie Einwanderer und die Kinder von Einwanderern diese Zeit in Deutschland erlebt haben, über ihre guten und schlechten Erfahrungen, und wie diese sie persönlich

geprägt haben. Wie aber hat die Einwanderung umgekehrt die deutsche Gesellschaft verändert? Davon haben bislang nur Wenige erzählt.

Wenn Deutschland kein Einwanderungsland wäre, würden wir nicht über das Tragen von Kopftüchern, Beschneidungsrituale oder Kruzifixe in deutschen Klassenzimmern streiten. Niemand verlangte nach der Definition einer deutschen Leitkultur, und Thilo Sarrazin würde vermutlich wenig beachtete Bücher über die deutsche Wirtschaft schreiben. Aber hätten wir uns jemals so intensiv mit den Richtlinien und Ritualen unserer Gesellschaft auseinandergesetzt? Hätten wir darüber diskutiert, was unsere kulturelle Identität ausmacht und worin sie wurzelt, über unsere sogenannten deutschen Wertvorstellungen, die Bedeutung von Religions- und Meinungsfreiheit und wo diese enden? Das Zusammenleben mit anderen Kulturen birgt die Herausforderung, gewohnte Ordnungsmuster zu überdenken. Darin liegt zugleich die Chance für eine plurale, demokratische Gesellschaft.

Im Ausland wird die plurale deutsche Identität schon länger wahrgenommen. Der britische »Times Atlas of the World« gibt Türkisch als zweitwichtigste Verkehrssprache in Deutschland an und in der britischen Tageszeitung *The Guardian* war 2012 eine Reihe von Nationalklischees aufgelistet, nach dem Motto: »So sehen die Briten die neuen Deutschen«. Unter den Klischee-Typen war der »Hyphenated German«, der Bindestrich-Deutsche (→ S. 140). Verbunden mit dem Hinweis, dass jeder fünfte Deutsche einen Migrationshintergrund hat, bei Kindern unter sechs Jahren ist es sogar jeder dritte. Merkwürdig sei jedoch, dass dieser große Teil der Bevölkerung in Deutschland im Allgemeinen als homogene Gruppe betrachtet werde, als »Menschen mit Migrationshintergrund«.

Dabei haben Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund in Deutschland nur eines gemeinsam: Sie selbst oder ihre Familien sind in den Jahrzehnten nach der Gründung der Bundesrepublik nach Deutschland eingewandert. Aus allen Teilen der Welt, aus allen möglichen Gründen, aus unterschiedlichen kulturellen, sozialen und religiösen Zusammenhängen. Um definitiv zur deutschen Mehrheitsbevölkerung zu gehören, reicht es nicht, seit 60 Jahren in Deutschland zu leben. Es reicht auch nicht, als Kind deutscher Staatsbürger hier geboren zu sein, wenn beispielsweise die Großmutter in den 1950er-Jahren aus Italien eingewandert ist. Wann hört das auf? Ziehen wir irgendwann erneut einen Strich und sagen: Wer vor dem Jahr X nach Deutschland eingewandert ist, gehört ganz einfach zur deutschen Mehrheitsbevölkerung?

Anders als in Großbritannien oder Frankreich sei es in Deutschland alles andere als selbstverständlich für Menschen, die nicht von deutschen Vorfahren abstammen, als Teil des öffentlichen Lebens wahrgenommen zu

werden, sagt Shermin Langhoff, die der Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny einmal die »Galionsfigur postmigrantischer Theater- und Kulturarbeit« genannt hat. Das Ballhaus Naunynstraße in Berlin, das Langhoff mitbegründet und geleitet hat, wurde in Deutschland zunächst als Kreuzberger »Migrantentheater« wahrgenommen. Vielleicht hat der internationale Erfolg dazu beigetragen, dass das Theater auch hierzulande Anerkennung in den großen Feuilletons gefunden hat und 2013 erstmals aus dem Berliner Kulturretat Unterstützung erhält. Und vielleicht ist es auch dem internationalen Erfolg zu verdanken, dass die in der Türkei geborene Shermin Langhoff 2013 die Intendanz des Maxim Gorki Theaters in Berlin übernimmt. Nach mehr als 50 Jahren Einwanderungsgeschichte sei es mehr als überfällig, dass Künstler der postmigrantischen Generation die Leitung einer staatlichen Bühne übernehmen, erklärte Berlins Kulturstatssekretär André Schmitz, als die Entscheidung für Langhoff bekanntgegeben wurde.

50 Jahre Einwanderungsgeschichte

Vor 50 Jahren wusste in Deutschland kaum jemand, wie man Spaghetti kocht. Heute sind Spaghetti Bolognese, glaubt man Meinungsumfragen, das Lieblingsgericht der Deutschen (→ S. 135). Und im Urlaub fahren die meisten Deutschen, wenn sie nicht im eigenen Land bleiben, am liebsten nach Italien, »Sehnsuchtsland« der Deutschen. Bereits in den 1960er-Jahren zog es über 4 Millionen Deutsche jährlich an die italienischen Küsten. Zur selben Zeit kamen italienische Einwanderer in ganz ähnlicher Zahl nach Deutschland, um monate- oder jahrelang in deutschen Fabriken zu arbeiten und damit die deutsche Wirtschaft anzukurbeln – und eröffneten bald darauf hier Eisdielen und Restaurants, in denen es italienisches Eis, Pizza und Pasta gab. Die italienischen, griechischen und andere südländische Restaurantbesitzer fingen wohl auch als Erste damit an, Stühle und Tische nach draußen zu stellen, damit die deutschen Gäste ihr Essen unter freiem Himmel genießen konnten.

Es war die Zeit, als der Westen Deutschlands einen rasanten Wirtschaftsaufschwung erlebte, das sogenannte Wirtschaftswunder. Der Bau der Mauer 1961 zwischen Ost- und Westdeutschland bedeutete unter anderem, dass aus der damaligen DDR keine Arbeitskräfte mehr in die Bundesrepublik kommen konnten. Deshalb wurde noch im gleichen Jahr ein Anwerbeabkommen mit der Türkei geschlossen. Mit Italien und Griechenland bestanden bereits ähnliche Vereinbarungen. Wenig später wur-

den auch mit Spanien, Portugal und anderen südeuropäischen Ländern Anwerbeabkommen geschlossen. Dank dieser neuen Arbeitskräfte konnte sich der Wirtschaftsaufschwung fortsetzen – und Deutschland wurde ein Einwanderungsland.

Der Blick auf die angeworbenen Ausländer war denn auch anfangs in erster Linie geprägt von deren wirtschaftlichem Nutzen, den die deutsche Bevölkerung sich von ihnen erhoffte. Damals, als es noch keine Integrationsminister/-innen gab, als Handys, Computer und Billigflieger noch Fremdworte waren und die Welt somit viel begrenzter war. Als niemand ahnte, dass »unser« Fatih Akın einmal den »Goldenen Bären« der Berlinale gewinnen und »unser« Mesut Özil bei einer Fußball-WM brillante Tore für Deutschland schießen würde. Die fröhliche Naivität der ersten Jahre spiegelt sich in dem von Conny Froboess gesungenen Schlager »Zwei kleine Italiener« aus dem Jahr 1961: »Eine Reise in den Süden ist für andre schick und fein, doch zwei kleine Italiener möchten gern zu Hause sein ...«. Das Lied verkaufte sich millionenfach in Deutschland. Ein gutes Jahrzehnt später, 1974, fängt Udo Jürgens einen anderen Zeitgeist ein mit seinem »Griechischen Wein« (→ S. 138), in dem er die Wehmut und Einsamkeit der griechischen Gastarbeiter in Deutschland beschreibt: »... in dieser Stadt werd' ich immer nur ein Fremder sein, und allein«.

Seitdem hat sich einiges getan. Immer mehr Menschen, deren Wurzeln in anderen Ländern liegen, haben ihre Heimat in Deutschland. Die Frage nach der Identität – Was ist deutsch? Wer bin ich? – ist allerdings weiterhin aktuell. 2009 singt der deutsche Rapper Samy Deluxe: »Dies hier ist unser Deutschland/Dies hier ist euer Deutschland/Dies ist das Land, wo wir leben/Dies ist das neue Deutschland« (→ S. 145).

Anfang des 21. Jahrhunderts sind Zuwanderung und Migration in Deutschland zentrale Themen, die auch auf Bundesebene Beachtung finden. So tagt seit 2006 die »Deutsche Islam Konferenz«, ein langfristig angelegter Dialog zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen, wie auch der sogenannte Integrationsgipfel mit Vertretern aus Politik, Medien, Migrantenverbänden, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Sportverbänden, den Bundeskanzlerin Angela Merkel als ein »fast historisches Ereignis« bezeichnet hat.

Die neuen Deutschen

Im Fokus der öffentlichen Debatte steht seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York auch hierzulande die Religion bzw. der Islam.

Ende April 2013 ergab der »Religionsmonitor« der Bertelsmann Stiftung: 85 Prozent der Deutschen bejahen, dass man allen Religionen gegenüber offen sein sollte. 60 Prozent empfinden die wachsende religiöse Vielfalt als eine Bereicherung. Gleichzeitig lehnt die Hälfte der Bundesbürger die Aussage ab, dass der Islam in die westliche Welt passe, 51 Prozent der Deutschen empfinden den Islam als eine Bedrohung, 19 Prozent fühlen sich vom Judentum bedroht.

Zugleich gibt es immer mehr Beispiele, an denen erkennbar wird, dass die Deutschen ein neues Selbstverständnis gewonnen haben. Die unterschiedlichen sprachlichen, ethnischen und religiösen Hintergründe der Bevölkerung werden mitgedacht. Seit 2006 gibt es ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz. 2012 wurde ein Gesetz geschaffen, das es Zuwanderern ermöglicht, ihre Berufsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen. Das Verfahren, das im sogenannten Anerkennungsgesetz vorgeschrieben wird, ist zwar umstritten, Einigkeit herrscht jedoch darüber, dass die Idee gut – und lange überfällig – ist.

Als im März 2013 die Träger des diesjährigen Gottfried Wilhelm Leibniz-Preises bekanntgegeben wurden, jubelte eine Düsseldorfer Lokalzeitung: »Vier Wissenschaftler aus NRW haben den wichtigsten Forschungsförderpreis in Deutschland erhalten«. Unter ihnen der Biopsychologe Onur Güntürkün von der Ruhr-Universität Bochum. Spielt es eine Rolle, dass Güntürkün in der Türkei geboren wurde? Ja, auch. Denn dank seines Einsatzes verfügt die Bochumer Uni heute über gemeinsame Studienabschlüsse und Promotionen mit mehreren Universitäten in der Türkei. Und vielleicht erschließen sich Forscherinnen und Forschern, die wie Güntürkün nicht in Deutschland geboren wurden, dadurch, dass sie sowohl die deutsche als auch eine andere Kultur und Sprache kennen, Zusammenhänge, von denen herkunftsdeutsche Forscher nicht träumen. Das wiederum kann wissenschaftlich und wirtschaftlich für die gesamte Gesellschaft profitabel sein.

Im vorliegenden Buch beleuchten Zeitzeugen, was sich im neuen Deutschland, das sich als Einwanderungsland begreift, verändert hat. Wo sind Spuren und Einflüsse der Einwanderung erkennbar? Die Autorinnen und Autoren, Interviewpartnerinnen und -partner erzählen von persönlichen Erfahrungen, beschreiben politische und gesellschaftliche Entwicklungen und geben Impulse für das Zusammenleben in unserem Land. Häufig sind es zufällige Begegnungen mit Menschen anderer Herkunft, die dazu führen, Bekanntes mit anderen Augen zu betrachten, neue

Perspektiven kennenzulernen. Was vermeintlich gewiss war, wird infrage gestellt, neue Denkweisen und Ideen kommen hinzu – im großen politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, religiösen und kulturellen Kontext. Aber auch im persönlichen Geflecht der eigenen beruflichen und privaten Wege.

»Unsere Reise als Einwanderungsland«

Ulrich Pieper, Sohn einer bürgerlichen, evangelischen Mittelschichtfamilie, wuchs in Bochum in einem Stadtteil auf, in dem keine Migranten lebten. Eher zufällig kam er als Gymnasiast in den 1970er-Jahren dazu, an einem Projekt für eingewanderte Familien aus Italien, Spanien und der Türkei zu arbeiten. Pieper, heute Vorsitzender der IFAK e.V., schildert, welche einschneidenden Erfahrungen ihm das bescherte (→ S. 22 ff.).

Ohne wirkliches Konzept und ohne Weitblick sei die 1955 begonnene und 1973 gestoppte Anwerbungspolitik geschehen, sagt Anton Rütten, der miterlebt hat, wie in Deutschland die Integrationspolitik aufgebaut wurde – in den ersten Jahren als ehrenamtlicher Akteur, später als wissenschaftlicher Beobachter und schließlich als Hauptamtlicher eines der ersten größeren Träger interkultureller Arbeit. Er beschreibt, wie nach und nach die Strukturen der heutigen Integrationspolitik entstanden. Heute ist Rütten im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen »ein Stück weit mitverantwortlich dafür, wohin unsere Reise als Einwanderungsland geht« (→ S. 31 ff.).

Kritisch-optimistisch blickt die Berliner Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan auf die Debatte. Die teilweise sehr harschen Auseinandersetzungen über Zuwanderung, Muslime und die deutsche Identität, die regelmäßig aufflammen, seien auch als Chance zu betrachten, neue Konzepte, neue Narrationen von einem pluralen Deutschland zu entwerfen (→ S. 43 ff.).

Erinnerungskultur

Was gehört in das kollektive Gedächtnis eines Landes? Wer definiert, welche Ereignisse aus der Vergangenheit wir im Blick haben und gestalten sollten? Woran wollen wir uns erinnern – und wie? Zu den zentralen Orten, an denen die nationalen Erinnerungen gesammelt werden, um sie an zukünftige Generationen weiterzugeben, gehören Gedenkstätten, (Schul-)Bücher und Museen.

Im Herbst 2011 waren Jugendliche aus dem Großraum Hamburg aufgerufen, sich an der Gestaltung einer Gedenkstätte am ehemaligen Hanoverschen Bahnhof in der Hamburger HafenCity zu beteiligen. Von dort aus wurden während der NS-Zeit Juden, Sinti und Roma in die Arbeits- und Vernichtungslager in Osteuropa deportiert. Carmen Ludwig und Zandile Ngonzo waren dabei, als es darum ging, »unseren gegenwärtigen Blick auf die Ereignisse von damals« zu gestalten (→ S. 56 ff.).

Johanna Ahlrichs vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung hat eine Studie zu der Thematik »Migration im Unterricht« betreut und kommt zu dem Schluss, dass in den untersuchten Schulbüchern Einwanderung nicht als integraler Bestandteil der deutschen Geschichte vorkommt. Stattdessen finde eine Homogenisierung der deutschen Gesellschaft statt. Die Botschaft, die vermittelt wird, laute oft, es gebe ein »Wir, die Deutschen« und ein »Ihr, die Ausländer«. Aber die Kommunikationswissenschaftlerin konnte auch Ansätze finden, die neue Perspektiven aufweisen (→ S. 66 ff.).

Neue Perspektiven offenbaren sich auch in Deutschlands Museen. Im Deutschen Historischen Museum in Berlin und im Haus der Geschichte in Bonn kommt Einwanderung als Teil der deutschen Geschichte vor. Aber auch Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Migrationshintergrund thematisieren ihre interkulturellen Erfahrungen – im Museum und im öffentlichen Raum. Mindestens ebenso bedeutsam ist jedoch, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen inzwischen auch auf der Personalebene der Kunst- und Kulturinstitutionen spiegeln (→ S. 77 ff.).

Identität und Kultur

Öffentliche Räume sind auch die Theater, die Medien. Der Kulturjournalist Stefan Keim findet, es müsse mittlerweile erlaubt sein, sich mit Humor und Ironie zu begegnen und berichtet von künstlerischen Ansätzen an Bühnen in Dortmund, Berlin und anderen Städten, die mittlerweile auch neue Zielgruppen ins Theater führen: junge Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung (→ S. 90 ff.).

Auch auf der Bühne des Sports werden die deutschen Ensembles seit einiger Zeit vielfältiger. Beim Fußball-EM-Turnier 2012 bestand etwa ein Drittel der deutschen Mannschaft aus Spielern mit ausländischen Wurzeln. Eine »Multikulti-Truppe, deren sportlicher Charakter sich ebenfalls stark verändert hat«, wie der Fußballjournalist Jens Kirschneck feststellt. Aber auch im Lokalen erweist sich der Fußball als Katalysator der Integration (→ S. 100 ff.).

Deutschland hat sich verändert und damit auch das, was die deutsche Identität ausmacht. Der Jurist und Publizist Heribert Prantl zeichnet diese Veränderungen seit dem 30. Oktober 1961 nach, dem Tag des Deutsch-türkischen Anwerbeabkommens. Bei den meisten Deutschen vermisst er ein Bewusstsein dafür, wie tief diese Änderung geht. Die deutsche Gesellschaft charakterisiert er als multikulturell, multireligiös, aber auch »multi-verstört« (→ S. 108 ff.).

Die 1990er-Jahre haben in Deutschland das Phänomen der Political Correctness hervorgebracht. Die Historikerin Karlies Abmeier sieht darin eine »neue Qualität von Tabuisierungen«. Gibt es Sprechverbote in Deutschland? Abmeier beleuchtet diese Frage an der Diskussion um Migration und Integration und anderen emotional geführten Debatten (→ S. 119 ff.).

Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland

Im multireligiösen Deutschland wird über Moscheebauten, das islamische Kopftuch und das christliche Kreuzifix gestritten. Matthias Drobinski beobachtet diese Auseinandersetzungen seit vielen Jahren für die Süddeutsche Zeitung. In der Beschneidungsdebatte von 2012 sieht er einen Kulminationspunkt der früheren Diskussionen. Drobinski beschreibt die Vielfalt der Religionen in unserem Land heute und wie diese entstand – und erklärt, warum die Religion manchmal »eine Zumutung für die Nicht-glaubenden« darstellt (→ S. 127 ff.).

Vor 30 Jahren beschäftigte das Thema Islam nur einen überschaubaren Kreis von Experten, etwa Islamwissenschaftler, in Deutschland. Auch die Frage nach der religiösen Identität spielte eine marginale Rolle. Die Journalistin Gabriele Ohl erinnert sich an diese Zeit, als sie in Bonn Islamwissenschaften studiert hat. Anschließend ging sie in die Türkei, um für die ARD von dort zu berichten. 26 Jahre später kommt sie nach Deutschland zurück – und findet ein verändertes Land vor (→ S. 146 ff.).

Bildungspotenziale

Nadja Sponholz wuchs in Berlin-Kreuzberg auf und spricht fließend Türkisch, obwohl sie einen herkunftsdeutschen Hintergrund hat. Sponholz, die heute als Lehrerin arbeitet, spricht über ihre glückliche Kindheit in ihrem Kiez und über ihre Anstrengungen, der Ansicht entgegenzuwirken, Kreuzberg sei ausschließlich ein Negativ-Beispiel für Integration. Seit

2001 organisiert sie mit einem jungen multikulturellen Team Stadtführungen durch ihren Stadtteil. Hier berichtet sie über ihre Erfahrungen bei der Vermittlung eines anderen Kreuzberg-Bildes (→ S. 155 ff.).

Von dem deutschen Dichter Matthias Claudius stammt die Zeile »Wenn jemand eine Reise tut,/So kann er was erzählen.« In unserer globalisierten Welt müssen wir gar keine langen Wege mehr zurücklegen, um auf Vielfältiges, Neues, Anderes zu stoßen, wir müssen ihm nur wie Reisende, wie in die Ferne Schweifende, offenen Auges begegnen: Hacı Halil Uslucan, wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung in Essen, erklärt, wie die Erfahrungen sozialer und kultureller Diversität unsere Kreativität fördern, und stellt die Frage: »Warum sollten wir nicht alle von der sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt in unserem Land profitieren wollen?« (→ S. 163 ff.)

In der Vergangenheit profitierten zweifellos ganze Regionen in Deutschland von der Zuwanderung, vor allem wirtschaftlich. Das Ruhrgebiet zum Beispiel. Ohne die »Ruhrpolen«, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem früheren Königreich Polen, aus Masuren, der Kaschubei und Oberschlesien dorthin kamen, und ohne die Arbeitsmigranten aus Südosteuropa, die Mitte des 20. Jahrhunderts angeworben wurden, hätte es sich nicht zu jener bedeutenden Industrieregion entwickelt, die zum Synonym für Kohle und Stahl wurde. Karl-Heinz Meier-Braun, Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks, erörtert, weshalb der wirtschaftliche Aufschwung, aber auch der Aufbau der Sozialsysteme in Deutschland ohne die »Gastarbeiter« nicht erreicht worden wäre und welche neuen Impulse türkeistämmige Unternehmer/-innen heute in die deutsche Wirtschaft einbringen (→ S. 172 ff.).

Vereintes Deutschland

Die Kinder und Enkelkinder der ersten Einwanderergeneration machen auch in anderen Sparten Karriere. Linda Zervakis, die erste deutsch-griechische »Tagesschau«-Sprecherin, freut sich, dass sie für junge Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ein Rollenvorbild sein kann. Die Eltern von Zervakis kamen vor über 40 Jahren als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland. In einem Brief an ihre fiktive »Tante Eleni« – eine ehemalige Gastarbeiterin in Deutschland, die mittlerweile wieder in Griechenland lebt – erinnert Linda Zervakis sich an die eigene Kindheit und stellt fest, dass die deutsche Gesellschaft sich in vielerlei Hinsicht verändert hat (→ S. 181 ff.).

Eine einschneidende Veränderung der deutschen Gesellschaft vollzog sich nach dem Mauerfall 1989. Das ehemals geteilte Deutschland wurde 1990 wiedervereinigt. Plötzlich mussten die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland ihr Zusammenleben neu sortieren. Anetta Kahane, Gründerin und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft einsetzt, erinnert sich an die Zeit der sogenannten Wende und die Situation der Vertragsarbeiter in der DDR. Die radikalen Umbrüche im Zuge der deutschen Wiedervereinigung brachten auch für die Zugewanderten in Ost und West massive Veränderungen mit sich (→ S. 188 ff.).

In Berlin erinnern erhaltene Mauerstücke an dieses Kapitel der deutschen Geschichte. Seit einiger Zeit kommt in den Geschichten deutscher Städte auch die Einwanderung vor. Das lässt bekannte Straßen und Stätten mit einem Mal anders aussehen. Sie erzählen neue Geschichten, wie es der »Stadt, Land, Migration« übertitelte Beitrag der Herausgeberin darlegt. Wagen wir einen Perspektivwechsel, auch in Bezug auf die sogenannten Migrantenviertel, so lässt sich zum Beispiel die Keupstraße in Köln-Mülheim – in der öffentlichen Wahrnehmung ein »sozialer Brennpunkt« – aufgrund ihrer besonderen ökonomischen Struktur auch als Erfolgsmodell beschreiben (→ S. 198 ff.).

Erfolge und Veränderungen durch Einwanderung lassen sich hierzulande noch in weiteren Bereichen feststellen. So wurden an den Universitäten neue Studiengänge und Institute eingerichtet, die auf den Einfluss unterschiedlicher Sprachen, Kulturen und Religionen zurückzuführen sind. Krankenhäuser, Altenheime, Behörden richten sich auf eine vielfältige Bevölkerung ein und präsentieren sich auch auf den Ebenen, wo wichtige unternehmerische, künstlerische oder politische Entscheidungen getroffen werden, zunehmend so, wie die Bevölkerung längst ist: multikulturell. Ohne Feridun Zaimoğlu, Emine Sevgi Özdamar, Olga Grjasnowa oder Melinda Nadj Abonji wäre die deutsche Literatur zweifellos ärmer. Dies alles ist inzwischen ziemlich deutsch.

Ebenfalls deutsch ist, dass wir hierzulande Schulklassen haben, in denen viele Schüler/-innen die deutsche Sprache nur schlecht beherrschen. Dass es gewalttätige Jugendliche auch nicht-deutscher Herkunft gibt. Dass es unter ihnen eine Neigung zu vermeintlich religiösem oder anderem Fanatismus gibt. Dass es sogenannte Ehrenmorde und Zwangsverheiratungen gibt, die, ähnlich wie eine höhere Arbeitslosenquote und soziale Probleme, eher in migrationsgeprägten Stadtteilen vorkommen. »Das wird

man ja wohl noch sagen dürfen« – dieser Satz ist in der aktuellen Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten des interkulturellen Zusammenlebens zu einer Haltung geworden, die mitunter aggressiv verteidigt wird. Man dürfe die Probleme nicht verschweigen. Die Bücher, die entsprechende Thesen vertreten, sind in Deutschland Bestseller und ihre Verfasser werden regelmäßig zu öffentlichen Gesprächsrunden eingeladen. Dass über die negativen Aspekte und Schwierigkeiten, die sich aus Einwanderung ergeben, geschwiegen werde, dass diese gar tabuisiert würden, lässt sich also nicht behaupten.

Die Autorinnen und Autoren, Interviewpartnerinnen und -partner der hier versammelten Beiträge wissen, und zwar meist aus eigener beruflicher oder persönlicher Erfahrung, dass mit dem Wandel zu einer Einwanderungsgesellschaft auch Probleme verbunden sind. Dass es Konflikte gibt, die ausgetragen werden müssen. Dass Zuwanderung nicht unbegrenzt geschehen kann. Sie sind jedoch der Überzeugung, dass die offenen Fragen lösbar sind, solange wir im Gespräch bleiben, Antworten suchen, Strukturen schaffen, Grenzen setzen, und dass Krisen immer auch etwas Erneuerndes mit sich bringen.

Die Herausgeberin

Dank

Zur Entstehung des Buches haben neben den bereits erwähnten Beteiligten ganz wesentlich beigetragen: Eva Baumann, die mir Rat, Kritik und Zuversicht gegeben hat. Eberhard Seidel, der in einer Podiumsdiskussion zu meinem 2011 mit Jeannette Goddar herausgegebenen Buch »Auf Zeit. Für immer – Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich« die Frage stellte, was die Einwanderung eigentlich mit den Deutschen gemacht habe, und der nur deshalb dieses Buch nicht mitgestaltet hat, weil er mit vielen anderen Projekten beschäftigt ist. Und, ganz wichtig, meine Familie.

Ulrich Pieper: »Dass die uns überhaupt ernst genommen haben!«

Ulrich Pieper, 1956 geboren, verbringt im Ruhrgebiet eine Kindheit und Jugend, in der Migranten lange Zeit nicht vorkommen. Sie wohnen in anderen Stadtteilen, ihre Kinder gehen auf andere Schulen. Eher zufällig beteiligt er sich noch als Gymnasiast an einem Projekt für eingewanderte Familien aus Italien, Spanien, der Türkei – und macht überraschende Erfahrungen: Dass Vertrauen schriftliche Vereinbarungen ersetzen kann, wundert den Sohn einer bürgerlichen Mittelschichtfamilie. Noch erstaunlicher scheint ihm, dass jemand freiwillig einer anderen Religion als dem Christentum angehört. Heute ist Pieper Vorsitzender der IFAK e. V., einer Organisation, die sich der multikulturellen Kinder- und Jugendhilfe und Migrationssozialarbeit in Bochum verschrieben hat.

In den 1970er-Jahren besucht Ulrich Pieper das Graf-Engelbert-Gymnasium auf der Bochumer Königsallee. Seine Mutter ist Hausfrau, sein Vater arbeitet als Studienrat. Ulrich Piepers Klassenkameraden heißen Karl, Jürgen, Albrecht, seine Nachbarn Schmidt, Meyer und manchmal Kowalski. Italien kennt er aus dem Urlaub, aber mit einem Italiener gesprochen hat er noch nie. Sein Religionslehrer, Herbert Siebold, hat jedoch eine italienische Putzfrau. Und damit, sagt Pieper heute, nimmt sein Leben eine entscheidende Wende:

» Die Putzhilfe erzählte Herrn Siebold in gebrochenem Deutsch immer wieder von den Schwierigkeiten, die ihr Kind in der Schule hatte, und von den Sorgen, die sie sich deshalb machte. Man kann sich das ja vorstellen: Sie selbst konnte vielleicht nicht einmal deutsche Texte lesen und schreiben. Wie sollte ihr Kind alleine zurechtkommen? Herr Siebold wollte ihr helfen, dachte aber gleich einen Schritt weiter: »Eigentlich müssten alle Kinder der sogenannten Gastarbeiter hier Schwierigkeiten in der Schule haben.« Dieser Gedanke war

Ulrich Pieper: »Dass die uns überhaupt ernst genommen haben!«

ihm zuvor noch nie gekommen. An unserer Schule gab es keine Migranten. Höchstens solche, deren Eltern als Professoren oder mit ähnlich hohem Bildungsstand hergekommen waren. Wir hatten also das Problem der ›normalen Gastarbeiter‹ überhaupt nicht vor Augen. In den Zeitungen wurde damals – ganz anders als heute – nicht über die Probleme der Migranten berichtet. Auch in dem Viertel, in dem wir wohnten, gab es keine Migranten. Die Bochumer ›Gastarbeiter‹ lebten in Werkswohnungen und Sammelunterkünften in Linden, Hamme und Stahlhausen. Isoliert. Wir lebten in Stiepel, Weitmar, Ehrenfeld. Ich kannte gar keine Leute mit Migrationshintergrund. Das war 1974. «

Als die ersten Arbeiter aus Italien, Spanien und dem damaligen Jugoslawien Mitte der 1950er-Jahre von deutschen Fabriken und Bergwerken angeworben werden und zu Tausenden ins Ruhrgebiet kommen, wird Ulrich Pieper geboren; als er aufs Abitur zugeht, glauben immer noch viele – Deutsche ebenso wie Migranten –, dass die »Gäste« irgendwann in ihre Heimat zurückkehren. Integration, interkultureller Dialog, interreligiöse Verständigung sind die Themen einiger weniger Experten.

Ulrich Pieper denkt über diese Dinge zum ersten Mal nach, als sein Lehrer Siebold während eines zweitägigen Religionsseminars die Frage aufwirft, warum am Graf-Engelbert-Gymnasium und vergleichbaren Schulen in Bochum eigentlich keine Migrantenkinder zu finden seien. Warum sie alle auf die Hauptschule gingen. Warum ihre Familien in anderen Stadtteilen wohnten, meist unter sich, und warum es kaum bis gar keine Berührungspunkte mit der deutschen Bevölkerung gab.

» Wir haben aus dem Bauch heraus Überlegungen angestellt: Vielleicht wissen die Migranten nicht, dass es auch Gymnasien gibt ... Vielleicht können sie alle kein Deutsch ... Und dann beschlossen wir, dass wir uns eigentlich mal darum kümmern sollten. So fing das an. Wir waren Jugendliche von 17 Jahren.

Unsere ersten Zusammenkünfte in Bochum fanden in leeren Klassenräumen in unserer Schule statt. Wir beratschlagten, wie wir vorgehen könnten. Die erste Frage war: Wie kommen wir an die Kinder ran? Wir kamen zu dem Schluss, dass das am besten über die Schule gelingen könnte. Das ging dann auch ganz einfach. ›Gott sei Dank, dass mal jemand kommt!«, riefen die Lehrer, sichtlich erleichtert, als wir ihnen unser Vorhaben schilderten. Sie nannten uns viele Namen und Adressen. Auch von Schülern, die angemeldet waren, aber noch nie zum Unterricht erschienen waren. Die Lehrer wussten manchmal gar nicht, was in den einzelnen Familien los war. ›Geht doch mal dahin!«, forderten sie uns auf. Sie selbst hatten offensichtlich noch keinen Fuß in die Migrantenviertel gesetzt. Mit dem Datenschutz hatten sie aber offenbar noch keine Probleme. «

In Zweiergrüppchen ziehen Pieper und seine Schulkameraden los, mit einem Stadtplan und einer Adressenliste in den Händen. Schnell merken sie jedoch, dass etwa die Hälfte der Adressen, die man ihnen gegeben hat, nicht richtig ist. Die Familien sind entweder umgezogen oder leben inzwischen gar nicht mehr in Deutschland, wie die Nachbarn erzählen: »Was? Die Sanchez sind doch schon vor Ewigkeiten zurückgegangen!« Die Schule hatte dies offensichtlich nicht mitbekommen, das Einwohnermeldeamt wahrscheinlich auch nicht. Immerhin: Die andere Hälfte der Adressen stimmt. Dort machen sie ihre ersten Besuche.

» Wenn wir irgendwo klingelten und erklärten, weshalb wir da waren, wurden wir immer ins Wohnzimmer hineingewinkt. Dort saßen wir in einer Runde zusammen und radebrechten miteinander. Von irgendwoher kamen ganz viele Kinder, auch aus den Nachbarwohnungen. Wir wussten oft gar nicht mehr, wer das alles genau war. In der Regel waren es ziemlich viele Menschen in ziemlich kleinen Wohnungen.

Viele zeigten uns sofort irgendwelche Briefe, die sie von einem Amt bekommen hatten und nicht lesen konnten. Sie baten uns, ihnen zu erklären, was drin stand. Auch Kontoauszüge, die ihnen nichts sagten, sollten wir ihnen vorlesen. Mit solchen Sachen wurden wir regelrecht zugeworfen. Insbesondere bei türkischen Familien. Die italienischen und spanischen Familien wurden damals schon besser betreut – durch die Konsulate und die Kirchen. Für die Türken gab es die AWO [Arbeiterwohlfahrt – d. Red.], klar. Aber es gab so viele alltägliche Probleme, meist im Schriftverkehr mit den Behörden, das konnte überhaupt nicht abgedeckt werden. Manchmal hatten sie ganze Schubladen voller Schreiben, die sie nicht verstanden. Daraus wurde, wenn wir kamen, das Aktuellste herausgefischt. «

Für den Sohn einer bürgerlichen evangelischen Mittelschichtfamilie sind die Begegnungen mit den Arbeiterfamilien aus Spanien, Italien und der Türkei mit vielen Überraschungen verbunden. In Ulrich Piepers eigenem Umfeld gibt es damals kaum Familien mit drei oder gar fünf Kindern. Aber noch viel weniger kann er sich vorstellen, dass eine so große Familie sich mit einer Drei- oder Vierzimmer-Wohnung zufriedengeben würde. »Das haben die Leute, die wir besuchten, aber nie als Problem gesehen«, erinnert sich Pieper. »Sie sagten, dass sie ja auch wieder zurück in ihre Heimat gehen würden und sich daher ein paar Jahre bescheiden könnten.« Umso freigiebiger empfindet Pieper sie im Umgang mit ihrer Zeit und dem Vertrauen in andere Menschen:

» Wie viel Zeit sie sich für uns nahmen! Man muss das ja mal aus deren Perspektive betrachten: Die Eltern waren meist so um die dreißig Jahre alt, hatten mehrere Kinder, waren müde von der Arbeit. Und da kommt so ein 17-jähriger Naseweis daher, will den Kindern helfen – und sofort wird der ernst genommen! Sofort wird Platz gemacht, Tee gekocht und gefragt, was der Gast essen möchte. Es waren auch immer genug Vorräte da und immer ein großer Topf, der schon warm war, mit Suppe oder Reis. Bei uns zu Hause hingegen wurde gezielt gekocht. Meine Mutter wusste, wir sind fünf Personen. Dann wurde so gekocht, dass es genau ausreichte.

Ich kenne auch keinen Deutschen, der uns einfach so seine Briefe und Papiere mitgegeben hätte, um sie zu lesen oder bei den Behörden vorzulegen. Wer gibt schon fremden Leuten, noch dazu Jugendlichen, wichtige Unterlagen im Original mit? Aber das haben sie alle gemacht. Wir hatten unglaublich schnell ein großes Vertrauensverhältnis untereinander. Später hatten wir ja sogar eine Institution hinter uns, die IFAK. Aber das war gar nicht so wichtig. Sie vertrauten den einzelnen Personen.

Mit dem Geld war es im Grunde ähnlich. Der Lohn eines Arbeiters – meist hat ja nur der Vater gearbeitet, die Mutter nicht – betrug damals vielleicht 1800 D-Mark. Davon schickten sie jeden Monat etwa 800 D-Mark in die Türkei: an die Verwandten oder sie steckten es in Kredite für Grundstücke oder Häuser, in die sie nach ihrer Rückkehr einziehen wollten. Unvorstellbar eigentlich bei so einer großen Familie, da bleibt ja kaum etwas übrig! Aber sie haben es hingekriegt. Und wenn sie mal am Ende eines Monats mit ihrem Geld nicht auskamen, halfen andere Familien oder Freunde aus. Wobei da nie etwas schriftlich vereinbart wurde, immer mündlich. »Komm, nimm dieses Geld, ihr braucht es jetzt mal ...« Da habe ich ganz schön gestaunt. Bei uns zu Hause, selbst innerhalb der Familie, wurden Geldgeschäfte immer schriftlich gemacht. Wenn es überhaupt mal irgendwann vorkam, dass sich jemand vom Schwiegervater oder so Geld lieh. Das wurde dann auf jeden Fall schriftlich festgehalten, mit doppelter und dreifacher Unterschrift – und einer Zinsvereinbarung! Es musste ja gerecht sein für alle Beteiligten. Bei den türkischen Familien war das anders. Dabei hatten sie viel weniger Geld als wir. «

Um das Vertrauen der Migrantenfamilien in das junge deutsche Team zu stärken, vergehen die ersten Wochen mit Besuchen bei den Eltern – bis schließlich die Kinder zu gesonderten Treffen eingeladen werden. Denn um sie und ihre Probleme in der Schule sollte es ja ursprünglich gehen.

» Wir bildeten Gruppen und besorgten uns in den Vierteln, in denen viele Migrantenkinder wohnten, für zwei Tage in der Woche einen Raum. Die

ersten Treffen fanden in den Jugendräumen von Kirchen oder Schulen statt. Mein Lehrer Siebold hatte gute Kontakte zur evangelischen Kirche. Die Pfarrer halfen uns. Irgendetwas war immer möglich. Die Katholiken waren übrigens genauso offen dafür. Etwas reservierter verhielten sich in der Regel die Schulen, weil die Hausmeister nicht einsahen, dass sie uns nachmittags Räume aufschließen sollten und die Putzfrauen immer genau dann putzen wollten, wenn wir da waren. ‹‹

In den ersten Monaten sind es vor allem Kinder aus spanischen und italienischen Familien, die zu den Treffen kommen. Erst später wächst die Zahl der türkeistämmigen Kinder. Auf dem Programm stehen Spiele und Hausaufgabenbetreuung. Der Erfolg des ehrenamtlichen Projekts spricht sich schnell herum.

›› Sie kamen zweimal in der Woche, etwa 10 bis 15 Kinder. In der ersten halben Stunde erledigten wir gemeinsam die Hausaufgaben, dann wurde gespielt. Besonders beliebt waren ›Mein rechter, rechter Platz ist frei‹, ›Armer schwarzer Kater‹, ›Die Reise nach Jerusalem‹, Beruferaten, Personenraten. Die Spiele sollten Spaß machen, aber auch das soziale und sprachliche Lernen fördern. Wir spielten Memory und machten Sprachlernspiele, bei denen der Wortschatz und die Artikel gelernt wurden. Dafür hatten wir Bildkarten mit grünem, blauem und rotem Rand für die jeweiligen Artikel angefertigt. Außerdem wurde viel gemalt und gebastelt, wobei wir immer darauf geachtet haben, dass die Kinder zum Sprechen angeregt wurden.

Jede Woche kamen neue Kinder zu den Treffen. Andere sprangen wieder ab oder kamen unregelmäßig. Wenn jemand nicht erschien, gingen wir zu den Familien nach Hause und fragten, was los sei. Auch sonst gingen wir abends oft noch zu den Eltern. Weil die Kinder häufig sagten: ›Mein Papa will, dass du mal kommst.‹ Üblicherweise gab es irgendwelche behördlichen Fragen zu klären. Das war allerdings meist auch gleich mit einem großen Essen verbunden. Wir wurden richtig hofiert. Das war toll, aber auch anstrengend, denn wir konnten nicht sagen: ›Ich bin schon satt.‹ Das zählte nicht. Man ist nicht satt! Man isst!

Irgendwann habe ich festgestellt, dass man sagen konnte: ›Ach, das ist so lecker! Aber bitte packen Sie mir den Rest ein, ich nehme es mit nach Hause.‹ Das war dann auch in Ordnung. Sonst wären mehrere Besuche nacheinander bei unterschiedlichen Familien gar nicht möglich gewesen.

So lernten wir den Umgang mit diesen für uns fremden Kulturen – ganz ohne Vorbereitung. Uns hat ja niemand gesagt, wie wir uns verhalten sollen. Deshalb setzten wir uns regelmäßig zusammen und tauschten unsere Erfah-

rungen aus. Wir schilderten einander Situationen, die wir nicht verstanden hatten – und berieten, wie wir uns in Zukunft in ähnlichen Situationen verhalten könnten. Heute kann man haufenweise Bücher darüber lesen. »Interkulturelle Kompetenz«, heißt das dann. Das gab es damals alles nicht. Wir wussten nur: Es ist sehr anders als bei uns. Und wir versuchten, möglichst sensibel zu sein. ‹‹

Auch die Zeitungen interessieren sich plötzlich für das Leben in den Arbeitervierteln. Immer wieder kommen Reporter, um Fotos zu machen und über die verschiedenen Aktivitäten der Ehrenamtlichen zu berichten. Das ist für Ulrich Pieper natürlich erfreulich, aber auch erstaunlich. Wieso sind all die Jahre zuvor nie Artikel über die besondere Lage der »Gastarbeiter« erschienen? Vielleicht habe man sich nicht getraut, mit den Leuten zu sprechen, mutmaßt Pieper, der als junger Gymnasiast von den Journalisten mehrfach als Vermittler angefragt wird. Es habe ja genug Vorurteile über die sogenannten Gastarbeiter gegeben. Davon sind auch Pieper und seine Mitstreiter anfangs nicht ganz frei. Und natürlich habe es auch Missverständnisse und Konflikte bei der Zusammenarbeit gegeben. »Wo gibt es das nicht?« Aber dass die Migranten beispielsweise den Kontakt zur deutschen Bevölkerung ablehnten, sich bewusst von deutschen Einrichtungen fern hielten, wie manche behaupteten, sei grober Unsinn. Das ärgert ihn bis heute. »Es fand einfach kein Austausch statt. Von beiden Seiten.«

Als Ulrich Pieper und seine Kollegen Mitte der 1970er-Jahre Spenden sammeln, um in Stahlhausen einen Basar zu organisieren, scheint es fast, als habe die deutsche Bevölkerung genau auf diesen Moment gewartet: »Die Deutschen hatten so viel Zeug, das sie loswerden wollten, aber niemals weggeschmissen hätten; und die Migrantenfamilien konnten es gut gebrauchen«, erzählt Pieper. Der Basar wird ein großer Erfolg. Deutsche Besucher kommen zwar nicht, aber durch diese und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen gehen immer mehr Sach- und Geldspenden bei den Ehrenamtlichen ein.

Von einem Verhältnis auf Augenhöhe, einem interkulturellen Austausch ist man damals noch weit entfernt. »Wir haben ja als karitatives Projekt angefangen«, erklärt Pieper. Die Grundkonzeption sei gewesen: Man hatte ein schlechtes Gewissen, den Migranten ging es nicht so gut. Nicht unbedingt finanziell, sondern vor allem im Hinblick auf Bildung und berufliche Chancen. Deswegen habe man helfen wollen. »Man« seien in diesem Fall »die Deutschen« gewesen. »Wir wussten, wie die deutsche Gesellschaft funktioniert. Die anderen waren fremd. Ihnen galt es zu zeigen, welche Wege es gibt und wie sie zu gehen sind.« Im Laufe ihrer Arbeit machen

die Helfer aber auch die Erfahrung, dass sie selbst Neues lernen durch die Menschen, denen sie Hilfestellungen bieten:

» Als Jugendliche war das für uns eine tolle Erfahrung und Herausforderung: dass wir erwachsenen Menschen mit Kindern helfen konnten – und ernst genommen wurden! Normalerweise lässt sich das, was man in der Schule lernt, ja so direkt nicht anwenden. Hier spürten wir zum ersten Mal, dass wir mit dem, was wir gelernt hatten, für andere eine Hilfe sein konnten. Das war ein tolles Gefühl, es hat unser Selbstwertgefühl gestärkt.

Ich ging anfangs allerdings wirklich davon aus, dass wir den Einwanderern nur zeigen müssten, wie die Dinge bei uns laufen – und dass sie das dann dankend annehmen würden. Völlig naiv natürlich. So haben wir auf unseren ersten Festen zum Beispiel Grillwürstchen gebraten. Schweinefleisch. Die muslimischen Kinder schrien laut »Iiiih!«, wenn wir sie aßen. Wir dachten, wenn die Muslime sehen, dass wir dieses Fleisch essen, dass es gut schmeckt und wir davon nicht krank werden, würden sie auch bald anfangen, es zu essen.

Ähnlich war es mit der Religion: Den Islam kannte ich vorher gar nicht. Für mich war das etwas sehr Rückständiges, Mittelalterliches. Ich dachte ganz naiv, wenn man den Leuten erzählte, dass man auch anders sehr gut, wenn nicht besser leben kann, nämlich als Christ, würden sie nach ein paar Monaten sicher sagen: »Du hast recht, ich lasse den Islam hinter mir!«

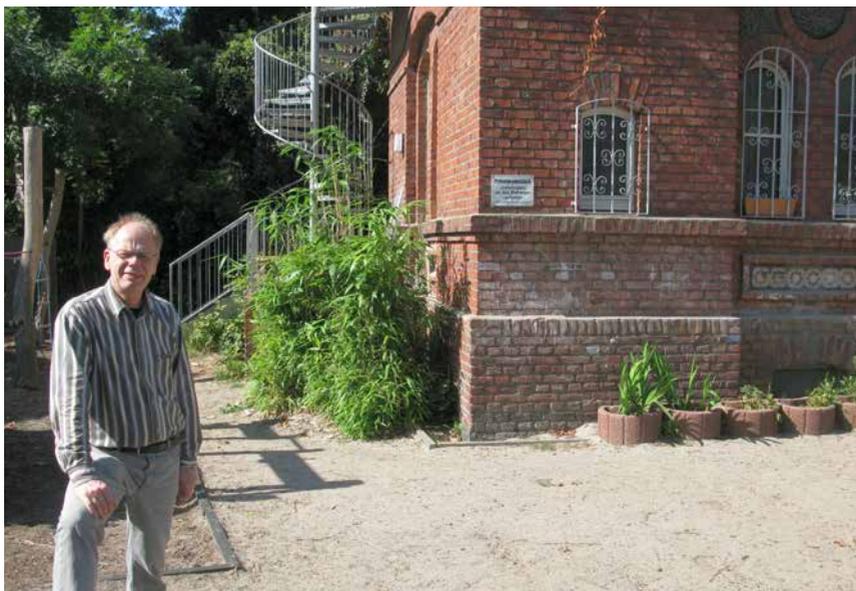
Die türkischen Familien hatten übrigens nie ein Problem damit, mit uns in die Kirche zu gehen, wie das in verschiedenen Medien fälschlicherweise zu lesen war. Wir brachten ihre Kinder zu evangelischen und katholischen Kindergärten. Es störte sie nicht, wenn dort von Jesus gesprochen wurde. Sie sagten: »Jesus ist für uns doch auch wichtig«, und: »Eine Kirche ist doch auch ein Gotteshaus, da gehen wir gerne hin.« Wenn ein Kind nicht in diese Kindergärten ging, hatte das in der Regel finanzielle Gründe. Das hätte das Jugendamt überbrücken müssen.

Jedenfalls wunderte ich mich immer, wenn die Muslime sagten: »Für uns ist der Islam eine ganz wichtige Religion, wir können uns gar nicht vorstellen, keine oder eine andere Religion zu haben. Das Christentum ist für uns ein Rückschritt.« Das habe ich überhaupt nicht verstanden. Ich war der festen Überzeugung, dass jeder, der einmal das Christentum kennengelernt hat, sich keine andere Religion mehr vorstellen kann. Aber es war ganz anders. So mussten wir uns der Frage stellen, warum es denn im Christentum diese drei Götter gebe. Das sei doch überhaupt kein Monotheismus! Darüber haben wir lange gesprochen. Ich habe dabei allerdings auch gemerkt, wie schwierig es ist, meine eigene Religion zu vermitteln, dass es im Christentum viele Ansätze gibt, die bei den Vertretern anderer Religionen Kopfschütteln hervorrufen.

Ulrich Pieper: »Dass die uns überhaupt ernst genommen haben!«

Die Trinität ist das beste Beispiel: Wer ist Jesus, was heißt das, »Sohn Gottes? Ich war kein regelmäßiger Kirchgänger, aber ich bin mit dem christlichen Glauben aufgewachsen. Ich wollte diese Fragen also auch beantworten können.

An Weihnachten saßen die türkischen Familien am Fenster, guckten auf die deutschen Familien, die mit Tannenbäumen durch die Straßen liefen. »Das ist aber komisch!«, sagten sie. Da sah ich das plötzlich auch mit anderen Augen und merkte, dass unsere Bräuche längst nicht selbstverständlich sind. Ich fragte mich auf einmal selbst, wo das eigentlich herkam. Und lernte in der Zeit auch viel über spanische, türkische, muslimische Bräuche. «



Ulrich Pieper vor dem IFAK-Gründungshaus in Bochum-Stahlhausen.

1975 stellt die Firma Krupp den Ehrenamtlichen eine ihrer Werkswohnungen in Stahlhausen zur Verfügung: einen roten Backsteinbau, in dem heute die multikulturelle Kita »Kindervilla« der IFAK e.V. untergebracht ist. Der Verein IFAK gründet sich im gleichen Jahr aus der Initiative um Herbert Siebold. Ulrich Pieper wird der erste Zivildienstleistende des Vereins – und ist heute dessen erster Vorsitzender. Zum Gespräch lädt er ins vereinseigene Herbert-Siebold-Haus. Es ist also viel passiert seit dem Religionsseminar 1974. Darüber staunt auch Pieper, der schon länger nicht mehr an die Anfangsjahre gedacht hat:

» Wenn ich mir überlege, wie ahnungslos und zufällig wir damals begonnen haben, hat das doch einiges losgetreten. Heute sind wir einer von ganz vielen Migrantenvereinen, es gibt Integrationsbeauftragte, und unsere Nachbarn heißen ganz selbstverständlich Schmidt, Meyer, Kowalski und Öztürk.

Für mich persönlich hat die Arbeit auf jeden Fall ganz viel verändert. Ich bin zum Beispiel nach dem Studium für mehrere Jahre als Lehrer in die Türkei gegangen, nach Ankara. Auf diese Idee wäre ich niemals gekommen, wenn Herbert Siebold uns damals nicht angestiftet hätte, uns mal in Stahlhausen umzusehen. «

Bei der engen Zusammenarbeit mit deutschen, auch christlichen, Einrichtungen ist es geblieben: Zusammen mit der evangelischen Kirche baut die IFAK in Bochum-Stahlhausen 2013 ein multikulturelles, interreligiöses Stadtteilzentrum. Anders als damals werden solche Projekte jedoch heute von Deutschen und Migranten oder deren Nachfahren gemeinsam, gleichberechtigt gestaltet. »Die Situation ist heute ja eine ganz andere. Die Türkeistämmigen der zweiten, dritten Generation wissen ebenso gut oder wenig wie wir, wie man solche Projekte anpackt.« Schade sei, dass gewisse Vorbehalte in der deutschen Mehrheitsbevölkerung bis heute nicht abgebaut werden konnten, gerade gegenüber den türkeistämmigen Migranten. »Wieso wird die türkische Sprache nicht stärker gefördert, in den Medien oder an den Schulen zum Beispiel? Damit haben die Deutschen bis heute ein Problem.«

*»Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden.
Sonst bekommen wir eine, die wir nicht wollen.«*

Joseph Beuys

Anton Rütten

Die Erfindung der Integrationspolitik

Meinen ersten Auslandsaufenthalt ohne Eltern erlebte ich als noch nicht ganz 16-Jähriger in den Osterferien 1968 in England. Meine Gastgeberin, eine nach London ausgewanderte, beruflich stark geforderte Cousine meines Vaters, ließ mir so viel Freiraum, wie ich ihn bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. So bewegte ich mich tagelang selbstständig, mit offenen Augen und Ohren, »very open minded«, durch diese Metropole, gegen die meine Heimatstadt Köln leise, beschaulich, berechenbar wirkte.

Eine mir bis dahin nicht bekannte Armut im öffentlichen Raum trübte meinen aus der Sicht des BRAVO-Lesers verklärten Blick auf die Hauptstadt des Pop zwar etwas, aber die schier unendliche Vielfalt der Herkunftsregionen ihrer Bewohner, Männer und Frauen aus Europa, Asien, Afrika, Amerika, die Londoner mit jamaikanischen, indischen, pakistanischen Wurzeln und vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der die Menschen miteinander umgingen, machten mich staunen. In meiner Kölner Heimat war es damals noch immer ein Ereignis, wenn einer der schwarzen GIs einmal die nahe gelegene Kaserne verließ.

Ich sah hier, in London, die Welt. Es war nicht alles toll, aber es war alles an- und aufregend. Diese unmittelbare Erfahrung von Internationalität hat auch dazu geführt, dass ich von dieser Zeit an kulturelle und religiöse Vielfalt als bereichernd und reizvoll empfand – viele Jahre, bevor ich entsprechende Aussagen in Redevorlagen für deutsche Minister formulierte.

Über vier Jahrzehnte nach meinem England-Aufenthalt hat sich in Deutschland vieles gewandelt: im äußeren Erscheinungsbild der Städte, aber auch in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Es mussten

Normen, Instrumente und Institutionen geschaffen werden, um innerhalb einer sich verändernden Gesellschaft politische Modernisierung und demokratische Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Persönlich habe ich die ersten Jahre der Einwanderung zunächst als ehrenamtlicher Akteur, später als wissenschaftlicher Beobachter und schließlich als Hauptamtlicher eines der ersten größeren Träger interkultureller Arbeit erlebt. Mittlerweile bin ich im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen ein Stück weit mitverantwortlich dafür, wohin unsere Reise als Einwanderungsland geht.

Der Vielfalt ging die Einfalt voraus

Am Anfang der deutschen Einwanderungspolitik stand die Einfalt. Die 1955 begonnene und 1973 gestoppte Anwerbungspolitik geschah ohne wirkliches Konzept. Und ohne Weitblick. Dass mit diesen Vereinbarungen faktisch die Grundlagen für eine nachhaltige Einwanderung gelegt würden, hatte die Politik damals nicht geahnt. Es sollten Arbeitskräfte – vor allem aus den Mittelmeeranrainerstaaten – kommen, einige Jahre schaffen und dann als Ausländer wieder dorthin zurückkehren, wo sie herkamen. Man nannte sie »Gastarbeiter«, und die politischen Strukturen, die sie umfingen, hießen »Ausländerpolitik«.

Ausländerpolitik damals bedeutete häufig: Der Staat investiert auf mitlere Sicht, die Wohlfahrtsverbände oder andere Gruppierungen leisten solide Sozialarbeit. So wurden in der Tat einige Grundlagen dafür gelegt, dass die soziale Eingliederung des größten Teils der Eingewanderten gelingen konnte. Bekanntestes Beispiel waren die seit den 1960er-Jahren eingerichteten Sozialberatungen für ausländische Arbeitnehmer und deren Familien, eine gemeinschaftliche Anstrengung von Bund und Ländern. Ausländer erhielten dort Auskünfte zum Schul- und Gesundheitssystem, zu sozialen und juristischen Fragen. Die Beratung erfolgte zumeist durch ebenfalls eingewanderte und zu Sozialberatern fortgebildete Landsleute der Ratsuchenden.

Während man dem Caritasverband die Beratung der aus katholischen Ländern bzw. Regionen stammenden Ausländerinnen und Ausländer und der Diakonie die Beratung der nicht katholischen Christen übertrug, wurde für die Betreuung der größten Gruppe von Zuwanderern, der Menschen aus der Türkei, die konfessionell ungebundene Arbeiterwohlfahrt zuständig.

Dort wurde sehr engagierte, kompetente Arbeit geleistet. Der Beratungsdienst »Türk Danış« hat vielen Familien geholfen, in Deutschland ihren Platz zu finden. Aber im Gegensatz zu den anderen Einwanderergruppen

blieb für die Türkeistämmigen ihr religiös-kultureller Sozialisationshintergrund eher unbeachtet. Darin spiegelt sich die Unaufmerksamkeit, ja weitreichende Ignoranz Deutschlands gegenüber der religiösen Identität einer großen Gruppe Eingewanderter. Diese langjährige Ausblendung einer multireligiösen Einwanderungsrealität liefert möglicherweise eine Erklärung dafür, dass nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York die sogenannte Mehrheitsgesellschaft hierzulande irgendwie überrascht zur Kenntnis nahm, dass Muslime bei uns in Deutschland leben.

Ich wundere mich manchmal, wie sehr diese einschneidenden Veränderungen unserer Gesellschaft an vielen Menschen in diesem Land vorbeigegangen zu sein scheinen. Vermutlich gibt es unterschiedliche Perspektiven darauf. Für mich war die Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern, wie gesagt, ein Eindruck von der großen weiten Welt. Als 17-Jähriger half ich Anfang der 1970er-Jahre im Pfarrheim St. Joseph in Köln-Dellbrück bei der Hausaufgabenbetreuung für Kinder aus italienischen Familien. Wir waren damals allerdings alle sehr von Helfermotiven, aber wenig von Erfahrung und Wissen geleitet. 1981 wurde ich Geschäftsführer des Deutsch-Türkischen Vereins Köln e.V., einem von deutschen und türkischen Lehrern 1971 gegründeten, paritätisch geführten Verein, der sich bis heute kulturell und bildungspolitisch engagiert. Für mich persönlich war es von großer Bedeutung, bei dieser Arbeit Menschen türkischer Herkunft nicht nur als Ratsuchende, sondern auch als Vorgesetzte zu erleben, die ihre Verantwortung höchst engagiert wahrnahmen. Das war für mich die frühe Wahrnehmung eines Miteinanders auf Augenhöhe – mit Langzeitwirkung.

Das Ende der politischen Einfalt, so werte ich es in der Rückschau, wurde 1978 mit der Berufung des früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn zum ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt eingeläutet. Dies war eine offensichtliche Reaktion darauf, dass sich die Einwanderungsrealität in einer Weise entwickelt hatte, von der die Politik irritiert und verunsichert war. Im September 1979 veröffentlichte Kühn ein Memorandum, das erstmals die Notwendigkeit eines breiten gesellschaftspolitischen Ansatzes der Integration postulierte und die bis dahin herrschende Engführung auf beschäftigungspolitische Aspekte heftig kritisierte. Der Grundtenor des Memorandums: Wir brauchen keine Ausländerpolitik mehr, wir brauchen eine neue Politik der Integration.

Somit wurde das Amt des Ausländerbeauftragten, der bald ein Integrationsbeauftragter wurde, neu erfunden. Der oder die Beauftragte sollte Analytiker/-in, Mahner/-in und Vordenker/-in sein. Das Memorandum plädierte für eine Anerkennung der Einwanderungsrealität, für Förderan-

strenge im Vorschulalter, für eine Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, kommunales Wahlrecht. Diese Themen haben bis heute an Aktualität kaum verloren. Überdies war das Dokument eine der ersten amtlichen Verlautbarungen, die im Titel bereits die Integration als soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe Eingewanderter fassten.

Einwanderungsland wider Willen

An die Phase der politischen Einfalt schloss sich eine Epoche an, in der sich Deutschland als Einwanderungsland wider Willen darstellte. Die Politik der Rückkehrförderung des damaligen Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann und die damit einhergehende Rhetorik einer Nichtzugehörigkeit von Ausländern waren ein deutliches Signal: Man wollte kein Einwanderungsland sein. Diese Politik lieferte über Jahrzehnte hinweg das Futter und die Legitimation für die auf kulturelle Überlegenheit und Ausgrenzung fixierten Stammtische wie auch die rechtskonservativen Politikerkreise. Als Sozialarbeiter beim Deutsch-Türkischen Verein in Köln habe ich damals mit Trauer und Entsetzen erlebt, welche fatalen Folgen diese wenig human gedachte, finanziell unterfütterte Anstiftung zur Ausreise für viele Familien hatte.

Da das Angebot zeitlich begrenzt war, mussten sich die Familien kurzfristig entscheiden und konnten in aller Regel keine Rücksicht nehmen auf schulische Bildungsperspektiven oder Berufsausbildungsprozesse ihrer Kinder. Aus meiner Sicht ist es eine Verharmlosung, wenn es heute in vielen Rückblicken heißt, dass das Gesetz vornehmlich von solchen Familien genutzt worden sei, die damals die Rückkehr in ihr Herkunftsland schon länger geplant hätten. Angesichts des Wegfalls von Beschäftigungsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt und der von der offiziellen Ausländerpolitik ausgehenden Verunsicherung der Eingewanderten leitete das Rückkehrförderungsgesetz in nicht wenigen Fällen jedoch die tatsächliche Rückkehr erst ein.

Viele Kinder und Jugendliche, die bis dahin durchaus aussichts- und erfolgreich im deutschen Schulsystem oder im System der dualen Berufsausbildung Fuß gefasst hatten, wurden – zum Teil zum zweiten Mal in ihrem Leben – aus ihrem Bildungsprozess und einem Netz von Freunden, Nachbarn und Lehrkräften herausgerissen. Die Reintegration in ihrem Herkunftsland gelang nur wenigen. Wer in Deutschland geblieben war, konnte den Eindruck gewinnen, nicht erwünscht zu sein.

Die gesetzlichen Normen zur Rückkehrförderung waren eindeutig schneller zur Hand als solche zur Sicherung des Verbleibs und der Integra-

tion. Bis zu den ersten zaghaften Formulierungen integrationsbezogener Normen im Zuwanderungsgesetz, darunter die Einführung verbindlicher Integrationskurse, sollte es noch mehr als 20 Jahre dauern.

Der in dem Rückkehrförderungsgesetz zum Ausdruck gekommene Widerwille der Bundesregierung gegen die Akzeptanz der Einwanderung und der Ton der hierzu geführten öffentlichen Debatte führten 1983 dazu, dass sich in Köln eine Gruppe von Aktiven aus der Migrationssozialarbeit zusammenschloss und zunächst regional mit dem »Kölner Appell gegen eine menschenfeindliche Ausländerpolitik« zur Gegenwehr aufrief. Einige der Treffen dieser Gruppe fanden statt in den Räumen des Deutsch-Türkischen Vereins, meines damaligen Arbeitgebers. Wir waren alle noch nicht sehr kampagnenerfahren und daher umso überraschter über die öffentliche Resonanz unserer Initiative. So entwickelte sich die zuerst als Unterschriftenliste angelegte Aktion in kurzer Zeit zu einer breiten Aktionsplattform, die bundesweit die Unterstützung von Prominenten wie Udo Lindenberg oder BAP und die Aufmerksamkeit mancher Feuilletons gewann.

Die Debatte um den Nutzen und die Risiken von Einwanderung gedieh zunehmend zu einer ideologischen Auseinandersetzung über die multikulturelle Gesellschaft: Die einen verstanden »multikulti« als Chance, das Erbe des auf Rassekonzepten von Höher- und Minderwertigkeit basierenden Nationalsozialismus endgültig zu überwinden. Die anderen sahen den gesellschaftlichen Konsens und die Leistungsfähigkeit demokratischer Strukturen durch die wachsende Vielfalt der Bevölkerung gefährdet.

Nach den politischen Umbrüchen von 1989 fanden die Ressentiments gegenüber Einwanderern bis dahin kaum für möglich gehaltene verbrecherische Ausdrucksformen. Die Anschläge von Mölln, Hoyerswerda, Rostock und Solingen waren keine zufälligen Taten einzelner Verwirrter. Es waren Verbrechen, deren Rechtfertigung die meist jugendlichen Täter aus der gesellschaftlichen Stimmung ableiteten. Große Teile des damaligen Mainstreams folgten der Untergangsmetaphorik des Slogans »Das Boot ist voll«. Einwanderung wurde als Bedrohung für alle kommuniziert. Von dort war es nur ein kleiner Schritt zur Infragestellung des Existenzrechtes der hierzulande lebenden Eingewanderten an sich.

Asylkompromiss

Das besondere Verdienst der ersten Ausländerbeauftragten bzw. der Integrationsbeauftragten, die auf den 1978 eingesetzten Heinz Kühn folgten – ob auf Bundesebene oder wie zum Beispiel Barbara John in Berlin –,

lag darin, nicht im Zeitgeist mitzuschwimmen, sondern die Rechte und die Interessen der Eingewanderten – Arbeitsmigranten, Flüchtlinge – couragiert und mit langem Atem zu artikulieren. Hier ist mir insbesondere Liselotte Funcke (FDP) in Erinnerung, die, als erste Amtsnachfolgerin von Kühn, 1991 ihr Amt nach zehnjährigem Engagement mit der Begründung zurückgab, dass es der Bundesregierung insgesamt und dem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im Besonderen an Konzepten und Leitlinien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik fehle.

Die Reaktion der Politik auf die sich in Deutschland ausbreitende Xenophobie bis hin zu offenem Rassismus war 1993 der sogenannte Asylkompromiss zwischen CDU/CSU/FDP und SPD. Das grundgesetzlich normierte Recht auf Asyl wurde eingeschränkt, wozu es einer verfassungsändernden Mehrheit bedurfte.

Damals wurden auch die Grundlagen für das Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen, das im Sommer 2012 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurde, weil das Existenzminimum von Flüchtlingen dort prinzipiell anders angesetzt war als für andere unterstützungsbedürftige Menschen.

Der erste parlamentarische Ausschuss für Migrationsfragen

In Nordrhein-Westfalen drängte im deutlichen Gegensatz zur Regierung Helmut Kohl der damalige Ministerpräsident Johannes Rau, für den der Mordanschlag auf die Solinger Familie Genç am 29. Mai 1993 zum persönlichen und politischen Trauma geworden war, darauf, Strukturen zu schaffen, durch die Einwanderer an politischen Prozessen beteiligt würden, und auf eine fachliche und politische Auseinandersetzung mit Fragen der Migration und der Integration. Das hatte Folgen. So wurde 1995 – bis dahin einmalig in Deutschland – im nordrhein-westfälischen Landtag ein parlamentarischer Ausschuss für Migrationsfragen eingerichtet. Der Ausschuss verstand bereits damals Integrationspolitik als politische Querschnittsaufgabe und hob die bis dahin übliche Unterscheidung zwischen Ausländerpolitik auf der einen und Spätaussiedlerpolitik auf der anderen Seite auf. 1996 folgte die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA NRW). Heute besteht diese Struktur weiter als Landesintegrationsrat, in dem rund 100 örtliche Mitwirkungsgremien organisiert sind. Wenige Monate später eröffnete Ministerpräsident Rau in Solingen das Landeszentrum für Zuwanderung NRW, das unter seiner Gründungsleiterin Lale Akgün als Drehscheibe der Integrationspolitik,

Integrationsforschung und Integrationspraxis fungieren sollte. Es wurde im Herbst 2005 unter NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers geschlossen; die Beschäftigten und ein Teil der Aufgaben des Landesentrums wurden in das nunmehr so genannte Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration verlegt.

Ich persönlich erlebte die für die Integrationspolitik schwierige Phase der 1990er-Jahre als Mitarbeiter der NRW-Landesregierung, damals noch im Bereich der Jugendhilfe – und privat, als Aktivist und Demonstrant gegen die Abschiebung von Familien und Kindern, gegen den Asylkompromiss. Ich haderte mit dem Kompromiss zwischen der Kohl-Regierung und der SPD und hatte Verständnis für diejenigen, die der SPD wegen deren Kompromissbereitschaft damals den Rücken kehrten. Später, als Referatsleiter für Grundsatzfragen der Zuwanderung beim damaligen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Franz Müntefering, bekam ich die Chance, an der Umsetzung der Ziele mitzuwirken, die sich die Landesregierung als Konsequenzen aus der bitteren Lehre von Solingen gesetzt hatte: sich stärker für die Integration und die Teilhabe der Zugewanderten sowie den Zusammenhalt der Menschen in Vielfalt zu engagieren.

Integrationspolitischer Konsens

Ende der 1990er-Jahre setzte eine Wende zum Pragmatismus ein. Ideologische Grabenkämpfe verloren an Bedeutung. Der durch Xenophobie und Rassismus gefährdete Zusammenhalt der Gesellschaft und der Ansehensverlust Deutschlands in der Welt aufgrund fremdenfeindlicher Stimmungen und Haltungen förderten die Bereitschaft der demokratischen Parteien zum integrationspolitischen Konsens. Hierzu hatte auch das Jahr 1997 beigetragen, das von der EU zum »Europäischen Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« ausgerufen worden war. In der Folge kam es 1998 auf Bundesebene sogar zur institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Form des »Forums gegen Rassismus«. Diese Struktur besteht bis heute. Im Internetauftritt des Bundesinnenministeriums heißt es zum Forum gegen Rassismus: Es »...befasst sich in einem offenen Dialog der NGOs mit der Regierungsseite mit aktuellen Themen zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene[r] Intoleranz.«

Wie ungewohnt und schwierig diese Form der Zusammenarbeit für beide Seiten zunächst war, habe ich selbst als Vertreter des Landes Nordrhein-West-

falen in diesem Forum erlebt. Wenn ich daran zurückdenke, fällt mir eine beschämende Situation ein: In einer Verhandlungsphase, in der sich die staatlichen und die NGO-Vertreter jeweils in getrennten Räumen über strittige Positionen verständigen wollten, wurde Bärbel Kampmann – eine nordrhein-westfälische Oberregierungsrätin, von der ich als Kollege unendlich viel gelernt habe – durch eine Mitarbeiterin des Bundesinnenministeriums am Betreten des Raumes gehindert, in dem sich die staatlichen Vertreter versammelten. Obwohl Bärbel Kampmann seit mehr als einem Jahr in den Begleittgremien des Europäischen Jahres gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mitgewirkt hatte, wurde ihr entgegengehalten: »Sie gehören doch eindeutig in den anderen Saal.« Die 1999 mit nur 53 Jahren verstorbene Bärbel Kampmann war eine Deutsche mit afrikanischen Wurzeln.

Verdienste der Zuwanderungskommission

Die Diskussionen um die deutsche Greencard, die umstrittene Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000 und der lange parlamentarische Kampf um das 2005 schließlich in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz waren zwar von heftigen politischen Debatten begleitet, diese blieben allerdings in der Regel sachlich und lösungsorientiert – mit Ausnahme der Angst- und Misstrauenskampagne des damaligen CDU-Spitzenkandidaten Roland Koch im hessischen Landtagswahlkampf 1999, die gegen die Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts gerichtet war.

Von kaum zu überschätzender Bedeutung ist in dieser Phase die verdienstvolle Arbeit der sogenannten Zuwanderungskommission, die 2000 von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzt wurde. Die Kommission stand unter der Leitung der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) und setzte sich aus hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Politik und Wissenschaft zusammen. Der Zuwanderungskommission gelang es, im Lichte internationaler Vergleiche eine unaufgeregt-realistische Bestandsaufnahme deutscher Einwanderungs- und Integrationszustände vorzunehmen und im Juli 2001 in ihrem Bericht mit Maß und Verstand eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen zu formulieren. Dies war trotz der in der Kommission repräsentierten vielfältigen und teils widerstreitenden politischen Interessen geglückt – und gerade deswegen so verdienstvoll. Über den Tag hinaus hat sich die Arbeit der Zuwanderungskommission nicht nur in den veränderten aufenthaltsrechtlichen Regelungen im Zuwanderungsgesetz und dessen wenigen Paragraphen zur Integration niedergeschlagen. Sie ist für die Integrationsarbeit und

die Integrationspolitik auch insofern von bleibendem Wert, als der 2001 vorgelegte Bericht Integration einerseits als Querschnittsaufgabe unterschiedlichster Politikfelder materialienreich und differenziert aufgearbeitet hat und diese andererseits als gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen definiert hat. Der Bericht schuf die Grundlage zur Schaffung eines bundesweiten Kompetenzzentrums für Integration, wie es das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) heute unbestritten darstellt. Schließlich ging von der Zuwanderungskommission auch der Anstoß dafür aus, dass nachhaltige Integrationspolitik nicht *für*, sondern *mit* Eingewanderten, nicht fürsorglich, sondern beteiligungsorientiert zu gestalten ist.

Damit hat die Kommission gleichsam die Grundlage für das Arbeitsprogramm der seit 2005 im Bundeskanzleramt angesiedelten Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration geschaffen. Im Wirken von Staatsministerin Maria Böhmer wurden der Querschnittsansatz, die Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen klar erkennbare Prinzipien, die sich in den Integrationsgipfeln, den Arbeitsprozessen zum »Nationalen Aktionsplan Integration« und später zum »Nationalen Integrationsprogramm« niedergeschlagen haben. Das führte sehr wohl zu einem sich allmählich verändernden Verständnis von gelingender Integration in dem Sinne, dass Integration nicht eine einseitige Bringschuld der Eingewanderten darstellt, sondern auch die Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit von Staat und Gesellschaft voraussetzt.

In dieser Phase des integrationspolitischen Pragmatismus wurde das Amt der Integrationsbeauftragten – neben der es auf Bundesebene immer noch, wenn auch von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, die Funktion des Ausiedlerbeauftragten gibt – durch Netzwerkbildung und Koordinierungsaktivitäten gefüllt. Auf Gesetzgebungsverfahren, auf Programmentwicklung und -umsetzung hat die Integrationsbeauftragte hingegen eher geringen Einfluss.

Das Modell Nordrhein-Westfalen

Auch auf Landesebene hat sich in den letzten Jahren viel bewegt. Seit 2001 wird in NRW auf der Basis der von allen Fraktionen getragenen Integrationsoffensive Politik betrieben – eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung des Integrationsministeriums. 2005 war Nordrhein-Westfalen das erste Land, in dem ein Ministerium für Integration ausgewiesen wurde. Die Arbeit des ersten Integrationsministers Armin Laschet (CDU) im Ka-

binett Rüttgers fand bundesweit Beachtung. Laschet sprach von »Menschen mit Zuwanderungsgeschichte«, wo andere, auch in seiner Partei, in erster Linie noch von »Problemen mit Ausländern« redeten.

Mittlerweile gibt es in 7 von 16 Bundesländern Integrationsressorts. An der Integrationsministerkonferenz, auf der Fragen zur Migrations- und Integrationspolitik behandelt werden, die zuvor Thema der Innenministerkonferenz waren, sind alle Bundesländer beteiligt.

Seit dem Amtsantritt von Guntram Schneider (SPD) als Minister für Arbeit, Integration und Soziales im Juli 2010 ist in NRW der Integrationsbereich gleichgewichtig neben den Politikfeldern Arbeit und Soziales verortet. Im Februar 2012 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen ohne Gegenstimmen das von Minister Schneider vorgelegte Teilhabe- und Integrationsgesetz verabschiedet. Mit ihm werden kommunale und zivilgesellschaftliche Strukturen der Integrationsarbeit gestärkt und das Prinzip interkultureller Öffnung öffentlicher Institutionen verankert. Damit unterscheiden sich die Strukturen in Nordrhein-Westfalen von denen des Bundes und auch der meisten anderen Bundesländer. Seit 2012 gibt es im nordrhein-westfälischen Landtag wieder einen eigenständigen Integrationsausschuss, der für Fragen von Einwanderung und Einwanderungsfolgen zuständig ist, und in steigender Zahl wirken in der Landesregierung und im Parlament Menschen mit Migrationshintergrund mit. Das Amt des Integrationsbeauftragten wurde ersetzt durch das einer, auch operativ eingebundenen, Staatssekretärin für Integration im Integrationsministerium des Landes.

Sorgen und Hoffnungen

Was mich in den späten 1960er-Jahren an London fasziniert hat, finde ich heute in Köln, zunehmend sogar in meinem Viertel Köln-Buchheim: die Stadt als Mikrokosmos. In meiner engeren Nachbarschaft leben Menschen mit kölschen, afrikanischen, türkischen, amerikanischen, japanischen, chinesischen, italienischen und kroatischen Wurzeln. Diese Vielfalt schlägt sich im Straßenbild und in den Angeboten der umliegenden Restaurants und Geschäfte nieder. Durch Begegnungen auf der Straße, beim Metzger, in der Kneipe oder bei Festen weiß man ein bisschen voneinander. Vielfalt kommt hier eher zufällig, nicht inszeniert daher.

Die keine zehn Minuten Fußweg von meinem Haus entfernte Grundschule St. Theresia hat unter ihrem Schulleiter Franz Legewie gelernt, die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler als Stärke zu begreifen und ent-

sprechend zu nutzen. Indem nicht die soziale oder ethnische Herkunft der Schülerinnen und Schüler thematisiert, sondern über ihre Fähigkeiten und ihre Zukunft gesprochen wird. Wer den Schulleiter danach fragt, wie hoch an seiner Schule der Migrantanteil ist, erhält die Antwort: »Wieso interessiert Sie das? Alle Kinder dieser Schule sind in Köln geboren.« Die Erfolge dieser Herangehensweise sind durch die Zahl erfolgreicher Übergänge an weiterführende Schulen auch statistisch belegt.

Meinen nach Deutschland zugewanderten Schwiegereltern Turhan und Gülsen hätte ich gewünscht, dass sie hier nicht alleine an ihren nicht perfekten Deutschkenntnissen gemessen worden wären, sondern an den Investitionen von Liebe, Engagement und Geld, die ihre Kinder hier erfolgreich gemacht haben. Vielleicht hätten sie sich dann nicht gewünscht, in ihrem Geburtsort Istanbul statt an ihrem Wohnort Leverkusen beerdigt zu werden. Ihre wahre Heimat war letztlich doch die Türkei.

Mein marokkanischer Schwiegersohn, ein diplomierter Ingenieur, ist aufgrund seines Namens regelmäßig einem mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Islamismus-Verdacht ausgesetzt. Meiner Nichte Aylin, die mit der deutschen, der türkischen und der russischen Sprache aufwächst, und die mir die fantastischsten Geschichten in bildkräftiger Sprache erzählt, wurde bei der in Nordrhein-Westfalen für alle 4-Jährigen obligatorischen Sprachprüfung schriftlich attestiert, sie könne kein Deutsch. Weshalb? Eine Lehrerin hatte sie geprüft, die Aylin vorher noch nie im Kindergarten gesehen hatte, folglich sprach das Kind nicht mit ihr. Als Ergebnis des Konstruktionsfehlers im Testarrangement blieb das negative Attest für Kind und Eltern. Solche Formen institutioneller Diskriminierung machen deutlich, dass wir die Konzepte, Methoden und Instrumente der Integrationsförderung noch optimieren müssen. Auch hier gilt: gut gemeint ist nicht immer gut. Wir benötigen zielgenaue Förderverfahren und keine leichtfertige Sortierung der zu Fördernden in Schubladen.

Deutschland im Jahre 2013 ist immer noch weit davon entfernt, sachlich und unaufgeregt über Fragen wie die des kommunalen Wahlrechts für Zuwanderer und der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts zu reden – nicht als Maßnahmen des Entgegenkommens gegenüber Einwanderern, sondern als logische Schritte zur langfristigen Sicherung gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Legitimation demokratischer Institutionen. Mit Entsetzen wurde auf die jahrelang unentdeckten Aktivitäten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) reagiert. Aber den wenigsten wird klar sein, wie sehr das kollektive Versagen deutscher Sicherheitsorgane das Zugehörigkeitsempfinden der nach Deutschland Eingewanderten erschüttert hat. 20 Jahre nach Solingen!

Wir brauchen eine Willkommenskultur für Neueinwanderer, und wir brauchen eine Zugehörigkeitsstruktur, eine rechtlich abgesicherte, verlässliche Teilhabebasis für die, deren Vorfahren nicht Deutsch gesprochen haben. Und wir brauchen eine aktive Bürgerrechts- und Einbürgerungspolitik, um die politischen Mitwirkungsrechte der Eingewanderten strukturell zu verankern.

»Wir brauchen neue Narrationen von einem pluralen Deutschland« – Interview

In Deutschland gebe es ein stark defizitär geprägtes öffentliches Bild von Einwanderern, insbesondere von »den Muslimen«, das nicht dem Sachstand der tatsächlich messbaren Integrationserfolge entspreche, sagt Naika Foroutan. Gleichzeitig werde das Potenzial für rechtspopulistische oder auch rechtsradikale Gedanken unterschätzt. Die Sozialwissenschaftlerin, die an der Humboldt-Universität zu Berlin das Forschungsprojekt »Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle/HEYMAT« leitet wie auch eine Forschungsgruppe im Rahmen der »Jungen Islam Konferenz« (JIK), fordert: »Über diese Dinge müssen wir reden und streiten!«, denn ihrer Ansicht nach haben Konflikte auch etwas Erneuerndes.

Dorte Huneke: Kaum etwas wird in Deutschland so erhitzt debattiert wie das Thema Einwanderung. Ist es grundsätzlich aber erst einmal ein gutes Zeichen, dass debattiert wird?

Naika Foroutan: Grundsätzlich natürlich erst einmal ja. Wenn eine Gesellschaft vom Wandel betroffen ist, dann ist es auch ein Bedürfnis der Bevölkerung, diesen Wandel zu thematisieren.

Teilweise diskutieren wir das Thema Einwanderung allerdings mit einem Blick, als befänden wir uns noch in den 1970er-Jahren, als wären wir eine relativ homogene Gesellschaft, die sich aussucht, wer kommen oder bleiben darf und wen sie nicht braucht. Dabei sind wir längst eine heterogene Gesellschaft. Die Eingewanderten sind längst keine Neuankömmlinge mehr, mit denen man so sprechen kann, als gebe es Bedingungen, die zu erfüllen sind, um hier leben, mitreden und mitgestalten zu können. Dazu sind wir schon zu lange hier. Eine gemeinsame Debatte dar-

über, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen, ist aber auf jeden Fall sinnvoll und notwendig. Damit hätten wir in Deutschland schon viel früher beginnen müssen, auch mit dem Aufbau entsprechender Strukturen. Denn wir wissen seit über 50 Jahren von diesem Wandel. Aber es bringt nichts, jetzt, wo wir mitten in dieser wichtigen Debatte stecken, darüber zu lamentieren, was wir verpasst haben.

In der sogenannten Leitkultur-Debatte – angestoßen im Jahr 2000 durch einen Zeitungsartikel des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Friedrich Merz – waren die Deutschen aufgerufen, zu definieren, was sie unter ihrer Kultur verstehen. Als Gegenmodell zum Konzept einer »multikulturellen Gesellschaft« ging es Merz darum, »Regeln für Einwanderung und Integration« festzulegen. Hat die Debatte etwas Positives für unser Zusammenleben bewirkt?

Ich denke, diese Debatten haben positive wie auch negative Seiten. Negativ ist sicher, dass sie häufig auch Ressentiments schüren. Dass häufig mehr auf die Probleme durch Einwanderung als auf Erfolge und Potenziale verwiesen wird. Aber wenn wir Probleme erkennen und Negatives von allen Seiten ins Bewusstsein rücken, können wir daran arbeiten, gemeinsam die vorhandenen Stereotype zu reflektieren. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Konflikte auch etwas Erneuerndes haben.

Nicht wenigen Menschen in Deutschland ist im Zuge der Leitkultur-Debatte klar geworden, dass Deutschland sich in eine Einwanderungsgesellschaft gewandelt hat – ob sie es gut fanden oder nicht: Es ist Teil der realen Wahrnehmung geworden. Dies ist der erste Schritt, denn zuvor wurde jahrelang geleugnet, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Für diese Menschen gibt es nun eine Gelegenheit, neue Konzepte, neue Narrationen von einem pluralen Deutschland zu entwerfen. So kann man diese Debatte als Chance interpretieren. Ähnliches gilt für die Debatte um Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« im Jahr 2010. Seither zweifelt sicher kein Mensch mehr an, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Und viele Menschen mit Migrationshintergrund sind als Gegenreaktion aus der »Unsichtbarkeit« herausgetreten und beanspruchen nun lauter und aktiver eine selbstverständlichere Zugehörigkeit zu diesem Land. Ob man das mag oder nicht, ist wieder eine andere Frage – grundsätzlich ist »Selfempowerment« aber eine sehr aufgeklärte und demokratische Form der Partizipation.

Ein Einwanderungsland hat andere Bedürfnisse und andere Strukturen als ein Auswanderungsland. Wenn in einem Land keine ethnischen, kul-

turellen, religiösen oder nationalen Minderheiten leben, dann muss dieses Land auch nicht über Minderheitenrechte nachdenken. Weiß ein Land aber, dass es diese Minderheiten gibt, dann müssen entsprechende Gesetze zum Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung gemacht werden; Schulbücher müssen entsprechend angepasst werden; es müssen Partizipationsstrukturen geschaffen oder verbessert werden. Das Bewusstsein, dass wir ein Einwanderungsland sind, kann eine politische Kraft schaffen.

Sie beklagen, dass die größte religiöse Minderheit in Deutschland, die Muslime, in öffentlichen Debatten aus dem »nationalen Narrativ« ausgeschlossen werde. Auf welche Weise geschieht dies, und wie lassen sich Minderheiten in eine Narration einbinden?

Das ist sehr schwer, daran arbeiten und forschen wir gerade. Narrationen müssen an etwas anschließen, das bereits besteht, und sie müssen glaubwürdig sein. Narrationen lassen sich nicht einfach erfinden. Wir können aber versuchen, bestimmte Teile der Geschichte in der Rückschau neu zu erzählen, indem wir sie durch zusätzliche Perspektiven erweitern. Zum Beispiel die Geschichte des deutschen Wirtschaftswunders. Bisher lautet das Narrativ: »Uns Deutschen ging es erst schlecht, dann halfen uns die Amerikaner mit dem Marshall-Plan, wir waren fleißig und unsere Wirtschaft boomte. Dann brauchten wir billige Arbeiter, die wir aus unterentwickelten Ländern geholt haben, dummerweise sind sie hiergeblieben.« Wir könnten die damaligen »Gastarbeiter« diese Geschichte aber auch selbst miterzählen lassen, das ist gar nicht so kompliziert. Wir könnten sagen: »Deutschland brauchte Hilfe, es gab nicht genügend Arbeitskräfte, wir haben es nicht allein geschafft. Es kamen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, um uns zu helfen. Als sie da waren, wurde alles besser, weil wir es zusammen geschafft haben. Deswegen haben wir in den 1960er-Jahren ein Wirtschaftswunder erlebt.«

Es darf nicht darum gehen, Geschichte zu verfälschen. Es geht darum, die gleiche Geschichte *anders* zu erzählen, aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, mit anderen Worten zu erzählen.

Oder nehmen wir das Narrativ der Flucht: Wir haben in Gesprächen immer wieder festgestellt, dass die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg von genau den gleichen Demütigungsstrukturen, Nichtanerkennung, Scham, Diskriminierung berichten, wie später die Ausländer, »Gastarbeiter« und andere Einwanderergruppen. Über solche Gefühle könnten »Andockungsprozesse« entstehen. Man kann diesen Erfahrungsraum gemeinsam erzählen. Oft wird vergessen, dass das Verlassen der Heimat in

den allermeisten Fällen eine traumatische Erfahrung ist, die den Betroffenen viele Jahre oder ein ganzes Leben lang anhängt – abgesehen von den Menschen, die einfach mal woanders leben möchten und deshalb ihr Heimatland verlassen. Ihren Verlust geben die Migranten, Vertriebenen oder Flüchtlinge weiter an ihre Kinder.

Auch viele Menschen in Ostdeutschland teilen die Erfahrung von Verlust und Nichtanerkennung. Sie beschreiben Diskriminierungsmomente und das Gefühl, ihre Geschichten würden verschwiegen, wenn über die »deutsche« Vergangenheit gesprochen wird. Alles, was ostdeutsch war, wird als schlecht und nicht funktionierend beschrieben oder verbunden mit der Stasi. Ansonsten gibt es kaum ostdeutsche Narrative, die mitschwingen, wenn von Deutschland gesprochen wird.

In unserem Forschungsteam widmen wir uns zur Zeit der Frage, wie man diese Geschichten so verknüpfen kann, dass die Ähnlichkeiten im Erfahrungsraum darin Aufnahme finden.

Wie können die Ergebnisse Ihrer Forschungen, bei denen Sie zusammen mit Soziologen, Ethnologen, Politologen und Islamwissenschaftlern arbeiten, den gesellschaftlichen Alltag verändern?

Wir können unsere Erkenntnisse in Form von »Policy Advices« an Politiker weitergeben, Politiker können sie in den Medienraum speisen. So gelangen sie in die Öffentlichkeit. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch in meinen Augen, dass neue Perspektiven bei der Erstellung von Schulbüchern berücksichtigt werden. Es geht ja um Narrationen, die deutschlandweit anders erzählt werden müssen, damit die kommenden Generationen in einem anderen, zeitgemäßen Bewusstsein aufwachsen. Das, was in den Schulbüchern steht, wird von hunderttausenden Lehrern gelehrt und von Millionen Schülern gelernt. Konzepte, die sich einmal festgesetzt haben, sind nur schwer wieder aus den Köpfen rauszukriegen. Vielleicht könnten die Schulen Wettbewerbe veranstalten, bei denen die Kinder unterschiedlicher Herkunft aufgefordert sind, die jeweilige Perspektive ihrer Eltern einzuweben und etablierte Narrative neu zu erzählen?

Warum tut sich unsere Republik so schwer mit dem Wandel zu einem pluralen Deutschland?

Was wir als vermeintlichen Wandel erleben, ist im Grunde eine Rückkehr zur Normalität. Deutschland war immer schon ein heterogenes Land, das hat man allerdings vergessen. Nur für eine sehr kurze Periode war

Deutschland ethnisch homogen – und das war eine sehr traumatische Zeit. Ich meine natürlich die Zeit der NS-Diktatur.

Unsere Elterngeneration oder diejenigen, die kurz nach dem Krieg geboren wurden, sind in einem sehr homogenen Deutschland aufgewachsen. Das war ihre Realität von Deutschland, verbunden wahrscheinlich mit nachhallenden Narrationen von ethnischer oder völkischer »Reinheit«. Diese Erfahrung hat sich vielleicht zu einer bestimmten Vorstellung von dem verdichtet, was typisch deutsch ist und eben nicht transkulturell oder plural.

Die Debatte um die deutsche Leitkultur ist zu der Zeit entbrannt, als das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht reformiert wurde – vom *jus sanguinis* zum *jus soli*. Diese Reform machte es einfacher, Deutsche(r) zu werden, ohne deutschstämmig zu sein. Die damalige Forderung, eine deutsche Leitkultur zu definieren, implizierte im Grunde, dass es noch lange nicht ausreichte, im Besitz eines deutschen Passes zu sein, um sich als Deutsche(r) bezeichnen zu können. Da gehöre noch etwas anderes dazu. Nach dem Motto: »Jetzt, wo wir es nicht mehr Blut nennen können, nennen wir es ›Leitkultur‹.«

Was Deutschsein bedeutet, ließ sich schon damals nicht festlegen. Daher der Versuch, zu definieren, was es *nicht* ist. Gehen wir einmal davon aus, dass zur Selbstvorstellung der deutschen Leitkultur gehört, tolerant, aufgeklärt und demokratisch zu sein. Dann können wir sagen, die deutsche Leitkultur besteht darin, *nicht* antidemokratisch, *nicht* unaufgeklärt und *nicht* intolerant zu sein. Wir beobachten derzeit allerdings, dass genau die definierten Gegenpunkte auf das konstruierte »Ander« übertragen werden – in unserem Fall auf den Islam und die Muslime. Den Muslimen wird die Markierung zugewiesen, antidemokratisch, unaufgeklärt und intolerant zu sein. Weil sich die eigene Position vermeintlich erhöhen lässt, indem man bei anderen diese ungewünschten Eigenschaften deutlicher und stärker herauskristallisiert. 48 Prozent der Deutschen, also fast jeder Zweite, haben den Eindruck, es lebten zu viele Muslime in unserem Land. Die Muslime machen aber tatsächlich nur 5 Prozent der Bevölkerung aus. Was heißt das also in der Konsequenz: Sollten es noch weniger sein? Weniger als 5 Prozent?

Im November 2011 wurde die Mordserie der rechtsextremen terroristischen Vereinigung NSU aufgedeckt. Dabei wurden auch die massiven Versäumnisse der deutschen Sicherheitsbehörden bekannt. Haben wir es in den vergangenen Jahren versäumt, über Rassismus, Ressentiments und Gewalt gegenüber Menschen nicht deutscher Herkunft, nicht christlichen Glaubens im Alltag zu sprechen?

Wahrscheinlich glauben wir, die deutsche Demokratie könne diese rechten Strömungen gut aushalten. Und wir denken offenbar, dass sich ein so großer Fehler, den die Deutschen in der Geschichte begangen haben, niemals wiederholen würde. Deshalb ignorieren wir möglicherweise das Potenzial für rechtspopulistisches oder auch rechtsradikales Gedankengut. Grundsätzlich ist das ja auch der Fall: Demokratien zeichnen sich durch Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen, kulturellen, ethnischen, politischen Denkrichtungen aus. Dass sie das alles gut verarbeiten und inkorporieren können, ist ein demokratischer Prozess, der dann auch grundsätzlich antidemokratische Strömungen an den Rändern aushalten kann. Aber wenn extremistische Gedanken in die Mitte hineinsickern und beginnen, sich im Diskurs zu etablieren, dann ist darin eine Gefahr wahrzunehmen. Wir haben es versäumt, rechtzeitig darauf aufmerksam zu werden. Bis heute erkennen viele immer noch nicht, wie stark und in welchem Maße die antidemokratischen, rechtspopulistischen Ressentiments und Rassismen sich hierzulande in der Mitte der Gesellschaft etabliert haben. Während in Westdeutschland 2012 jeder fünfte Bürger eine ausländerfeindliche Einstellung hatte, dachten in Ostdeutschland fast 39 Prozent manifest ausländerfeindlich. Das hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihren »Mitte«-Studien herausgefunden. Bei solchen Zahlen kann man nicht mehr von »Rändern« sprechen.

Wir müssen uns ins Bewusstsein rufen, dass durch den sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund in wenigen Jahren zehn Menschen ermordet wurden – in Deutschland lebende Menschen mit anderen Herkunftsgeschichten. Und wie lange es gedauert hat, bis jemandem aufgefallen ist, dass eine rechtsextremistische Gruppe dafür verantwortlich sein könnte. Heute wissen wir das, aber es wird zum Beispiel immer noch von einem »Neonazi-Trio« gesprochen. Dabei stehen offenbar schon 129 Namen aus dem NSU-Umfeld auf einer Liste der Sicherheitsbehörden. Das Netzwerk stellt sich als immer größer heraus, aber es wird immer noch von einem »Trio« gesprochen! Wir machen uns nicht bewusst, dass diese Leute gedeckt wurden von einer breiten Struktur. Ich glaube, es ist an der Zeit, während wir so harsch über unseren Wandel, über Migration und so weiter sprechen, dass wir genauso harsch über institutionellen Rassismus in unserem Land und bestehende rassistische Formationen der Mitte sprechen, damit wir auch daran etwas ändern können.

Welche Rolle spielen Begrifflichkeiten? Verändern sie etwas in der Debatte und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung?

Ich glaube, dass sehr viel Kraft hinter Begriffen steckt. Vor Kurzem gab es in den Medien die Diskussion um die Sprache in Kinderbüchern und ob zum Beispiel das Wort »Neger« aus Kinderbuch-Klassikern gestrichen werden sollte. Die einen beschrieben ihre Erfahrungen und gelebten Kränkungen und erklärten, es sei in ihren Ohren ein rassistisches Wort und müsse deshalb gestrichen werden. Andere verstanden nicht, wieso diese ehemals gängige Bezeichnung auf einmal als rassistisch und kränkend gelten sollte und konnten partout nicht begreifen, wieso man darauf verzichten sollte. Dabei war das »N-Wort« immer schon rassistisch, nur haben sich die gesellschaftlichen Realitäten geändert, und offene Diskriminierung genießt keine gesellschaftliche Legitimation mehr. In einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft haben die Betroffenen die Möglichkeit, sich öffentlich gegen Rassismus und Diskriminierung zu positionieren. Aber es ist ein langer Weg, diese auch dem Rest der Gesellschaft deutlich zu machen, die sich natürlich dagegen wehrt, etablierte Positionen aufzugeben.

Solche Debatten, die aufzeigen, dass Wörter und Bedeutungen sich verändern, müssen wir immer wieder führen! Manche Wörter fallen automatisch aus dem Sprachgebrauch heraus. Um andere muss man Hoheitskämpfe führen. Genauso ist es mit dem Wort »Migrationshintergrund«: Der Begriff wird sich immer weiter abnutzen, weil er sich im Alltag gar nicht so sehr gesetzt hat, wie wir glauben. Die meisten sagen immer noch »Ausländer«, weil »Mensch mit Migrationshintergrund« eine so lange Worthülse ist. Aber weil sich die Deutschen mit Migrationshintergrund, die schon lange keine Ausländer mehr sind, immer deutlicher gegen den zugeschriebenen »Ausländerstatus« wehren, werden wir wohl neue Begriffe brauchen, vielleicht »neue Deutsche«, vielleicht Bindestrich-Bezeichnungen, wie in den USA: also Türkisch-Deutsche, Spanisch-Deutsche, Englisch-Deutsche, schwarze Deutsche, asiatische Deutsche. Das macht meiner Meinung nach deutlicher, wie sich das Deutschsein plural auffächert, als es der Begriff »neue Deutsche« vermag, der wieder eine Dichotomie zu »alte Deutsche« entstehen lässt.

Ist es ein Zeichen, dass Pluralität für uns zur Normalität geworden ist, wenn über die familiäre Herkunft einer Person nicht mehr gesprochen wird?

Ich fände es schade, wenn über Herkunft nicht mehr gesprochen würde, weil dies ein wichtiger Teil der biografischen Kernnarration ist – genauso wie jemand vielleicht gerne erzählt, dass er Fahrrad fährt, vegan lebt, als Zahnarzt arbeitet. Wenn man diese Dinge krampfhaft nicht mehr abfra-

gen möchte, werden sie überrelevant und stehen wie ein rosaroter Elefant im Raum, den man versucht zu ignorieren.

Pluralität in Deutschland ist dann normal geworden, wenn sie in die Alltäglichkeit unserer Sprache übergeht. Wie zum Beispiel die »Initiative schwarzer Deutscher«, womit deutlich gemacht wird, dass Deutsche selbstverständlich auch schwarz sein können. Genauso könnten wir von türkischen Deutschen statt von Deutschtürken sprechen. Irgendwann wird es für uns normal sein, dass die deutsche Identität keine homogene Struktur hat. Dass Menschen unterschiedlicher Herkunft deutsch sein können. Vorübergehend könnten wir die Menschen vielleicht mit dem bezeichnen, was für sie selbst einen Referenzpunkt bildet, also als »schwarze Deutsche« oder »türkische Deutsche«. Darin schwingt mit: Ich bin schwarz und ich bin deutsch. Oder: Ich habe türkische Wurzeln und ich bin deutsch. Es wäre auch eine Form, dem Gegenüber zu sagen: Das ist das, wonach du mich fragen möchtest, wenn du mich anschaust, du dich aber nicht traust. Ich sage es dir daher selbst, mit meinen eigenen Worten.

Der Migrationsforscher Mark Terkessidis vertritt die Meinung, dass man Menschen nicht auf ihre kulturelle oder ethnische Zugehörigkeit festlegen soll.

Was heißt festlegen? Es gibt ja viele Menschen in Deutschland, für die die Herkunft ihrer Eltern relevant ist. Sie haben kulturelle Codes aus diesen Räumen übernommen, sie kennen die Erzählungen und Erfahrungen ihrer Eltern, sie haben sie teilweise in ihre identitäre Selbsterzählung übernommen. Für sie wäre es völlig künstlich, so zu tun, als hätten sie das nicht und als wären sie nur noch ausschließlich Deutsche – ohne Herkunftsbezug. Wer jedoch überhaupt keinen Bezug zu dem Herkunftsland der eigenen Eltern hat, wer die »Codes« aus dieser Kultur nicht kennt, den kann es natürlich irritieren, immer wieder mit der Frage nach diesem Land konfrontiert zu werden. Das kann ich nachvollziehen. Aber wenn jemand so wie ich mit 12 Jahren nach Deutschland gekommen ist, spielt die Herkunft sehr wohl eine Rolle. Ich habe Erinnerungen an den Iran und finde es keineswegs irritierend, nach meinem Herkunftsland gefragt zu werden. Auch in der türkeistämmigen Bevölkerung sind meist viele Alltagscodes jeden Tag abrufbar. Da fände ich es sehr künstlich, nicht mehr danach zu fragen.

Seit einigen Jahren ist der Begriff »neue Deutsche« im Umlauf. Das klingt progressiv, positiv. Damit geht außerdem eine Bedeutungsverschiebung einher. Die »neuen deutschen Medienmacher« zum Bei-

spiel sind nach eigener Definition ein Zusammenschluss von Journalisten mit und ohne Migrationshintergrund. Auch Sie haben einmal von dem Begriff der »neuen Deutschen« als einer »Ideenwelt« gesprochen, die also weniger mit Herkunft als mit einer persönlichen Einstellung zu tun hat.

Ja, für mich war das der Versuch zu sagen: Wir leben in einem Land, das so ist, wie es ist, nämlich vielfältig. Es gibt viele Menschen, die das so betrachten, egal ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Mit diesen Menschen verbindet mich etwas. Wir könnten uns gemeinsam als »neue Deutsche« bezeichnen. Wohingegen andere an dem Bild eines vermeintlich homogenen Deutschlands festhalten. Sie wären in diesem Sinne die »alten Deutschen«. Die »alten Deutschen« wünschen sich, ihr Land wäre so wie im Jahr 1960, relativ homogen.

Eine Ideenwelt teilt man nicht aufgrund der bloßen Tatsache, dass man einen Migrationshintergrund hat. Das ist das, was ich versucht habe, damit zu sagen.

Aber auch damit haben wir noch nicht die Dichotomie überwunden, die in diesen Begrifflichkeiten steckt. Dass es die einen und die anderen Deutschen gibt. Wir sollten Strukturen schaffen, die darauf zielen, unser Land vielfältig zu begreifen.

Sie sprechen von Deutschland als einer »Patchwork-Gesellschaft«. Wie verhält sich dieser Begriff zu dem der »Parallelgesellschaften«?

»Parallelgesellschaften« sind negativ konnotiert und scheinen grundsätzlich Sicherheitslücken zu offenbaren. Der rechtsextreme NSU kann eine Parallelgesellschaft sein. Es gibt nämlich nicht nur ethnische Parallelwelten. Es gibt auch solche, die von Gender, Ethnie, Popkultur oder sozialer Schicht bestimmt sind. Ich bin sicher, dass die Welt einer Person, die in der zweiten Generation Hartz IV bezieht, sich in parallelen Universen zu der Welt von Menschen verhält, die wie der VW-Vorstandsvorsitzende, Martin Winterkorn, rund 15 Millionen Euro im Jahr verdienen. Da gibt es keine Möglichkeiten einer gemeinsamen Erfahrung von Alltag. Auch hier ließe sich von Parallelitäten sprechen, und zwar in dem Sinne, dass die einzelnen Teile auch im Infinitum nie ineinander greifen, sondern immer aneinander vorbei. Der Begriff »Patchwork« hingegen beschreibt etwas, das ineinander greift. Beides gehört zu unseren postmodernen Gesellschaftsstrukturen. Wir werden also parallele Gesellschaften haben, die sich nie begegnen, und ebenso Patchwork-Strukturen, die immer wieder ineinander greifen.

Im März 2013 tagte die von Ihnen geleitete »Junge Islam Konferenz«. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwischen 17 und 25 Jahren diskutierten über Muslime in Deutschland. Haben Sie den Eindruck, dass junge Menschen die Pluralität der deutschen Gesellschaft bereits als Normalität begreifen?

Für die meisten Jugendlichen heute ist die Pluralität tatsächlich längst Alltag. Jedes dritte Kind in Deutschland unter 6 Jahren hat mittlerweile einen sogenannten Migrationshintergrund. Das heißt, dass die Wahrscheinlichkeit, in der Schule auf Kinder mit Migrationshintergrund zu stoßen, ziemlich hoch ist. Mit steigender Tendenz. Für sie stellt sich nicht mehr wirklich die Frage, ob »Deutschsein« bedeutet, blond und blauäugig zu sein.

In Ostdeutschland ist die Pluralität im Alltagsleben allerdings nicht gleichermaßen präsent. Von den etwa 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben gerade einmal 5 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern. Gleichzeitig ist dort die Neigung zu Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen ungleich höher als in den westdeutschen Bundesländern. Die erwähnte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung [»Rechtsextremismus der Mitte« – d. Red.], die von der Universität Leipzig realisiert und im März 2013 vorgestellt wurde, hat gezeigt, dass ausländerfeindliche Einstellungen im Osten unter den ab 1981 Geborenen ungefähr ebenso verbreitet sind wie im Westen unter den bis 1930 Geborenen – jeweils mehr als 31 Prozent. Die Ergebnisse basieren auf regelmäßigen Befragungen, die von einer Arbeitsgruppe um Professor Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker in den vergangenen zehn Jahren vorgenommen wurden.

Genauso können wir bei einigen jungen Muslimen eine Hinwendung zu mehr Geschlossenheit sehen. In ihrem Fall ist es häufig eine Zuwendung zu salafistischen Strömungen. Wobei wir hier von Randgruppen sprechen. Wenn über 30 Prozent der jungen Ostdeutschen rechtsradikale Sympathien haben, ist das allerdings kein Randphänomen mehr.

Wäre es im Sinne der »neuen deutschen Ideenwelt« nicht konsequent, eine »(Junge) Deutsche Konferenz« zu organisieren?

Wir haben tatsächlich schon überlegt, dass die Veranstaltung auch »Deutsche Identitätskonferenz« heißen könnte. Das große Format, die »Deutsche Islam Konferenz«, hat aber eine Kernaufgabe, die darin besteht, vor allem rechtliche Angelegenheiten der muslimischen Bevölkerung zu debattieren und auszuhandeln. So ist zum Beispiel der Islam hier noch nicht als

»Wir brauchen neue Narrationen von einem pluralen Deutschland«



»Unser Land verändert sich und wir alle sind ein Teil dieses Landes und dieser Veränderung – ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ob muslimisch oder nicht, religiös und auch nicht. ... Wir haben auch Fragen aneinander, Skepsis, manchmal auch Vorurteile – aber sie stellen nicht die Basis unseres Alltags infrage. Diese Basis ist die Selbstverständlichkeit von Pluralität.«

Tutku Güleriyüz, Junge Islam Konferenz (JIK), in ihrer Ansprache anlässlich des Empfangs von Bundespräsident Joachim Gauck im Schloss Bellevue im Frühjahr 2013

gleichwertige Religionsgemeinschaft anerkannt, er ist keine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das sind ganz normale gesellschaftliche Aufholprozesse, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Wenn in Deutschland Menschen muslimischen Glaubens leben, dann müssen wir über Bestattungsrituale sprechen, über das Schächten, über Erbschaftsaushandlungen mit den Herkunftsländern.

Bei der »Jungen Islam Konferenz« stehen verschiedene gesellschaftliche Fragestellungen im Zentrum der Diskussion, zum Beispiel über das Zusammenleben in unserer pluralen Gesellschaft. Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben heute schon einen viel selbstverständlicheren Umgang mit Pluralität. Diese Sichtweisen möchten wir gerne herausfiltern und in die Gesellschaft hinein kommunizieren. Der Islam wird dabei irgendwann nur noch eines von mehreren Themen sein. Eigentlich geht es um Deutschland. Deutschland als Demokratie. Um den Umgang einer Demokratie mit ihren – auch religiösen – Minderheiten. Am Beispiel der Muslime, der größten religiösen Minderheit in Deutschland, lassen sich diese Fragen zurzeit am besten überprüfen.

Wir könnten aber ganz ähnliche Diskurse auch über Roma oder Juden in Deutschland führen. Solange muslimische Identitätsmodelle als gesellschaftspolitische Konfliktkategorie wahrgenommen werden, wird die »Junge Islam Konferenz« auch das Thema Muslime behandeln. Wenn das irgendwann einmal nicht mehr notwendig sein sollte, kann sie sich auch in eine »Junge deutsche Identitätskonferenz« wandeln.

Gibt es in Ihren Augen – jenseits der individuell-biografischen Kernnarration – so etwas wie eine deutsche Identität, die sich zum Beispiel von einer britischen oder amerikanischen unterscheidet?

Es gibt ja auch eine amerikanische Identität, die sehr plural ist. Die Amerikaner würden sicher bestimmte Dinge als typisch amerikanisch bezeichnen. Oder sich in einem euphorischen Gefühl von nationaler Identität damit identifizieren. Dazu gehört aber nicht, weiß und angelsächsisch zu sein. Das war früher einmal so. Über die Zeit hat es sich transformiert. Ich könnte mir vorstellen, dass als typisch deutsche Identität irgendwann einmal die neue deutsche Vielfalt gelten könnte, gepaart mit Zuschreibungen, die heute bereits als typisch deutsch gelten. Dazu gehören Kategorisierungen wie Gründlichkeit, Fleiß, Tiefsinn und so weiter. Auch das Hadern mit Religion, der Säkularismus, die Tatsache, dass laut dem aktuellen »Religionsmonitor« der Bertelsmann Stiftung 68 Prozent der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger wenig oder gar nicht an Gott glau-

ben – das sind typisch deutsche Phänomene. Oder historische Ereignisse wie die Wiedervereinigung, die einzigartig für Deutschland ist und ins deutsche Narrativ einfließt. Immer mehr gehört dazu auch die Pluralität. Die weiße Hautfarbe spielt irgendwann vielleicht nicht mehr so eine überbordende Rolle.

Wenn Sie auf die vergangenen zehn Jahre zurückblicken: Wie hat sich die Einwanderungsdebatte in Deutschland verändert? Gibt es einen Lernprozess, den Sie beschreiben können?

Zum einen ist mittlerweile eindeutig gesetzt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Und ich glaube, die deutsche Gesellschaft hat dazu gelernt, dass Einwanderung das Land auch bereichern kann. In den 1970er- und 1980er-Jahren war die Konzentration auf Defizite in diesem Zusammenhang noch sehr stark. Das scheint heute immer noch gelegentlich durch. Aber es gibt gleichzeitig auch stärker ressourcenorientierte Sichtweisen auf Zuwanderung, Einwanderung und Vielfalt.

Deutschland wird heute, abgesehen von der Euro-Debatte – im Inland, aber auch im Ausland –, als nicht mehr so verkniffen wahrgenommen, als lässigeres Land. Das ist auch ganz stark damit verbunden, dass man dieses Land als vielfältig in seinen Grundstrukturen wahrnimmt. Gerade in den urbanen Ballungszentren können sich die Menschen gar nicht mehr vorstellen, dass es hier einmal anders war.

Hierzulande wurde viel versäumt, zu spät mit der Integrationspolitik begonnen. Aber dafür haben wir in relativ kurzer Zeit sehr viele Konzepte entwickelt und auch umgesetzt. Wenn wir überlegen, dass der erste Integrationsgipfel erst im Jahr 2006 stattgefunden hat – und was zum Beispiel seitdem an Integrationskursen entwickelt wurde: Die Sprachkurse, »Mama-lernt-Deutsch«-Kurse, der Versuch, Lehrer für interkulturelle Kompetenz zu sensibilisieren ... Das hat alles in einem Zeitraum von sechs bis sieben Jahren stattgefunden.

Vielleicht ist das ja typisch »neudeutsch«?

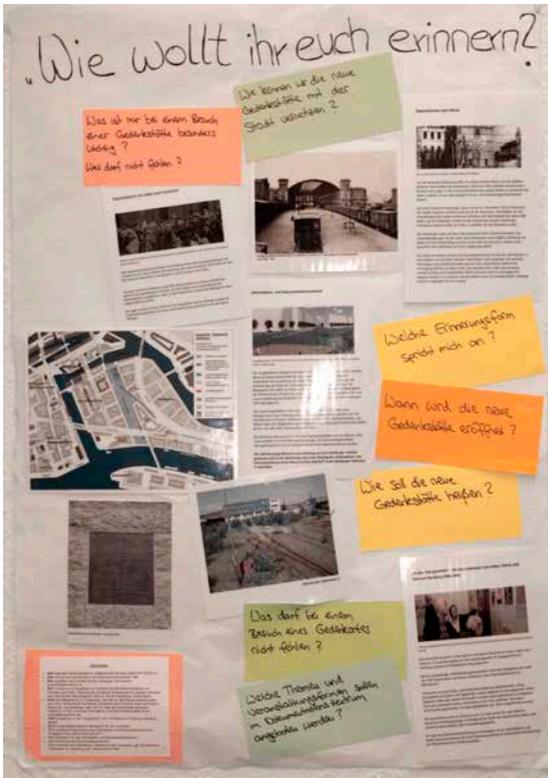
Das kann sein. Der Migrationsexperte Klaus Bade hat den Begriff der »nachholenden Integration« geprägt. Er hatte dafür ein Jahrzehnt angesetzt. Diese zehn Jahre gehen nun langsam zu Ende, und ich finde, wir haben in der Tat sehr viel nachgeholt!

Carmen Ludwig/Zandile Ngono: »Wir müssen die Erinnerung aufbrechen!«

In der Hamburger HafenCity entsteht eine neue Gedenkstätte: Wo seit vielen Jahren nur Überreste alter Gleise und seit Kurzem zwei Informationstafeln daran erinnern, dass vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof aus zwischen 1940 und 1945 mindestens 7 692 Juden, Sinti und Roma in Arbeits- und Vernichtungslager in Osteuropa deportiert wurden, soll Geschichte erfahrbar gemacht werden. Carmen Ludwig, 23, und Zandile Ngono, 18, haben sich im Rahmen eines Jugendprojektes mit der Frage beschäftigt, wie Erinnerungskultur in Deutschland heute aussehen kann.

Im Herbst 2011 sind Jugendliche aus dem Großraum Hamburg aufgerufen, sich ein Jahr lang unter dem Motto »Wie wollt ihr euch erinnern?« an der Gestaltung einer Gedenkstätte am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof mitten in Europas größtem Stadtplanungsprojekt, der Hamburger Hafen-City, zu beteiligen. »Es sind Erinnerungen aus der Gegenwart, die an Gedenkstätten sichtbar werden«, sagt Oliver von Wrochem, der das Projekt als Leiter des Studienzentrums der KZ-Gedenkstätte Neuengamme betreut hat. »Wir gestalten also im Grunde unseren gegenwärtigen Blick auf die Ereignisse von damals.« Deshalb sei es ihm wichtig gewesen, in die Konzeption der neuen Gedenkstätte Menschen einzubeziehen, die diesen gegenwärtigen Blick repräsentieren: Neben Wissenschaftlern und anderen Experten seien dies junge Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Das neue Deutschland.

Carmen Ludwig, die mit von Wrochem an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme arbeitet, hat das Jugendprojekt mitorganisiert und begleitet. Ein Jahr später sitzt sie mit Zandile Ngono, einer Teilnehmerin des Projekts, in der legendären »Oberhafenkantine«, der letzten Hamburger Hafenkantine aus den 1920er-Jahren. Gemeinsam blicken die beiden auf die Erfahrungen des vergangenen Jahres zurück.



Während der Projektphase werden die Ideen der Jugendlichen auf Flipcharts zusammengetragen.

»Wir haben von Anfang an Wert darauf gelegt, eine möglichst heterogene Gruppe zusammenzustellen, Teilnehmer unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft zu finden«, erklärt Carmen Ludwig. »Wir haben gehofft, dass die Gruppe dadurch kreativer sein würde, dass die Ideenvielfalt größer sein könnte.« Vor allem spiegelt sich darin die Bevölkerungsstruktur der zweitgrößten Stadt Deutschlands: Laut offizieller Statistik haben 30 Prozent der Einwohner Hamburgs einen sogenannten Migrationshintergrund. Bei den unter 18-Jährigen sind es fast 50 Prozent.

Zandile Ngono sagt von sich selbst, sie habe »nur einen optischen Migrationshintergrund«. Geboren und aufgewachsen ist sie in Deutschland. Das Heimatland ihres Vaters, Südafrika, kennt sie allein von Reisen zu Verwandten. Ihre Mutter sei »Ursprungsdeutsche«, wie sie Deutsche ohne Migrationshintergrund nennt. Für das Projekt »Wie wollt ihr euch erinnern?« habe sie sich beworben, weil sie immer schon ein großes Inter-

esse für Geschichte gehabt habe. Besonders dieser Abschnitt der deutschen Vergangenheit, die NS-Zeit, sei für sie sehr wichtig und interessant:

» Dadurch dass mein Vater aus Südafrika kommt, musste ich oft mit den Folgen dieser Zeit leben – im Sinne von Begegnungen mit Neonazis. Einmal mussten wir deshalb sogar umziehen, als wir noch in einem Dorf in Schleswig-Holstein lebten. Nach zwei Übergriffen im Laufe von zwei Wochen war es meinen Eltern dort zu gefährlich geworden. Polizeischutz hatten wir beantragt, aber nicht bekommen. Die Dorfpolizisten kannten die Leute, die wir als Täter identifiziert haben, wollten aber nicht glauben, dass diese »netten Nachbarn« zu so etwas fähig wären. Wenig später zogen wir nach Hamburg. Ich war 10, meine Schwester 14, mein Bruder 18. Eigentlich war ich ja noch ein Kind, aber natürlich kriegt man so was auch mit. Ich glaube jedenfalls, das war ein wichtiger Auslöser bei mir, mich später mit diesen Themen zu beschäftigen. Also mit Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, aber eben auch mit der Geschichte.

Mir ist wichtig, etwas über die Gründe, die Ursprünge zu erfahren. Warum ist das damals passiert? Und warum gibt es heute noch, oder wieder, Neonazis? Ich versuche, das zu verstehen. Dabei hat mir vor allem das Buch von Harald Welzer [»Das Menschenmögliche: Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur« (mit Dana Giesecke) – d. Red.] viel gebracht. Er beschreibt darin, welche Mechanismen sich in der Psyche eines Menschen abspielen, wenn er zum Täter oder zum Zuschauer wird. Welzer betont auch, dass Rassismus, Ausländerfeindlichkeit oder der Massenmord keine spezifisch deutschen Phänomene sind, sondern dass diese Dinge sich durch die Geschichte der ganzen Welt ziehen. Nur wenn wir diese Raster durchbrechen, selber denken, kann es besser werden.

Ich hatte sogar die Gelegenheit, persönlich mit Herrn Welzer zu sprechen, nach einem Vortrag von ihm, den ich mit einem anderen Teilnehmer unserer Gruppe besucht habe. Er nannte uns dort die »Experten unserer Generation«, weil wir eine ziemlich genaue Vorstellung davon haben, wie wir, als vierte Nachkriegsgeneration, uns erinnern wollen. Nämlich vor allem, indem wir verstehen – und mit einer anderen Sprache.

Diese persönlichen Gespräche, auch mit Zeitzeugen während des Projekts, haben mich am meisten beeindruckt. Sie haben uns alle emotional eingebunden. An den Lebensgeschichten zeigt sich ja auch, wie wichtig es sein kann, sich politisch zu engagieren. Das war für mich wiederum nicht so neu. Meine ganze Familie väterlicherseits ist sehr politisch. Die Mutter meines Vaters war Freiheitskämpferin in Südafrika, eine gute Freundin von Winnie Mandela. Diese politischen Umwälzungen und Kämpfe in Afrika haben in unserer Familie immer eine große Rolle gespielt. Später fiel mir dann auf: Meine deutsche

Familie, also mütterlicherseits, hat ja auch eine Geschichte! Da war ich wohl 12 oder 13. Meine Großeltern sind über das gefrorene Haff geflohen, haben vier Jahre in einem Flüchtlingslager gelebt. Davon weiß ich allerdings viel weniger als von den Ereignissen in Südafrika. Für meine deutschen Großeltern war es sehr schwierig, darüber zu reden. «

Persönliche Eindrücke wie diese zu sammeln, durch direkte Begegnungen und Gespräche mit Überlebenden, wird heute – fast 70 Jahre nach Kriegsende – für die jungen Generationen immer schwieriger. »Wir leben mit immer weniger Zeitzeugen zusammen«, sagt Carmen Ludwig. »Selbst unsere Großeltern waren damals noch Kinder. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Grund, weshalb Jugendliche heute oft sagen: Das ist so lange her, was geht mich das noch an?« An der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wird deshalb zunehmend mit persönlichen Lebensgeschichten gearbeitet, die in Form von Videoaufzeichnungen, Fotos oder nachträglich verfassten Erinnerungsberichten dokumentiert sind. »Das ist gerade für Jugendliche heute und vor allem in der Zukunft, wenn es überhaupt keine Zeitzeugen mehr geben wird, immer wichtiger, um Nähe herzustellen«, sagt Carmen Ludwig. »Wenn ich mir eine normale Schulklasse angucke, gibt es meist nur ein paar wenige, die sich für Geschichte interessieren. Der Rest findet das langweilig, hat keinen Bezug dazu.«

Zeitlich rücken die Ereignisse der NS-Zeit in immer weitere Ferne. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie hierzulande jene Jugendlichen diesem Kapitel der deutschen Geschichte gegenüberstehen, deren Eltern oder Großeltern erst nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland emigriert sind. Zugleich sind sie möglicherweise mit der Aufarbeitung von Ereignissen in den Heimatländern ihrer Familien beschäftigt. Was bedeutet dies für die Ausgestaltung des kollektiven Gedächtnisses in Deutschland? Carmen Ludwig arbeitet zu diesem Thema viel mit Jugendlichen zusammen, sowohl an der Gedenkstätte wie auch an Schulen:

» Es ist natürlich immer von den Personen abhängig, den Lehrern, aber auch den einzelnen Schülern, ob sie sich mit der deutschen Geschichte identifizieren oder ob sie sagen: ›Das ist die Sache von euch Deutschen!‹ Das habe ich beides kennengelernt. Sowohl sehr engagierte, interessierte Schüler mit Migrationshintergrund, die die deutsche Geschichte als ihre Geschichte wahrnehmen, als auch solche, die sagen: ›Was interessiert mich die deutsche Geschichte? Das ist nicht meins.«

Manchmal interessieren sich gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders für diese Themen. So wie Zandile. Weil sie Vergleiche zu Entwick-

lungen in den Ländern ihrer Familie ziehen können oder vielleicht sensibler sind, was kulturelle Unterschiede angeht. Von Seiten der Lehrer wird darauf allerdings überhaupt nicht eingegangen, soweit ich das sehe. ‹‹

In Zandile Ngonos Klasse hat etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einen sogenannten Migrationshintergrund. Als sie im vergangenen Schuljahr im Geschichtsunterricht die Zeit des Nationalsozialismus durchnahmen, hätte Zandile Ngonono sich gewünscht, dass der Lehrer das Geschehene nicht allein aus deutscher Perspektive beleuchtet. »Gerade beim Thema NS-Zeit kann man doch gut auf verschiedene Länder eingehen! Je nachdem, woher die Vorfahren der Schüler kommen, kann man das variieren! Aber das wird nicht gemacht.« Den Einwand, dass es um die gemeinsame deutsche Geschichte geht, eine gemeinsame deutsche Identität, will sie nicht gelten lassen. »Ich denke, es würde helfen, wenn über andere Länder – aus denen die Familien der Schüler kommen – überhaupt gesprochen würde.«

Auch die Schwere, die auf dem Thema lastet und den Schülern weitervermittelt wird, empfand Zandile Ngonono eher als hinderlich, um sich den Ereignissen von damals zu nähern:

›› Unser Geschichtslehrer zog immer die Vorhänge des Klassenzimmers zu, wenn draußen strahlender Sonnenschein war, während wir drinnen über die NS-Zeit sprachen. Er meinte: ›Wenn wir uns mit so einem Thema befassen, möchte ich, dass wir uns nicht mit dem schönen Wetter beschäftigen. Ich will, dass man das nachfühlen kann.‹ Ich finde es ja gut, wenn das Nachfühlen einen breiten Platz in der Erinnerung einnimmt. Aber das muss irgendwie von uns selbst kommen. Wenn es einem aufgedrückt wird, ist es eher kontraproduktiv.

Es gibt doch noch andere Zugänge zu dem Thema. Wenn ich meine Klassenkameraden angucke, mein schulisches Umfeld, sagen die meisten: ›Was bringt mir das denn?‹ Im Sinne von: Wieso soll ich mir jetzt noch diese Schuld aufladen? Wobei es eher noch die Jugendlichen aus ursprungsdeutschen Familien sind, die damit ein Problem haben. Wir, also unsere Generation, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, bekommen das ja oft noch über den Schuld-Kanal mit. Aber wie schuldig sind wir denn heute noch, in der dritten, vierten Generation? Muss ich mich schuldig fühlen, um deutsch zu sein? ‹‹

Wenn Lehrergruppen die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besuchen, werden diese Fragen immer wieder gestellt: Wie behandeln wir im Unterricht die deutsche Geschichte, wenn die Hälfte der Klasse einen Migrationshintergrund hat? Sollte man darauf speziell eingehen? In einzelnen Hamburger Stadtteilen wie Billstedt, Wilhelmsburg oder Rahlstedt haben oft

70 oder 80 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Die Frage der Lehrer lautet oft: Wie kann ich das Thema an Schüler vermitteln, die das primär nicht als ihres empfinden? Häufig steht dahinter die Vermutung, Jugendliche mit Migrationshintergrund interessieren sich weniger für den Nationalsozialismus. Das sei aber nicht der Fall, sagt Carmen Ludwig. Die Erfahrung an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zeige vielmehr, dass die Art und Weise der Vermittlung sich wandeln müsse:

» Das Wichtigste ist wohl, dass kein Unterschied gemacht wird, woher auch immer die Familie der Schüler kommt. Die deutsche Gesellschaft, in der die Erinnerung bewahrt werden soll, besteht ja eben aus genau diesen Menschen, die heute hier leben.

Ich persönlich würde mir allerdings wünschen, dass der Geschichtsunterricht vom Ansatz her interkultureller wird. Dass nicht nur die deutsche Geschichte – aus deutscher Perspektive – behandelt wird, sondern auch andere Länder betrachtet werden. Auch beim Thema Nationalsozialismus kann man einen anderen Einstieg wählen, Verbindungen zu anderen Ländern und Situationen herstellen. Man kann die Schüler fragen, was sie von den Entwicklungen in anderen Ländern zur gleichen Zeit wissen.

Die Schüler mit Migrationshintergrund haben zu dem Thema ja nicht weniger zu sagen. Im Gegenteil, sie können vielleicht weitere Perspektiven einbringen. Die Hauptsache ist aber, dass wir die deutsche Geschichte so vermitteln, dass es ein Stück von ihnen allen ist, weil sie ja jetzt in Deutschland leben. Dass sie deshalb mit der deutschen Geschichte genauso in Kontakt treten müssen wie mit der Geschichte der Türkei oder der anderer Länder. «

Neu ist in Deutschland möglicherweise, dass eine kulturelle Vielfalt für die junge Generation zunehmend zur Normalität wird. »Ich hätte gar nicht sagen können, wie viele Leute in unserer Projektgruppe einen Migrationshintergrund haben!«, sagt Zandile Ngono. »Das hat für uns gar keine Rolle gespielt.« Sehr deutlich seien hingegen die Unterschiede zwischen den teilnehmenden Schülern der einzelnen Schulen aus verschiedenen Stadtteilen gewesen:

» Dass wir aus verschiedenen Stadtteilen kamen, hat die Sache manchmal schon sehr schwer gemacht. Aus zwei Gründen: Zum einen waren die Wissensstufen bei den Teilnehmern enorm unterschiedlich. Ich war bis vor Kurzem zum Beispiel auch auf einer Schule, wo es vor allem in der Mittelstufe mehr darstellendes Spiel gab als Geschichtsunterricht, mehr Kunst als Gesellschaftswissenschaften. Von Daten und Fakten war da weniger die Rede.

Aber auch die Einstellungen waren unterschiedlich: Leute, die mehr aus der Schanze, aus der linken Ecke kamen, sagten: »Wir müssen etwas verändern, wir müssen ein Migrationsland werden. Wir müssen die Geschichte aufarbeiten!« Dabei waren sie ziemlich energisch, ziemlich negativ unserer Geschichte gegenüber, im Sinne von: Wir müssen im Gedächtnis behalten, dass das alles schlecht war. Die Leute aus den schickeren Stadtteilen sagten: »Na ja, bei uns redet man nicht so darüber; wir machen bei dem Projekt mit, weil es eine gute Sache ist. Aber eine Position dazu möchte ich gar nicht einnehmen.« Deswegen war es auch in den privaten Gesprächen schwer, da wirklich auf einen Weg zu kommen. ‹‹

Als Carmen Ludwig erwähnt, dass eine Teilnehmerin des Projektes aus einer Roma-Familie kam, ist Zandile Ngono erstaunt: »Wirklich? Ich dachte, sie sei Türkin oder so.« Offenbar spielten also die historischen Opfer- und Täterperspektiven, die sich aus der ethnischen Herkunft der Teilnehmer/-innen ableiten ließen, keine Rolle. Stärker war augenscheinlich das Gefühl, der gleichen Generation anzugehören. Im gleichen Land.

Zandile Ngono fühlt sich in der Verantwortung, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen in ihrem Land wachzuhalten. Das teilt sie mit den anderen Jugendlichen ihrer Arbeitsgruppe, schließlich war



Die jungen Projektteilnehmer/-innen auf den Spuren der Geschichte: Überreste alter Gleise am Hannoverschen Bahnhof erinnern an die Massendeportationen zwischen 1940 und 1945.

dieses Interesse eine Bedingung für die Teilnahme an dem Jugendprojekt. Ihre eigene Rolle sieht Zandile dabei vor allem in dem Bestreben, eine neue Sprache für das Gedenken zu finden:

» Ich habe, eben dadurch, dass ich einen Migrationshintergrund habe – mehr optisch als von meiner Erziehung her –, den Vorteil, dass ich mit weniger Schuldgefühlen gewisse Sachen sagen kann. Ich kann in vielen Punkten viel kritischer sein, ohne dass mir jemand etwas vorwerfen könnte.

Seit einigen Jahren spricht man in Deutschland über die Zeit des Nationalsozialismus. Aber das Sprechen darüber sollte vielleicht auch wieder verändert werden. Darin sehe ich eher meine Rolle: zu zeigen, dass man das Erinnern aufbrechen muss – egal aus welcher Familie man kommt, wie man erzogen wurde. Ich habe bei unseren Gesprächen öfter provoziert, zum Beispiel, indem ich die Frage aufgeworfen habe, ob wir stolz sind, Deutsche zu sein. Ich bin stolz darauf! Das sahen viele Ursprungsdeutsche sehr anders. «

Das Dokumentationszentrum am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof soll 2016 fertiggestellt sein. Den Kern der neuen Gedenkstätte bildet die von Linde Apel kuratierte Ausstellung »In den Tod geschickt« über die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg in den Jahren 1940 bis 1945, die im Frühjahr 2009 im Kunsthause Hamburg gezeigt wurde. Greifbar wird die Geschichte durch historische Überreste wie eine erhaltene Bahnsteigkante und Bruchstücke der Gleisanlagen. »Diese Elemente hätten wir wohl spätestens nach den Gesprächen mit den Jugendlichen ins Konzept aufgenommen«, sagt Carmen Ludwig. Denn dabei sei immer wieder der Wunsch deutlich geworden, etwas berühren zu können:

» Dass dieser Wunsch so stark sein würde, dass die Jugendlichen so viel Wert aufs Gefühl legen, hat mich doch überrascht. Aber es ist eine Tendenz, die man auch in anderen Ausstellungen wahrnehmen kann. Am liebsten wollten sie sich in einen ganz engen Raum stellen, der stinkt und in dem es laut ist. Immer darauf aus, das Gefühl nachzuempfinden. Es gab auch die Idee, einen Waggon nachzubauen, der vor dem Gebäude stehen sollte und in den man hineingehen sollte, um sich praktisch so zu fühlen, als würde man deportiert. Immer wieder also das Bedürfnis, sich in die Rolle, die Situation hineinzuversetzen. «

Am Ende des Projekts lagen sieben Konzepte der Jugendlichen vor, von denen einige bereits realisiert wurden. Was neben dem Wunsch, »das Ge-

fühl nachzuempfinden«, auffällt, ist der teils spielerische, teils öffentlichkeitswirksame Charakter der umgesetzten Ideen, darunter Pullover, Armbänder und Leinentaschen, auf denen in verschiedenen Sprachen interaktive Botschaften zu lesen sind. Der Slogan »Ich habe mich erinnert, du auch?« ist auf die Pullover gedruckt, die sich die Jugendlichen gestaltet haben. Auf den Leinentaschen steht »Erinnere« in verschiedenen Sprachen – Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Türkisch, Russisch, Hebräisch, Romanes (→ S. 144) –, auf den Armbändern »Erinnere dich. Remember!« Auch entwickelten die Jugendlichen aus ihrer eigenen Sicht auf das Deportationsgeschehen einen Hip-Hop-Song. Kreative Wegweiser und ein mobiler Stand, die in der Stadt oder an Schulen aufgebaut werden, sollen auf die künftige Gedenkstätte verweisen. Zandile Ngono wirkt zufrieden:

» Ich glaube, dass es uns am Ende ganz gut gelungen ist, die Gegenwart mit der Vergangenheit in Beziehung zu setzen. Wir haben zum Beispiel Orte in Hamburg gesucht, die mit der NS-Zeit zu tun haben und heute noch vorhanden sind. Der Schanzen-Bahnhof, heute ein ganz normaler S-Bahnhof in der Nähe der Uni, war damals eine Sammelstelle. Niemand kennt diese Geschichte, es gibt keine Tafel, die das erklärt!

Wir haben auch ein Design für diese Wegweiser entworfen und sind mit unseren Ideen zum Straßenschildverkehrsamt, oder wie das heißt, gegangen. Dort mussten wir uns lang und breit erklären lassen, warum die meisten unserer Ideen nicht umsetzbar sind. Wegen der erforderlichen Maximal- und Minimalhöhen ... Das haben wir also auch gelernt: Es ist immer leicht zu sagen, dass Leute untätig sind oder dass etwas fehlt, aber wenn man etwas machen will, braucht man eben manchmal auch ziemlich viel Ausdauer, um durch die Behörden zu stapfen. «

In ein paar Tagen, sagt Zandile Ngono, wolle sie mit einer Gruppe von Austauschschülern aus Israel die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besuchen und von dem Projekt zur Gedenkstätte am ehemaligen hannoverschen Bahnhof erzählen.

Wenn Zandile redet, sagt sie »wir Deutsche« ebenso häufig wie »die Deutschen«. Sie weiß, welchem Stamm in Südafrika sie angehört. Aber mindestens ebenso sehr ist sie Deutsche, vor allem weil sie hier aufgewachsen ist und die deutsche Gesellschaft besser kennt als die südafrikanische. Eines Tages möchte sie Politikerin in Südafrika werden. Weil man in Deutschland viel zu viele Hürden nehmen müsse, bevor man auf bestimmte Posten komme; dabei werde man abgeschliffen und habe, wenn man oben ist, schon wieder vergessen, mit welchen Idealen man einmal

antreten wollte. Vorher will sie in Oxford studieren. Auch deshalb hat sie gerade die Schule gewechselt. An ausländischen Eliteuniversitäten gelte ein Zeugnis, auf dem »Gesamtschule« stehe, nicht so viel wie eines, das mit »Gymnasium seit 1872« übertitelt ist. Deutsch und Englisch hat sie von ihren Eltern gelernt, Portugiesisch während eines Austauschjahres in Brasilien. Auf Französisch und Spanisch kann sie sich verständigen. Seit Kurzem lernt sie Chinesisch. In Südafrika hat ihr einmal jemand gesagt, der Name Zandile bedeute im Deutschen »die, die für andere den Weg bereitet, Brücken baut«.

»Sind unsere Schulbücher noch zeitgemäß?« – Interview

Johanna Ahlrichs vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung hat 15 aktuelle Schulbücher gelesen und Lehrkräfte gefragt: Was bedeutet die sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt an den Schulen für den Unterricht? Wie gehen die Schulbücher darauf ein? Was wird vermittelt und was wollen wir vermitteln?¹ Dass in den Büchern nicht mehr alle Michael und Müller, sondern auch Giovanni und Öztürk heißen, sei normal geworden. Ansonsten habe sich wenig bewegt, mit einzelnen Ausnahmen.

Dorte Huneke: Etwa jedes dritte Kind in Deutschland hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Sind unsere Schulbücher, so betrachtet, noch zeitgemäß?

Johanna Ahlrichs: Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir zunächst definieren, was das überhaupt heißt, »zeitgemäß«. Wie wollen wir, dass das Thema Migration in unseren Schulbüchern dargestellt wird? Inwiefern soll die Perspektive von Schülern mit Migrationshintergrund berücksichtigt sein? Dazu gibt es sehr unterschiedliche Meinungen unter Lehrern und Wissenschaftlern, wahrscheinlich auch unter den Schülern.

Man könnte sagen: Schulbücher sollten die Vielfalt als Selbstverständlichkeit darstellen, um alle Schüler gleichermaßen anzusprechen, um nie-

1 Die Pilot-Studie »Migration im Unterricht« des Georg-Eckert-Instituts lief von September 2012 bis Februar 2013 und wurde von der Max-Traeger-Stiftung gefördert. Am Georg-Eckert-Institut werden Schulbücher im Hinblick auf Identitätsangebote und Deutungsmuster untersucht. Seit einiger Zeit gilt das Interesse auch vermehrt der Frage, wie Schulbücher gesellschaftlich wirken und wie sie im Schulalltag verwendet werden.

manden »anders« zu machen oder besonders hervorzuheben. Gleichzeitig könnte man sagen: Es ist wichtig, das Thema explizit darzustellen, eine Auseinandersetzung anzuregen.

Letzteres wird vor allem in Schulbüchern für die Gesamtschule viel gemacht: Die Schüler werden dazu angeregt, sich gegenseitig kennenzulernen, einander Fragen zu stellen, über Herkunft und kulturelle Prägung zu sprechen. Daran sieht man, dass die Autoren der Schulbücher offensichtlich davon ausgehen, dass Kinder unterschiedlicher Herkunft in den Klassen sitzen.

Daneben gibt es krasse Gegenbeispiele: In einem Politikbuch für das Gymnasium von 2009 heißt ein Kapitel »Ausländer in Deutschland«. Der Text darunter ist überschrieben mit »Was wir über »sie« wissen«. In dem gesamten Kapitel wird sehr viel mit Stereotypen gearbeitet, außerdem werden die Begriffe »Ausländer« und »Türke« sehr undifferenziert und teilweise auch als Äquivalente verwendet. Es wird zum Beispiel gefragt: »Sind Ausländer krimineller als Deutsche? Woher kommen die Bräute der meisten Türken?«. Da wurde offenbar nicht darüber nachgedacht, dass Kinder in den Klassen sitzen, die sich direkt angesprochen fühlen könnten. Uns hat vor allem die Frage beschäftigt, wie Lehrkräfte mit solchen Texten umgehen.

Ich möchte aber noch anmerken, dass man nicht von *den* Schulbüchern sprechen kann, weil es eine so große Anzahl unterschiedlicher Ausgaben für die einzelnen Bundesländer gibt. Alle paar Jahre erscheinen neue Bücher oder die alten werden neu aufgelegt. Das muss man im Hinterkopf behalten.

Eine Tendenz ist offenbar, dass in den Schulbüchern auf Unterschiede verwiesen wird?

Ja, die Botschaft, die vermittelt wird, lautet oft, es gebe ein »Wir, die Deutschen« und ein »Ihr, die Ausländer«. Dabei findet eine Homogenisierung der deutschen Gesellschaft statt. Gleichzeitig werden auch »die anderen« homogenisiert: »die Italiener«, »die Türken«, »die Muslime«, »die Ausländer«. Damit sind übrigens meist auch die Zuwanderer gemeint, die schon seit vielen Jahren hier leben, oder deren Nachkommen, die bereits hier geboren sind.

Solche Zuschreibungen tauchen häufig auf, daran hat sich seit den 1970er- und 1980er-Jahren wenig verändert. Das belegen auch andere Studien. Wenn man jetzt also von den Schulbüchern erwartet, dass sie diese Zuschreibungen reflektieren und infrage stellen, dann muss man feststellen, dass die Darstellungen nicht zeitgemäß sind.

Bei einer bundesweiten Online-Umfrage, die wir im Rahmen der genannten Studie realisiert haben, kam unter anderem heraus, dass etwa 60 Prozent der befragten Lehrkräfte die ihnen vorliegenden Geschichts-, Politik- und Erdkundebücher für migrationsbedingt heterogene Klassen als »nicht geeignet« einstufen. Es scheint hier also noch einige Defizite zu geben. Die Lehrkräfte kritisierten vor allem, dass die Darstellungen oft einseitig seien, also das Thema nur aus einer Perspektive betrachtet würde. Viele bemängelten auch die Wortwahl. Formulierungen wie »die Ausländer« oder »die Fremden« finden die meisten Lehrkräfte nicht angemessen.

Gibt es das Thema »deutsche Identität« in den Schulbüchern? Und wenn ja, wird die kulturelle Vielfalt dort als Teil des »Wir, die Deutschen« verstanden?

In den Lehrplänen und Schulbüchern kommt das Thema »deutsche Identität« nicht vor, jedenfalls nicht in dieser Formulierung. Und wenn es um Identität geht, dann nur in Bezug auf Europa. Als Kern der europäischen Identität wird dann meist ein christliches Wertebewusstsein beschrieben, mit Wurzeln in Athen, Rom und Jerusalem. Byzanz und die Einflüsse aus dem arabischen Raum werden negiert.

Die christlich-islamischen Beziehungen kommen nur dort vor, wo es um den Umgang mit dem »Fremden« und den Abbau von Vorurteilen geht. Es gibt hier also eine klare Grenzziehung, der Islam wird ganz offensichtlich nicht als ein Teil von Europa verstanden. Aus meiner Sicht impliziert dies, dass Menschen muslimischen Glaubens, die in Deutschland leben, auch nicht dazugehören.

In einem Politikbuch fürs Gymnasium steht beispielsweise der Satz: »Menschen aus anderen Kulturkreisen müssen sich der Kultur der Deutschen anpassen.« So wird die Vorstellung vermittelt, es gäbe eine Kultur der Deutschen und daneben andere Kulturen, die nicht gleichberechtigt sind. Es wird nicht von einer Einwanderungsgesellschaft ausgegangen, sondern von einem Deutschland, in das andere sich einfügen müssen. Die Tendenz, in diesem Sinne zwischen Deutschen und Migranten zu unterscheiden, findet sich in unterschiedlicher Form in vielen Politikbüchern, aber auch in einigen Deutsch- oder Geschichtslehrwerken, die wir uns angeschaut haben.

In den Lehrplänen ist die Anerkennung kultureller Pluralität als Ziel gesetzt, aber in den Büchern, die wir untersucht haben, finden immer noch nationale Kategorien Anwendung. Eine »kulturelle Andersartigkeit«

führt zu dem Begriff »Ausländer«, woraus ein vermeintlicher Bedarf an Integration abgeleitet wird. Implizit oder explizit gibt es eine Aufforderung an »die anderen«, sich zu integrieren. Dass sich auch die Empfänger-gemeinschaft wandelt, wandeln muss, kommt nicht vor. Von einer differenzierten Darstellung kann also nicht die Rede sein.

Es gibt eine Studie der Universität Hannover von 2010 zur Behandlung des Themas Migration in den Lehrbüchern an niedersächsischen Schulen. Die Studie bemängelt, dass in den Unterrichtsmaterialien stereotype Bilder »ethnischer Berufe«, wie das des italienischen Pizzabäckers, regelmäßig reproduziert würden. Hat sich das in Ihren Untersuchungen bestätigt?

Mir ist aufgefallen, dass in einem Schulbuch ein türkischer Polizeikommissar abgebildet wurde, das ist ja schon mal etwas anderes als die typische Dönerbude! Aber das ist eben auch eine Ausnahme. In den meisten Texten habe ich noch viele Nischenzuschreibungen gefunden. Migranten werden in den Büchern, die uns vorlagen, häufig als männliche, unqualifizierte Arbeiter süd- und südosteuropäischer Herkunft dargestellt.

Unter der Überschrift »Ausländer in Deutschland – einfach nur fremd?« steht in einem Buch: »Wir alle essen gerne beim Italiener oder beim Griechen, kaufen Obst und Gemüse beim Türken, benutzen japanische MP3-Player und reisen in alle Welt, aber im Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern gibt es immer wieder Probleme.« Ich denke, das fasst den Stand der Dinge ziemlich gut zusammen: Die Türken und Italiener werden häufig in speziellen Nischenberufen dargestellt, als Gemüsehändler, Eisdiebenbesitzer oder Gyrosverkäufer, meist im Niedriglohsektor. Es wird von einem »Wir« und einem »Ihr« ausgegangen, und es geht um Probleme.

In einem anderen Buch ist das Kapitel Migration mit »Chancen und Herausforderungen« überschrieben. Damit ist gleich ein anderer Akzent gesetzt. Dazu gibt es ein Zitat des Schriftstellers Martin Jens Andergast, das zur Selbstreflexion anregt: »Wie soll ich mich denn auf die Schnelle selbst definieren? Bin ich zuerst deutscher Staatsbürger bayerischer Herkunft oder vorrangig Fahrradfahrer (freiwillig ohne Führerschein), daneben homosexuell, überdies Pädagogikstudent; oder sehe ich mich primär als Reisenden, als Lesenden, als Liebhaber der Sprache?«

Er stellt sich also die Frage, was Kultur eigentlich ist, über welche Gruppen man sich definieren kann. Das ist in meinen Augen ein vielversprechender Ansatz.

Haben Sie auch untersucht, ob und wie die kulturelle Vielfalt in Deutschland außerhalb von Themen-Kapiteln dargestellt wird, die speziell darauf ausgerichtet sind?

Wir haben uns vor allem diejenigen Stellen angeschaut, die das Thema Migration explizit behandeln. Das ist der Fall in den Lehrbüchern der Fächer Geschichte, Politik, Geografie bzw. Gesellschaftslehre und teilweise auch Deutsch. Was außerhalb dieses Kontextes dargestellt wird, haben wir bisher nicht untersucht.

Allgemein lässt sich aber sagen, dass fremdsprachig lautende Namen, also nicht nur die klassischen deutschen, schon länger in die Texte integriert werden. Das ist ja auch relativ einfach umzusetzen. Auch auf Abbildungen von Menschengruppen, zum Beispiel Schulklassen, wird meist versucht, eine kulturelle Vielfalt zu spiegeln, auch wenn das behandelte Thema nicht »Migration« oder »Integration« heißt. Welche Anteile das aber genau ausmacht, haben wir, wie gesagt, nicht gezielt untersucht.

Welche Rolle spielt die Einwanderung in der Darstellung der deutschen Geschichte?

Einwanderung kommt nicht als integraler Bestandteil der deutschen Geschichte vor. Die Arbeitsmigration der 1960er-Jahre erscheint in den Politik- und Geschichtslehrbüchern meist nur in einem kleinen Absatz. Auch die meisten Geschichtslehrer, mit denen ich gesprochen habe, sagten, dass man angesichts der Fülle an vorgegebenen Themen – Zweiter Weltkrieg, deutsche Teilung, Ost-West-Konflikt, Wiedervereinigung etc. – kaum oder gar nicht dazu komme, das Thema zu behandeln.

Auffällig ist, dass die Wanderungsbewegungen im Kontext der Wirtschaftsgeschichte verbleiben. So heißt es zum Beispiel: »Ohne ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger würde unsere Wirtschaft nicht funktionieren.« Oder es wird auf den demografischen Wandel verwiesen nach dem Motto: Heute braucht Deutschland Ausländer, weil die Bevölkerung schrumpft.

Dass es auch andere Motive für die Migrationsbewegungen der 1960er-Jahre gab – politische, kulturelle, persönliche –, wird eher vernachlässigt. Auch die Herkunftsländer der damaligen Migranten werden nicht wirklich beschrieben und ebenso wenig, welche Auswirkungen die Migration für diese Länder hatte. Solche Darstellungen könnten zu einem Perspektivwechsel anregen.

Spiegeln sich in den Lehrbüchern die Einflüsse der Zuwanderer auf Kunst, Kultur und Politik in Deutschland?

Das gibt es schon, allerdings eher selten. In einem Buch kommt zum Beispiel die Fußballnationalmannschaft vor – mit einem Foto von Sami Khedira. Dazu wird erklärt, dass Khedira »natürlich deutsch« sei, weil er in Stuttgart geboren wurde. Mit dem Wort »natürlich« soll offenbar Selbstverständlichkeit vermittelt werden. Gleichzeitig wird seine Herkunft damit besonders hervorgehoben.

In den Deutschbüchern kommen auch Texte von Autoren mit Migrationshintergrund vor, aber man muss ein bisschen nach ihnen suchen. Es hängt von den einzelnen Lehrkräften ab, inwiefern verschiedene kulturelle Einflüsse im Unterricht berücksichtigt werden, welche Texte ausgewählt werden. Viele ziehen neben den Schulbüchern ja auch noch andere Materialien hinzu – Filme, Zeitungen oder das Internet. Das ist ganz normal.

Haben Sie den Eindruck, dass die meisten Lehrer sich mit Fragen beschäftigen, die das vielleicht veränderte Selbstverständnis der Menschen im Einwanderungsland Deutschland betreffen, oder ist das eher die Ausnahme?

Die Teilnahme an der Befragung war natürlich freiwillig, deshalb kann es sein, dass unter den Interviewten vergleichsweise mehr waren, die vorher schon ein Bewusstsein für diese Fragen entwickelt hatten.

Ich würde sagen, das Thema ist in unterschiedlicher Weise relevant für die Lehrer. Da kommen auch die verschiedenen Schulformen ins Spiel. An manchen Hauptschulen gibt es beispielsweise das Fach Deutsch als Fremdsprache. Natürlich gehen die Lehrer noch bewusster mit dem Thema um, wenn es ein Sprachproblem in der Schule gibt. Sie beschäftigen sich zwangsläufig tagtäglich mit diesen Fragen. Was ansonsten ja nicht notwendigerweise der Fall ist. Viele Gymnasiallehrer sagen, es falle ihnen meist gar nicht auf, welche unterschiedlichen kulturellen Hintergründe es in einer Klasse gebe. Sie merken das oft erst, wenn sie die Namen der Schüler lesen.

Die Gymnasiallehrer gehen das Thema deswegen nicht unbedingt weniger an, aber sie haben andere Möglichkeiten, weil es selten wirkliche Verständigungsprobleme gibt. Daher können sie Prinzipien der interkulturellen Bildung gezielter umsetzen.

An Gesamtschulen gehört eine positive Einstellung gegenüber Heterogenität oft schon zum Schulprinzip. Das spiegelt sich natürlich auch in

den Handlungen der Lehrer wider. Zumindest die Lehrer, mit denen wir gesprochen haben, haben diesen Eindruck erweckt. Eine Lehrerin an einer Gesamtschule sagte, sie habe es sich zum Ziel gesetzt, im Bewusstsein der Kinder zu verankern, was für eine tolle Vielfalt es an ihrer Schule gibt.

Alle Befragten haben gesagt, dass sie nicht speziell dazu ausgebildet wurden, wie man Lehrmaterial kritisch überprüft, weder im Studium noch im Referendariat. Auch nicht, was den Umgang mit heterogenen Klassen angeht.

Empfinden die Lehrkräfte die Heterogenität ihrer Schüler eher als Belastung oder als Bereicherung?

Auf jeden Fall eher als Bereicherung. Die meisten Lehrkräfte, die von uns befragt wurden, sagen, sie nehmen diese Heterogenität als Thema mit in den Unterricht auf. Sie finden es gut, wenn man auf diese Weise den eigenen Horizont erweitern kann, und sehen es deshalb vor allem als Chance, auch für die Schüler selbst, die auf diese Weise mit der Erfahrung aufwachsen, dass die Menschen hierzulande eine unterschiedliche Herkunft haben.

Es gibt natürlich auch Ausnahmen. So wurden auch die »kleinen türkischen Prinzen« erwähnt, die mit der Autorität der Lehrkraft nicht klar kommen.

Im Alltag stehen die Lehrer wahrscheinlich häufig vor der Frage, ob sie die familiären Wurzeln ihrer Schüler zum Thema machen – oder ob sie lieber darauf verzichten, um niemanden in besonderer Form herauszustellen.

Ja. Viele Lehrer sagen, dass sie einzelne Kinder nicht exponieren wollen. Nur wenn es sich ergibt, dass jemand etwas über die Geschichte seiner Eltern erzählen möchte, würden sie das in den Unterricht einbauen. Andere Lehrkräfte sagen, dass sie die Kinder mit Migrationshintergrund in der Klasse besonders fördern. Sie dürfen vor allen Dingen viel von sich erzählen. Es kommt immer stark auf den einzelnen Lehrer an.

So kommt es auf der anderen Seite immer noch vor, dass ein Lehrer sagt: »Heute behandeln wir das Thema Osmanisches Reich. Dann befragen wir doch mal unseren türkischen Mitschüler dazu.« Der betreffende Schüler hat davon wahrscheinlich gar keine Ahnung, weil er nie in der Türkei gelebt hat und über das Osmanische Reich so viel oder wenig weiß wie seine Schulkameraden. Da wird irrtümlicherweise eine Herkunft mit Wissen verknüpft.

Das heißt aber nicht, dass man über unterschiedliche Prägungen hinweggehen soll. Die »Kennenlern-Projekte«, bei denen die Schüler sich untereinander zu ihrer Familiengeschichte befragen, kommen zum Beispiel offenbar gut an. Auch Projekte, bei denen alle Schüler ihre eigenen Großeltern befragen sollten und in der Klasse davon berichteten. Das würde dem Ansatz widersprechen, dass man die Heterogenität möglichst nicht herausstellen soll. Wobei auch diese Anregungen, von der eigenen Familiengeschichte zu erzählen, häufig davon ausgehen, dass es in sich jeweils relativ einheitliche, aber insgesamt voneinander verschiedene Gruppen gibt und dass es etwas Typisches gibt, das man kennenlernen kann. Es wird also die Herkunft mit einer bestimmten Lebensweise oder einer Kultur verknüpft.

Ein Ergebnis unserer Studie ist, dass unter den Lehrern eine gewisse Verwirrung darüber herrscht, wie sie mit der Vielfalt umgehen sollen, weil es unterschiedliche Ansätze dazu gibt. Sie hören hier und dort etwas, aber es gibt keine konkreten Leitlinien. In der Praxis sind sie auf sich selbst gestellt. Eine Lehrerin fasst es so zusammen: »Der Begriff multikulturelle Bildung fällt immer. Man weiß, da ist ein Problem, man weiß, man muss darauf achten, aber eigentlich ist man sich da selbst überlassen. In der Ausbildung spielt das eigentlich keine Rolle.«

In unserer Studie wollten wir jedoch nicht untersuchen, ob die Lehrer etwas falsch oder richtig machen, sondern welche Strategien und Ziele es im Umgang mit der Vielfalt im Klassenraum gibt und welche Rolle dabei die Lehrmaterialien spielen.

Wurden in der Studie auch die Schüler nach ihrer Meinung befragt, wie sie ihre Schulbücher im Hinblick auf das Thema Migration beurteilen? Ob sie sich darin alle gleichermaßen angesprochen fühlen?

Leider nicht, das ist aber auf jeden Fall der nächste Schritt. Das ist ja das eigentlich Interessante, wie die Darstellungen in den Lehrbüchern bei den Schülern ankommen. Wir können lange darüber philosophieren, ob wir es mit exkludierenden Texten zu tun haben. Ob sich einige Schüler aber wirklich ausgeschlossen fühlen, ist noch einmal eine ganz andere Frage.

Hatten unter den Lehrern, mit denen sie gesprochen haben, selbst auch einige einen Migrationshintergrund?

Nein, leider nicht. Wir haben diesen Aspekt bei der Auswahl der Interviewpartner nicht gezielt berücksichtigt. Ich habe in den Gesprächen aber

gemerkt, dass die persönlichen Erfahrungen der Lehrer eine große Rolle dabei spielen, wie an das Thema herangegangen wird.

Können Sie ein Beispiel geben?

Es gab eine Lehrerin, die mit einem Iraner verheiratet ist, ihre beiden Kinder wachsen zweisprachig auf. Sie sagte, sie habe dadurch einen ganz anderen Zugang zu diesem Thema. Die Lehrerin war besonders engagiert, sie hat ein Projektfach ins Leben gerufen, wo die Kinder sich ein Schuljahr lang mit dem Thema Migration beschäftigt haben. So wurde zum Beispiel die damalige niedersächsische Ministerin Aygül Özkan in die Schule eingeladen, es fand eine große Gesprächsrunde statt. Ein anderes Mal berichtete eine Migrationsberaterin der Arbeiterwohlfahrt von ihrer Arbeit. Migranten wurden in den Unterricht eingeladen, um von ihren persönlichen Erfahrungen zu erzählen. An anderen Tagen besuchten die Schüler Migranten in ihrem jeweiligen Arbeitsumfeld, in Betrieben, in Büros. Die Lehrerin achtete außerdem intensiv auf die Verwendung der Begrifflichkeiten in den Unterrichtsmaterialien. Auf Bezeichnungen wie »Ausländer« reagierte sie besonders sensibel.

Oder ein anderes Beispiel: Eine Lehrerin, mit der ich gesprochen habe, kritisierte eine eurozentrische Darstellung in den Schulbüchern, in ihren Augen imperialistische Sichtweisen. Später erzählte sie mir, dass sie einige Jahre in Afrika gelebt habe. Das hängt sicherlich zusammen: Sie hatte einen Blick von außen auf Europa genommen.

Welches Fazit würden Sie aus Ihrer Untersuchung ziehen?

Insgesamt ist deutlich geworden, dass die Lehrkräfte mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Deutungsangeboten umgehen müssen. Die Lehrpläne sind in Bezug auf interkulturelle Lernsituationen eher unkonkret, und die Schulbuchdarstellungen sind enorm vielfältig. Es gibt positive Beispiele, man sieht die Bemühungen. Trotzdem ist mein Eindruck, dass die Bücher der aktuellen Diskussion hinterherhinken. Das Einwanderungsland Deutschland wird immer noch mit einem Fragezeichen versehen. Immer noch werden Unterschiede akzentuiert und Probleme in den Vordergrund gerückt. Es hängt insgesamt sehr stark von der Persönlichkeit und den individuellen Erfahrungen der einzelnen Lehrkraft ab, was sie aus den Vorlagen macht.

Ich möchte aber auch keine Schulbuchschelte betreiben, es ist ein schwieriger Prozess. Man kann den Schulbüchern nicht vorwerfen, dass sie

ungenau sind, wenn in der politischen Debatte auch noch vieles unklar ist und schwammig formuliert wird. In meinen Augen wäre es ein guter Ansatz, die Schüler und Lehrer dazu anzuregen, über die öffentliche Diskussion um Migration und Integration nachzudenken, darüber zu reflektieren, wie sich das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln darstellt, Sichtweisen und Meinungen zu hören. Die Lehrer sollten sich die Frage stellen: Was wollen wir unseren Schülern in diesem Zusammenhang eigentlich vermitteln?

Sie haben zuvor an einer Studie mitgearbeitet, in der speziell untersucht wurde, wie der Islam in europäischen Schulbüchern dargestellt wird. Können Sie kurz skizzieren, zu welchem Ergebnis Sie in dieser Studie kamen?

Wir haben Schulbücher im europäischen Vergleich im Hinblick darauf untersucht, wie sie den Islam darstellen: spanische, österreichische, britische und deutsche Bücher.

Im Wesentlichen konnten wir drei Punkte identifizieren. Erstens werden oft Dinge aus der Entstehungszeit der Religion abgebildet, die mit dem heutigen Islam in Verbindung gebracht werden. Wir haben das »Entzeitlichung« genannt. Es wird eine Kontinuität vorgegaukelt, als hätte es keine Weiterentwicklung gegeben. Zweitens werden die Muslime oft als eine homogene Gruppe dargestellt. Dabei gibt es ja sehr unterschiedliche Ausprägungen. Interessanterweise findet etwa Indonesien in der Regel nirgendwo Erwähnung. Drittens gibt es eine »Essentialisierung«: Die Religion wird gleichgesetzt mit einer Kultur und einer Rechtsidee. Es wird suggeriert, dass ein Muslim sich auf eine ganz bestimmte Weise verhält.

Was diese statische Darstellungsweise betrifft, gleicht das Ergebnis der aktuellen Studie?

Ja, da gibt es teilweise ähnliche Tendenzen. In einem Schulbuch, das wir jetzt untersucht haben, ist im Kontext der Behandlung des 40. Jahrestages des Deutsch-türkischen Anwerbeabkommens ein Interview mit einem »türkischen Gastarbeiter M. Deniz« abgedruckt. Der Mann wird immer noch als »Gastarbeiter« bezeichnet! 40 Jahre nach seiner Ankunft in Deutschland!

Wobei auffällt, dass der Name falsch geschrieben ist. Es müsste korrekterweise »Deniz« heißen ...

An solchen Stellen würde man sich mehr Differenzierung oder Sensibilität im Umgang mit den Begriffen wünschen. Eine Lehrerin hat uns erzählt, dass sie etwa das Thema Arbeitsmigration grundsätzlich nicht mit dem Schulbuch behandelt. Stattdessen lässt sie die Familiengeschichten ihrer Schüler in den Unterricht einfließen. Auch wenn manche Schulbücher sicher noch verbesserungswürdig sind – für die meisten Lehrkräfte gehört die kulturelle oder sprachliche Vielfalt längst zum Alltag.

Vielfalt in den Museen, in der Kunst

Es bewegt sich etwas in Deutschland, es wird noch vielfältiger, auch in den Museen, in der Kunst. Ablesbar wird das in jüngster Zeit an Beispielen im Kleinen wie im Großen.

Im Duisburger LehmbruckMuseum ist die Beschriftung zu den Ausstellungsstücken dreisprachig: Deutsch, Englisch – und Türkisch. Eine einladende Geste gegenüber der größten Einwanderergruppe der Stadt, unabhängig davon, dass viele ihrer türkeistämmigen Bewohner Deutsch sprechen. Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigte im Oktober 2011 anlässlich des 50. Jahrestages des Deutsch-türkischen Anwerbeabkommens die Ausstellung »Geteilte Heimat – Paylaşılan Yurt« mit Exponaten aus dem Fundus des Kölner Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland e. V. (DOMiD). Das Münchner Haus der Kunst hat seit 2011 mit Okwui Enwezor einen Direktor, dessen Wurzeln in Nigeria liegen. Das ist eine kleine Sensation, denn während die Künstlerszene seit jeher international besetzt ist, waren die leitenden Funktionen großer deutscher Kunst- und Kulturinstitutionen bislang eher mit Herkunftsdeutschen, oder jedenfalls Europäern, besetzt.

Die Frage, ob Deutschlands Museumslandschaft interkulturell ist, zielt auf verschiedene Ebenen: Welche Zielgruppen werden in der Gestaltung von Museen und Ausstellungen angesprochen? Wird Migration in deutschen Museen und Ausstellungen thematisiert? In welchem Maße sind Menschen mit Migrationshintergrund auf der künstlerischen und kuratorischen Ebene vertreten, und zwar nicht nur dort, wo es um andere Kulturen oder Interkulturelles geht?

Perspektivwechsel

Die Realität der Einwanderungsgesellschaft erfordert auch in der Museumsarbeit einen Perspektivwechsel und eine Neuorientierung. Dies stellt der Deutsche Museumsbund 2012 in seinen »Handreichungen für die Museumsarbeit« unter der Überschrift »Museen, Migration und kulturelle Vielfalt« fest. Zukünftig sollten deshalb »die Erfahrungen und Bedürfnisse der Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte für Museen und Ausstellungen eine größere Rolle spielen.«¹ Die Besucher sollten aktiver eingebunden werden, heißt es weiter, um im Idealfall eine neue Verständigung über Geschichte und Gegenwart, Kultur und Umwelt und vieles mehr zu erreichen. Bis voraussichtlich Juni 2015 organisiert der Deutsche Museumsbund im Rahmen seiner »Initiative für vielfältige Perspektiven: Museum und Migration« zudem zwei Projekte, die dazu beitragen sollen, die Auseinandersetzung der deutschen Museen mit der kulturell vielfältigen Gesellschaft und dem Thema Migration in der Breite zu befördern und weiter zu vertiefen: Das vom Bundesinnenministerium geförderte Projekt »Alle Welt: Im Museum« rückt »diejenigen Nicht-Besucher in den Fokus, die oder deren Familien eine Migrationsgeschichte haben«. Das Projekt »Kulturelle Vielfalt im Museum: Sammeln, Ausstellen und Vermitteln« richtet den Blick nach innen, »auf die Kernaufgaben des Museums, seine Strukturen und Mitarbeiter und wird gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.«²

An zahlreichen kulturellen Orten in Deutschland ist Vielfalt längst der Normalfall. Ein Beispiel ist das Kunst- und Kulturevent »48 Stunden Neukölln«, das seit 1999 einmal im Jahr stattfindet. In diesen 48 Stunden wandeln sich private Räume zu Galerien, Pizzaläden zu Konzertsälen, in abgelegenen Straßen bilden sich morgens um 4 Uhr Menschentrauben. Jedes Jahr steht das Event unter einem bestimmten Motto, etwa »Klima« oder »Glück und Utopie«. In Berlin-Neukölln, wo über 160 Nationen auf engstem Raum zusammenleben, geht es natürlich immer auch um Migrationsgeschichten, aber das ist hier normal und muss nicht eigens im Programm betont werden. Die Werke der lokalen Aussteller setzen sich mit Themen wie Armut, Arbeit, Identität, Mode, Musik, Umweltschutz, Träume und Toleranz auseinander – globalen Fragestellungen eben. Es wird Spanisch, Englisch, Deutsch und Türkisch gesprochen. Unter den Besuchern scheinen auf den ersten Blick mehr Studierende als Hauptschulabsolventen zu sein, mehr junge als ältere Menschen. Aber weil die Kunst vor der Haustür der Kiezbewohner stattfindet, trifft man immer wieder auch Besucher, die nicht zu der typischen Klientel der Kunst- und Kulturszene gehören.



2012 stand das Berliner Kunst- und Kulturfestival »48 Stunden Neukölln« unter dem Motto »Paradies und Migration«. Hier ein Plakat zu einer der Veranstaltungen.

Die Namen der Künstlerinnen und Künstler klingen so international wie die Teilnehmerliste der Olympischen Spiele.

In den hoch subventionierten staatlichen Kultureinrichtungen ist die migrantische Bevölkerung jedoch unterrepräsentiert vertreten, wie André Schmitz, Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten in der Berliner Senatskanzlei, im Mai 2012 in der Wochenzeitung Die Zeit feststellte, was sich nicht nur im Programm und im (Leitungs-)Personal der Institutionen widerspiegeln, sondern auch in der Zusammensetzung des Publikums. Die Gründe dafür liegen nach Schmitz auf der Hand: »Diese Menschen werden erst dann auch in diese Häuser strömen, wenn dort in irgendeiner Weise ihre Geschichten, Erfahrungen und Erlebnisse bearbeitet werden. Wenn sie sich selbst auf den Bühnen der Stadt als handelnde Figuren wiederfinden und nicht als Fremde oder Exoten, Karikaturen oder Stereotypen, an denen die »echten« deutschen (Helden-)Figuren sich abarbeiten. Oder wenn sie ihre Migrationsgeschichte als selbstverständlichen Teil deutscher Geschichte in deutschen Museen entdecken. Viel, wenn nicht alles hängt bei dieser Frage von der interkulturellen Kompetenz unter den Leitern und Mitarbeitern der Kultureinrichtungen ab.«³ Schmitz plädierte

an dieser Stelle sogar für die Einführung einer »Diversity-Quote« für die Leitungsebenen der deutschen Kulturinstitutionen.

Wobei die Herkunft nicht unbedingt maßgeblich ist für das künstlerische oder kuratorische Interesse. So wird etwa der derzeit wohl bemerkenswerteste »Raum für zeitgenössische türkische Kunst«, TANAS in Berlin, betreut von dem am Niederrhein geborenen Galeristen René Block. Die Galerie versteht sich nach eigenen Worten »als Plattform der kontinuierlichen Auseinandersetzung und regelmäßigen Interaktion von türkischen Künstlern und Kuratoren mit dem deutschen und internationalen Publikum«. Unter dem Motto »TANAS IM DIALOG« wird regelmäßig zu Gesprächen mit Künstlern und Experten aus verschiedenen Ländern eingeladen. Und von Mai bis Juli 2013 war in der Galerie TANAS die Prolog-Ausstellung zur 13. Istanbul Biennale, »Agoraphobia«, zu sehen.

Auch Künstlerinnen und Künstler, Kuratorinnen und Kuratoren mit einem sogenannten Migrationshintergrund machen nicht zwangsläufig Migration oder das Heimatland ihrer Vorfahren zu ihrem Thema. Zumal sie davon oft nur mittelbar erfahren haben. Gleichzeitig kommen heute selbst diejenigen, die nie ihr Heimatland verlassen haben, fast unumgänglich mit globalen Einflüssen in Berührung – und können diese künstlerisch verarbeiten. Herkunft, so scheint es, ist nebensächlich in einem transkulturellen, kosmopolitischen Kontext.

Kunst, grenzüberschreitend

Anfang 2013 war im Osthaus Museum Hagen die Ausstellung »Exodus« des Fotografen Andy Spyra zu sehen: Porträts von Christen, die der 29-jährige Hagerer im Irak getroffen hat. Der Name des Künstlers lässt darauf schließen, dass seine Familie nicht deutsche Wurzeln hat. Aber darum geht es nicht; weder in Spyras Fotos noch in der öffentlichen Wahrnehmung seines Werkes oder seiner Person. Ein Migrant ist Spyra auf andere Weise. Für seine Fotos reist er im Auftrag großer Magazine wie Geo und Stern um die halbe Welt, unter anderem nach Syrien, Ägypten, Gaza. Mehrere Jahre hat er in Sarajewo und Istanbul gelebt. In Hagen müsse er sich erst wieder zurechtfinden, erklärte der Fotograf im Rahmen der Ausstellung in seiner Heimatstadt gegenüber Journalisten.

Vielleicht freute Spyra sich, als er im Shop des Hagener Museums ein »Nazar boncuğu« an der Wand sah, ein blaues Glasauge zur Abwehr des »Bösen Blicks«, das für die Türkei so typisch ist. Ein kleines, verhaltenes Zeichen dafür, dass auch der Direktor des Osthaus Museums Hagen ein

Wanderer zwischen den Welten ist: Tayfun Belgin, 1956 in Zonguldak an der türkischen Schwarzmeerküste geboren, kam als Kind 1961 erstmals nach Deutschland, kehrte für einige Jahre nach Istanbul zurück und machte anschließend in Wuppertal sein Abitur. Nach Studium und Promotion in Bochum, Tätigkeiten als Kurator und mehreren Museumsstationen wurde er 2007 zum Direktor des traditionsreichen Museums in Hagen berufen.

Ohne Belgin hätte es vielleicht noch einige Jahre gedauert, bis eine Ausstellung wie die 2010 präsentierte Schau »60 Jahre türkische Kunst« mit Werken aus der Sammlung Huma Kabakçı nach Hagen gekommen wäre. Die Sammlung umfasst Werke von über 50 zeitgenössischen Künstlerinnen und Künstlern aus der Türkei und vermittelt vor allem wesentliche Einblicke in die Malerei, während auf internationaler Ebene häufig eher multimediale Werke und Installationen zu sehen sind. In den Gemälden von Ferruh Başağa oder Sabri Berkel finden europäische Besucher erstaunliche Bezüge zu bekannten Werken und Traditionen aus dem Westen. Der türkisch-armenische Konzeptkünstler Sarkis, die in Berlin lebende türkische Bildhauerin und Malerin Azade Köker oder der türkische Künstler Yüksel Arslan gehören zu einer Generation, die vor allem soziale und politische Themen in den Vordergrund stellt und mittlerweile auch – oder vor allem – im Westen Erfolg feiert. Einige der Künstler/-innen sind nach Europa gezogen oder mussten dorthin flüchten, um ihre Arbeit fortsetzen zu können.

Hilfreich war sicher, dass Istanbul in ebenjenem Jahr, in dem die Ausstellung aus der Sammlung Kabakçı gezeigt wurde, neben der Region Ruhr europäische Kulturhauptstadt war. Aber Belgins Kenntnisse der türkischen Sprache und Kunstszene werden auch nicht geschadet haben. »Frech, bunt, originell, und hinter jeder Ecke lauert eine Überraschung«, schrieben die Ruhr-Nachrichten damals und: »Türkische Kunst – zumindest in dieser Auswahl von 195 qualitativ vollen Werken – ist auf der Höhe der Zeit und scheut vor keiner Kritik zurück.« Anerkennung, aber auch ein gewisses Erstaunen schwingen in diesen Worten mit.

Kunsttraditionen und aktuelle künstlerische Strömungen aus der Türkei sind in Deutschland nach wie vor nur wenigen bekannt. Die ehemaligen Gastarbeiter, die hierzulande den Großteil der ersten Generation türkeistämmiger Einwanderer ausmachen, hatten keine Kunstwerke im Gepäck. Sie kamen fast alle aus den ärmeren ländlichen Regionen. Kunst und Kultur aus der Türkei wurde deshalb in der breiten Öffentlichkeit in Deutschland lange assoziiert mit Kunsthandwerk und Folklore.

Vielleicht ist es durch den Hagener Direktor darüber hinaus auch gelungen, Menschen ins Museum zu locken, die sich ansonsten von solchen

Räumen nicht besonders angesprochen fühlen, zum Beispiel die sogenannten bildungsfernen Schichten. In der Türkei nicht, aber erst recht nicht in Deutschland. Und vielleicht entdeckt ein türkischsprachiger Kurator andere Künstler, Perspektiven, Themen als jemand, der dieser Sprache nicht mächtig ist und dem gewisse interkulturelle Zusammenhänge verschlossen bleiben.

Dass man nicht in Deutschland geboren sein muss, um hier als erfahrener Kunstexperte die Tradition eines Hauses weiterführen und auch lokale Kunst fördern zu können, dafür ist Tayfun Belgin ebenfalls ein Beispiel. So entstand unter seiner Ägide die Idee zum »Hagener Fenster«: ein Raum im Obergeschoss des historischen Museumsgebäudes, in dem Wechselausstellungen gezeigt werden, die einen Bezug zur Stadt Hagen haben.

Zu den wenigen Museumsdirektoren in Deutschland, die aus anderen Ländern stammen, gehört auch der 1963 in Nigeria geborene Okwui Enwezor. Als Enwezor 2011 zum Direktor des Hauses der Kunst in München ernannt wurde, erklärte er gegenüber der Zeitschrift *Weltkunst*: »Nicht Nationalitäten, sondern Ideen interessieren mich.« Das Programm des Museums zielt nach eigener Darstellung darauf ab, zu unterstreichen, dass die Entwicklungslinien der zeitgenössischen Kunst global und vielschichtig verlaufen und nicht durch geografische, konzeptuelle und kulturelle Grenzen einzuschränken sind. Dieser grenzüberschreitende Ansatz findet, nebenbei bemerkt, in einem Haus statt, das in den 1930er-Jahren nach den Plänen des von Adolf Hitler bevorzugten Architekten Paul Ludwig Troost als »Haus der Deutschen Kunst« errichtet wurde und in dem die Moderne in der Propagandaschau der Nationalsozialisten 1937 als »entartet« abgeurteilt wurde. Grund genug für die heutigen Museumsmacher, sich mit dieser Zeit auseinanderzusetzen – in einer historischen Dokumentation über die vergangenen 75 Jahre seit Bestehen des Hauses.

Auch um sich mit der deutschen Geschichte zu beschäftigen, künstlerisch, wissenschaftlich oder auf eine andere Weise, muss man nicht in Deutschland geboren sein. Eine Beschäftigung mit (dieser) Geschichte kann aber dazu dienen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt an einem bestimmten Ort zu stärken und Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Gesammelte deutsche Geschichte

Zur deutschen Geschichte gehören die verheerenden Ereignisse des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs ebenso wie die deutsche Teilung und die Wiedervereinigung, die 68er-Bewegung – und, neben vie-

len weiteren Ereignissen, die sogenannte Gastarbeitergeschichte mit ihren Anfängen in den 1950er- und 1960er-Jahren, die Aufnahme von Asylsuchenden und Spätaussiedlern, die Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts.

All diese Informationen und Erinnerungen werden in Deutschland vor allem an drei zentralen Orten bewahrt: im 1987 gegründeten Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin und im 1994 eröffneten Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG) in Bonn und später in Leipzig. Mit ihren Dauerausstellungen spiegeln die Häuser die 2000-jährige deutsche Geschichte im europäischen Kontext bzw. die deutsche Zeitgeschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das DHM hat sich dabei in den vergangenen Jahren mit umfangreichen dokumentarischen Ausstellungen dem Thema Migration gewidmet, und zwar nicht nur den Wanderungsbewegungen aus Südosteuropa in den 1960er-Jahren wie in der eingangs erwähnten Schau vom Oktober 2011. So reagierte das DHM 2005 auf das im selben Jahr verabschiedete Zuwanderungsgesetz mit den parallel laufenden, ineinander verschränkten Ausstellungen »Migrationen 1500–2005« und »Die Hugenotten«. Das Museum will auf diese Weise »das Bewusstsein dafür schärfen, dass Zuwanderung nach Deutschland alles andere als ein neues Phänomen ist, sondern vielmehr eine lange und wenig bekannte Geschichte hat.«⁴ Zu speziellen Anlässen werden zudem Sonderführungen durch die ständige Ausstellung veranstaltet mit dem Schwerpunkt »Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte«.

Auch im Bonner Haus der Geschichte erinnern seit seinem Bestehen Exponate an deutsche Migrationsgeschichten – sie zeigen Deutschland als Einwanderungsland. Seit der zweiten Neugestaltung der Dauerausstellung, die im Mai 2011 durch den damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff eröffnet wurde, wird auch das Leben von Migranten heute in Deutschland beleuchtet. Das Kopftuch einer in Deutschland geborenen Bonner Call-Shop-Besitzerin macht beispielsweise den »Kopftuchstreit« zum Thema. Ein Bild zeigt den ersten türkeistämmigen Schützenkönig. Und man liest den Hinweis: »Islamkonforme Produkte sind ein Wachstumsmarkt für deutsche Lebensmittelhersteller – im Ausland wie im Inland«. Ein Container für die Unterbringung von Asylbewerbern thematisiert die Asylfrage.

Als Ende der 1990er-Jahre im Martin-Gropius-Bau in Berlin anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundesrepublik die Ausstellung »Einigkeit und Recht und Freiheit – Wege der Deutschen 1949–1999« vorbereitet wurde, machten sich die Mitarbeiter des Hauses der Geschichte auf die Suche nach einem besonderen Objekt: Es handelte sich um jenes Moped, das dem millionsten Gastarbeiter bei seiner Ankunft 1964 auf dem Bahnhof



Das Moped, das 1964 dem millionsten Gastarbeiter auf dem Bahnhof Köln-Deutz überreicht wurde, steht heute im Haus der Geschichte in Bonn. Bild: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Köln-Deutz überreicht worden war. In einer Publikation der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit dem Titel »Geschenk für den millionsten Gastarbeiter« wird diese Suche ausführlich beschrieben. Diese offizielle Geste wurde von vielen jedoch, auch noch Jahrzehnte später, kritisch gesehen, so unter anderem von dem portugiesischen Dichter Manuel Campos in seinem Gedicht »Blumen« aus dem Jahr 1982, das in der erwähnten Publikation abgedruckt ist: »Ich habe vor mir/das Bild des – Betrogenen –/millionster Gastarbeiter./In Köln/ein ängstlicher Mann/ neben vielen lächelnden/Deutschen./Er bekam damals:/einen Blumenstrauß/und ein Motorrad.//Erst jetzt bemerke ich,/daß schon damals/die Weichen der heutigen/Ausländerpolitik/gestellt wurden:/– Blumen waren die Bezahlung/für unsere Arbeit./– Das Motorrad, war/die Rückkehrprämie/für den ermüdeten/Gastarbeiter./Wir sollten/mobil bleiben/und stets geschmückt.//Sag mir, wo die Blumen sind!«

Im Fokus: Migration

Ein Wäschekorb. Thermoskannen. Koffer. Kassetten. Ein Einbürgerungsantrag. Urlaubsfotos. Diese und viele, viele andere Dinge, die persönliche

und politische Geschichten der Migration transportieren, sind im 1990 gegründeten Kölner Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. (DOMiD) zu sehen. Mit seiner umfangreichen Sammlung sozial-, alltags- und kulturgeschichtlicher Zeugnisse zur Geschichte der Einwanderung nach Deutschland ist das DOMiD in Köln eines der seit den 1990er-Jahren entstandenen Museen und Zentren, die sich hierzulande speziell der Geschichte der Migration widmen. Noch sind die über 70 000 Objekte, die das DOMiD beherbergt, die meiste Zeit des Jahres in Archiv-Regalen gelagert. Aber das große Ziel besteht darin, ein Museum für Migration entstehen zu lassen – gemeinsam konzipiert von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, so wie 1998 die vom DOMiD konzipierte Ausstellung »Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei. Yaban, Silan olur. Türkiye'den Almanya'ya Göçün Tarihi« im Ruhrlandmuseum Essen. Gezeigt wurden seinerzeit originale Einrichtungsgegenstände aus Arbeiterwohnheimen, Dokumente der türkischen und deutschen Anwerbe-Behörden und Fotografien von rund 100 überwiegend privaten Leihgeberinnen und Leihgebern.

In der öffentlichen Wahrnehmung seien lange die problematischen Begleiterscheinungen von Migration vorherrschend gewesen, sagt Arnd Kolb, seit 2012 Geschäftsführer des DOMiD. Die Kenntnisse über die Ursachen, Stationen und Auswirkungen der Zuwanderung seien auch deswegen so rudimentär geblieben, da der Geschichte der Einwanderer weder in der historischen Wissenschaft noch in Museen und Archiven besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Kolb zufolge fehlt es in Deutschland nach wie vor an einer angemessenen öffentlichen Darstellung, einer Bühne, um die Geschichte der Einwanderung in Deutschland zu erzählen. »Dabei könnte ein Migrationsmuseum als Zentrum für Geschichte, Kunst und Kultur der Migration einen Schlüssel zu einer umfassenderen Gesellschaftsgeschichte bieten – jenseits von nationaler Zugehörigkeit und ethnischer Zuschreibung. Eine solche Institution würde dazu beitragen, das historische Gedächtnis der Einwanderungsgesellschaft sichtbar und erfahrbar zu machen. Denn in der Vision eines Migrationsmuseums liegt nicht nur die kulturpolitische Forderung, die Lebensleistung der Einwanderer, sondern vor allem auch die gesamtgesellschaftliche Relevanz der Migration anzuerkennen.« Die Chance eines zukünftigen zentralen Migrationsmuseums liege darin, so Kolb, der »Hybridität kultureller Lebensentwürfe und transnationaler Lebensweisen« Raum zu verschaffen.

Mit dem Gedanken, dass Alltagsgeschichte, das scheinbar banale Relikt, und der große historische Kontext zusammengehören, entstand 1991 in Berlin-Kreuzberg das Kreuzberg Museum, das seit 2013 FHXB Friedrichshain-

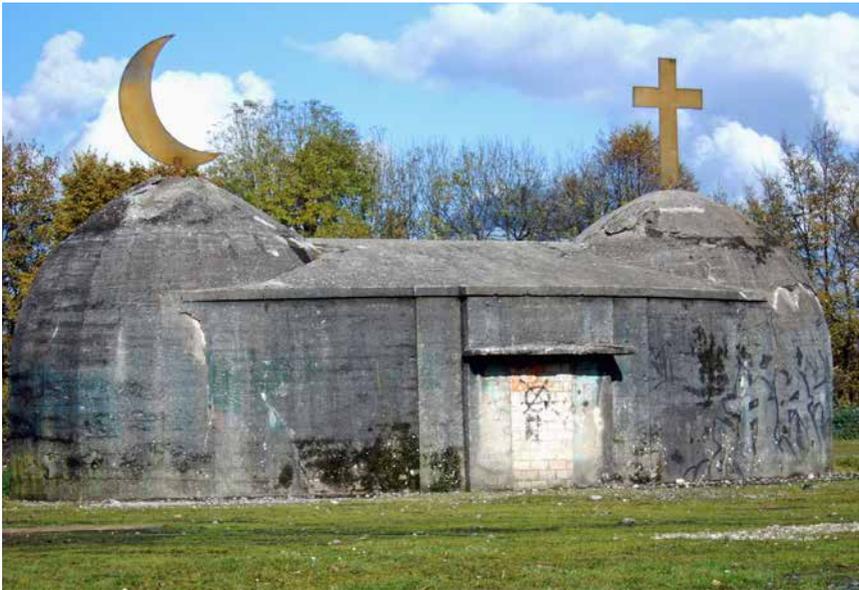
Kreuzberg Museum heißt, nachdem die städtischen Archive aus beiden Bezirken dort zusammengeführt wurden. Das Museum für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte versteht sich als »Gedächtnis des Bezirks«, wie Martin Düspohl, Mitbegründer und Leiter des Museums, sagt. Und da der Bezirk stark von Einwanderung geprägt ist, gehören Migrationsgeschichten zu den zentralen Themen der Einrichtung. »Wir entwickeln Projekte, an denen wir die Bevölkerung hier im Bezirk ganz unmittelbar beteiligen können«, erklärt Düspohl. So beispielsweise 2001 während der Ausstellung »Wir waren die ersten ... Türkiye'den Berlin'e« über die ersten Einwanderer aus der Türkei: Die Besucherinnen und Besucher konnten auf umgebauten Friseurstühlen unter Trockenhauben Platz nehmen und schauten auf großformatige Porträtfotos von Menschen unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft wie in einen Spiegel – dabei konnten sie deren Geschichten zuhören, wahlweise in deutscher oder türkischer Sprache.

Bereits in den 1990er-Jahren widmete sich das Museum im Rahmen einer Ausstellung zur 300-jährigen Geschichte der Migration nach Friedrichshain-Kreuzberg den Geschichten aller in Kreuzberg vertretenen Einwanderergruppen: Hugenotten, polnischsprachige Schlesier, Gastarbeiter verschiedener ethnischer Herkunft, Kriegsflüchtlinge, Asylsuchende. So präsentierte sich die Vielfalt des Bezirks. Diese Konzeption hält Düspohl jedoch inzwischen für überholt. »Das gefällt uns nicht mehr«, so sagt der Museumsleiter heute. Diese Form der Darstellung führe zu einem trennenden Nebeneinander. »Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Mittlerweile hat sich ganz viel vermischt. Es lässt sich gar nicht mehr sagen, wer genau welche Wurzeln hat. Die ganze Gesellschaft hat sich unter dem Einfluss von Migration zu einer anderen entwickelt. Mit der aktuellen Ausstellung ›Ortsgespräche‹ haben wir jetzt ein passendes Format gefunden, mit dem wir das in Ausstellungsarrangements und -präsentationen umsetzen können.« In den »Ortsgesprächen« kommen Einheimische und Zugeiste aus Friedrichshain-Kreuzberg zu Wort. Über Fotos, Dokumente und Objekte, Hör- und Filmstationen beschreiben sie Orte, die eine besondere Bedeutung für sie haben – als Kiezbewohner, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Kunst im öffentlichen Raum

Weil sich die gesamtgesellschaftliche Wirklichkeit verändert hat, und das Thema Migration alle angeht, platzieren auch die Künstler in Deutschland ihre Arbeiten im öffentlichen Raum.

In Herne-Crange findet einmal im Jahr das größte Volksfest in Nordrhein-Westfalen statt, die Cranger Kirmes. An diesen zehn, manchmal elf Tagen im August strömen durchschnittlich 4 Millionen Besucher auf das Gelände am Rhein-Herne-Kanal. Im Hintergrund des Rummels ragen die Fördertürme der ehemaligen Zechenstadt in den Himmel. Auf dem Gelände des Kirmesplatzes steht ein ehemaliger Schutzbunker der 1871 gegründeten und vor rund 90 Jahren stillgelegten Zeche »Unser Fritz«. Auf den beiden kuppelförmigen Dächern des Schutzbunkers sind jeweils ein Kreuz und ein Halbmond aus rohem, rostigem Stahlblech befestigt.



Die Installation »Migrationsobjekt Kreuz und Halbmond« von Helmut Bettenhausen in Herne-Crange.

Was wie zwei Gotteshäuser – ein christliches, ein muslimisches, Wand an Wand – mitten auf dem Kirmesplatz aussieht, ist in Wirklichkeit eine Installation des Künstlers Helmut Bettenhausen aus dem Jahr 2007, eine symbolische Erinnerung an die Geschichte der Arbeitsmigration im Ruhrgebiet in den 1960er-Jahren. Die Installation des 1935 in Wanne-Eickel geborenen Künstlers trägt den Namen »Migrationsobjekt Kreuz und Halbmond«: Der Halbmond steht für die vielen Muslime, die mittlerweile ihre Heimat im Ruhrgebiet haben. Das Kreuz steht für die christliche Bevölke-

Die beschriebene Installation trägt den Titel »Am Haus« und entstand 1994. Geschaffen hat sie die 1949 in Istanbul geborene Bildhauerin Ayşe Erkmen. Die hierzulande wohl bekannteste türkische Künstlerin kam über ein DAAD-Stipendium nach Deutschland und pendelt seither zwischen Berlin und Istanbul. 2012 wurde sie in die Akademie der Künste in Berlin aufgenommen. Von Ayşe Erkmen stammt auch die 1999 entstandene Installation »Namenstafel« am Hauptgebäude der Westfälischen Hochschule in Recklinghausen: Auf die Fassade sind 18 Fensterflächen gesetzt, in denen die Vornamen der Studierenden des ersten Jahrgangs zu lesen sind: Michael, Mehmet, Karin, Mirosław, Özgür, Muazzez, Alicja, Géraldine, Dragan und so weiter. Auf diese Weise sind die unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Religionen, die in Deutschland gelebt werden, in der Kunst und im öffentlichen Raum angekommen – dauerhaft.

Anmerkungen

- 1 Museen, Migration und kulturelle Vielfalt – Handreichungen für die Museumsarbeit, hrsg. vom Deutschen Museumsbund, online unter: www.museumsbund.de/fileadmin/ak_migration/Dokumente/2013_04-29_Leitfaden-Migration_DMB_V201.pdf, S. 6 (Zugriff am 5.6.2013).
- 2 Siehe www.museumsbund.de/de/projekte/museum_und_migration/alle_welt_im_museum/ und www.museumsbund.de/de/projekte/museum_und_migration/kulturelle_vielfalt_im_museum/ (Zugriff am 11.9.2013)
- 3 André Schmitz, »Wie weiß ist die Kunst?«, in: Zeit Online, 26. Mai 2012, online unter: www.zeit.de/2012/22/Kultur-Berlin (Zugriff am 5.6.2013).
- 4 Siehe www.dhm.de/ausstellungen/zuwanderungsland-deutschland/migrationen/ (Zugriff am 5.6.2013).

Achtung Deutsch! Interkulturelles Theater

Zu ihrem Start als Intendantin des Kölner Schauspiels präsentierte Karin Beier ein multikulturelles Ensemble – als Normalität. Sie wollte damit nicht sagen, das sei etwas Besonderes. Es war lediglich das Bekenntnis, auf der Bühne die deutsche Gesellschaft so abzubilden, wie sie ist: multikulturell. Dass diese Normalität weiterhin keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt das breite Echo auf den künstlerischen Ansatz Beiers. In den Medien wurde ihr ein Stempel als Migrantentheatermacherin aufgesetzt, wovon sie selbst sich distanzierte. Ihr ging es allein um die Kunst, um Talente und Inspirationen. Nicht um Nationalitäten, ethnische oder religiöse Hintergründe.

Schauspieler mit Migrationshintergrund klagen nach wie vor darüber, dass sie nur für bestimmte Rollen besetzt werden. Zum Beispiel der in Westfalen geborene Regisseur und Schauspieler Tugsal Mogul, der häufig in Fernsehkrimis zu sehen ist. »Meistens bin ich zur Hälfte der Folge tot«, erzählt er, »weil ich entweder einen Täter oder ein Opfer spiele. Normale Rollen gibt es kaum.« Umso bemerkenswerter die Ausnahmen, etwa Sibel Kekilli, die durch Fatih Akins Drama »Gegen die Wand« berühmt wurde. In der deutschesten aller Fernsehserien, dem »Tatort«, spielt sie die Kommissarin Sarah Brandt, einen Charakter ohne Migrationshintergrund. Oder die junge Schauspielerin Nagmeh Alaei, die am Bochumer Prinzregententheater die Luise Miller in »Kabale und Liebe« spielt – am Theater fragt niemand mehr nach der Herkunft von Alaeis Familie.

Dennoch: Die deutschen Stadttheater bieten den meisten Migranten und ihren Nachkommen kein Zuhause. Das liegt teils an den Spielplänen, teils an einer anderen kulturellen Verwurzelung. Und sicher spielen – wie bei allen Deutschen – auch Alter und Bildungshintergrund eine Rolle. Interessanterweise sind gerade aus dieser Melange neue künstlerische Ansätze hervorgegangen, die mittlerweile auch neue Zielgruppen ins

Theater führen: junge Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung. Immer mehr Theater entwickeln neue Themen und Erzählformen, um ein Publikum anzusprechen, das über die gewohnten Strukturen nicht zu erreichen ist.

»Das Wort Integration kann ich nicht mehr hören«

Das Berliner Theater Ballhaus Naunynstraße setzte 2008 unter der künstlerischen Leitung von Shermin Langhoff neue Impulse, vor allem mit dem Stück »Verrücktes Blut«. Darin geht es um eine türkeistämmige Lehrerin, die einen derart heftigen Anpassungsdruck empfindet, dass sie ihre Schüler mit vorgehaltener Waffe zwingt, Schillers »Kabale und Liebe« zu lesen. Die Berliner Inszenierung wurde zu vielen bedeutenden Festivals eingeladen und das Stück oft aufgeführt.



Szene aus »Verrücktes Blut« von Nurkan Erpulat und Jens Hillje am Berliner Theater Ballhaus Naunynstraße.

Mit gut gemeinten Aufrufen zu Toleranz oder – noch schlimmer – Integration trifft man das neue deutsche Publikum nicht mehr. »Das Wort Integration kann ich nicht mehr hören, da kommt mir alles hoch«, sagt Nilüfer

Karadon-Özkandemir von der türkischen Theatertruppe Elele Tiyatrosu Wuppertal. Weil allein das Wort schon eine Trennung behauptete. Elele bedeutet »Hand in Hand«. Die Truppe führt seit 1990 Stücke in türkischer Sprache mit deutschen Übertiteln auf.

Begegnungen müssen auf Augenhöhe passieren, sonst sind sie von vornherein zum Scheitern verurteilt. Im Ruhrgebiet – als Industriestandort attraktives Ziel und mittlerweile Heimat vieler Einwanderer – ist das beispielhaft zu beobachten.

DU BIST EINE AKTIE – »Crashtest Nordstadt«, Theater Dortmund

Der Dortmunder Norden hat ein mieses Image. Wenn die Medien berichten, scheinen sich sämtliche Klischees von einem Einwandererviertel zu bestätigen: Meist geht es um Straßenprostitution, Drogenhandel und Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund ist die Produktion »Crashtest Nordstadt« des Theaters Dortmund im Juni und Herbst 2012 zu sehen, eine Stadtbegehung als Spiel des Überlebens – eine Satire auf die Kapitalisierung des Alltags. Doch das Hauptziel von »Crashtest Nordstadt« ist es, den Blick auf dieses Viertel zu verändern. Die Zuschauergruppen, die vier unterschiedliche Parcours absolvieren, schauen hinter Fassaden, begegnen Menschen, tauchen kurz in deren Alltag ein. In einem Hotelzimmer erzählt eine junge Frau, alleinerziehende Mutter zweier Kinder, sie wolle demnächst in Düsseldorf studieren. Sie verteilt Blätter, auf denen Stichworte wie »Großvaters Geschichten«, »Mutters warme Socken« oder »Bafög-Antrag« stehen, und sagt, was ihr dazu einfällt. Anschließend bittet sie die Zuschauer, die Stichworte der Wichtigkeit nach zu sortieren. Fünf Minuten bleiben den Zuschauern hierfür, dann wertet die Darstellerin die Antworten aus und verkündet das Ergebnis.

Wer den »Crashtest« besucht, muss mitmachen, sonst läuft hier nichts. Eine weitere Szene: In einem Hinterhof liegt im ersten Stock eines Hauses eine kurdische Moschee. Im Erdgeschoss sitzt Fatma. Die Zuschauer müssen tanzen, Perücken aufsetzen, bunte Talare anziehen. Im nächsten Raum folgt ein kurzes Aufwärmtraining für die Stimme, dann geht es in eine christliche Kirche, die direkt unter der Moschee liegt. Dort soll sich die Zuschauergruppe hinter Mikrofone in den Altarraum stellen und in Windeseile einen Gospelgesang einüben und vortragen.

Auf dem Weg von einem Spielort zum nächsten begegnet der Zuschauer auf diese Weise vielen verschiedenen Menschen, Schicksalen, Welten ...

coolen Jungs mit Sonnenbrillen, Rentnern mit karierten Hemden – sie helfen sofort, wenn man eine Straßenkarte aus der Tasche zieht. Sie gehören nicht zum Stück, sondern sind einfach so da, gehen ihres Weges. Dennoch wirken sie durch den Kontext der Stadtbegehung wie Teile der Aufführung. Die Grenze zwischen Wirklichkeit und Inszenierung verschwimmt. Vor allem, wenn sich nach der Performance alle zum gemeinsamen Essen und Feiern in der »Zentrale«, einer ehemaligen Kirche, zusammenfinden.

MUT ZUM TRÄUMEN –

Das interkulturelle Theater des Nuran David Calis

Der Beat pulsiert, die Botschaft ist friedlich. »Kurden, Russen, Deutsche, wird sind alle eins, denn wir sind alle Freunde«, singen junge Leute aus dem Ruhrgebiet. Sie haben die Gesten der Rapper drauf, doch niemand inszeniert sich hier als Gangster. Und wenn, dann nur zum Spaß. Um Klischees auszuhebeln. 37 Jugendliche, die sich in den Bochumer Kammerspielen als »Next Generation« vorstellen, teilen einen Traum: Sie wollen eine eigene Familie haben und eine Arbeit, die ihnen Spaß macht und von der sie leben können.

Vor einigen Jahren entwickelte der in Bielefeld geborene Dramatiker und Regisseur Nuran David Calis in Essen den Prototyp eines interkulturellen Theaters. In »Homestories – Geschichten aus der Heimat« spielen, singen, tanzen Jugendliche aus dem Stadtteil Katernberg ihre Wünsche, Ängste, Lebensentwürfe. Ein berührender, naiver, direkter Abend, getragen von der Offenheit und dem Herzblut der Darsteller.

Im Kulturhauptstadt-Jahr 2010 wurde dieses Projekt auf das ganze Ruhrgebiet erweitert. Zwischen Duisburg-Marxloh und Herne entstanden neun »Zukunftshäuser«, in denen »Ghettokids« mit professionellen Musikern, Choreografen und Regisseuren Performances, Filme, Songs erarbeiteten. Die Jugendlichen wurden gefragt nach ihren Träumen und Talenten, und was der Begriff »Metropole« für sie bedeute. Aus den Antworten montierte ein Team um Nuran David Calis – Sohn armenisch-jüdischer Eltern, ehemals Türsteher, ein Theatermensch mit »street credibility« – das Stück: eine offene Collage aus Gedankensplittern, Songs, Shownummern. Laut, energiegeladen – und immer wieder still und nachdenklich. Wenn die Show zu eindimensional fröhlich wird, schreit der Showmaster: »Stopp!«, und die Mitwirkenden halten sofort inne. Ein Junge aus dem Irak erzählt, dass er mit seinen Eltern ein Jahr und acht Monate zu Fuß unterwegs war, um nach Deutschland zu kommen. Ein Pakistaner berichtet

über Misstrauen und Hass, die er und seine Familie in den USA erfahren mussten, weil alle Angst hätten, er würde Bomben legen. Knapp und klar sind die Geschichten, Sentimentalität kommt nicht auf. Wenn die Erzählungen beendet sind, geht die Party weiter.



Im Kulturhauptstadt-Jahr 2010 erarbeitete der Regisseur Nuran David Calis mit Jugendlichen aus dem Ruhrgebiet das Stück »Next Generation«.

Die Jugendlichen sprechen manchmal in die Kamera, aber ebenso oft direkt ins Publikum. Sie sind da, im gleichen Raum, man kann sie nicht wegklicken. Und will es auch gar nicht, denn trotz manch tragischer Erlebnisse, die sie schildern, trotz der Unsicherheit, ob ihre Familien nicht bald ausgewiesen werden, trotz Begegnungen mit Neonazis, sind sie nicht aggressiv. Im Gegenteil, sie versprühen eine mitreißende positive Energie, Lust auf Zukunft.

Nach der Vorstellung mischen sich Theaterstammgäste, Mitwirkende und Jugendliche im Foyer. Das Gemeinschaftsgefühl, das sich während der Aufführung eingestellt hat, hält noch ein bisschen an. Verständigung und Dialog scheinen plötzlich keine Utopie mehr, die Erkenntnis, in einer Welt zu leben und nicht in nebeneinander existierenden Parallelgesellschaften. Die Aufführung lief zwei Spielzeiten lang erfolgreich im Repertoire des

Bochumer Schauspiels. Das ist insofern bemerkenswert, da die Theater solche Projekte oft nur in einem eng begrenzten Zeitrahmen zeigen, was natürlich auch Dispositionsgründe hat. Doch dadurch entsteht der Eindruck, dass es sich eben nicht um eine »richtige« Produktion handelt, die auch über eine längere Zeit das Gesicht eines Hauses prägt, sondern um eine Aktion sozusagen »nebenbei« – aus sozialen Gründen zwar »wichtig«, aber erst in zweiter Linie Kunst. Deshalb ist das Bekenntnis des Bochumer Schauspiels so wichtig.

JENSEITS DER MIGRANTENKLISCHEES – Der Workshop »In Zukunft« des Westfälischen Landestheaters Castrop-Rauxel

Fast alle Theater wollen mittlerweile Geschichten über das Leben in einer von Einwanderung geprägten Gesellschaft erzählen. Doch es gibt nicht besonders viele Stücke, die, anders als die bisher beschriebenen Projekte, nachspielbar sind. Viele Theater bearbeiten die Filme von Fatih Akin oder zeigen das Doku-Stück »Schwarze Jungfrauen« von Feridun Zaimoglu und Günther Senkel. Mehr Auswahl gibt es nicht. Dem will das Westfälische Landestheater Castrop-Rauxel abhelfen: So trafen sich in der Spielzeit 2011/2012 neun Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Ländern einmal im Monat und feilten mit Maxi Obexer, Professorin für szenisches Schreiben in Berlin, an ihren Stücken. Da trafen erfahrene Theaterautoren auf Journalisten und Schreiber aus anderen Berufsgruppen, die vorher nichts mit dem Theater zu tun hatten. Ihnen handwerkliches Rüstzeug zu vermitteln, war ein Anliegen dieses Workshops unter dem Titel »In Zukunft«, ein von der NRW-Landesregierung gefördertes Projekt. Alle Stücke wurden in einer öffentlichen Lesung vorgestellt, und am Ende kürte eine Jury das Siegerstück »Vor Wien«. Autor ist der 1991 in Essen geborene Akin E. Şipal, der an der Hamburger Filmhochschule studiert.

In Şipals Stück sucht eine Tochter ihren Vater. Der hat sich buchstäblich in Luft aufgelöst, ist in ein Flugzeug eingestiegen, aber nicht mehr auf den Boden zurückgekehrt. Angezogen von einem Rauschen, das ihn erregte und süchtig machte, verbrachte der Vater sein Leben in der Luft. Auf die türkische Herkunft des Protagonisten verweisen lediglich einige historische Erzählungen über die Eroberung Konstantinopels, des heutigen Istanbul. In der Hauptsache aber geht es in »Vor Wien« um die Auflösung aller Bindungen. »Dieses Migrantending beschäftigt mich nicht«, erzählt Akin

E. Şipal, »mich interessiert eine bestimmte Atmosphäre, eine Welt, in der ich mir wünsche zu leben. Das hat nicht so viel mit Migration zu tun, sondern damit, das Denken in nationalen Kategorien hinter sich zu lassen.«

Ein großer Teil des Stückes von Akın E. Şipal besteht aus langen, verdichteten Monologen mit vielen originellen Sprachbildern und absurden Gags. Erst spricht vor allem die Tochter, dann deren Vater, am Ende begegnen sie sich: die Tochter eine reale Person, der Vater ein Geist. Theater aus dem Geist des Poetryslam, versponnen und wirkungsvoll.

PROBLEME IM DETAIL –

»Das goldene Vlies« im Wuppertaler Schauspiel

Eine Geschichte aus archaischen Zeiten. Einige Griechen, die Argonauten, machen sich auf ins ferne Kolchis im Kaukasus. Sie wollen ein wertvolles Schmuckstück rauben, das ihnen zuvor die Kolcher entwendet haben, das Goldene Vlies. Auf dem Bühnenboden wölbt sich eine große Halbkugel. Darauf bewegen sich die Kolcher, barfüßig, in weiten Gewändern; es sind Darsteller des türkischen Elele-Theaters. Die Griechen werden von Ensemble-Mitgliedern des Wuppertaler Schauspiels dargestellt. Gemeinsam führen sie »Das goldene Vlies« in einer neuen Fassung des Autors Kai Schubert auf, der ausgehend von Grillparzers Trilogie die Geschichte aus dem Blickwinkel der Gegenwart neu erzählt.

Die Griechen sind als Europäer in den Augen der Kolcher zunächst die Fremden. Die Kolcher debattieren, wie sie mit ihnen umgehen sollen: »Sie kommen als Gäste. Das bedroht uns. Also müssen wir uns wehren, weil diese so genannten Gäste in Wahrheit gar keine sind.« Aber letztlich kommen sie zu dem Schluss: »Gastrecht ist Gastrecht, Ausnahmen gibt es nicht.«

Manche Texte werden in Deutsch gesprochen, andere in türkischer Sprache. Das Elele-Ensemble spielt normalerweise klassisches türkisches Theater. »Hauptsächlich Stücke von türkischen Schriftstellern, weil unsere Zuschauer davon stärker angesprochen werden. Das ist für sie ein Stück Heimat«, erklärt Nilüfer Karadon-Özkandemir, die Tochter des Gründers und Theaterleiters Enver Özkandemir.

In »Das goldene Vlies« stehen die Schauspieler des Elele-Theaters zum ersten Mal mit deutschen Kollegen gemeinsam auf der Bühne, zum ersten Mal mit Stadttheaterprofis. Bei den Proben wurde denn auch viel diskutiert. Nicht immer teilten die Mitglieder der beiden Schauspielergruppen eine Sichtweise. Ali Ünal vom Elele-Theater sagt, er habe kein Problem

damit, mal ein Klischee zu spielen. Aber er schaut auf das Publikum seiner Theatergruppe, das auch aus traditionell denkenden Türken besteht. »Wir wollten, dass die das nicht falsch verstehen«, erzählt Ünal. »Wir wollten nicht, dass unsere Zuschauer sagen: Moment, wie könnt ihr bei so einem Projekt überhaupt mitmachen?« Nilüfer Karadon-Özkandemir ergänzt: »Wir sind da bei bestimmten Dingen sensibler, empfindlicher, weil wir das tagtäglich erleben.«



Szene aus »Das goldene Vlies« unter der Regie von Jenke Nordalm am Wuppertaler Schauspiel.

Medea, die Tochter des Königs Aietes von Kolchis, die zentrale Figur des Stückes, trägt knappe Shorts und Stiefel. Sie sieht genauso aus wie die jungen Frauen von Korinth. »Und nachdem ich alles gemacht hab, sagt ihr: Das reicht noch nicht, du Fremde, irgendwas ist noch so anders an dir.« Medea kann nicht mehr an sich halten, sie brüllt vor Verzweiflung: »Was ist denn noch, verdammt noch mal, anders an mir? Ich bin doch genauso scheiße wie ihr. Ich finde mich selbst zum Kotzen.«

Die Regisseurin Jenke Nordalm sieht es positiv, dass bei den Proben zum »Goldenen Vlies« nicht alles glatt ging: »Wir machen ja keine Komödie. »Das goldene Vlies« ist die Geschichte eines Scheiterns. Es gelingt nicht, dass die Griechen und die Kolcher sich annähern. Wir sind uns einig, was wir erzählen wollen. Aber der Weg dahin führt über eine Konfrontation.«

Kreon, der König von Korinth, betritt die Bühne. Er trägt ein T-Shirt unter dem Jackett, ein moderner Politiker. So scheint es. Dann steigert sich der Schauspieler Martin Molitor in eine Wutrede hinein, die von Thilo Sarrazin stammen könnte. »Wir sind anders«, sagt er in beschwörendem Ton. »Wir haben ganz andere Eltern. Und deswegen passt ihr einfach nicht hierher.« Er richtet den Blick ins Publikum, der Kopf rötet sich. »Da können Sie ruhig mal klatschen. Ist doch ein Fakt. Das wird man doch sagen dürfen. Auch wenn man gegen die Leute persönlich gar nichts hat.«

Während dieser Rede verließen viele Zuschauer den Saal. Ohnehin war das in der Spielzeit 2011/2012 aufgeführte Stück meist schlecht besucht. Die Wuppertaler Bevölkerung besteht zu 30 Prozent aus Migranten. Aber diese hatten offenbar ebenso wenig Lust, sich das Stück anzusehen wie das Stammpublikum. Auch interkulturelles Theater besteht eben nicht nur aus Erfolgsgeschichten.

BEAMTENHERZ MACHT MITTAGSPAUSE – Interkulturalität im Boulevardtheater

Auch im Boulevardtheater sind interkulturelle Themen inzwischen angekommen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass auch ein nicht nur aus Intellektuellen bestehendes Publikum eine multikulturelle Gesellschaft als völlig normal ansieht, wäre er mit Stefan Vögels Komödie »Achtung Deutsch!« erbracht, die im Herbst 2012 im Theater am Dom in Köln zu sehen war.

Der Autor arbeitet hemmungslos mit Klischees, allerdings lustvoll und ironisch. Ein Italiener baggert pausenlos wie Berlusconi, ein Wiener säuft sich in den Dauerrausch und eine naive, hübsche Französin gibt sich allzeit sexbereit. Dazwischen sitzt ein Syrer, der von der deutschen Staatsbürgerschaft träumt und nur in Ruhe studieren will. Diese vier Personen teilen sich mit ihrem deutschen Freund, Henrik Schlüter, eine Studenten-WG in bester Wohnlage. Als der einzige Nichtmigrant in den Skiurlaub fährt, geht alles drunter und drüber. Ein Brief verwirrt die Gemüter. Kann es sein, dass der in den Urlaub abgereiste Henrik die Wohnbaugenossenschaft betrügt und behauptet, in der Wohnung lebe eine normale deutsche Familie? Dann kündigt sich ein Kontrolleur der Wohnbaugenossenschaft an, und die Studis geraten in Aufruhr.

»Achtung Deutsch!« ist eine rasante Komödie mit Wortwitz und Slapstick, die heiter beginnt und sich kontinuierlich steigert. Der Autor Stefan Vögel spielt mit Vorurteilen, treibt sie ins Absurde und vergisst dabei nicht,

seine Figuren mit Sympathie und Menschlichkeit auszustatten. Inspirationsquelle scheint der legendäre Spielfilm »Sein oder Nichtsein« (1942) von Ernst Lubitsch gewesen zu sein. Dort verkleiden sich polnische Schauspieler im von den Deutschen besetzten Polen als Nazis und spielen um ihr Leben. Bei Vögel ist das Geschehen allerdings weniger dramatisch. Doch auch für die WG-Bewohner geht es um ihre Existenz, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht – die preisgünstige, schöne Wohnung. So verkleiden sie sich als kölsche Spießfamilie und lassen auch hier kein Klischee aus, um glaubwürdig zu wirken.

Plädoyer für eine menschliche Sprache

Längst beschäftigen sich nicht nur Migranten mit Migrantenfragen. Das Ghetto des Gutgemeinten ist gesprengt. In Wuppertal ist es mit dem »Goldenen Vlies« zwar nicht geglückt, das Publikum für das Projekt mit türkischen und deutschen Schauspielern zu interessieren, anderswo läuft es jedoch besser. Wenn nicht die politisch korrekte Botschaft im Mittelpunkt steht, sondern die Kunst und das Vergnügen. Die Probleme liegen längst nicht mehr in der Zusammenarbeit von Menschen mit verschiedenen kulturellen Prägungen – das ist Alltag –, sondern eher in der Frage, wie sich solche Aufführungen beschreiben lassen, ohne mit missverständlichen Formulierungen anzuecken. Ingrid Lausund hat das in ihrem Stück »Benefiz – Jeder rettet einen Afrikaner« karikiert, das im Herbst 2012 im Wolfgang-Borchert-Theater in Münster Premiere hatte. Da weiß ein sozial Engagierter nicht, wie er sich selbst bezeichnen soll, gerät ins Stammelnen und landet bei »weißdeutsch«. Normalität kann erst erreicht werden, wenn auch wieder eine gewisse Entspanntheit der Sprache zugelassen wird. Denn es kommt nicht auf die gedrechselten Worte an, sondern auf den Geist dahinter. Und es muss erlaubt sein, sich mit Humor und Ironie zu begegnen. Das von Harald Schmidt für Menschen mit Behinderung geforderte »Menschenrecht auf Verarschung« gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund aus allen Generationen.

Es geht nicht darum, die Augen vor Problemen zu verschließen. Doch die von Politikern immer wieder erhobenen Forderungen nach »Teilhabe« und »Integration« führen im Theater oft dazu, dass Gräben erst wieder sichtbar werden, die schon fast verschwunden sind. Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung, kein Problem. Mit diesem Gedanken als Grundlage kann das Theater, kann überhaupt die Kultur der multikulturellen Gesellschaft Wege in die Zukunft zeigen.

Jens Kirschneck

Im Sisyphos-Land – Eine neue Fußballspielkultur

Es muss irgendwann Anfang der 1990er-Jahre gewesen sein, als mein Freund Klaus und ich auf der »Bielefelder Alm«, die seit 2004 offiziell »Schüco-Arena« heißt, einen bestimmten Mann auf dem Kieker hatten. Es war ausnahmsweise nicht der Schiedsrichter oder einer unserer eigenen nutzlosen Spieler von Arminia Bielefeld, die zu selten gewannen oder wenigstens in einer Weise agierten, die man als hochklassigen Fußball hätte beschreiben können. Nein, der Mann, der uns störte, war ein schnurrbartiger Enddreißiger, der jedes Mal, wenn im gegnerischen Team ein farbiger Spieler in Ballbesitz kam, deutlich vernehmbar Affenlaute imitierte. Nun war ein solches Verhalten damals durchaus keine Seltenheit, und hätten wir zwei linksalternativen Studenten uns vorgenommen, alle diesbezüglichen Entgleisungen zu sanktionieren, so hätten wir nicht mehr viel vom Spiel mitbekommen. Was uns aber in diesem Fall besonders übel aufstieß, war, dass der Mann stets seinen kleinen Sohn bei sich hatte – und dass da gleich der nächste Rassist herangezogen werden sollte, ging uns dann doch zu weit. Also liefen wir irgendwann zu dem Krakeeler, als der wieder in Aktion war, und schrien ihn an: Was ihm denn einfiel, ob er noch alle Tassen im Schrank hätte, und dann noch vor dem Kind, das sei ja wohl das Allerletzte! Der kleine Junge fing an zu weinen und sein Vater, der schaute völlig verblüfft aus der Wäsche und wusste nicht, was denn diese beiden Halbirren von ihm wollten. Keinerlei Unrechtsbewusstsein.

Diese Geschichte illustriert, wie sehr sich die Situation in den deutschen Fußballstadien während der letzten 20 Jahre geändert hat. Damit ist gar nicht gemeint, dass heutzutage weniger rassistisches Gedankengut auf den Rängen anzutreffen wäre als früher – es ist einfach nur nicht mehr en vogue, es zu äußern. Damals schien selbst für einen Familienvater wie den Schnauzbart auf der Bielefelder Alm, der nun wirklich eher Biedermann als

waschechter Neonazi war, nichts dabei zu sein, farbige Fußballer auf dem Platz rassistisch zu verhöhnen, ohne einen Gedanken an das eigene Tun zu verschwenden. Unzählige Anti-Rassismus-Kampagnen später sind Affenlaute und Ähnliches aus den meisten deutschen Stadien verschwunden. Das bedeutet freilich nicht, dass es sich beim zeitgenössischen Fußballmob um ein tolerantes, weltoffenes Publikum handeln würde – es gibt immer noch eine Menge Dumpfbacken auf den Tribünen. Gerade in den vergangenen Jahren haben Neonazis die Stadien wieder als beliebten Ort der Nachwuchsrekrutierung für sich entdeckt – und dabei reden wir nicht nur von den neuen Bundesländern. Dass es heute jedoch weniger Verbalausfälle gegen Spieler anderer Hautfarbe und Herkunft gibt, hat eher mit einem dem Zeitgeist folgenden, von der Politik und den Fußballverbänden forcierten Stadionknigge zu tun, und damit, dass Spieler mit ausländischen Wurzeln in deutschen Fußballmannschaften selbstverständlich geworden sind – nicht zuletzt auch in der Nationalelf.

Eine multikulturelle Mannschaft – die deutsche Fußball-Nationalelf

Wie sehr sich die Zusammensetzung des deutschen Auswahlteams innerhalb von wenigen Jahren geändert hat, kann man an einem Vergleich der nominierten Spieler für die Fußballeuropameisterschaften 2000 und 2012 ablesen. Die Millenniums-Mannschaft war noch durch und durch deutsch, die Protagonisten hießen Kahn, Babel, Hamann, Ramelow, Ziege oder Bierhoff. Lediglich zwei Akteure fielen aus dem Rahmen: der im polnischen Piekary Slaskie geborene und als Kind in die DDR übergesiedelte Dariusz Woz sowie der eingebürgerte Paulo Rink, ein Brasilianer mit deutschem Urgroßvater. Ganz anders hingegen die Situation beim EM-Turnier 2012, als etwa ein Drittel der deutschen Mannschaft aus Spielern mit ausländischen Wurzeln bestand, darunter viele Leistungsträger: Jérôme Boateng, Sami Khedira und Mario Gomez, deren Väter aus Ghana, Tunesien und Spanien stammen, dazu die in Polen geborenen Miroslav Klose und Lukas Podolski, schließlich Mesut Özil und Ilkay Gündogan, beide Söhne türkischer Gastarbeiter.

Mittlerweile präsentiert sich die deutsche Fußballnationalmannschaft als Multikulti-Truppe, deren sportlicher Charakter sich ebenfalls stark verändert hat – eine Entwicklung, die von der sportlichen Leitung um Bundestrainer Joachim Löw gefördert wird. Aus einer bei der EM 2000 mit erschreckendem Rumpelfußball in der Vorrunde ausgeschiedenen, par-

don, Gurkentruppe ist ein mitunter filigran zauberndes Künstlerensemble geworden, das aber auch labil genug ist, wie im Herbst 2012 gegen Schweden, einen 4:0-Vorsprung innerhalb einer halben Stunde herzuschenken. Nun sollte man vorsichtig sein, aus der veränderten Zusammensetzung der Mannschaft direkt den neuen Spielstil abzuleiten, sonst gerät man in die Untiefen eines positiven Rassismus, der sich rasch ins Gegenteil verkehren kann, nach dem Motto: Der Südländer bringt die gewisse Leichtigkeit ins Spiel, ist aber auch gerne ein Bruder Leichtfuß. Die gesamte Mannschaft, nicht nur die Spieler ausländischer Herkunft, pflegt heute einen anderen Umgang miteinander als noch vor 10 oder 20 Jahren: kosmopolitischer, eigenverantwortlicher, mit flacheren Hierarchien. Unstrittig ist zudem, dass die multikulturelle Zusammensetzung des Nationalteams den spielerischen Horizont erweitert hat.



Bundeskanzlerin Angela Merkel gratuliert 2010 der deutschen Fußball-Nationalelf in der Mannschaftskabine zum Sieg. Dieses Bild ging zumindest um die deutsche und die türkische Welt.

Das gemeine deutsche Fußballvolk weiß aber manchmal immer noch nicht so recht, was es mit dieser neuen Nationalmannschaft anfangen soll. Einerseits sind die Leute stolz, wenn die ausländische Presse nicht mehr über

die »deutschen Panzer« stöhnt, die mit bloßer Kraftanstrengung und ohne Spielkultur alles niederwalzen. Man freut sich, bei großen Turnieren nicht mehr auf den erlösenden abgefälschten Fernschuss in der Verlängerung oder den Sieg im Elfmeterschießen warten zu müssen, und goutiert die neue Spielkultur durchaus. Andererseits ist die Zuneigung zu dieser bunten Mannschaft fragil, und mit jeder WM oder EM, bei der Spanier oder Italiener am Ende doch wieder besser abschneiden, steht die Sache mehr auf der Kippe. Dann fordert die öffentliche Meinung plötzlich wieder den »schmutzigen« 1:0-Sieg, sichergestellt durch straffe teutonische Führungsspieler, die »auch mal dazwischenhauen«, und irgendwann steht die Frage im Raum, ob sich all die ausländischen oder halbausländischen Schönspieler überhaupt zu 100 Prozent mit der deutschen Nationalelf identifizieren.

Sollbruchstelle Nationalhymne

Die offensichtlichste Sollbruchstelle ist dabei die Diskussion um das Mitsingen der Nationalhymne. Wer sich zum Beispiel noch einmal das Abspielen der Hymnen vor dem Fußballweltmeisterschaftsfinale 1982 zwischen Deutschland und Italien ansieht, der wird verblüfft feststellen, dass nicht nur die gesamte deutsche Mannschaft stumm bleibt, sondern auch Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Ehrentribüne. Die Frage über das Mitsingen der deutschen Nationalhymne seitens der Spieler kam tatsächlich erst in der Nachwendezeit auf. »Das Singen stört mich in der Konzentration«, hatte dereinst ein Paul Breitner gesagt, und kaum jemanden hat das gekümmert. Bei der Europameisterschaft im Sommer 2012 aber verlangte auf einmal das halbe Land von den Nationalspielern, ihren Patriotismus singend unter Beweis zu stellen – mit besonderem Verweis auf Akteure mit Migrationshintergrund wie Mesut Özil oder Sami Khedira und ohne Rücksicht auf deren zum Teil komplizierte Biografien. Selbst ein Franz Beckenbauer stimmte in den Chor der bedingungslosen Sangesfreunde mit ein, obgleich er selbst als Spieler die Hymne nie mitgesungen hatte. Der erkonservative ehemalige DFB-Präsident Gerhard Meyer-Vorfelder forderte gar einen Rauschmiss für Hymnenverweigerer – ein Ansinnen, dem der aktuelle Verbandspräsident Wolfgang Niersbach umgehend eine Absage erteilte. Auch einzelne Nationalspieler äußerten sich öffentlich, sie würden sich das Singen der Hymne nicht vorschreiben lassen.

Der alberne Zwist kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Fußballer mit ausländischen Wurzeln längst ein unersetzlicher Bestandteil sämtlicher Auswahlmannschaften des Deutschen Fußball-Bundes sind.

Mehr noch als für die A-Nationalelf gilt dies für die Juniorenteams. Als die deutsche U17-Mannschaft bei der Weltmeisterschaft 2011 den dritten Platz belegte, standen beim Anpfiff des letzten Spiels gegen Brasilien folgende elf Akteure auf dem Platz: Odisseas Vlachodimos, Kaan Ayhan, Noah Korczowski, Nico Perrey, Cimo Röcker, Robin Yalcin, Rani Khedira, Mitchell Weiser, Levent Aycicek, Okan Aydin und Samed Yesil. Angesichts der Namen erübrigt sich eine Einzelanalyse, was die Multikulturalität dieser Mannschaft angeht.

Zwei Fußballvereine als Katalysatoren der Integration: Türkiyemspor Berlin und Berliner Athletik-Klub 07

Seine eigentliche Arbeit als Katalysator der Integration leistet der Fußballsport aber tagtäglich im Amateurbereich. Sei es, dass Spieler ausländischer Herkunft ganz selbstverständlich in »deutschen« Vereinen mitkicken. Sei es, dass von bestimmten Migrantengruppen gegründete Klubs ihren Mitgliedern einen leichteren Zugang zum Freizeitsport ermöglichen, weil man zunächst einmal unter sich ist, durch den Wettkampf mit anderen Teams aber eine Teilhabe am sportkulturellen Leben in Deutschland ermöglicht wird. Dabei soll nicht unterschlagen werden, dass diese Aufeinanderreffen keineswegs immer konfliktfrei verlaufen, unter dem Strich allerdings überwiegt der gesellschaftliche Nutzen. Wie unterschiedlich die Ausrichtung solcher von Migranten geprägten Klubs sein kann, zeigen zwei Beispiele aus Berlin.

Der Fußballverein Türkiyemspor Berlin aus Kreuzberg hat eine schwierige Gegenwart und eine große Vergangenheit. In der Saison 1983/84 trat der Verein, damals noch unter seinem Gründungsnamen BFC Izmirspor, erstmals in der C-Klasse der Berliner Amateure an. Die Türken, in deren Reihen auch der eine oder andere Deutsche und ein Engländer kickten, gewannen und gewannen, bis sie nach dem vierten Aufstieg in Folge in der Oberliga, der damals höchsten Amateurklasse, angekommen waren – und als erfolgreichster deutscher Migrantenklub zu einer kleinen Legende wurden. Das alles ist lange her, doch es schwingt immer mit, wenn man sich mit Türkiyemspor beschäftigt. 10 000 Zuschauer und mehr bei den Heimspielen im Katzbachstadion, der Beinahe-Aufstieg in die zweite Bundesliga im Jahr 1991, Kamerateams aus Japan, Übertragungen des türkischen Staatsfernsehens, wenn Türkiyem (»Meine Türkei«) sein Trainingslager in der Heimat der Migranten bezog – all das verleiht dem Verein eine charismatische Aura. Aber es hat wenig mit dem Hier und Jetzt zu tun: Tür-

kiyemspor kämpft seit Ende 2011 in einem Insolvenzverfahren um sein Überleben.

Niemand kennt den Klub besser als der 52-jährige Bülent Gündoğdu, der die erste Herrenmannschaft des Vereins bereits als 23-Jähriger trainiert hat und im Sommer 2012 als Sportlicher Leiter zurückgekehrt ist. »Früher war Türkiyem ein Dreieck, das auf der Spitze balancierte«, sagt er. »Jetzt wollen wir den Verein zum ersten Mal auf eine solide Basis stellen, als Großverein mit 30, 40 Mannschaften, in dem auch deutsche Eltern gerne ihre Kinder anmelden, weil er gut geführt ist.« Gündoğdu teilt die gut 30-jährige Historie von Türkiyemspor in vier Phasen ein: Die erste, in den 1980er-Jahren, war eine Zeit des ungeplanten, fast zufälligen Erfolges. Dann hatten die Kluboberen Blut geleckt und wollten um jeden Preis in den Profifußball aufsteigen. Doch der Plan ging nicht auf, Überschuldung war die unvermeidliche Folge. Der Klub konnte seine Spieler nicht mehr bezahlen, und »wenn man Spieler nicht bezahlen kann, greifen sie zu anderen Maßnahmen«, sagt Gündoğdu, ohne ins Detail zu gehen. Nur so viel: »Das war die dreckigste Phase.« Heute muss Türkiyemspor durch das laufende Insolvenzverfahren zwar einerseits um seine Existenz bangen, andererseits bietet sich dem Verein die Chance auf einen echten Neuanfang. Im Unterschied zu früher ist dabei das wichtigste Ziel, den Verein zu entschulden und die von vielen Seiten, nicht zuletzt der Berliner Politik, geschätzte Jugendarbeit im Kreuzberger Kiez auf solide Füße zu stellen. Allein drei Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses gehören derzeit dem Aufsichtsrat des Klubs an, was seinen gesellschaftlichen Stellenwert verdeutlicht. Rund um Türkiyemspor herrscht mittlerweile eine zarte Aufbruchstimmung, mit Leistungssport hat das alles im Moment allerdings wenig zu tun.

Wer den erleben will, der muss von Kreuzberg aus ungefähr 6 Kilometer nach Norden fahren, nach Moabit. Im altehrwürdigen Poststadion hinter dem Berliner Hauptbahnhof, das schon Endspiele um die Deutsche Fußballmeisterschaft und Länderspiele gesehen hat, residiert seit 2008 der bereits 1907 gegründete Berliner Athletik-Klub 07, in Berlin kurz BAK genannt. Der war über viele Jahre ein ganz gewöhnlicher Kiezkklub aus dem Wedding und entwickelte erst in den 2000er-Jahren durch das Engagement türkischstämmiger Geschäftsleute im Vorstand seinen heutigen multikulturellen Charakter. Doch auch danach verrichtete der BAK sein Tagwerk unter meist nur dezenter Anteilnahme der Öffentlichkeit. Überregional für Aufsehen sorgte der Klub erst im Sommer 2012. Da schlug der in der Regionalliga (4. Liga) spielende Verein die Millionentruppe der TSG Hoffenheim in der ersten Runde des DFB-Pokals mit 4:0. Dass ein

Amateurklub einen Bundesligaverein in dieser Deutlichkeit abfertigte, das hatte es in der Geschichte des Wettbewerbs zuvor noch nie gegeben. Die bis dahin beschauliche Welt des Berliner Klubs explodierte damals geradezu: Gleich nach dem Spiel wurde der zweifache Torschütze Metin Cakmak vom ZDF zum Flughafen gebracht, um am Abend im »Aktuellen Sportstudio« aufzutreten; Boulevardmagazine wie »RTL Explosiv« wollten ausschlichten, wie dem Berliner »Türkenverein« die Sensation gegen den von Milliardär Dietmar Hopp gesponserten Profiklub gelungen war.

Mittlerweile hat sich die Lage wieder beruhigt und das mit dem Türkenverein ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Klubpräsident Mehmet Ali Han, ein 47-jähriger Bauunternehmer, meint: »Berlin ist eine Multikultistadt. Wir haben gar kein Interesse daran, ein rein türkischer Verein zu sein.« Dass der BAK überhaupt so wahrgenommen wird, liegt an seinem mehrheitlich türkischen Vorstand, einer vorübergehenden (und unglücklich verlaufenen) Kooperation mit dem türkischen Erstligisten Ankaraspor sowie der zwischenzeitlichen Umbenennung in Berlin Ankaraspor Kulübü 07. Die von zwei dubiosen Vermittlern eingestielte Verbindung, die dem Profiklub aus Ankara türkischstämmige Berliner Fußballer zuführen sollte, endete im Desaster und hätte den BAK fast die Existenz gekostet. »Ich bin sehr froh, dass das vorbei ist«, sagt Han heute.

»Unsere Strategie ist es, Berlin zu spiegeln«

Mehmet Ali Han vermittelt den Eindruck eines Mannes, der sich jeden Euro, den er besitzt, hart erarbeitet hat. Obwohl er den Verein großzügig unterstützt, zählt der BAK nach wie vor zu den kleinen Fischen in der halbproufessionellen Regionalliga Nordost. Der Pokaltriumph gegen den Bundesligisten Hoffenheim war deshalb im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Mit dem Einzug in die zweite DFB-Pokalrunde hatte der BAK 300 000 Euro eingespielt und damit mal eben seinen kompletten Jahresetat. Doch noch immer verirren sich maximal ein paar hundert Zuschauer zu den Heimspielen des Viertligisten, der gerne so etwas wie ein Konsensverein für Zugereiste wäre, die mit den Berliner Platzhirschen Hertha BSC und 1. FC Union Berlin nicht viel anfangen können. Daher verteilt der Klub Flugblätter, um für sich zu werben – in türkischen Cafés ebenso wie in deutschen Szenekneipen. Doch bis jetzt bleibt ein spürbarer Effekt aus, die Besucherzahlen stagnieren auf niedrigem Niveau. Die überschaubare Zahl der BAK-Anhänger teilt sich überdies in zwei Lager: Auf den Stehplätzen unter der großen Haupttribüne findet sich ein überwiegend

deutschstämmiges Publikum ein, zum Teil aus der alternativen Szene. Auf den Sitzplätzen darüber thronen türkische Geschäftsleute. »Unsere Strategie ist es, Berlin zu spiegeln«, lautet das Credo von BAK-Präsident Han, doch noch wollen die verschiedenen Teile der Anhängerschaft nicht so recht zueinander passen.

Eine Ausnahme war Ende Oktober 2012 das zweite große Pokalabenteuer des BAK, diesmal gegen den traditionsreichen Zweitligaverein München 1860. Für einen Abend erfüllte sich das Credo des BAK-Präsidenten Han, und sein Klub wurde zum Liebling der Berliner Fußballszene. Immerhin 2500 Menschen waren an diesem Dienstagabend in den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark gekommen, in den der BAK wegen des dort vorhandenen Flutlichts einmalig umgezogen war. Und diese zweieinhalbtausend Zuschauer waren, abzüglich des Münchner Blocks, tatsächlich mehrheitlich der Berliner Mannschaft zugetan. Es gab ein Maskottchen, es gab Fahnen, es gab Gesänge – auch wenn das alles noch ein wenig aufgesetzt und nicht wie selbstverständlich gelebte Fankultur wirkte, zumal viele BAK-Sympathisanten eher aus Neugier gekommen waren und nach dem Match in ihr eigentliches Leben als Fan des VfB Stuttgart oder von Eintracht Frankfurt zurückkehrten. Trotzdem bekam man eine Ahnung davon, welche Zugkraft der Berliner AK theoretisch entwickeln könnte – auch wenn sich bei dessen nächstem Spiel gegen den ZFC Meuselwitz wieder nur ganze 65 Zuschauer einfanden.

Es ist halt noch ein weiter Weg zum voll integrierten Gesamtberliner Sportverein mit einer großen multikulturellen Fanbasis. Und der BAK taugt als ein weiteres Beispiel dafür, dass Fußball als Motor der Integration keine Wunderdinge vollbringen kann. Die Situation ähnelt der während der 90 Minuten auf dem Platz: Eine kühne Vision ist gut, der Rest bleibt mühsame Arbeit. Willkommen im Sisyphos-Land.

Heribert Prantl

Neue deutsche Bürgerlichkeit: Einigkeit, Respekt und Freiheit

Bürgertugenden in einem Integrationsland

Vom Herbst 1961 zum Herbst 2011: Im Herbst 2011 hat es Jubiläumsveranstaltungen in ganz Deutschland gegeben; es wurde gefeiert, man hat sich erinnert – und bei alledem schwangen Staunen und Verblüffung mit. Damals, 1961, hat sich nämlich kein Mensch vorstellen können, dass es einmal, 50 Jahre später, so viele Veranstaltungen geben würde, die an diesen Tag erinnern sollten. Natürlich, es ging bei den Feiern im Herbst 2011 nicht nur um diesen einen Tag damals, um diesen 30. Oktober 1961, sondern um all das, was er nach sich gezogen hat und was sich damals, vor 50 Jahren, ebenso wenig jemand vorstellen konnte. Deutschland ist die neue Heimat für so viele Türken geworden. Drei Millionen Menschen hierzulande haben ihre Wurzeln in der Türkei. Drei Millionen. Und diese Geschichten, die Geschichte einer Einwanderung und die Geschichte der Veränderung einer Gesellschaft, nahmen ihren Ausgang an ebendiesem 30. Oktober 1961.

Der Tag, an dem das Deutsch-türkische Anwerbeabkommen geschlossen wurde, hat Deutschland verändert. Dieser Tag hat auch die Türkei verändert. Dieser Tag hat die Geschichte von Hunderttausenden von Familien und Großfamilien verändert. Und dieser Tag hat nicht nur die Geschichte, sondern auch das Gesicht dieser Länder verändert. Wer hätte sich vor gut 50 Jahren gedacht, dass 50 Jahre später der Islam zu Deutschland gehört? Wer hätte sich gedacht, dass in deutschen Klein-, Mittel- und Großstädten Moscheen stehen werden, über 120 Moscheen sind es heute, die Laden- und Hinterhof-Moscheen nicht mitgezählt. Der Tag veränderte die Geschichte und das Gesicht Deutschlands, die Geschichte und das Gesicht der Türkei, vielleicht auch die Geschichte und das Gesicht Europas. Das Deutsch-türkische Anwerbeabkommen kann man in sei-

nen Folgewirkungen gar nicht überschätzen. Es ist das bedeutendste in der Reihe der Anwerbeabkommen, welche die Bundesrepublik geschlossen hat: Das erste, 1955, mit Italien, dann, 1960, mit Spanien und Griechenland, dann das mit der Türkei, dann die mit Marokko, Portugal, Tunesien und schließlich das mit dem damaligen Jugoslawien. Diese Abkommen, vor allem das mit der Türkei, haben Geschichte und Geschichten geschrieben, Lebensgeschichte(n), Staatengeschichte(n).

Das Anwerbeabkommen mit der Türkei – eine Folge des Berliner Mauerbaus

Die Haupt-Geschichte begann am letzten Montag im Oktober 1961, nach einem viel zu warmen Herbst. Sie begann gleichsam unbemerkt, sie begann irgendwie mickrig, ohne Trara, ohne Staatsbesuch, ohne Nationalhymnen, ohne feierliche Reden, ohne Händedruck; man tauschte keine in Leder gebundenen Urkunden aus, und niemand setzte ein bedeutendes Gesicht auf. Niemand verstand es als staatsrechtlich bedeutsamen Akt, dass da ein paar Seiten Papier zwischen der Bundesrepublik und der Türkei hin- und hergeschickt wurden. In diesen Seiten ging es ja nur um eine Art Liefervertrag: Das Auswärtige Amt in Bonn gab, weil die bundesdeutsche Wirtschaft drängte, in einem kurzen Schreiben an die türkische Botschaft eine Bestellung auf – und die Botschaft beehrte sich mitzuteilen, dass sie gerne liefern werde. Es handelte sich aber nicht etwa um die Lieferung von türkischen Haselnüssen für bundesdeutsche Kantinen, sondern um die Lieferung von billigen Arbeitskräften für die bundesdeutsche Wirtschaft.

Es war ein historischer Tag ohne tagesaktuelle Bedeutung. Im Auswärtigen Amt hatte man gerade andere Sorgen. Es war Heinrich von Brentanos letzter Tag im Amt des Außenministers, zwei Tage zuvor hatte er dem 85-jährigen Kanzler Konrad Adenauer sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Adenauer selbst hatte nur wenige Wochen zuvor bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit verloren, und die CDU/CSU musste Koalitionsverhandlungen mit der FDP führen. In Berlin wurde derweil die Mauer weiter hochgezogen. Damit war das Nadelöhr in den Westen zubetoniert, der Eisernen Vorhang dicht, der Zustrom von Menschen aus dem Osten gestoppt. Die Industrie war aber auf diesen Zustrom angewiesen. Die Wirtschaft boomte, Arbeitslose gab es nicht. Die Hochöfen mussten befeuert, die Autos zusammengebaut werden. Ford und Opel brauchten fleißige und billige Arbeiter. Die Türkei hatte sie, und die Bundesregierung ließ sie kommen.

Das Anwerbeabkommen mit der Türkei war so gesehen eine der Folgen des Mauerbaus. Indirekt und ungewollt wurde so ausgerechnet Walter Ulbricht zum Vater eines neuen Deutschland, ohne dass es jemand hierzulande oder in der Türkei geahnt hätte. Und die türkischen Arbeiter gestalteten das bundesdeutsche Wirtschaftswunder mit.

Multikulturell, multireligiös und multiverstört – ein verändertes Deutschland

Heute gibt es Versicherungsmanager, IT-Spezialisten, Feuerwehrkommandanten und Tennisvereinskassierer mit vielen Ös und Üs im Namen. Ein deutsch-türkischer Unternehmertypus ist gewachsen – ziemlich fleißig, ziemlich zuverlässig und sehr dienstleistungsstark. Es gibt viele deutsche Politiker/-innen in deutschen Parlamenten, die türkische Namen tragen, es gab eine Sozialministerin Aygül Özkan in Niedersachsen, und es gibt eine Integrationsministerin Bilkay Öney in Baden-Württemberg sowie einen Parteivorsitzenden namens Cem Özdemir. 2010, nach dem Sieg der deutschen Elf in einem Fußballländerspiel gegen die Türkei, gratulierte Kanzlerin Merkel dem deutschen Nationalspieler Mesut Özil in der Umkleidekabine. In der Session 2010/2011 hatte das rheinische Roisdorf, zwischen Bonn und Köln gelegen, die erste türkische Karnevalsprinzessin in Deutschland namens Füsün I.

Deutschland hat sich verändert, mindestens so sehr wie das Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, als dort die polnischen Einwanderer kamen und blieben. Deutschland ist, ob man das Wort mag oder nicht, multikulturell geworden, multireligiös – und multiverstört. Es gab furchtbare Ausschreitungen; eine davon 1993, als Rechtsextreme in Solingen das Haus einer türkischen Familie in Brand setzten und fünf Menschen ums Leben kamen.

Mehr als zweieinhalb Millionen Türken haben sich zwischen 1961 und 1973 auf der Basis des Anwerbeabkommens um eine Arbeitserlaubnis beworben; jeder Vierte erhielt sie. Sie sollten hier zwei, drei, vier Jahre arbeiten, sparen und wieder nach Hause gehen; so sahen es die Deutschen, so sahen es die Türken. Aber es kam alles anders. Die Türken arbeiteten, sie sparten, sie kauften sich ein Auto, sie arbeiteten weiter, sie sparten noch mehr, nicht wenige kauften sich sogar ein Häuschen – in Deutschland. »Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.« Diese sieben Worte des Schriftstellers Max Frisch umschreiben die Problematik der vergangenen 50 Jahre, auch die Versäumnisse der Politik, die erst 2005 ein einigermaßen vernünftiges Gesetz zu korrigieren suchte.

Als die Bundesregierung Anfang der 1970er-Jahre, mitten in der ersten Wirtschaftskrise, die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei stoppte, kamen trotzdem weiter Türken, nun als Flüchtlinge. Als in der Türkei 1980 das Militär geputscht hatte, baten sie hier, im Land mit den vielen Türken, um Asyl. Aber mit dem Begriff »Einwanderung« begann sich Deutschland erst anzufreunden, als es schon ein Auswanderungsland war; seit 2006 kehrt sich die Migrationsbilanz um, es ziehen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Aus dem Entwicklungsland Türkei ist ein Industriestaat geworden und aus der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Land, das noch eine weitere deutsche Einheit schaffen muss: die Vereinigung von Bürgern deutscher und ausländischer Herkunft ohne Abwertung der Neubürger, die sich in Ausdrücken wie »Papierdeutscher« zeigt.

Ein deutsch-türkischer Ruck geht durch Deutschland

Die erste deutsche Einheit begann 1949 mit der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die zweite deutsche Einheit begann 1989 mit dem Fall der Mauer. Die dritte deutsche Einheit begann womöglich am 27. April 2010 in Hannover, als zum ersten Mal eine türkeistämmige Frau in Deutschland Ministerin wurde: Die Vereidigung von Aygül Özkan als Sozialministerin in Niedersachsen brach einen Stein aus der Mauer, die bis dahin die alteingesessene von der eingewanderten Gesellschaft trennte. Türkeistämmige Abgeordnete wie Lale Akgün von der SPD, Cem Özdemir und Ekin Deligöz von den Grünen hatten zuvor schon an dieser Mauer gerüttelt. Ein Jahr nach Aygül Özkan wurde Bilkay Öney Ministerin für Integration in Baden-Württemberg – Beispiele, die zeigen, dass man in Deutschland nicht nur in die Parlamente, sondern auch in hohe Regierungsämter kommen kann, wenn man keinen deutschen Namen trägt.

Die Ernennung der beiden türkeistämmigen Ministerinnen brachte jenen »Ruck« durch Deutschland, den sich einst Roman Herzog erträumt hatte. Dieser Ruck aber sah nun etwas anders aus, als sich das der damalige Bundespräsident wohl vorgestellt hatte: Der Ruck war deutsch-türkisch, und er hatte sozusagen Anlauf in Ankara genommen. Von dort waren Aygül Özkan's Eltern in den 1960er-Jahren nach Deutschland gekommen. Der Ruck begann freilich ein wenig irritierend – mit einem Streit über das Kreuz in Klassenzimmern. Er begann damit, dass die neue CDU-Sozialministerin von Niedersachsen ihre Forderung, religiöse Symbole aus den Schulen zu verbannen, gleich wieder zurücknehmen musste, auf Druck

ihres Ministerpräsidenten. Es war also, könnte man meinen, gar nichts passiert; es hatte eine kleine, heftige Auseinandersetzung gegeben, und diese hatte die Erinnerung an die große Auseinandersetzung fast 20 Jahre zuvor geweckt, als das Bundesverfassungsgericht seinen Kruzifix-Beschluss fällte. Doch es ist etwas passiert: Die Vereidigung der Ministerin Özkan schlug ein neues Kapitel in der deutschen Einwanderungsgeschichte auf, vielleicht auch ein neues Buch, mit dem, hoffentlich, die dritte deutsche Einheit begonnen hat.

Die Deutschen mit türkischen Namen bringen andere Traditionen, andere Denkweisen und Erfahrungen mit als diejenigen Deutschen, die als Wolfgang Schäuble, Ursula von der Leyen, Thomas de Maizière, Horst Seehofer oder Markus Söder amtlich registriert sind. Diese anderen Erfahrungen kann man nicht homogenisieren. Wenn eine Aygül Özkan ins Ministeramt kommt, dann bedeutet das auch etwas völlig anderes, als etwa im Falle eines Philipp Rösler, der im Alter von acht Monaten als vietnamesische Kriegswaise nach Deutschland kam und von deutschen Eltern adoptiert wurde. Rösler hat mit den Vorbehalten, die es gegen die Muslime gibt, nicht kämpfen müssen. Er gehört nicht zu jener Gastarbeitergeneration und ihren Kindern, über deren Zukunft und Schicksal in Deutschland ein halbes Jahrhundert lang erbittert gestritten worden ist.

Die Migrantengeneration kehrt ein in die deutsche Gesellschaft

Die deutsche Politik hatte viel zu lange die Augen davor verschlossen, dass aus Gastarbeitern Einwanderer geworden waren. Als sie merkte, dass man – wie Max Frisch es gesagt hatte – Arbeitskräfte gerufen hatte und Menschen gekommen waren, wollte sie aus ihnen Rückkehrer machen; man wollte sie wieder loswerden. Statt intensiver Integrationsmaßnahmen, wie sie schon 1979 Heinz Kühn gefordert hatte, der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, flüchteten sich sowohl die Regierungspolitik von Helmut Schmidt als auch die von Helmut Kohl in Rückkehrprogramme; man proklamierte den Anwerbestopp, produzierte Rückkehrförderungsgesetze, zahlte Handgelder und hielt das für ein Patentrezept. Das ist eine geraume Weile her, hatte aber langen negativen Nachhall. Aygül Özkan ist nun das Symbol für ein neues Programm, man mag es Einkehrprogramm nennen: Die Migrantengeneration kehrt ein in die deutsche Gesellschaft.

Integration verlangt nicht nur viel von den Neubürgern, sondern auch einiges von den Altbürgern. Integration stellt alte Gewissheiten infrage.

Einwanderung verändert die Gesellschaft: Die meisten Deutschen haben es sich bisher nicht bewusst gemacht, wie tief diese Änderung geht. Wir Altbürger haben, als uns klar geworden ist, dass die meisten Einwanderer nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren, mehr oder weniger fordernd auf deren Integration gewartet und geglaubt, wir erbrächten unsere eigene Integrationsleistung schon damit, dass wir Döner Kebap essen. Aber der Umsatz der ausländischen Gaststätten in Deutschland ist kein Gradmesser für Integration. Integration ist viel mehr als die Addition der Dönerbuden in den deutschen Fußgängerzonen. Integration ist mehr als das In-sich-Hineinstopfen von Dingen, die einem schmecken, und sie ist mehr als die Annahme von Leistungen, die man gerade braucht.

Integration verlangt nicht, ihre Defizite zu leugnen: Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für Migranten in Deutschland anderthalbmal höher als für alteinheimische Arbeitnehmer – in anderen europäischen Staaten ist dieses Risiko allerdings noch sehr viel höher. Und es fällt auf, dass sich in Deutschland, anders als etwa in Großbritannien oder in Schweden, die Kompetenzen der Jugendlichen der zweiten und dritten Einwanderergeneration im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund verschlechtert haben. Eine Erklärung für den geringeren Schulerfolg von Migrantenkindern sind die Strukturen des deutschen Bildungssystems: Es setzt bei den Eltern eine aktive Rolle und viel Engagement für den schulischen Erfolg ihrer Kinder voraus. Da muss man ansetzen. So schlagen Experten unter anderem »bundeseinheitliche Sprachstandsmessungen« für Kindergartenkinder mit anschließenden Fördermaßnahmen vor; sie plädieren für Ganztagesangebote vor allem an den Hauptschulen, die in benachteiligten Stadtvierteln besser ausgestattet und »durch attraktive Schwerpunktsetzungen auch für die Mittelschichtfamilien anziehender« werden sollen.

Integration heißt Schule, Schule und nochmals Schule

Integration ist positive Diskriminierung, positive Diskriminierung bedeutet Förderung: Migrantenkinder im Berliner Problemquartier Neukölln-Nord müssen viel mehr gefördert werden als die Kinder im feinen Zehlendorf, Schulklassen im Münchner Hasenberg1 müssen erheblich kleiner sein als die in München-Grünwald. Das sind die nächsten Schritte auf dem Weg der Integration: Problemschulen brauchen bessere Ausstattung als andere, und sie brauchen die besten Lehrer. Das kostet Geld. Ein beitragsfreier Kindergarten kostet Geld, Sprachförderung kostet Geld, Ganztagschulen kosten Geld. Wenn »Du Christ« ein gängiges Schimpfwort

geworden ist an den Schulen, dann müssen Lehrer auch Sozialarbeiter sein in den Milieus, die gegen Integration wirken und in denen die Religion Abgrenzungsmerkmal ist. Integration heißt Schule, Schule und nochmals Schule: Die Schule ist nämlich der Ort, an dem die Welten aufeinandertreffen, mit verbaler und auch körperlicher Gewalt. Die Verwandlung des deutschen Bildungssystems in ein System der Schicksalskorrektur und in ein System der Förderung spezieller Talente ist teuer. Aber es ist noch viel teurer, dies alles nicht zu tun. Wer das Geld nicht fantasievoll in Integration investiert, wird es fantasielos in Hartz IV und in Gefängnisse investieren müssen.

Die Abkehr vom alten Denken begann ganz langsam. Ein erster Schritt war die Reform des Ausländerrechts 1990 unter Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Diese Reform rückte ab vom deutschtümelnden Ungeist, sie akzeptierte die Einwanderung viertelherzig, sie schickte jedem »Ja« drei »Aber« hinterher; diese Unentschlossenheit führte dazu, dass das Gesetz zu einem Irrgarten für Einwanderer wurde. Der zweite Schritt war im Jahr 2000 unter Bundesinnenminister Otto Schily die Reform des alten, noch aus dem Kaiserreich stammenden Staatsangehörigkeitsrechts. Diese Reform ersetzte das alte Blutrecht (*jus sanguinis*), die Vererbung der Staatsangehörigkeit, durch ein bedingtes *jus soli*, also den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland.

Im Jahr 2005 kam der dritte Schritt, das neue Zuwanderungsgesetz, das nicht Einwanderungsgesetz heißen durfte. Es hatte eigentlich, nach den Entwürfen von Expertenkommissionen aller Parteien, einen großen bunten Teppich weben sollen, auf dem Integration stattfinden kann. Es wurde nur ein Topflappen daraus. Mit diesem Topflappen werden seitdem, immerhin, die Probleme angepackt. 2006 beriefen Kanzlerin Angela Merkel und ihre Integrationsbeauftragte Maria Böhmer den »Integrationsgipfel« ein, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gründete die »Deutsche Islam Konferenz«. Der Tiefschlaf der Politik war zu Ende.

Deutsche Auswanderer in den USA – eine kaum bekannte Geschichte

Vielleicht muss man, um die neuen Zeiten anzukurbeln, einmal an ganz alte Zeiten erinnern. Es gab nämlich eine Zeit, da waren die Deutschen die Türken der USA. Das ist gut 150 Jahre her. New York war damals, nach Berlin und Wien, die Stadt mit den meisten deutschsprachigen Menschen. Seinerzeit wanderten Jahr für Jahr gut hunderttausend Deutsche in die

USA ein, 1854 waren es 215 000. Die Deutschen taten sich sehr schwer mit der Integration, blieben am liebsten unter sich; sie bauten sich ihre eigenen Kirchen, kauften in deutschen Geschäften, lebten in deutschen Vereinen, gingen in deutsche Theater, trugen deutsche Trachten, kochten deutsches Essen und setzten sich gern in den Biergarten, zumal am Sonntag. Den alt-ingesessenen amerikanischen Puritanern, die den Tag des Herrn fromm und leise zum Bibellesen nutzten, gefiel das überhaupt nicht. Sie erklärten die Biertrinkerei zu unamerikanischen Umtrieben und zogen in Wort und Tat gegen das deutsche Laster zu Felde.

Die ausländerfeindliche, genauer gesagt die deutschfeindliche Stimmung wuchs zum Deutschenhass. Das deutsche Theater in New York wurde angezündet. Der Sammelvorwurf gegen die Deutschen lautete genauso wie der heute gegen die Türken in Deutschland: »Die integrieren sich nicht, die bleiben unter sich.« In Chicago heizte eine ultrakonservative politische Partei namens »Americans only« – Ausländer raus – den Konflikt an, ihr Kandidat Dr. Levi Boone wurde denn auch Bürgermeister. Boone erhöhte die Gebühren für die Ausschanklizenzen um 500 Prozent und verbot Alkoholverkauf und Bierausschank am Sonntag. Am ersten Sonntag nach dem Verbot, es war der 21. April 1855, schickte er die Polizei zur Kontrolle in die Wirtshäuser. Als an die 200 deutsche Gäste und etliche Wirte wegen Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen verhaftet und eingesperrt wurden, kam es zum Aufstand. »Beer Riots« heißt das in den Archiven. Das klingt lustiger, als es war – die Polizei schoss in die aufgebrachte Menge, aus der wurde zurückgeschossen. Um ihre Interessen zu wahren, beteiligten sich die Einwanderer zunehmend an der Politik. Bürgermeister Boone wurde ein Jahr nach den Unruhen abgewählt, die Prohibition wieder aufgehoben. Aber die Integration der Deutschen blieb eine mühsame Geschichte. Im Jahr 1859, als die deutschen Immigranten zum 100. Geburtstag von Friedrich Schiller im ganzen Land große Feste feierten, wurde in Chicago erstmals ein Deutscher zum Sheriff gewählt – ein Aufschrei bei deningesessenen Amerikanern war die Antwort. »Wie schändlich wird es sein«, schrieb seinerzeit die Chicago Times, »wenn im vorkommenden Falle ein Deutscher einen Amerikaner hängen lassen wird!«

Diese Geschichten sind, diese Geschichte ist kaum bekannt hierzulande. Es gibt keine Erinnerung. Die Auswanderung kommt im kollektiven deutschen Gedächtnis nicht vor, sie ist nicht Teil der erinnerten nationalen Geschichte. Wäre in Deutschland die eigene Auswanderungsgeschichte präsent, hätten die Probleme der Einwanderung und Integration wohl nicht so lange brach liegen können. Vielleicht hätten die Deutschen, ihre

eigene Migrationsgeschichte vor Augen, nicht diese Heidenangst vor der Einwanderung gehabt und davor, das Kind beim Namen zu nennen; vielleicht hätten sie, statt den jahrelangen Glaubensstreit um das Wort »Einwanderungsland« zu führen, sich der Probleme angenommen, die sich daraus für Deutschland ergeben; vielleicht wären sie einerseits gelassener, andererseits sensibler für die Erfordernisse der Integration gewesen – und vielleicht nicht so anfällig für einen deutschen Levi Boone, der im Jahr 2010 Thilo Sarrazin hieß und der prognostizierte, dass sich Deutschland »abschafft«, weil es zu viele angeblich integrationsunfähige Türken hat.

Ein Fundament für die Einwanderungsgesellschaft

In Deutschland wird viel über die Probleme der Einwanderung geredet, aber viel zu wenig über die Reichtümer und Schätze, die das Land dabei gewonnen hat. Private Initiativen und Stiftungen haben damit begonnen, die Lebensgeschichten der Einwanderer zu sammeln. Das hat wenig mit Sentimentalität zu tun; es geht vielmehr darum, sich die Quellen der jüngsten Geschichte zu sichern. Dementsprechend wichtig sind die Bemühungen um ein Migrationsmuseum in Deutschland in kultur- und gesellschaftspolitischer Hinsicht. Es gibt so viele kleine Geschichten, die auch davon erzählen, wie sich der Alltag in diesem Land in wenigen Jahrzehnten verändert hat.

Nicht nur die Einwanderer, nicht nur die Neubürger, sondern auch fast alle Altbürger haben ihre eigenen kleinen und großen Erlebnisse mit Migration. In meinem Leben gibt es eine Geschichte, die mir die deutsche Auswanderung nach Amerika nahegebracht hat, und eine andere, die mir die türkische Einwanderung nach Deutschland verlebendigt hat.

Die erste Geschichte ist zugleich mein journalistisches Urerlebnis: Ich war ein Bub von acht Jahren und saß neben meiner Großmutter am großen Küchentisch. Sie schrieb Briefe, mit Feder und Tinte, viele Briefe, und ich legte immer wieder das Löschblatt auf die Bögen. Großmutter schrieb also Brief um Brief in die Vereinigten Staaten, an alle, die irgendwann aus unserem oberpfälzischen Dorf ausgewandert waren. Sie suchte das Grab ihres Sohnes, der als Oberbootsmannsmaat der Kriegsmarine der Stolz des Dorfes gewesen war. Sein Unterseeboot U 85 war im Jahr 1942 vor der US-Küste torpediert worden, und sein Leichnam war, davon ging meine Großmutter aus, aus dem Wasser gefischt worden. Sie schrieb also, viele Tage lang. Und es kamen Briefe zurück, in schon etwas ungelenktem Deutsch, von Menschen, die sich für Oma auf den Soldatenfriedhö-

fen umgeschaut hatten. Und eines Tages traf ein dickes Kuvert mit Fotos ein. Großmutter sagte lang nichts und streichelte nur die Ränder der Bilder. Man sah darauf einen weißen Grabstein und auf diesem den Namen »Oskar Prantl«. Der Fotograf hatte eigens Urlaub genommen, war 800 Meilen weit gereist, hatte das Grab gefunden und einen Blumenstock hingestellt. Das war, im Dabeisitzen, meine erste journalistische Recherche.



Heribert Prantl mit seiner Großmutter, die »Brief um Brief in die Vereinigten Staaten« schrieb.

Acht Jahre später kam die damals heiß umstrittene Volkszählung. Wir Gymnasiasten konnten uns ein schönes Geld verdienen, wenn wir mit den Fragebögen in die Haushalte gingen. Ich bekam unter anderem die Straße zugeteilt, in der das alte Krankenhaus lag, in dem ich zur Welt gekommen war. Dort wohnten jetzt die ersten Gastarbeiter im Dorf: Türken. Und ich hatte eine Vorlage dabei, auf der die Fragen in Türkisch standen. An die 20 Menschen wohnten wohl im Haus, und ich mühte mich redlich; für jeden Bewohner sollte ein Bogen ausgefüllt werden: Geburtsdatum, Schulbildung und so weiter. Und ich lernte erstaunt, dass nicht jeder Mensch sein genaues Geburtsdatum kennt – erst verlegen, später lachend haben wir uns

auf ein Jahr geeinigt. Und dort, in meinem Geburtskrankenhaus, aus dem nun ein Gastarbeiterheim geworden war, habe ich mein erstes türkisches Wort gelernt, das auf den Fragebögen immer wieder anzukreuzen war: *Ekil okul* – Volksschule.

In Deutschland ist immer wieder über »Leitkultur« gestritten worden. Leitkultur hat nichts mit Heimatabend, Sauerkraut, nationalen Überlegenheitsgefühlen oder Deutschtümeleien zu tun. Leitkultur ist eine bürgerliche Kultur des Zusammenlebens: Leitkultur ist Demokratie und Rechtsstaat, Leitkultur sind die Grundrechte. Das klingt simpel. Der Alltag zeigt, dass es so simpel nicht ist. Diese Leitkultur fordert viel, nämlich Toleranz von beiden Seiten, von den Alt- und Neubürgern – und führt dann zur Integration. Toleranz nimmt niemandem seine Religion, sein Kopftuch, seine Lebensgewohnheiten weg. Toleranz setzt aber voraus, dass die heiligen Bücher, wie immer sie heißen, nicht über oder gegen die Leitkultur gestellt werden. Auch der Koran steht nicht über dem Grundgesetz. Das ist das Fundament für die Einwanderungsgesellschaft.

Vielleicht trifft es ein anderes Wort noch besser: Respekt – die wichtigste Tugend für das neue Deutschland. Integration basiert auf dem Respekt voreinander. Altbürger und Neubürger, Christen und Muslime, gläubige und nichtgläubige Menschen, die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Herkunft, müssen Respekt vor- und füreinander haben. Das neue deutsche Motto lautet: Einigkeit, Respekt und Freiheit – gebettet auf ein gutes Recht.

Tabus in öffentlichen Debatten. Zur Fragwürdigkeit von verschwiegenen Bereichen

Sprechverbote in Deutschland? Das scheint auf den ersten Blick in einem freien, demokratischen Land undenkbar – ist doch Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Meinungsfreiheit garantiert, ein Grundpfeiler unserer Verfassung. Aber was ist mit Einschränkungen dieses Grundrechts, die gesellschaftliche Konventionen, scheinbar oder tatsächlich, mit sich bringen? Wie weit geht Political Correctness? Wie gehen wir mit Stammtischparolen und Populismus um? Welche Mechanismen lösen Ressentiments und tabuisierte Zonen im Kampf um Meinungsführerschaft in öffentlichen Debatten aus?

Etwas, über das man nicht sprechen darf, wird umgangssprachlich als Tabu bezeichnet. Tabus kommen in allen Gesellschaften vor.¹ Sie haben eine ordnungs- und orientierungsstiftende Funktion.² Ihre öffentliche Wahrnehmung ist jedoch unterschiedlich: Was als tabuisiert gilt, hängt von der jeweiligen gesellschaftlichen Situation ab, also davon, wer, wie und bei welcher Gelegenheit etwas sagt oder tut.³

Ursprünglich stammt der Ausdruck aus Polynesien. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts beobachtete der Weltumsegler James Cook in der Südsee Menschen, die bestimmte Dinge, Orte, Handlungen und Personen mieden und diese »tapu« nannten. Etymologisch hergeleitet und übersetzt bedeutet tabu so viel wie »sehr, unbedingt gemerkt«.⁴ Später erweiterte man dieses in Polynesien verbreitete Verständnis und sah darin unausgesprochene Regeln für Verhaltensweisen, die nicht zu tun seien. Sie wurden als »Zaun vor religiösen oder sozialen Werten«⁵ interpretiert und als soziale Handlungsbeschränkungen und strenge Konventionen beschrieben.⁶ Trotz des Widerspruchs zwischen Tabus, die der Westen häufig als archaisch und irrational ansah, und der Rationalität aufgeklärter Gesellschaften⁷ sind

Tabus nicht aufgehoben, sondern haben sich gewandelt. Michaela Strasser, Professorin für Rechts- und Sozialphilosophie, sieht Tabuspuren in den Grenzen des Sagbaren: »Viele Tabuzonen fungieren als ›Schweigegebiete‹.«⁸ Bereits vor fast 40 Jahren beschrieb die Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann die sogenannte Schweigespirale. Sie beobachtete, dass viele Menschen ihre öffentliche Meinungsbildung davon abhängig machen, was sie für die Mehrheitsmeinung halten. Dieser schließen sie sich an, um gesellschaftliche Isolation zu vermeiden. Öffentliche Personen und führende (Massen-)Medien geben die Richtung des Diskurses vor. Die Spirale entsteht, wenn diejenigen, die vermuten, ihre Auffassung gerate in die Minderheit, sich zurückziehen und schweigen. Dadurch wirkt die andere Gruppe stärker und erscheint als Mehrheitsmeinung, ohne es vielleicht tatsächlich zu sein. Das hat zur Folge, dass unterlegene Themen in der Öffentlichkeit immer weniger vorkommen – was bis zur Entstehung eines Tabus führen kann.⁹

Eine neue Qualität von Tabuisierungen in öffentlichen Debatten brachte Anfang der 1990er-Jahre das Phänomen der Political Correctness. In den Vereinigten Staaten von Amerika entwickelt, war Political Correctness aus den »Neuen sozialen Bewegungen« der 1960er-Jahre hervorgegangen, die für Frauen sowie ethnische und soziale Minderheiten eine Gleichstellung erreichen wollten. Dies sollte sich auch sprachlich widerspiegeln, indem Sprache für Verletzendes und Diskriminierendes sensibilisierte und Gleichheit betonte. Tatsächlich wurde durch diese Sprachkonvention der Ton der Diskussion moralischer, emotionaler – und bisweilen intoleranter.

Für die deutsche Debatte wies der Soziologe Sven Papcke darauf hin, dass das Stichwort Political Correctness eine Diskussion darüber entfacht habe, ob es so etwas gebe wie ein »Mobbing« der Meinungen.¹⁰ Schon in den 1990er-Jahren machten verschiedene Autoren Themenfelder aus, in denen eine »erhebliche Eintrübung des Diskussionsklimas«¹¹ stattgefunden habe. Die Themen sind im Wesentlichen ähnlich geblieben. Nur haben sich die Schwerpunkte etwas verlagert. Sensible Bereiche können sich durch vorangegangene Diskussionen verändern und an Wucht verlieren. So erregen sich heute nur noch wenige über die einst als übertrieben empfundenen weiblichen Endungen an männlichen Nomen.

Die Würde des Menschen als Maßstab

Um sozialetische Maßstäbe für Schranken und unausgesprochene Verbote in der öffentlichen Meinungsbildung zu finden, ist nach dem Wert

und der Stellung des Menschen zu fragen. Arno Anzenbacher, Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik, sieht das besondere Kennzeichen des Menschen in dem Wert und der Würde »eines Menschen als Mensch«. ¹² Sie bedeute auch eine besondere Verpflichtung für das Gewissen. Diese Würde des Menschen, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes formuliert ist, bietet somit grundsätzliche Orientierung. Die Umsetzung dieses Anspruchs bedarf einer sorgfältigen Argumentation, in der ethische Kategorien berücksichtigt werden müssen.

Die ethische Anforderung deckt sich mit der Formulierung »Man sollte nichts sagen dürfen, was anderen Menschen das Recht auf eine Existenz in Würde abspricht« – wie Patrik Schwarz in einem Artikel mit der Überschrift »Was man in Deutschland nicht sagen darf« ¹³ festhält. Entscheidend für die Beurteilung wäre demnach der Schutz gegen Herabsetzung eines Einzelnen oder einer Gruppe. Die Schranke der Meinungsfreiheit misst sich daran, wie sie einzelnen Menschen und Gruppen dient, Lebenschancen wahrzunehmen und ein menschenwürdiges Leben zu führen, und wann sie die Rechte anderer verletzt – sei es durch Herabwürdigung, öffentliche Bloßstellung, Demütigung oder durch (bewusste) Falschdarstellung – und so durch Diskriminierungen dem Zusammenleben schadet, statt es zu fördern.

Einige Felder des öffentlichen Diskurses sind wegen ihrer emotionalen Aufladung besonders umstritten. Die Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig unterscheidet zwischen zwei Problemkreisen, die dafür anfällig sind, verschwiegen oder verschleiert zu werden: Zum einen nennt sie die uneingeschränkte positive Bewertung der Gleichheit aller Menschen ein spezifisch demokratisches Vorurteil; zum anderen sei die negative Bewertung des Nationalen ein spezifisch deutsches Problem, das aus der nationalsozialistischen Vergangenheit resultiere. ¹⁴

Freiheit versus Gleichheit: Der Umgang mit Minderheiten

Ausgangspunkt ist für Zehnpfennig die Spannung von Freiheit und Gleichheit in Demokratien. Rechtlich, vor dem Gesetz, sind alle Menschen gleich. Das Wahlrecht als elementares demokratisches Grundrecht gilt ebenfalls – von Altersbeschränkungen und der Staatsangehörigkeit abgesehen – für alle gleich. Kontroversen beginnen, wenn es um die Anerkennung der Unterschiede geht, die in der Individualität und der Freiheit der Menschen begründet sind. Wie kann trotz Differenzen, die auf Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft beruhen, ein gesellschaftlicher Aus-

gleich erreicht werden? Einer der Hauptstreitpunkte ist die Diskussion um Migration und Integration. Bei der vielerorts emotional geführten Debatte geht es oftmals weniger um den Inhalt, sondern vor allem um den Stil der Auseinandersetzung.

Zur Bewertung von Debatten ist ein ethisches Kriterium, dass keine beteiligte Gruppe und kein Thema ausgeschlossen werden dürfen, sondern alle in ihrer Betroffenheit einbezogen werden müssen. Sätze wie »Man wird ja noch sagen dürfen« deuten darauf hin, dass es Menschen gibt, die sich ausgegrenzt fühlen. Mögliche, als solche wahrgenommene Diskursverbote können auf mangelnde Aufmerksamkeit von Eliten für den Umfang eines Problems zurückzuführen sein. Daher sind sämtliche Befindlichkeiten ernst zu nehmen, innerhalb eines Diskussionsprozesses zu berücksichtigen und nicht von vornherein auszuschließen. Im Sinne einer Anwaltschaft für Benachteiligte, die sich weniger lautstark artikulieren können als eloquente Eliten, wäre ein Perspektivwechsel zugunsten Zurückgesetzter geboten.

Die Komplexität der Zusammenhänge, in denen es nicht immer leicht ist, die Wechselwirkung der verschiedenen auf den politischen Prozess wirkenden Kräfte in verständlicher Sprache darzustellen, darf keine Entschuldigung sein, mögliche Probleme nicht zu thematisieren. So zeigt eine religionssoziologische Studie der Universität Münster, dass wegen der mangelnden »ehrliche(n) und intensive(n) öffentliche(n) Debatte über Islam und Integration« Teile der deutschen Mehrheitsgesellschaft weniger tolerant gegenüber Muslimen seien als andere Europäer.¹⁵ Wenn diese Einschätzung stimmt, dann hat gerade die zur Schau getragene Toleranz am Ende möglicherweise das Gegenteil bewirkt.

Es erfordert häufig Mut und Zivilcourage, auch unpopuläre oder gern verschwiegene Fakten gegen das vorherrschende Meinungsklima zu nennen und zu vertreten. Wenn von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft die Rede ist, sollte auch unaufgeregt über »Deutschenfeindlichkeit« bei Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln gesprochen werden. Auch ein Hinweis auf die statistisch höhere Kriminalitätsrate innerhalb einzelner gesellschaftlicher Gruppen und die differenzierte Diskussion über ihre möglichen Ursachen dürfen nicht verpönt sein. Andernfalls werden dadurch möglicherweise selbst ernannte Tabubrecher gestärkt, in populistischer Weise die vermeintliche »Stimme des Volkes« zu erheben und öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen.

Gerade dann ist die Gefahr groß, dass es zu gefährlichen Verallgemeinerungen kommt, wie Thilo Sarrazins Einlassung, dass »Türken«, statt sich um die Ausbildung ihrer Kinder zu kümmern, »ständig neue kleine Kopftuchmädchen« produzierten.¹⁶ Hier ist eine Grenze weit überschritten. Die

Äußerung kann nicht nur rassistisch aufgefasst werden, sondern ist in ihrer Wortwahl beleidigend und herabwürdigend. Sie zählt damit zu zerstörerischen menschenverachtenden Bemerkungen, die zurückgewiesen werden müssen, ohne dass es einer weiteren Begründung bedarf. Dies gilt in gleicher Weise auch für manche (anonyme) Internetforen und Blogs, in denen hetzerische Parolen stehen, die jenseits von Toleranzgrenzen liegen. Tabuisierte Zonen werden nicht zuletzt durch Medien begünstigt, die politische Konflikte zuspitzen, um Aufmerksamkeit zu erregen. Auf diese Weise können ursprünglich differenzierte Stellungnahmen einen neuen, vom Sprecher nicht beabsichtigten Ton erhalten.¹⁷ Aus Furcht, falsch interpretiert zu werden, ziehen sich Politiker zurück und schweigen. So entsteht eine moderne Form der Schweigespirale, die aus der Komplexität der Sachverhalte resultiert, die sich nicht in einem eng beschränkten zeitlichen Korsett darstellen lassen. Gerade dieser Zusammenhang zeigt, dass die Meinungsfreiheit zwar juristisch gesichert ist, aber in der Gesellschaft praktiziert und geübt werden muss.

Dies gilt auch für den Umgang mit anderen von Ungleichheit betroffenen Gruppen, seien es sozial Zurückgesetzte wie Hartz-IV-Empfänger und Menschen mit niedrigem Einkommen oder seien es Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Bei öffentlichen Debatten ist darauf zu achten, dass sie nicht in ihrer Würde beschädigt, als Gruppe diskriminiert und marginalisiert werden. Im Einzelnen gilt es daher, Gründe für die Benachteiligung zu analysieren, Bewusstsein für Diskriminierungen und soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen und nach politischen Lösungen zu suchen.

Mangelnde Bereitschaft, sich mit Themen intensiv auseinanderzusetzen und alle Aspekte zur Geltung zu bringen, sollte man jedoch nicht voreilig mit einem Tabu in Verbindung bringen. Stattdessen ist der Hinweis auf verschwiegene Bereiche der öffentlichen Diskussion eher als Aufforderung zu betrachten, die zurückgedrängten Facetten einer Diskussion ans Licht zu holen.

Die Wirkung der deutschen Vergangenheit

Das zweite, oft tabuisierte Thema betrifft die deutsche Vergangenheit. Seit der Gründung der Bundesrepublik gilt zu Recht der Grundkonsens, nationalsozialistisches Gedankengut und die damit verbundenen Verbrechen zu ächten.¹⁸ Die Unfassbarkeit der Schoah führte lange zu einer allgemeinen Sprachunfähigkeit, die sich erst mit einem gewissen zeitlichen

Abstand zu lösen begann. Die Einzigartigkeit der deutschen Schuld hat zur Konsequenz, dass es bis heute schwierig ist, historische Parallelen zu ziehen, selbst wenn dabei abwägend verglichen und nicht gleichgesetzt wird.

Dies spiegelte sich etwa in der Walsler-Bubis-Debatte 1998 wider, die sich auch um die Frage einer deutschen »Normalität« drehte. Schon 1985 meinte der spätere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis während der Debatte um Rainer Werner Fassbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod«: »Normal ist, wenn wir wieder über Juden schimpfen dürfen.« Damals wandte er sich gegen falsche Tabus: »Normal ist, wenn ich den Juden nicht ein Tabu-Mäntelchen überhänge. Normal ist, wenn ich einen jüdischen Verbrecher als Verbrecher bezeichne. Was nicht sein darf, ist, anonym Antisemitismus zu erzeugen, und dann sagen: Das ist ein Zeichen der Normalität. Das darf ich nicht.«¹⁹ Die Schwierigkeit einer solchen »Normalität« drückt sich auch in der öffentlichen Debatte des deutschen Verhältnisses zu Israel aus. Es herrscht kein Zweifel, dass die besondere Verantwortung für Israel zur Staatsräson deutscher Außenpolitik gehört. Es besteht selbst in Israel in breiten Bevölkerungsschichten die Auffassung, dass sich auch Deutsche kritisch zu einzelnen Aspekten äußern dürften, die etwa auf die israelische Siedlungspolitik zurückgehen. Gerade hier ist das »Tabu« als Warnung zu begreifen, sorgfältig zu sprechen und zu handeln, Rücksicht auf Empfindungen anderer zu nehmen und Grenzen nicht zu überschreiten. Dabei ist Israel nach Kriterien zu beurteilen, die auch für alle anderen Staaten gelten.

Durch einen gewollten, manchmal aber sachlich unangebrachten Bezug zum Nationalsozialismus können Themen einer rationalen Erörterung entzogen werden wie Auslandseinsätze der Bundeswehr, Ausländerpolitik und nationale Identität oder auch medizinische Forschung etwa bei der Präimplantationsdiagnostik unter dem Stichwort »Menschenzüchtung«. Auch auf die Vokabel »Bevölkerungspolitik« fiel bis vor einigen Jahren ein dunkler Schatten.

Fazit

Tabus – Bereiche, über die nicht gesprochen wird – lassen sich auch in offenen Gesellschaften beobachten. Dabei können Tabus in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedliche Ausprägungen haben. Bürgerliche Milieus haben andere Toleranzschwellen als manche Jugendliche oder anonyme Internetforen und Blogs. Ein Überschreiten von Grenzen ist zu beobachten, wenn Menschen bloßgestellt werden oder Gewalt

verherrlicht wird. Tabus und Gebote, die Schranken setzen, sind ambivalent. Es gibt Kernbestände von Normen und Verhaltensweisen in einer Gesellschaft, die nicht verhandelbar sind. Sie können Einzelne und Gruppen in ihrer Privatsphäre schützen und vor Herabsetzung und Beleidigung bewahren. Menschenverachtende oder die Menschenwürde verleugnende Äußerungen und Handlungen gehören zurückgewiesen.

Eine andere Frage ist die Aussparung von Themenfeldern. Hier kann ein Tabu zum Hemmnis in der Debatte werden und sachgerechte öffentliche Auseinandersetzungen blockieren. In einer immer komplexer werdenden Welt ist es für den Einzelnen schwierig, sich in verschiedenen Sach- und Politikgebieten ein angemessenes sachgerechtes Urteil zu bilden. Daher sind Eliten gefordert, komplizierte Zusammenhänge in einer verständlichen Form darzustellen und allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, an der öffentlichen Debatte teilzunehmen. Schon um selbsternannten, oft populistischen Tabubrechern keine Chance zu geben, darf es kein Verschweigen oder Unterdrücken von Meinungen geben. Diesen Anspruch meint auch der Sozialethiker Martin Honecker, wenn er aufgrund einer biblischen, auf das Evangelium zurückgehenden Analyse schreibt: »Von der evangelischen Freiheit her kann es (...) a priori und grundsätzlich keine Tabus geben.«²⁰

Der Sinn von Tabus lässt sich nicht allgemein festlegen. Ihre Rechtfertigung hängt von ihrem Nutzen für das Zusammenleben ab. Menschen handeln dann ethisch, wenn sie sich durch ein grundsätzliches Wohlwollen und rücksichtsvolles Reden und Handeln gegenüber ihren Mitmenschen auszeichnen und bestrebt sind, zum Wohle der Gesellschaft und zu ihrem Zusammenhalt beizutragen. Werden diese Regeln befolgt, dürfte die Frage, ob »riskante« Themen in der Öffentlichkeit als Tabus zu bezeichnen sind, obsolet werden. Man sollte alles sagen können und dürfen. Wichtig ist jedoch zu bedenken, in welchem Ton und an welchem Ort gesprochen wird.

Anmerkungen

Der Beitrag ist eine (um einen Abschnitt zu Lebensrecht und Lebensethik) gekürzte Version des gleichnamigen Originalbeitrags in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5–6 (2012), S. 37–42.

- 1 Vgl. Otto Depenheuer, Recht und Tabu – ein Problemaufriß, in: ders. (Hrsg.), Recht und Tabu, Wiesbaden 2003, S. 18.
- 2 Vgl. Dirk Fabricius, Der Begriff des Tabus, in: ebd., S. 33.

- 3 Vgl. Ursula Dehm/Dieter Storll, Medien und Tabus, in: *Media Perspektiven*, 9 (2010), S. 410–431.
- 4 Klaus Hock, Sinn und Unsinn von Tabus, in: *Dialog der Religionen*, 8 (1998) 2, S. 187.
- 5 Wolfgang Marschall, Tabu, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 10, Basel 1998, S. 877. Vgl. auch: Martin Honecker, Tabu und christliche Freiheit, in: *Wege evangelischer Ethik. Positionen und Kontexte*, Freiburg i.Ü.-Freiburg i. Br. 2002, S. 193.
- 6 Vgl. Dagmar Hoffmann, Diesseits und jenseits der Konventionen, in: Klaus-Dieter Felsmann (Hrsg.), *Mediale Tabubrüche vs. Political Correctness*, München 2008, S. 20.
- 7 Vgl. O. Depenheuer (Anm. 1), S. 7.
- 8 Michaela Strasser, Verschleierungen, in: Michael Fischer/Reinhard Kacianka (Hrsg.), *Tabus und Grenzen der Ethik*, Frankfurt/Main 2007, S. 49.
- 9 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale*, München 2001, S. 299.
- 10 Vgl. Sven Papcke, »Political Correctness« oder die Reinigung des Denkens, in: *Universitas*, 51 (1996), S. 212.
- 11 Ebd., S. 219. Vgl. auch: Michael Mertes, Das Tabu in der politischen Kommunikation, in: O. Depenheuer (Anm. 1), S. 101.
- 12 Arno Anzenbacher, *Einführung in die Ethik*, Düsseldorf 2003, S. 15.
- 13 Patrik Schwarz, Was man in Deutschland nicht sagen darf, in: *Die Zeit* vom 15. April 2010.
- 14 Vgl. Barbara Zehnpfennig, Die Immigrationsdebatte und die Herrschaft der Political Correctness, in: *Politische Studien*, 62 (2011) 438, S. 84–93.
- 15 »Deutsche sind viel weniger tolerant gegenüber Muslimen«, Mitteilung des Exzellenzclusters »Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne« an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Dezember 2010, online: www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2010/dez/PM_Studie_Religioese_Vielfalt_in_Europa.html (Zugriff am 25.11.2011).
- 16 Vgl. Frankfurter Rundschau Online vom 26. August 2010: www.fr-online.de/panorama/aylin-selcuk-verklagt-sarrazin-kein-kopftuchmaedchen,1472782,4592000.html (Zugriff am 25.11.2011).
- 17 Vgl. Michael Borchard, Sprichst Du Volkspartei?, in: *Die politische Meinung*, 504 (2011), S. 28.
- 18 Vgl. Josef Isensee, Verbotene Bäume im Garten der Freiheit, in: O. Depenheuer (Anm. 1), S. 136.
- 19 Zit. nach: *Der Spiegel* vom 11. November 1985, online: www.spiegel.de/spiegel/print/d-13514757.html (Zugriff am 25.11.2011).
- 20 Vgl. M. Honecker (Anm. 5), S. 180.

Wie viel Religion braucht, verträgt und erträgt eine moderne und plurale Gesellschaft?

Das Kopftuch ist ein Skandal. Das Kopftuch der muslimischen Frau, getragen aus Gründen des Glaubens, der Sitte, der Tradition und auch der Provokation. Da unterwirft sich eine Frau einer Regel, die fern, fremd, anachronistisch anmutet, hier in der modernen, aufgeklärten und westlichen Gesellschaft, in der Frauen lange genug dafür gekämpft haben, nicht mehr ihren Ehemann fragen zu müssen, wenn sie arbeiten gehen wollen, und immer noch für ihre volle Gleichberechtigung kämpfen.

Die Stellen im Koran, aus denen heraus das Tragen eines Kopftuchs begründet wird, sind mehrdeutig. Es gibt auch gläubige muslimische Frauen, die es theologisch gut begründet ablehnen, ihre Haare zu verhüllen. Und nicht jede muslimische Frau trägt das Kopftuch freiwillig – manchmal zwingt der Ehemann sie, ein Kopftuch zu tragen, weil er seine Frau wie einen Besitz betrachtet, den es zu sichern und zu kontrollieren gilt. Für muslimische Mädchen, sei es in Berlin, Hamburg, Frankfurt oder München, ist es auch der Gruppendruck auf dem Schulhof, der sie zwingt, ihr Haar mit dem Kopftuch zu verhüllen.

Religion ist nicht mehr selbstverständlich

Das Kopftuch ist Aufklärungsverrat, Schwesternverrat, Distanzsymbol gegenüber der westlichen Welt. Und doch genauso ein Zeichen des Glaubens: Ein Mensch unterwirft sich, für alle sichtbar, dem, was er für Gottes Regeln hält; dem eifersüchtigen Gott, der auf diese Regeln achtet. Er hat eine fremde Macht, dieser Gott. Er ist kein Wohlfühlgott, er will dem

Menschen nicht das Leben ein bisschen einfacher machen, er will ihn vor der Hölle bewahren. Von daher ist es verständlich, dass um das muslimische Kopftuch gestritten wird. Die Frage, ob eine Grundschullehrerin es im Unterricht tragen darf, ging sogar vor das Bundesverfassungsgericht – und das wusste dann auch keine abschließende Antwort.

Das Kruzifix ist auch ein Skandal. Der sterbende Jesus, festgenagelt an Längs- und Querbalken, der blutende, verwundete Schmerzensmann lässt auch viele Christen erschauern: Geht's denn nicht ein bisschen sanfter mit der Religion? Es gibt katholische wie evangelische Theologen, die das Kreuz statt in der Mitte lieber am Rand des Christentums sähen; anderen Religionen, Juden wie Muslimen oder Buddhisten, ist der Gedanke vom gequälten, erniedrigten, der Ehre beraubten und schmachvoll hingerichteten Gott fremd. Ein Vater aus Bayern sah das Bildnis des Gekreuzigten als so schädlich für seine Kinder an, dass er gegen das vom Freistaat verordnete Kreuz im Klassenzimmer klagte, 1995 gab ihm das Bundesverfassungsgericht im Grundsatz Recht, und das Land hatte seinen Kruzifix-Streit. Zum ersten Mal wurde vielen Christen bewusst, dass ihre Religion nicht mehr selbstverständlich war im öffentlichen Raum, dass sie einer zunehmend säkularen Umgebung fremd wurde, dass es Menschen gibt, die der Ansicht sind, Religion habe in diesem Raum nichts zu suchen.

»Hilfe, die glauben!«

18 Jahre ist das nun her. In der Zeitspanne, in der ein Mensch erwachsen wird, ist die Zahl der Kirchenmitglieder um fast 8 Millionen zurückgegangen. Das Wissen um die Religion, die Europa geprägt hat, hat abgenommen; die Zahl derer, die Religion bestenfalls für Privatsache halten, ist dagegen weiter angestiegen. Und es ist eine neue Religion sichtbar geworden: der Islam. Viereinhalb Millionen Muslime gibt es inzwischen in Deutschland. Sie bauen große Moscheen, feiern den Ramadan, halten das Freitagsgebet und kaufen beim Halal-Metzger. Sie sind fromm, ziemlich fromm, für die Mehrheit manchmal erschreckend fromm. 90 Prozent der Muslime bezeichnen sich, so der »Religionsmonitor« der Bertelsmann Stiftung, als religiös, fast die Hälfte gar als hoch religiös – bei den Nichtmuslimen sagen das nur 18 Prozent. Für die Christen sind Fasten- und Speisevorschriften heute überwiegend nur mehr wenig verbindliche geistliche Übungen, die Muslime achten sie streng.

»Hilfe, die glauben!«, überschrieb die Wochenzeitung Die Zeit einen Beitrag über die Frömmigkeit der Muslime. Das war im Juli 2012, damals

Wie viel Religion braucht, verträgt und erträgt eine moderne und plurale Gesellschaft?

war die Beschneidungsdebatte in vollem Gange, der Streit also um die Frage, ob es eine strafbare Körperverletzung ist, wenn Juden und Muslime strafunmündigen Knaben aus religiösen Gründen die Vorhaut entfernen. Ausgelöst hatte diese Debatte der einzelne Fall eines muslimischen Jungen, dessen offenbar verwirrte Mutter mit der Nachsorge nach der Operation überfordert war – doch schwappte ein Grundsatzstreit über das ganze Land. Dürfen Gläubige ihren Kindern diesen Akt antun, weil die Religion ihn gebietet, weil nur so diese Kinder tatsächlich Mitglieder der Glaubensgemeinschaft werden, weil nur durch die Erfüllung des Gebots die Religion weiterbesteht? Politiker und auch Juristen haben diese Frage in der Mehrheit mit Ja beantwortet, am Ende der Debatte stand ein Gesetz, das die Beschneidung weiterhin erlaubt, wenn sie nach den Regeln der medizinischen Kunst erfolgt, die Eltern aufgeklärt werden, das Wohl der Kinder nicht gefährdet wird. Doch das ist nur die eine Geschichte. Die andere handelt von der Empörung Abertausender Bürger, Leserbriefschreiber und Internetblogger, zahlreicher Kinderärzte und einer Reihe von Publizisten, Politikern und Juristen. Die Unversehrtheit der Kinder muss mehr wert sein als die Religionsfreiheit, forderten sie – manche mit ernsthaften Argumenten, andere mit antisemitischen und islamfeindlichen Tönen und Untertönen. Die Gegner des Beschneidungsverbots hatten es schwer. Der Furor derer schlug ihnen entgegen, die nicht einsahen, dass der Staat hier einen fremden, unheimlichen Ritus schützen sollte.

50 Jahre Zuwanderung, 50 Jahre Säkularisation

Tatsächlich hat die Beschneidungsdebatte die alten Kopftuch- und Kreuzfixfragen auf die Spitze getrieben. Wie viel Religion braucht, verträgt und erträgt eine moderne und plurale Gesellschaft? Religion, das ist nicht mehr nur das Christentum in seiner überwiegend aufgeklärten westlichen Variante, staatstragend, demokratieverträglich, die Zugehörigkeit mit Wasser und nicht mit dem Beschneidungsmesser besiegelnd, erweitert durch fernöstliche Meditationsmethoden und einen esoterischen Lebenshilfe-Buchmarkt. Die Religionen im Land sind vielfältig geworden, bunt, aber auch fremd und manchmal eine Zumutung für die Nichtgläubenden.

In der Beschneidungsdebatte trafen 50 Jahre deutsche Zuwanderungsgeschichte auf 50 Jahre deutsche Säkularisationsgeschichte, das machte den Bruch und die Schärfe der Auseinandersetzung aus. Auf der einen Seite stand eine muslimische Gemeinschaft in Deutschland – sichtbar geworden durch große Moscheebauten, die ersten Lehrstühle für die Religion des Islam

an deutschen Universitäten, die ersten islamisch geprägten Intellektuellen, muslimische Geschäfte, Kopftücher, eine radikale Salafisten-Szene – und die kleine jüdische Minderheit. Und wer weiß, wie die Debatte ausgegangen wäre, wären Juden von einem Beschneidungsverbot nicht wesentlich stärker getroffen gewesen als Muslime.

Der muslimischen Gemeinschaft stand auf der anderen Seite eine nicht einfach zu fassende und zu beschreibende Gruppe gegenüber: Ihr gehörten jene an, denen Religiosität insgesamt fremd und unheimlich geworden ist, die zu wenig über Religionen wissen, um in dieser Frage unterscheiden zu können. Dann jene, die grundsätzlich meinen, dass Religion Privatsache sei und sich einer vom Misstrauen geprägten Regelung des Staates unterwerfen müsse; fernerhin eine Reihe radikaler Religionsgegner, die gläubige Menschen generell für rückständig und unzivilisiert halten und schließlich auch eine lautstarke Gruppe von Ausländerfeinden, Islamgegnern und Antisemiten, die hier ihr Thema gefunden hatten. Die Beschneidungsdebatte brachte zutage, was ohnehin gäerte, und vielleicht ist das auch eine ihrer positiven Auswirkungen: Es hat sich gezeigt, dass sich das Verhältnis von Gesellschaft, Staat und Religionen neu sortiert – und dass es nicht gut ist, wenn Politiker, Publizisten, Religionsvertreter und -kritiker diesen Prozess einfach so vor sich hintreiben lassen.

Die religiöse Landschaft verändert sich

Ein halbes Jahrhundert Zuwanderung hat den Deutschen die Pizza und den Döner gebracht, Fußballer wie Mesut Özil und einen merkwürdig türkisch-deutsch gefärbten Schulhofslang. Sie ist aber auch dabei, die religiöse Landschaft in Deutschland zu verändern. Die alten Selbstverständlichkeiten sind dahin, die großen Kirchen sind noch groß, aber ihre Grundsätze und Ansprüche sind zunehmend umstritten, in der Bioethik und der Sozialpolitik genauso wie bei der Frage, welche Zukunft das kirchliche Arbeitsrecht oder der konfessionelle Religionsunterricht haben. Eine neue Religion ist Teil des Landes geworden – das ist eine Tatsache. Diese neue Religion drängt ins öffentliche Leben und sucht ihren Platz, sie stellt Ansprüche, teils berechnete, teils solche, die sie in Wahrheit noch nicht so recht ausfüllen kann – der Weg zu einer wirklich diskursfähigen islamischen Theologie oder einem flächendeckenden Islamunterricht mit gut ausgebildeten Lehrern ist noch sehr weit. Der Islam ringt – so wie das Christentum im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert – um ein angemessenes Verhältnis zur pluralen und demokratisch verfassten Gesellschaft der Bundesrepub-

lik; die Minderheit, welche Distanz und auch aggressive Bekämpfung der »sündigen Umwelt« predigt, ist groß, manchmal deprimierend groß – und der Mehrheit der Muslime in Deutschland, die sich um eben jenes angemessene Verhältnis bemühen, fehlen oft die Worte und Argumente – den radikalen Muslimen gegenüber genauso wie der verständnislosen Mehrheit der Deutschen.

Das macht die Religionsdebatte in der neuen Landschaft nicht nur schwierig und auch aggressiv, sondern befördert auch manchmal merkwürdig quere Allianzen, so wenn etwa auf einmal Rechtspositivisten und Islamfeinde für ein Beschneidungsverbot eintreten oder konservative Muslime und Christen sich einig sind, dass man gegen die »verderbte Moderne« zusammenhalten müsse. Und doch liegt in der Veränderung der religiösen Landschaft auch eine Chance: die Chance auf eine neue, produktive Religionsdebatte. Es müssen ja nicht nur die Muslime ihren Platz in dieser neuen Landschaft finden, sondern auch die Christen, die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland. Ihr institutioneller Einfluss wird zurückgehen, es wird weniger Kirchengemeinden und weniger Geistliche geben, weniger Glaubenswissen in der Bevölkerungsmehrheit. Der christliche Glaube wird nicht mehr so sehr der sozialpositive (und auch normregelnde) »Kitt« für diese Mehrheit sein, abgesehen etwa von christlichen Festtagen wie Weihnachten, von Trauungen oder Beisetzungen. Er wird zunehmend außergewöhnlich und auch anstößig sein, dieser christliche Glaube, weniger allgemeine Sozialversicherung, sondern zunehmend Verunsicherung der Mehrheit. Meinen die das wirklich ernst mit dem Gekreuzigten? Dass da einer gefoltert wurde und sterben musste, um die Menschheit zu erlösen?

Glaubensrepublik Deutschland

Nicht nur die Muslime mit ihrer Frömmigkeit stören den Betrieb der Mehrheit – die Christen tun dies ebenso mit ihrem Bekenntnis, dass nicht der Mensch der letzte Maßstab allen Handelns ist, dass es Bereiche des Lebens gibt, die dem Diskurs nicht so einfach oder überhaupt nicht zugänglich sind; sie stören in der Debatte um Bioethik und Sterbehilfe, wenn es um Sozialverantwortung und Menschenrechte geht, um die globale Moral als Gegenüber der globalen Wirtschaft. Das ginge verloren, wenn aus der Glaubensrepublik Deutschland, die sich da gerade wandelt, eine Unglaubensrepublik würde. Es fehlte das kollektive Gedächtnis der religiösen Traditionen, die kollektiven Erfahrungen der Rituale. Es fehlten die

Menschen, die sich um Kinder, Alte, Kranke, Arme und Schwache kümmern, es fehlten die Gegenentwürfe zu einem aufs Nächstliegende hin orientierten Leben. Vor allem aber fehlte die Kraft des Transzendenten, das, was den Außenstehenden geradezu unheimlich vorkommt: Da sinkt einer auf die Knie oder mit der Stirn auf den Teppich, wirft sich in seiner Unzulänglichkeit vor eine höhere Instanz, die vertraut und fremd, nah und fern zugleich ist.

Nein, Religion ist nicht harmlos und zum Wohlfühlen da. Sie kann gefährlich sein, und es gibt gute Gründe, warum der Verfassungsschutz manche Gruppe scharf im Auge hat, die sich besonders fromm fühlt. Um der Kraft des Transzendenten willen aber lohnt es sich, um das rechte Verhältnis von Religion und Aufklärung zu streiten, um die Religionsfreiheit und ihre Grenzen, um den Platz von Christentum, Judentum und Islam in Deutschland. Der Christdemokrat Wolfgang Schäuble wusste das, als er im September 2006 anlässlich der Eröffnung der »Deutschen Islam Konferenz« als Bundesinnenminister vor dem Deutschen Bundestag sagte, dass der Islam »Teil Deutschlands« sei. Er wusste, dass in einem Land, in dem der Islam keinen Platz hat, auch der Platz des Christentums bald infrage stehen würde. Er wusste, dass der innere Frieden hierzulande ohne einen Platz für die Religionen brüchig wird.

Fundstücke aus 50 Jahren Einwanderungsgeschichte

»Wie kocht man Spaghetti für Italiener?«

Die sogenannten Gastarbeiter brachten ihre »Küche« mit nach Deutschland und führten Pizzerien und Straßencafés ein. Damals, als sie ins Land geholt wurden, waren selbst Spaghetti in Deutschland noch größtenteils unbekannt. Die Arbeitgeber hatten Schwierigkeiten damit, ihre ausländischen Arbeitskräfte zu verköstigen. Das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg veröffentlichte deshalb 1960 eigens eine Pressemitteilung mit der Überschrift »Wie kocht man Spaghetti für Italiener?« Darin heißt es:

Ratschläge für die Zubereitung von Speisen nach italienischer Art

Die italienischen Arbeitskräfte bereiten ihre Speisen gerne selbst zu. Soweit aber Italiener vom Arbeitgeber gepflegt werden, sind folgende Ratschläge des Italienischen Konsulats in Stuttgart für die Zubereitung von Speisen für italienische Arbeitskräfte zu empfehlen: Der Italiener liebt im Allgemeinen keine flüssigen und dünnen Soßen, insbesondere keine Mehlsößen.

Zu Teigwaren, die nicht zu weich gekocht werden sollten, gibt man Tomatensoße. Der Italiener ist nicht gewohnt, Obstsaften (Most) zu trinken; zum Essen trinkt er mit Vorliebe Wein und Wasser, während des Tages und abends auch Milch.

Dieser Ratgeber wurde allen italienischen Arbeitskräften sowie den Betrieben, die Italiener beschäftigten, über die Arbeitsämter in Baden-Württemberg ausgehändigt. Aber nicht nur Spaghetti, auch Mozzarella, Cappuccino, Auberginen, sogar Melonen waren damals so gut wie unbekannt. Inzwischen sind diese »kulinarischen Gastarbeiterimporte« zur Selbstverständlichkeit in der deutschen Küche geworden.

Gefunden und kommentiert von Karl-Heinz Meier-Braun.

Werner's METZGEREI	
Wurst und Fleisch aus unserer Region	
Unsere Wochenangebote vom 05.08. bis 10.08.2013 unsere Qualität und Frische können Sie sich jeden Tag leisten!	
Fleischkäse- Brötchen	Stück 2,00
Nürnberger <small>frisch, zum Grillen</small>	100 g 0,99
Merques Bratwurst <small>frisch, zum Grillen</small>	100 g 1,29
Werner's Kochschinken <small>mehrfach Gold prämiert</small>	100 g 1,79
Fleischwurst im Ring <small>mit oder ohne Knoblauch</small>	100 g 0,89
Gyrosspieße <small>zum Grillen</small>	100 g 1,29
hausgemachte Antipasti <small>verschiedene Sorten</small>	100 g 1,39

Traditionsreiche Meisterbetriebe haben in den vergangenen Jahren ihr Angebot um internationale Spezialitäten erweitert, so auch diese 1962 gegründete Metzgerei mit Filialen im gesamten Rheinland, die auch mal »hausgemachte Antipasti« und »Gyrosspieße« anbietet. Das Lieblingsgericht der Deutschen kommt – laut einer Forsa-Umfrage von 2010 – aus Italien: Spaghetti Bolognese.

»Mandarinen aus Mersin!«

*Auf dem Markt haben wir kilo-
weise Spinat eingekauft. Die älteren deutschen
Frauen guckten uns erstaunt an: »Wie kocht ihr das
denn?«, wollten sie wissen. Wir haben es ihnen mit Händen
und Füßen erklärt. An einem anderen Tag kamen Mandarinen
aus Mersin auf den Markt. »Mädels, kommt her!«, habe ich geru-
fen. »Mandarinen aus Mersin!« Die deutschen Frauen wollten wis-
sen, wie man die Mandarinen isst. Ich habe also eine in die Hand
genommen, geschält, die Kerne rausgenommen – und die
Schale in die Tüte geworfen. Es war ja verboten, Müll
auf den Boden zu werfen. Müll: 5 DM Strafe,
Blumenpflücken: 5 DM Strafe ...*

Sevim Meral,
1941 in Adana, Türkei, geboren,
seit 1965 in Deutschland

Aus dem Europa Knigge 1962

»Goldene Regeln für den Umgang mit Gastarbeitern«

Der Südländer will als Persönlichkeit behandelt werden. Er ist von Natur liebenswürdig und schätzt eine liebenswürdige Umgangsart. Eine kleine Gefälligkeit, zum Beispiel eine angebotene Zigarette, gewinnt sein Herz im Nu.

Der Südländer leidet oft unter Heimweh; er sucht Freundlichkeit und aufrichtigen Kontakt mit der Umgebung. Seine Isolierung kann ihn dazu verführen, sich mit asozialen Elementen einzulassen; man sollte ihm deshalb Kontakt mit Familien ermöglichen. Der südländische Fremdarbeiter denkt an seine Familie, er ist arbeitsam und spart; man soll keinen Wucher mit ihm treiben, wenn er Unterkunft sucht.

Der Südländer – der Italiener, der Spanier, der Grieche – weiß sich als Erbe einer großen Kultur und ist stolz darauf. Diesen Stolz sollte man achten und keinen der Gastarbeiter mit einem Spott- oder Schmähsnamen, also etwa den Italiener »Makkaroni« nennen.

Die Arbeitsfreudigkeit fehlt dem Südländer nicht; aber er braucht mehr als der Deutsche eine freundliche Anerkennung für seine Leistung.

Manche Südländer haben noch keinen rechten Sinn für Sauberkeit und Ordnung. Man sollte sie durch gute Unterkünfte zu diesen Tugenden ermuntern.

Der Mangel an Verständigung und Verständnis verleitet den südländischen Arbeiter leicht zu kleinen Notlügen, mit denen er gewissen Schwierigkeiten aus dem Wege geht.

Die Ausländer sollen nicht bevorzugt werden, aber mit Rücksicht auf ihre Hilflosigkeit ist eine Sonderbehandlung manchmal unbedingt erforderlich.

Bei Unruhen und vielleicht unbegründeten Klagen ist eine harte und konsequente, jedoch gerechte Klarheit der einzige Ausweg.

Auch der Südländer hat den Wunsch, beruflich höher zu steigen. Man sollte ihm daher Gelegenheit geben, auch qualifizierte Arbeiten zu verrichten.

Im öffentlichen Leben nimmt der Südländer Gebote und Verbote nicht so »tierisch ernst«; bei aller Strenge sollte man auch etwas Verständnis für seine Mentalität walten lassen.

Die Betriebe und öffentlichen Einrichtungen sollten den Fremdarbeitern Gelegenheit zum Besuch deutscher Sprachkurse bieten; bessere Sprachkenntnisse der Ausländer kämen der Verständigung und dem Verständnis sehr zugute.

Der Südländer hat angeblich Erfolg bei den Frauen; wenn er einer Frau Komplimente machte, meint er es jedoch selten ernst. Der Südländer ist von seiner Heimat her Zurückhaltung bei den Frauen gewohnt; kommt ihm im Gastland eine Frau offener entgegen, meint er, sie habe kein Ehrgefühl, und er dürfe sich etwas herausnehmen. Auch auf diese Vorstellung vom angemessenen Verhalten der Frau ist Rücksicht zu nehmen.

Der Südländer ist gewöhnlich religiös von Natur. Man sollte seine Religiosität und auch die andere Art seines religiösen Ausdrucks achten. Das Gastland und die Unternehmer sollten alles tun, damit die Ausländer Gottesdienste in ihrer Muttersprache erhalten und von Geistlichen aus der Heimat umsorgt werden.

Die Arbeitgeber können für ihre ausländischen Arbeiter Zeitungen aus ihrer Heimat abonnieren. Die Sendeanstalten sind dazu übergegangen, für die ausländischen Arbeiter eigene Sendungen zu bringen; auf diese seien die Firmen besonders verwiesen.

Archiv des deutschen Caritasverbandes e. V. (ADCV),
Signatur380.21.065 Fasz.1, Quelle: www.migrationsroute.nrw.de

»Griechischer Wein«

Griechischer Wein ist so wie das Blut der Erde.

Komm', schenk dir ein und
wenn ich dann traurig werde, liegt es daran,
daß ich immer träume von daheim;
du mußt verzeih'n.

Griechischer Wein, und die altvertrauten Lieder.

Schenk' noch mal ein!

Denn ich fühl' die Sehnsucht wieder;
in dieser Stadt werd' ich immer nur
ein Fremder sein, und allein.

Und dann erzählten sie mir von
grünen Hügeln, Meer und Wind,
von alten Häusern und jungen Frauen,
die alleine sind,

und von dem Kind,

das seinen Vater noch nie sah.

Sie sagten sich immer wieder:

Irgendwann geht es zurück.

Und das Ersparte genügt zu Hause
für ein kleines Glück.

Und bald denkt keiner mehr daran,
wie es hier war.

Griechischer Wein ist so ... ein Fremder sein,
und allein.

Deutscher Schlager aus dem Jahr 1974,

gesungen und komponiert von Udo Jürgens

(Text: Michael Kunze, Produzent: Ralph Siegel).

Der Text unten gehört zur Installation »Lokalkolorit – Himmel und Hölle (Erde)« von Klaus Bartoluzzi, Denise Sheila Puri und Simone Schwartz. Die Installation war 2012 in der Galerie R31 im Rahmen des Festivals »48 Stunden Neukölln« zu sehen.

Viele Deutsche denken, dass Einwanderer nach

»Deshalb ist Berlin schön geworden!«

Als ich hier ankam, gaben meine deutschen Kollegen in der Fabrik sich nicht einmal die Hand. Jetzt küssen sie sich sogar! Oder wir gingen Obst einkaufen: Jede Frucht war einzeln in Zellophan eingepackt. Die haben ja über uns gelacht, wenn wir kiloweise einkauften. Jetzt machen die Deutschen das auch. Wir – die Türken, die Griechen, die Spanier, die Afrikaner – haben diese Mentalität hierher gebracht. Deshalb ist Berlin schön geworden!

Eva Saroglu,
1945 in Istanbul geboren,
seit 1966 in Deutschland

Es gibt kaum nachbarschaftliche Beziehungen. In unserem Haus wohnen Deutsche und Türken zusammen. Wenn man sich grüßt, guten Tag wünscht, sagen die Deutschen, das sei gute Nachbarschaft.

Atiye Altül,
1946 in Ankara geboren,
seit 1970 in Deutschland

Als ich den deutschen Ausweis bekam, fragte mich eine deutsche Freundin: »Und? Bist du jetzt Deutsche geworden? Was fühlst du?« Diese Frage war natürlich sinnlos. Wie soll ich denn 24 Jahre meines Lebens, die ich in dem Land verbracht habe, wo ich geboren wurde und aufgewachsen bin, aus meiner Identität löschen? Hat der Ausweis meinen Akzent verändert? Hat er die Farbe meiner Haut verändert? Konnte er die Farbe meiner Haare verändern? Nein. So wenig, wie man die Erinnerungen aus meinem Kopf streichen kann. Wenn mich jemand fragt, sage ich: »Ich bin weder Deutsche noch Türkin, ich bin ich. Ich bin Belkis.«

Belkis Erdal,
1947 in Ankara geboren,
seit 1971 in Deutschland

Zitate aus der Ausstellung
»Erinnerungen an eine neue Heimat – Aus dem Leben deutscher Istanbulerinnen und türkischer Berlinerinnen«, 2010, www.erinnerungen-an-eine-neue-heimat.de

Deutschland kommen, weil es hier so schön ist.

Pretty German: Der Bindestrich-Deutsche

In der britischen Tageszeitung The Guardian war 2012 eine Reihe von Nationalklischees aufgelistet, nach dem Motto »So sehen die Briten die neuen Deutschen«. Unter den Klischee-Typen waren – neben »Angry Citizens« (Wutbürger), »Pirate Voters« (Wähler der Piraten-Partei) u. a. – die »Hyphenated Germans«, die Bindestrich-Deutschen. Für die britischen Leser/-innen war die Grafik mit dem Hinweis versehen, dass jeder fünfte Deutsche einen Migrationshintergrund habe, bei Kindern unter sechs Jahren sei es sogar jeder dritte. Merkwürdig sei jedoch, dass dieser große Teil der Bevölkerung in Deutschland im Allgemeinen als homogene Gruppe betrachtet werde, als »Menschen mit Migrationshintergrund«.

Quelle: www.sueddeutsche.de/politik/nationalklischees-so-sehen-die-briten-die-neuen-deutschen-1.1471141-5

Illustration: The Guardian/Ulli Lust



*Beinahe wären wir Weltmeister geworden.
Wir! Deutschland mit mir.*

Gerald Asamoah,
2001–2006 Spieler der deutschen Fußball-Nationalmannschaft
in seiner Autobiografie: »Dieser Weg wird kein leichter sein ...« –
Mein Leben und ich, München 2013



Im April 2005 erscheint das Fußball-Magazin »11 Freunde« mit einem »geweißten« Gerald Asamoah auf dem Titel. Die Frage »So besser?« verweist auf den betreffenden Artikel über die Rückkehr von Rassismus in Europas Fußballstadien.



Nicht nur Ärztinnen, auch Vertreter anderer Berufsgruppen machen sichtbar, dass sie ihren Patientinnen und Patienten bzw. ihre Kundschaft mehrsprachig zur Verfügung stehen und meist auch die kulturellen Codes ihrer Herkunftsländer kennen.

In allen größeren Städten Deutschlands gibt es mittlerweile Apotheken, Krankenhäuser und Geschäfte, die sich mehrsprachig präsentieren. So auch diese Parfümerie in der Bonner Innenstadt.

Ziemlich deutsch: Der Müll wird getrennt. Damit bei der Mülltrennung nichts schiefeht, haben einzelne Entsorgungsbetriebe sich entschlossen, die Hinweise gleich in mehreren Sprachen auf den Tonnen anzubringen.





Jeder deutsche Kinogänger kennt amerikanische, britische, französische oder skandinavische Filme und Schauspieler/-innen. Filme aus der Türkei sind hierzulande aber immer noch nahezu unbekannt. Überraschend deshalb: ein Plakat zu dem türkischen Film »Kelebeğin Rüyası« – mitten in Deutschland. Ins Englische wurde der Titel offenbar schon übertragen.

So malen wir uns ein Deutschland der Zukunft aus: Darin gibt es keine Parallelwelten, sondern nur eine Gesellschaft. Das Wort Migrationshintergrund ist aus dem Wortschatz gestrichen, denn die Kinder von Einwanderern werden einfach Deutsche genannt ...

Alice Bota, Khuê Pham, Özlem Topçu
in: Wir neuen Deutschen. Wer wir sind, was wir wollen, Reinbek 2012.

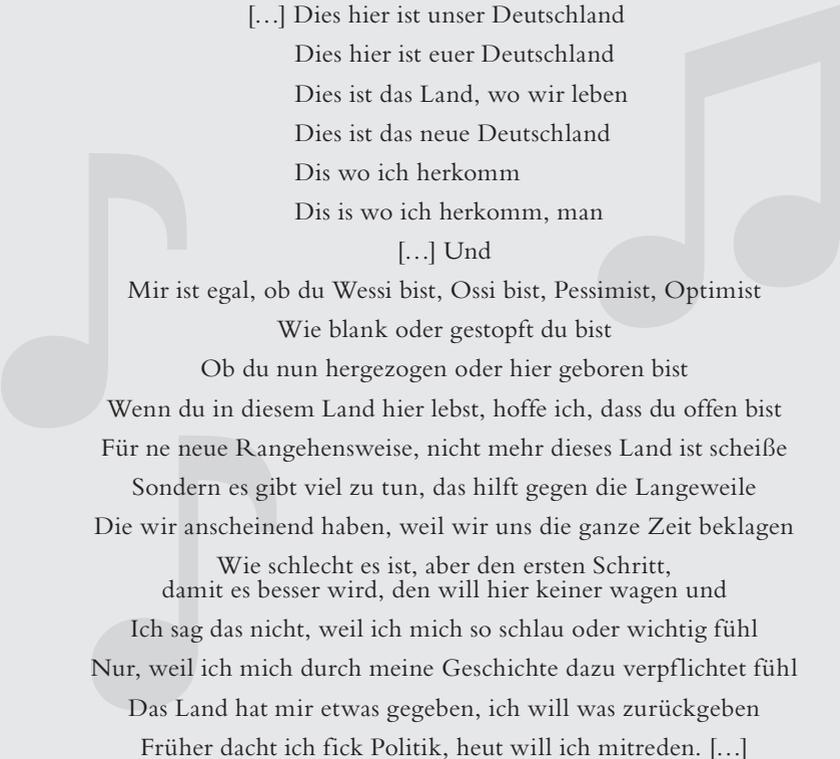


Immer mehr Kinder wachsen mehrsprachig auf oder haben Freundinnen und Freunde, die auch andere Sprachen sprechen. Das Kinderbuch »Sinan und Felix: Mein Freund – Arkadaşım«, das 2014 im SchauHör Verlag erscheint, verfasste die Autorin Aygen-Sibel Çelik für ihren Neffen Sinan Felix und für alle Kinder, die türkische Wurzeln oder türkeistämmige Freunde haben.

Erinnerungskultur in Deutschland wird interkulturell: Im Herbst 2011 waren Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund aus dem Großraum Hamburg aufgerufen, sich an der Gestaltung einer Gedenkstätte am ehemaligen Hannoverischen Bahnhof in der Hamburger HafenCity zu beteiligen. Von dort aus wurden während der NS-Zeit Juden, Sinti und Roma in die Arbeits- und Vernichtungslager in Osteuropa deportiert.



»Dis Wo Ich Herkomm«



[...] Dies hier ist unser Deutschland
Dies hier ist euer Deutschland
Dies ist das Land, wo wir leben
Dies ist das neue Deutschland
Dis wo ich herkomm
Dis is wo ich herkomm, man
[...] Und
Mir ist egal, ob du Wessi bist, Ossi bist, Pessimist, Optimist
Wie blank oder gestopft du bist
Ob du nun hergezogen oder hier geboren bist
Wenn du in diesem Land hier lebst, hoffe ich, dass du offen bist
Für ne neue Rangehensweise, nicht mehr dieses Land ist scheiße
Sondern es gibt viel zu tun, das hilft gegen die Langeweile
Die wir anscheinend haben, weil wir uns die ganze Zeit beklagen
Wie schlecht es ist, aber den ersten Schritt,
damit es besser wird, den will hier keiner wagen und
Ich sag das nicht, weil ich mich so schlau oder wichtig fühl
Nur, weil ich mich durch meine Geschichte dazu verpflichtet fühl
Das Land hat mir etwas gegeben, ich will was zurückgeben
Früher dacht ich fick Politik, heut will ich mitreden. [...]

Aus dem Jahr 2009 stammt dieser Song
des Hamburger Rappers Samy Deluxe.

*Integration ist von gestern.
Partizipation ist die Zukunft.*

Kübra Gümüşay, in: Einfach mal machen:
Zahnräder, 21.4.2013, [www.ein-fremdwoerter-
buch.com/2013/04/einfach-mal-machen/](http://www.ein-fremdwoerter-
buch.com/2013/04/einfach-mal-machen/).

Gabriele Ohl: »Deutschland fehlt eine Willkommenskultur«

Gabriele Ohl, 1956 in Mönchengladbach geboren, hat 26 Jahre in der Türkei gelebt und unter anderem als Journalistin für die ARD gearbeitet. 2011 kommt sie nach Deutschland zurück, nach Bonn, wo sie in den 1980er-Jahren Islamwissenschaften studiert hat. Das Leben hierzulande sei sichtbar bunter, vielfältiger geworden, sagt Ohl. Aber wenn man genauer hinschaue, sei erstaunlich, wie wenig sich in den vergangenen Jahrzehnten in Sachen Integration getan habe. Die Vorurteile und Stereotype seien die gleichen wie vor 20 Jahren, wundert sie sich. Nur dass man damals noch nicht so viel über den Islam geredet habe.

Wer sich der Stadt Bonn im Internet nähert, zum Beispiel über die offizielle Website, findet dort, sofern der englischen Sprache mächtig, das Wort »Language« zum Anklicken. Die ehemalige Bundeshauptstadt präsentiert sich ihren Besuchern mit einem mehrsprachigen Profil. Zur Auswahl stehen Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und die deutsche Gebärdensprache. Kein Türkisch. Immerhin: 2009 begann die Stabsstelle Integration damit, ein mehrsprachiges Internetportal zu der Thematik »Integration und interkulturelles Leben in Bonn« zu erstellen. Anfang 2013 ist dieses Vorhaben zu schätzungsweise 50 Prozent realisiert: Angeboten werden die Sprachen Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Türkisch. Wobei ein Großteil der Inhalte zu diesem Zeitpunkt noch nicht in die jeweilige Sprache übersetzt wurde.

Seit einem guten Jahrzehnt präsentiert Deutschland sich offiziell als Einwanderungsland. Aber wie offen ist die Gesellschaft gegenüber anderen Sprachen und Kulturen geworden? Gabriele Ohl nimmt in ihrem Alltag unterschiedliche Signale wahr:

» Wenn ich mich an die 1980er-Jahre erinnere, ist augenfällig, wie bunt das Leben in Deutschland geworden ist – auf der Straße, in der Bahn, im Bus. Überall hört man viele verschiedene Sprachen. Die Vielfalt ist alltäglich geworden.

Im gastronomischen Bereich ist das ja schon lange so. Pizza, Gyros und Döner gab es damals schon an vielen Ecken zu kaufen. Die Italiener waren schnell auch mit Restaurants in der Innenstadt vertreten. Erst waren es die einfachen Pizzerien, wo die bürgerliche deutsche Familie auch mal unter der Woche hinging. Dann kam der »feine Italiener«. Die griechische Küche ist ebenfalls etabliert.

Neu ist, dass nun langsam auch die türkischen Unternehmer aus der Imbiss-ecke herauskommen. Anfangs machten sie Döner-Buden auf – mit einem Döner, den ich niemals essen würde, weil er nicht schmeckt für jemanden, der einmal einen Döner in der Türkei gegessen hat. Aber so langsam werden auch die besseren Gerichte angeboten, in teilweise richtig teuren Restaurants. Endlich lernen die Deutschen, dass die Küche der Türkei nicht nur aus Kebap besteht! Noch kaum jemand kennt *meze*, die wunderbaren türkischen Vorspeisen. Antipasti und Tapas hingegen klingt chic und verkauft sich gut. Essgewohnheiten sind etwas, was sich sehr langsam ändert. Vielleicht tut sich aber gerade etwas: In der Tiefkühltheke im Supermarkt habe ich neulich eine »Pizza Turkish Lahmacun Style« von Dr. Oetker gesehen. Offensichtlich glaubt der Hersteller, der ja seinen Umsatz steigern möchte, dass er mit dieser Pizza inzwischen den Geschmacksnerv einer breiten Käuferschicht treffen kann. Auch wenn ich mich frage, warum das in Englisch auf der Packung stehen muss. «

Anders als die türkische Küche ist die türkische Sprache noch nicht im deutschen Alltag angekommen. So werden etwa türkische Namen hierzulande von deutschen Muttersprachlern stur nach den Ausspracheregeln des Deutschen ausgesprochen. Ein Beispiel ist das »z« in Namen wie Özdemir, das im Türkischen als stimmhaftes »s« ausgesprochen wird, und nicht wie ein »tz«, wie es deutsche Muttersprachler in der Regel tun.

Auch der 14-jährige Sohn von Gabriele Ohl, der in der Türkei zweisprachig aufgewachsen ist, wundert sich, dass an seiner neuen Schule in Bonn die türkischen Namen seiner Mitschüler von den Lehrkräften »so merkwürdig« ausgesprochen werden.

» Ruben versteht nicht, dass die Lehrer zu seiner Mitschülerin Gözde »Götzde« sagen. Es ist doch in der Tat bemerkenswert, dass die Lehrer es schlicht nicht hinbringen, diesen Namen korrekt auszusprechen, mit einem stimmhaften s-Laut. Nach all den Jahren! Und es ist andererseits schade, dass die Kinder

selbst, wahrscheinlich wie ihre Eltern, offenbar müde geworden sind, auf die richtige Aussprache hinzuweisen.

Ich habe 26 Jahre lang in der Türkei immer wieder gesagt: ›Ich heiße Gabriele.‹ Für türkische Muttersprachler ist das wahrlich nicht einfach auszusprechen. Aber das ist nun mal mein Name. Als Eselsbrücke habe ich den türkischen Namen für den Erzengel Gabriel dazu genannt: Cebrail. Das wurde angenommen.

Ich denke, es ist bezeichnend für unsere Gesellschaft, besser gesagt, ein Armutszeugnis, dass hierzulande so wenig Aufgeschlossenheit gegenüber dem Türkischen besteht und kaum ein deutscher Muttersprachler diese Sprache spricht. Auf Italienisch und Spanisch können die meisten wenigstens ›Guten Tag‹ oder ›Danke‹ und ›Bitte‹ sagen. Wer kennt die türkischen Vokabeln dafür? ‹‹

Das könnte sich bald ändern. Denn im Januar 2013 titelte die Bild-Zeitung: »Deutschland lernt Türkisch!« Es gebe einen neuen Trend. Elke Roessler, Leiterin des Sprachenzentrums der Berliner Humboldt-Universität, erklärte gegenüber dem Hamburger Blatt, das Interesse von deutschen Muttersprachlern, Türkisch zu lernen, sei so groß wie noch nie. Die Leiterin des Sprachenzentrums der Freien Universität Berlin, Ruth Tobias, berichtet im gleichen Zusammenhang: »Junge Menschen ohne türkischen Hintergrund bringen – anders als noch vor ein paar Jahren – [...] aus ihrem Umfeld erste Kenntnisse der Sprache mit.« Floskeln und Redewendungen sowie kurze Alltagskonversation würden längst im Alltag umgesetzt. Ein Berliner Phänomen?

Gabriele Ohl begann im Rahmen ihres Studiums der Islamwissenschaften in Bonn, Türkisch zu lernen. Mit ihrem Lebensgefährten spricht sie Türkisch, mit ihrem Sohn Deutsch. Nur manchmal wechseln auch sie ins Türkische. Vielleicht, um für einen Moment die andere Heimat ein Stück näher zu holen. In der Öffentlichkeit ruft das oft Befremden hervor.

›› Wenn ich mit meinem Sohn irgendwo in einem Café sitze und wir uns auf Türkisch unterhalten, werden wir manchmal von Leuten angesprochen, die uns fragen, welche Sprache wir sprechen. ›Die nach dem Deutschen zweithäufigste Sprache in diesem Land‹, antworte ich dann. ›Türkisch!‹ Darauf wissen die Leute meist nichts zu sagen. Ich bin sicher, die Reaktionen würden anders ausfallen, wenn ich sagte: ›Wir sprechen Französisch.‹ Ganz unabhängig davon, dass die meisten Leute die französische Sprache zumindest am Klang erkennen würden. Auch das Italienische oder Spanische erkennen die meisten an bestimmten ›Signalwörtern‹, einzelnen Vokabeln, die man schon

mal gehört hat. Mit dem türkischen *tamam* [okay – d.Red.] oder den typischen Endungen wie *-iyorum*, *-iyorlar*, die jeder in Deutschland fast zwangsläufig schon tausendmal in der Bahn oder auf der Straße gehört hat, kann offenbar niemand etwas anfangen.

Schlimm finde ich das eigentlich nur, weil einerseits so viel über »die Türken« gesprochen wird, dann aber das Interesse nicht so weit reicht, sich mit der türkischen Sprache wenigstens etwas zu beschäftigen. In meiner Arbeit habe ich in den letzten Jahren festgestellt, dass in Deutschland das Interesse an Themen aus der Türkei gewachsen ist. Auch wenn sich das natürlich häufig an Skandale und Streitthemen heftet. Aber gleichzeitig wissen die Leute hierzulande immer noch so erschreckend wenig über die türkische Kultur, die Deutschtürken, die hier leben, und das Land, aus dem ihre Vorfahren irgendwann mal kamen.

An den Vorurteilen und Stereotypen hat sich seit 1985, als ich Deutschland verlassen habe, wenig geändert. So werden nach wie vor bestimmte Stereotype als türkisch wahrgenommen: Häkelkappchen und Kopftuch. Dabei gehören immer mehr Türkeistämmige zum deutschen Mittelstand, viele machen sogar herausragende wissenschaftliche und unternehmerische Karrieren. Die Medien haben viel und ausführlich über Erfolgskarrieren von Migranten berichtet. Aber das verändert das in den Köpfen vorherrschende Bild nicht, das wird nicht mitgedacht. Die Ressentiments von Deutschen gegenüber Türken sind immer noch enorm. »Der Türke« gilt als bildungsfern bis kriminell, rückständig – und potenziell islamistisch. «

Durch die Anschläge von Fanatikern, die sich selbst als Muslime bezeichneten, in den USA 2001 wurde der Islam zu einem großen Thema in der westlichen Welt, auch in Deutschland. Aus dem Dunstkreis des Radikalen und Kriminellen kam er in den Augen vieler Nichtmuslime bis heute nicht heraus. Die Religion habe, befeuert einerseits durch die Ereignisse vom 11. September und andererseits durch die Regierungsübernahme einer religiös-konservativ geprägten Partei in der Türkei, auch eine zunehmende Rolle in der Berichterstattung aus dem Land gespielt, erklärt Gabriele Ohl. Der Kopftuchstreit an den türkischen Universitäten oder die Präsenz von Kopftuchträgerinnen in den Schickeria-Vierteln Istanbuls seien nur einige der Themen gewesen. Dabei habe auch immer die diffuse Angst eine Rolle gespielt, die Türkei könne ins »islamische Lager« abdriften. Dabei sei die Türkei ein säkularer Staat. Weil die Berichterstattung aber häufig auf religiöse Fragen ziele, weil meist Moscheen und Frauen mit Kopftuch ins Bild gerückt würden – auch wenn es um Türkeistämmige in Deutschland geht –, existiere hierzulande eine verzerrte Vorstellung von der Türkei und

den Menschen aus diesem Land. Obwohl jeder über den Islam spreche, die Zeitungen voll davon seien, sei die Unwissenheit darüber in der deutschen Gesellschaft »ungeheuerlich«, findet Ohl. Sie erkennt in Deutschland zwar eine vielleicht gewachsene Akzeptanz von Vielfältigkeit und Multikulturalität, doch die Haltung gegenüber dem Islam sei »haarsträubend«. Was ihrer Meinung nach auch am »unvorsichtigen« Umgang der Medien mit den Begrifflichkeiten liege.

» Im Dezember 2012 wurde über einen verhinderten Bomben-Anschlag auf dem Bonner Hauptbahnhof berichtet. Man vermutete einen »islamistischen Hintergrund«. Gleichzeitig waren jeden Tag Berichte über das Verfassungsreferendum in Ägypten zu hören, in denen es hieß, es handele sich um eine »islamistische« Verfassung. Das ruft doch merkwürdige Assoziationen hervor, wenn in beiden Fällen der gleiche Begriff benutzt wird! Islamistisch – das ist in den Köpfen vieler Menschen »der mit der Bombe«. Also terroristisch. Wenn dasselbe Wort für Einflüsse in der ägyptischen Verfassung gebraucht wird – in einem Verfassungsentwurf, den natürlich die wenigsten gelesen haben –, kann das zu fatalen Missverständnissen führen. Warum sagt man nicht präziser: »Die Verfassung ist konservativ-islamisch geprägt? Oder, um eine christliche Begrifflichkeit zu übernehmen, »islamisch-orthodox«? Mit den Begriffen wird so unverantwortlich umgegangen. Das stigmatisiert diesen Glauben.

Die Medien haben in meinen Augen einen großen Anteil an dieser Entwicklung, bei der der Islam von vielen mehr oder weniger bewusst als Gefahrenquelle eingestuft wird. Nach dem Motto »Only bad news is good news« wird über diejenigen berichtet, die irgendwie auffällig werden, nicht über eine friedfertige Gruppe von Muslimen. Dabei wäre das mindestens ebenso interessant und notwendig in diesem Land, um die Kluft zu überwinden – und um die Unwissenheit der meisten Deutschen über den Islam zu beseitigen. Man liest nicht, dass 93 Prozent der muslimischen Mädchen am Schwimmunterricht teilnehmen, sondern die Medien berichten über eine einzelne Schülerin, deren Eltern sich weigern, ihre Tochter am Schwimmen oder an der Klassenfahrt teilnehmen zu lassen. Daraus wird dann ein Bild konstruiert – ein allgemeiner Unwille, sich zu integrieren. Wir sind eine Gesellschaft, die stark im Fluss ist, die sich stark verändert. Damit setzen wir uns aber nicht wirklich auseinander. «

Bereits 1979 hatte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, gefordert, die Integration in den Vordergrund des politischen Handelns zu stellen. Tatsächlich geriet jedoch das so genannte Kühn-Memorandum lange in politische Vergessenheit. Gabriele Ohl spricht von einem Stillstand, in den erst seit Beginn dieses Jahrtausends etwas Bewe-

gung gekommen sei. Heute gibt es – anders als vor 20, 30 Jahren – in allen deutschen Städten und Gemeinden Integrationsbeauftragte, im Bundeskanzleramt sogar eine Staatsministerin für Integration. Die Integration der Einwanderer, »was auch immer das bedeuten mag«, so Ohl, müsste also enorme Fortschritte gemacht haben.

» Wenn ich mir überlege, dass wir damals, in den 1980er-Jahren, schon darüber gesprochen haben, dass die Kinder der Einwanderer Unterstützung in der Schule brauchen, um eine gute Ausbildung erlangen zu können. Wie wichtig es ist, dass sie die deutsche Sprache lernen. Dass es Begegnungen zwischen den Kulturen geben sollte. Dann ist doch verwunderlich, dass wir uns offenbar bis heute fremd geblieben sind. So fremd, dass Leute wie Thilo Sarrazin hergehen und bestimmte Menschen in unserem Land aufgrund ihrer ethnischen Herkunft verunglimpfen können. Und als wäre das nicht schlimm genug, erhält ein Herr Sarrazin auch noch Zustimmung aus der Bevölkerung! Von Menschen, die den Vorwurf des Rassismus sicher weit von sich weisen würden. Da verschlägt es mir die Sprache.

Wenn ich lese, dass nun islamischer Religionsunterricht an einzelnen Schulen eingeführt und das als innovative Idee gefeiert wird, kann ich nur stauen. Ich kenne Leute, die schon in den 1980er-Jahren immer wieder Anträge geschrieben haben, dass das eingeführt werden soll. Aber das war der deutschen Politik offenbar nicht wichtig. Heute würden viele Politiker vielleicht nicht ausschließen, dass der radikale Islam weniger Zulauf hätte, wenn an den Schulen darüber aufgeklärt würde. Das ist alles von der Politik sehr spät erkannt worden. Obwohl es schon damals kluge Menschen gab, die sich Gedanken darüber gemacht haben und Einschätzungen abgegeben haben. «

Wer wie die Journalistin Gabriele Ohl die deutsch-türkischen Verhältnisse seit vielen Jahren mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet, kann den Eindruck gewinnen, dass das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, mit allen unvermeidlichen Hürden und Missverständnissen, in Deutschland Normalität geworden sei. Nicht zuletzt weil Menschen nicht-deutscher Herkunft ganz selbstverständlich in den Lieblingsfernsehserien der Deutschen auftauchen (»Tatort«, »Marienhof«, »Der Dicke«). Weil sie als deutsche Wissenschaftler/-innen und Künstler/-innen mit Preisen geehrt werden. Weil sie im deutschen Fußballnationalteam spielen. Bei genauem Hinsehen fällt jedoch auf, dass viele Menschen in Deutschland offenbar eine andere Normalität erleben und ein anderes Verständnis von ihrer nationalen Identität haben.

» Den Bundestagswahlkampf 2005 habe ich nur aus der Ferne beobachten können. Aber ich war erschüttert zu sehen, dass es in Deutschland möglich war, die EU-Kandidatur der Türkei wahlkampftechnisch auszuschlachten. Wie kann das sein, wenn eine derartig große Bevölkerungsgruppe mit türkischen Wurzeln hierzulande lebt, die Nachkommen auch hier geboren und inzwischen deutsche Staatsbürger sind? Wie kann man trotzdem die EU-Mitgliedschaft zu einem emotionalen Wahlkampfthema machen und eine antitürkische Stimmung schüren? Das ist doch ein Affront gegen die Menschen, die hier zu Hause sind! Das fand ich sehr traurig. Diesen billigen Populismus gibt es immer noch, siehe Sarrazin.

Die Fleischöpfe sind mittlerweile wieder kleiner geworden, dadurch wird es sicher wieder schwieriger. Sogar die ganz platten Argumente wie ›Die nehmen uns unsere Arbeit weg‹ schimmern gelegentlich durch. Diese unsäglichen Neid-Debatten! Selbst in den gebildeteren Schichten werden sie geführt. Da gilt zwar: Man ist nicht rassistisch, nicht fremdenfeindlich und nicht intolerant. Aber der Islam ist den meisten nicht geheuer. Obwohl – oder weil – selbst die Gebildeten sich meist nie richtig damit beschäftigt haben. Liegt darin aber nicht auch eine gewisse gesellschaftliche Verantwortung, die wir alle haben? Dass wir uns über ein Thema informieren, das in der Öffentlichkeit so breit und kontrovers diskutiert wird; über eine Religion, der rund drei Millionen Menschen in unserem Land angehören?

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Migranten und ihren hier geborenen Töchtern, Söhnen und Enkeln findet kaum statt. Im Vergleich zu den 1980er-Jahren würde ich sogar sagen: Das Interesse des Einzelnen an den anderen Mitgliedern der Gesellschaft ist zurückgegangen; ein Verantwortungsgefühl, das man möglicherweise in Bezug auf die Probleme seines Nachbarn haben sollte. Vielleicht ist das eine Folge unseres Wohlfahrtsstaates, der viel Verantwortung übernimmt und an den ein großes Stück Verantwortung abgegeben wird. Die Menschen sind stärker auf ihr eigenes kleines Umfeld konzentriert und haben ein ziemliches Desinteresse an dem, was sonst noch draußen passiert. «

So löst es in Deutschland nach wie vor Erstaunen aus, dass jemand mit türkischem Namen oder südländischem Aussehen akzentfrei Deutsch spricht. Dabei ist das längst in den unterschiedlichsten Berufszweigen Normalität. Diese Menschen sind hier aufgewachsen, haben hier die Schule besucht, ihre Berufsausbildung absolviert, studiert.

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird eine gleiche berufliche Qualifikation dennoch nicht unbedingt gleich bewertet. So ergab eine Studie der Universität Konstanz aus dem Jahr 2010: Bewerber mit einem ausländi-

schen Namen haben, trotz gleicher Qualifikation, in Deutschland 14 Prozent schlechtere Chancen als diejenigen mit einem deutschen Namen. In kleineren Betrieben sind ihre Chancen sogar um 24 Prozent geringer. Der ethnische Hintergrund lässt sich offenbar nicht so leicht wegdenken, selbst da, wo es zum Beispiel um medizinische oder juristische Fachkenntnisse geht.

Umgekehrt würden Bewerber mit einem sogenannten Migrationshintergrund bessere Chancen als viele Deutsche haben, wenn interkulturelle Kompetenz oder Türkeikenntnisse gefragt sind, vermutet Gabriele Ohl.

» Ich sehe deutsch aus, wenn man das so sagen kann, ich habe einen deutschen Namen, spreche akzentfrei Deutsch. Ich habe aber auch mein halbes Leben in der Türkei verbracht, spreche fließend Türkisch. Wenn irgendwo eine Türkei- oder Islam-Expertin mit Türkischkenntnissen gesucht wird, lande ich jedoch garantiert hinter den Bewerbern mit türkischem Namen. Dabei haben die meisten Deutschtürken nie mehr als ihre Sommerferien in der Türkei verbracht. Einige sprechen zwar Türkisch, kennen aber natürlich nicht die aktuellen Entwicklungen und Gepflogenheiten. Sie kennen das Land vor allem aus den Erzählungen ihrer Eltern. Aber was hat das mit der heutigen Türkei zu tun?

In den Köpfen vieler Menschen hier bleibt man Deutscher oder Türke. Ich will gar nicht ausschließen, dass die Türkeistämmigen in unserem Land das genauso sehen. Aber da ist doch dann irgendetwas falsch, wenn sie zwar die deutsche Staatsangehörigkeit haben, in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, sich aber nicht als Deutsche fühlen – und von den Deutschen nicht als ganz normaler Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden. Das hat dann ja eine Geschichte, das ist über die Jahre gewachsen. «

Zur deutschen Identität gehörte lange, einer der großen Konfessionen anzugehören, katholisch oder evangelisch zu sein. Etwas anderes gab es kaum. Und diese Differenz zu überbrücken, war anstrengend genug. Eheschließungen zwischen Partnern unterschiedlicher Konfession sorgten in den 1960er-Jahren noch für gesellschaftliches Aufsehen. In einigen konservativen Regionen Deutschlands ist das bis heute der Fall. Und es gibt Banken, die ihre Dienste nur Angehörigen einer bestimmten Konfession anbieten, wohlgerneht einer christlichen. Gabriele Ohl hat entsprechende Erfahrungen in den 1980er-Jahren auch auf Vereinsebene gemacht:

» Ich erinnere mich, dass in dem Sportverein einer Bonner Kirchengemeinde – ich nenne jetzt bewusst keine Konfessionen – die Regelung galt,

dass man einen Mentor des Vereinsträgers brauchte, um als Angehöriger einer anderen christlichen Konfession dort aufgenommen zu werden. An Muslime war gar nicht zu denken. Das ist gerade mal 30 Jahre her. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, ob oder wann das abgeschafft wurde.

Deutschland fehlt eine Willkommenskultur. Dazu gehört in meinen Augen, dass es für möglich gehalten wird, dass man von den anderen Kulturen lernen kann. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass die Deutschen sich von der türkischen Flexibilität eine Scheibe abschneiden. Als ich kürzlich zum Arzt gehen wollte, gab man mir einen Termin zweieinhalb Monate später. Ja, was weiß denn ich, ob ich an jenem Donnerstag um 15 Uhr überhaupt noch lebe! Ich gebe zu, das ist ein Denken, das ich mir in der Türkei angeeignet habe. Weil ich dort in einer ganz anderen Ungewissheit, Unplanbarkeit gelebt habe. Andererseits lassen sich manche Dinge eben genau deshalb kurzfristig erledigen. Ich muss mich in Deutschland auch immer wieder daran erinnern, dass ich nicht einfach unangemeldet zu jemandem hingehere, sondern vorher anrufen muss. Manche würden vielleicht sagen, ich sei schlecht integriert.

Vor Kurzem habe ich eine Sendung über Friedhöfe in Deutschland gesehen. Darin kam ein Niederländer zu Wort, der sich königlich über die deutsche Friedhofsordnung amüsierte, wo alles rechteckig sein muss und in einer bestimmten Richtung angelegt und vorgeschrieben ist, wie der Grabstein aussehen darf. Wenn ich nun aber muslimische Gräber in den Friedhof integrieren soll, die vielleicht diagonal zu den restlichen Gräbern angelegt wären, weil sie nun mal in eine bestimmte Richtung zeigen sollen, wird es schwierig. Wie kleinkariert und engstirnig das ist!

Es gibt in Deutschland manchmal einen zwanghaften Ordnungssinn und ein Bedürfnis nach Gleichheit, das wenig Platz lässt für andere. Vieles ist überreglementiert. Wie sollen sich die Migranten in solche Strukturen einbringen? Als unsichtbare Geister? ‹‹

Nadja Sponholz – Mein Kiez, meine Heimat, mein Traum

Nadja Sponholz wird 1977 in Berlin-Kreuzberg geboren. Mit ihrer Grundschulfreundin lernt sie Türkisch, feiert mit ihr die muslimischen Feste. Ganz selbstverständlich habe sich das ergeben. Dass die Deutschen sich mit anderen Kulturen so schwer tun, wundert sie. Doch sie habe aufgehört, sich darüber aufzuregen, sagt die heute 35-Jährige, die als Lehrerin in Berlin-Reinickendorf unterrichtet. Sie hat ihren eigenen Weg gefunden, damit umzugehen.

Kreuzberg war lange Zeit das Synonym für linksalternatives Leben, Multikulti und Krawall. Mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 war das Viertel zum Randbezirk geworden, in dem immer ein bisschen abseits der gesellschaftlichen Norm gelebt wurde. Die Politrock-Band Ton Steine Scherben sang hier 1972 »Keine Macht für Niemand«. Leer stehende Häuser wurden besetzt, und am 1. Mai gingen kaum irgendwo so viele Menschen auf die Straße – und Fensterscheiben zu Bruch – wie hier. In den Altbauten rund ums Schlesische Tor und die Oranienstraße herum wurden in den 1960er-Jahren die sogenannten Gastarbeiter untergebracht. Das sollte damals nur eine vorübergehende Lösung sein, denn die Häuser waren bereits dem Abriss geweiht. Kreuzberg war eine Welt für sich. Wer nicht in Kreuzberg lebte, hielt die Gegend für ein gefährliches Pflaster.

Heute gehört Friedrichshain-Kreuzberg zu den begehrtesten Bezirken der Hauptstadt. Selbst Hollywood-Regisseur Quentin Tarantino schlug während Dreharbeiten hier seine Zelte auf. Kein anderer Kiez ist jünger. Und nirgendwo sonst sind die Mieten in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie hier. »Little Istanbul«, Klein Istanbul, wie der Bezirk aufgrund der vielen Türkeistämmigen, die dort weiterhin wohnen, genannt wird, hat sich verändert. Aber eines ist geblieben: Die Bevölkerung ist multikulturell.

»Das ist das Beste an unserem Kiez, darum liebe ich ihn so sehr!«, sagt Nadja Sponholz, die seit ihrer Geburt 1977 in Kreuzberg lebt. Sie könnte diesen Satz auch auf Türkisch sagen. Denn aufgewachsen ist sie mit Nachbarn und Mitschülern, die sehr unterschiedliche kulturelle Hintergründe hatten. Ihre beste Freundin in der Grundschule war türkischer Herkunft. Mit ihr lernte sie auch die Sprache.

» Das hat sich ganz natürlich ergeben. Meine Freundin sprach mit ihren Eltern Türkisch, und ich hörte das ja auch sehr viel auf der Straße. Ein paar Wörter in der einen oder anderen Sprache hat, glaube ich, jeder von uns in der Schule aufgeschnappt. Für mich war das jedenfalls ganz normal.

Anfangs waren es nur ein paar kurze Sätze, die ich auf Türkisch sagen konnte. Vokabeln und Redewendungen, die meine Freundin häufig benutzte. Nach und nach wurde es mehr. «

Richtig gelernt hat Nadja Sponholz die türkische Sprache erst in der Türkei, wo sie als Teenager und später während des Studiums mehrere Wochen verbrachte. Aber der Grundstein dazu wurde in Kreuzberg gelegt.

Durch ihre Freundin erlebt Nadja schon als Kind, dass die Menschen, die ihr vertraut sind, auch eine andere Sprache sprechen, dass die Gerichte, die auf den Tisch kommen, andere Namen haben, dass an anderen Tagen andere Feste gefeiert werden. Ansonsten, sagt sie, sei in ihrer und der Familie ihrer Freundin eigentlich alles gleich gewesen.

» Was soll ich sagen, wir haben oft die Nachmittage zusammen verbracht. Es war eigentlich alles wie bei uns zu Hause. Wenn ich nach der Schule zu meiner Freundin ging, machten wir mit ihrer Mutter die Hausaufgaben. Es gab vielleicht etwas anderes zu essen. Aber das hat keiner so hochgehängt. Wenn Müllers anders kochen als Meiers spricht ja auch kein Mensch darüber.

An Weihnachten kam meine Freundin zu uns, an den muslimischen Feiertagen ging ich zu ihr nach Hause. Das war für mich ganz normal. Im Grunde haben wir das bis heute beibehalten, dass wir alle Feste zusammen feiern, obwohl meine Freundin mittlerweile in Istanbul lebt. Sie schreibt mir zu Nikolaus und zu Weihnachten, ich schreibe ihr zum Opferfest und zum Zuckerfest. «

Erst als sie in Berlin ihr Studium aufnimmt, stellt Nadja Sponholz fest, dass es doch etwas Besonderes war, mit verschiedenen Sprachen und Kulturen im engsten Umfeld aufwachsen zu können. Sie selbst empfindet es als Glück, diese Erfahrung gemacht zu haben.

» Ich habe ganz nebenbei etwas gelernt, das man heute als »interkulturelle Kompetenz« bezeichnet. Manche Leute besuchen teure Seminare, um sich das zu erarbeiten. Mir wurde es geschenkt. So gesehen fühle ich mich privilegiert.

Als ich an die Uni kam, war ich allerdings erst einmal irritiert: Sobald es irgendwo um Integrationsprobleme ging, wurde immer Kreuzberg als Negativ-Beispiel angeführt. Ich hatte vorher nie darüber nachgedacht, wie das von außen wahrgenommen wird. Offenbar hatten aber so ziemlich alle außer mir eine ziemlich furchtbare Vorstellung davon, wie es in unserem Kiez zugeht.

Einmal musste ich mir von jemandem anhören, dass mein Abitur weniger wert sei als das aus anderen Berliner Bezirken, weil ich es ja »nur« in Kreuzberg gemacht habe. Ich fand es unfair, wie über mein Leben, meine Herkunft gesprochen wurde. Als könnte das irgendwer beurteilen! Ich hatte eigentlich eine ganz glückliche Kindheit, dachte ich immer. «

Als Studentin kämpft Nadja Sponholz mit dem Gefühl, ihren Kiez, ihre Heimat, verteidigen zu müssen. Das sei immer wieder ein Thema gewesen. Für sie selbst, aber offensichtlich auch für die anderen. Schlagworte wie »Problembezirk« oder »Integrationsdefizite« seien an der Tagesordnung gewesen. Inzwischen sei sie gelassener geworden, was die unterschiedlichen Wahrnehmungen betrifft.

» In den ersten Jahren an der Uni habe ich versucht, Kreuzberg, meine Heimat, zu rechtfertigen. Immer wieder habe ich widersprochen und gesagt: »Das stimmt doch nicht, »Wir können doch auch ...« Es hat mich ganz schön viel Kraft gekostet, immer wieder gegen das einseitige Bild anzugehen. Inzwischen lasse ich das, ich möchte das gar nicht mehr diskutieren. Wenn Personen heute in meinem Umfeld etwas sagen, das mich stört, weil ich es rassistisch oder anderswie diskriminierend finde, mache ich sie darauf aufmerksam. Eher als Denkanstoß. Man macht sich ja leicht zum Affen, wenn man immer auf diese Dinge pocht. »Huch! So korrekt!« oder »So empfindlich!«, heißt es dann.

Es ist auch nicht jeder sprachlich dafür sensibilisiert, dass wir mit unterschiedlichen Kulturen zusammenleben. Dort, wo ich früher gearbeitet habe, sagte mal eine Kollegin: »...und dann haben wir gearbeitet wie die Kümmeltürken auf dem Basar. Ich konnte das gar nicht fassen! Auch wenn ich weiß, dass es solche Redewendungen gibt. Wie kann man das in der heutigen Zeit sagen, und dann auch noch in Kreuzberg! Als Lehrerin an einer Schule! «

Nadja Sponholz ist Anfang zwanzig, als sie feststellt, dass es anderen in ihrem Kiez genauso wie ihr ergeht. Zusammen mit zwei Freundinnen, die ebenfalls in Kreuzberg aufgewachsen sind, entwickelt sie eine Idee: »Wir

hatten den Eindruck, dass die meisten, die schlecht über Kreuzberg reden, das alles hier überhaupt nicht kennen. Das war der Auslöser dafür, dass wir gesagt haben: Dann zeigen wir es ihnen eben.«

»X-Berg-Tag« heißt das Projekt, das 2001 zustande kommt, und Nadja Sponholz kann nicht genau sagen, wie viele hundert Jugend- und Schülergruppen, Vereine und Betriebsgruppen sie und ihr Team in den vergangenen zwölf Jahren durch die Straßen ihres Viertels geführt haben. Zu jeder Tour gehört der Besuch einer Moschee und eines türkischen Männercafés. Während der Tour erzählen sie vom Alltag in Kreuzberg, die Geschichten der Einwanderung, heute und damals. »Und damit meine ich nicht nur die 1960er-Jahre, als die Gastarbeiter kamen«, sagt Nadja Sponholz. Die Einwanderungsgeschichte Kreuzbergs reicht über 300 Jahre zurück.



Nadja Sponholz bei einem Stadtspaziergang (»X-Berg-Tag«) durch ihren Kiez Berlin-Kreuzberg.

» Kreuzberg war schon immer ein von Einwanderung geprägter Bezirk. Auf unserer Tour gehen wir mit den Besuchern an historisch markanten Punkten vorbei. Viele sind überrascht, dass Kreuzberg mehr als soziale Probleme zu bieten hat. Wobei wir die natürlich auch nicht ausklammern: Wir gehen auch am »Kottic« vorbei, am Kottbusser Tor, wo sich die Drogenszene trifft. Vielleicht ist

es ganz interessant zu sehen, dass in der Szene nur wenige einen Migrationshintergrund haben. Aber das spielt eigentlich auch keine Rolle, weil wir nicht umgekehrt den Schluss daraus ziehen, dass die Migranten ›besser‹ seien als die Deutschen, oder so etwas. Das wäre ja Blödsinn.

Manche meinen, in Kreuzberg liefen mehr Frauen mit als ohne Kopftuch herum, die Männer immer einen Schritt voraus, die Frau mit schweren Einkaufstaschen hinterher. Da reicht es schon, einfach mal gemeinsam durch die Straßen zu gehen und genauer hinzuschauen. Und auch mal mit den Leuten, die anders aussehen, zu sprechen.

Gruppenleiter, die mit Jugendlichen eine Führung bei uns mitmachen, haben häufig genauso viele Vorurteile wie die Jugendlichen, nur eben andere. Die Jugendlichen haben häufig nicht so festgefahrene Meinungen. Ihr Kreuzberg-Bild ist auch von anderen Dingen geprägt. Sie verbinden die Gegend mit Berliner Rappern, die sie gerne hören.

Was mich immer erstaunt: Es kommen viele Klassen, in denen kaum Kinder mit Migrationshintergrund sind. Daran sehe ich: Das, was für mich Normalität ist, der Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, ist für sie keineswegs normaler Alltag. Man merkt auch immer noch: Je höher der Schulzweig, desto weniger Schüler mit Migrationshintergrund. Wobei diese Kategorisierung ja ohnehin schwierig ist. Viele leben ja schon in der dritten Generation hier. Doch das Gymnasium besuchen nach wie vor deutlich weniger ›Migrantenkinder‹ als andere Schulformen. Den Statistiken habe ich ja nie geglaubt, aber aus meiner Erfahrung heraus kann ich das auf jeden Fall bestätigen. ‹‹

Der X-Berg-Tag findet bis heute statt. Das Team besteht inzwischen aus sieben Leuten. Eine Sozialpädagogin ist dabei, eine Juristin, ein Betriebswirtschaftler. Zwei Mitarbeiter des Teams haben ›klassische‹ deutsche Namen; in den ersten Jahren war Nadja Sponholz noch die einzige ohne einen sogenannten Migrationshintergrund in der Familiengeschichte. Für die jungen Tourguides selbst war das kein Thema, für die Besuchergruppen teilweise schon – sie wollten die ›authentische Sicht‹ einer ›echten Migrantin‹ aus Kreuzberg.

›› Anfangs hat uns das irritiert, weil wir gesagt haben: Bei uns spielen Nationalitäten oder die ethnische Herkunft keine Rolle. Wenn solche Anfragen heute kommen, weisen wir darauf hin, dass Wünsche geäußert werden können, letztendlich aber derjenige Mitarbeiter die Tour übernimmt, der Zeit hat.

Weil wir uns bei den Führungen immer auch persönlich einbringen – das ist Teil des Konzepts –, macht es aber doch einen Unterschied, wer die Gruppe führt. So hatte ich häufig den Eindruck, dass ich auf die Probe gestellt wurde.

Vor allem die türkischen Jugendlichen haben genau hingeguckt, ob ich als Deutsche auch das Richtige über »ihre Community« erzähle. Und ich werde immer gefragt, wie es ist, mit einem türkischstämmigen Mann zusammen zu sein, oder wie es mit der türkischen Schwiegermutter läuft. Es werden vielleicht offener Fragen gestellt, auch Vorurteile geäußert. Vielleicht entsteht bei manchen so leichter das Gefühl einer Vertrautheit, die es erlaubt, diese Fragen zu stellen, ohne Gefahr zu laufen, jemanden zu verletzen, denn man spricht dann ja über »die anderen«. Bei meinen Kolleginnen, die einen kurdischen oder palästinensischen Hintergrund haben, ist das nicht so der Fall. ‹‹

Die Besuchergruppen wollen meist über Dinge sprechen, die gerade in den Medien Thema sind, oder über das, was sie selbst »mal gehört« haben. Klischeebilder wie die von der unterdrückten türkischen Frau und dem Macho-Mann, das Thema »Ehrenmord« und die Kopftuch-Frage seien immer Gegenstand bei den Führungen. Nadja Sponholz fällt bei den Touren oft eine große Unwissenheit bei den Besuchern auf. Es stört sie aber nur bei denen, die es besser wissen könnten.

›› Manchmal kommen Gruppen aus kleineren Städten oder Dörfern, in denen kaum Einwanderer leben. In den Klassen sitzen kaum Kinder mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Die Kinder speisen also ihr Wissen über sogenannte Menschen mit Migrationshintergrund aus den Medien, und das ist natürlich fatal. Sie kennen vielleicht »Döner«, aber das war's dann auch schon. Doch schlimmer finde ich es, wenn gestandene Leute, die in ihrem beruflichen Alltag regelmäßig mit Menschen unterschiedlicher ethnischer oder religiöser Herkunft zu tun haben, immer noch die gleichen Vorurteile haben. Oder wenn Leute eine oberflächliche Sicht auf die Dinge haben, auf das Zusammenleben in unserem Land, das ja ein Einwanderungsland ist. Leute, die gebildet sind, studiert haben, die gerne von ihren Reisen erzählen. Aber was haben diese Begegnungen bei ihnen bewirkt, was haben sie aus ihren Erfahrungen gemacht? Wahrscheinlich können wir unsere Spaziergänge durch Kreuzberg noch viele Jahre machen und immer die gleichen Geschichten erzählen, leider. ‹‹

Für sie selbst sei der X-Berg-Tag eine Gelegenheit zur Selbstreflexion geworden. »Ich möchte das jetzt nicht gerade therapeutisch nennen«, sagt Nadja Sponholz, »aber das Projekt hat mir schon sehr geholfen. Heute bin ich stolz darauf, dass ich Kreuzbergerin bin.« Die 35-Jährige unterrichtet heute an einer Schule in Berlin-Reinickendorf, an der Grenze zum Wedding. Viele ihrer Schüler/-innen sind mehrsprachig aufgewachsen, deren Familien irgendwann aus anderen Ländern nach Deutschland eingewandert.

Dass ihre Lehrerin Türkisch spricht, wissen nur wenige Schüler/-innen. »Ich hänge das nicht an die große Glocke«, sagt Nadja Sponholz. An der Schule werde schließlich Deutsch gesprochen. Aber ihre Türkischkenntnisse helfen ihr in vielerlei Hinsicht im Unterricht und auf dem Schulhof.

» Ich weiß einfach sehr genau, wie ich mit den Schülern umgehen muss. Ich habe vielleicht mehr Verständnis – auch weil ich weiß, wie es sich anfühlt, wenn man auf gewisse Vorurteile stößt. Oder wenn man die Sprache nicht perfekt beherrscht. Das habe ich ja selbst kennengelernt. Irgendwann ist man einfach müde und frustriert, wenn man nicht alles so sagen kann, wie man es möchte.

Ich finde es wichtig, dass wir an die Kinder und Jugendlichen glauben. Das ist auch etwas, was ich aus meiner eigenen Erfahrung mit in meinen Beruf gebracht habe. Ich hatte eine ganz tolle Geschichtslehrerin. Wegen ihr habe ich später auch Geschichte studiert. Das Besondere an ihr war, dass sie uns alle so genommen hat, wie wir waren, mit all unseren Macken und Problemen. Sie hat immer hinter uns gestanden. Wir waren keine einfache Klasse, aber sie hat immer an uns geglaubt. Wir waren ihre Schützlinge, auch wenn sie uns zwischendurch gründlich den Kopf gewaschen hat, wenn ich das so sagen darf. Davon bräuchte es, glaube ich, noch viele mehr.

Jedenfalls wollte ich immer so eine Lehrerin sein. Ich will an meine Schüler glauben, egal woher sie kommen und was sie machen. Und wenn sie Mist bauen, sage ich ihnen das auch sehr deutlich. Es kann schon sein, dass andere Kolleginnen und Kollegen mit mehr Hemmungen in Konflikte gehen – oder, schlimmer noch, von oben herab oder mit pädagogischen Konzepten im Kopf. Meine Schüler nehmen mich, glaube ich, als authentisch wahr. Sie fühlen sich ernst genommen.

In der Schule spreche ich natürlich Deutsch mit ihnen. Aber manchmal hilft es, wenn ich bestimmte Vokabeln benutze, die in ihrer Welt wichtig sind. Zum Beispiel verwende ich manchmal Begriffe wie »Sünde«. Dann gucken sie ganz erstaunt, weil sie das von ihren Lehrern nicht gewohnt sind. Manchmal sage ich auch *günah*, das türkische Wort für Sünde, denn die Vorstellung, die sie im Kopf haben, ist oft in der türkischen Sprache verankert. Ich muss das ja nicht alles gut finden, aber ich will die Kinder da abholen, wo sie sind. «

Mit Anfang dreißig stellt Nadja Sponholz etwas verwundert fest, dass in ihrem Freundeskreis fast nur noch »Herkunftsdeutsche« sind. Bis auf die Freundschaften, die schon viele Jahre zurückreichen. Der Bruch sei mit dem Einstieg ins Berufsleben gekommen.

» In meiner Schule hatte etwa die Hälfte der Schüler einen Migrationshintergrund. Das hat lange Zeit aber überhaupt keine Rolle gespielt. Man ist zu dem einen Kindergeburtstag gegangen und zu dem anderen. Getrennt hat sich das zum ersten Mal, als wir etwas älter wurden, in der Pubertät, wo auch schon mal Alkohol getrunken wurde. Da sind dann manche nicht mehr mitgekommen. Vor allem die Mädchen. Das spielt aber eben in dem Alter eine große Rolle, wie man die Freizeit miteinander verbringt. Und natürlich, welchen Schulzweig man besucht.

Ein weiterer Bruch kommt später, wenn es etwa um die Wahl des Studienfachs geht. Ich glaube, es gibt sogar Statistiken, dass in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen Studierende mit Migrationshintergrund nicht sehr stark vertreten sind. Anders ist das in den typischen Vorzeige-Studienfächern wie Jura oder Medizin. Das hat wahrscheinlich etwas damit zu tun, dass Zuwanderer häufig mit dem Gefühl leben, um Anerkennung kämpfen zu müssen. Darum sind die Familien darauf aus, dass ihre Kinder etwas studieren, was hoch angesehen ist und womit sich viel Geld verdienen lässt.

An meiner Schule haben zwei von 31 Lehrkräften einen sogenannten Migrationshintergrund. Das hat natürlich Auswirkungen auf das Privatleben. Meinen »alten« Freunde haben meist einen anderen kulturellen Hintergrund, meine neuen Freunde, die ich übers Studium oder die Arbeit kennengelernt habe, tragen fast alle »klassische« deutsche Namen, ihre Familien leben anscheinend schon immer hier.

Ich merke, wie unterschiedlich die Lebenswelten sein können. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich die muslimischen Feiertage mitfeiere. Das kenne ich seit meiner Kindheit nicht anders, natürlich vor allem durch meine türkische Freundin. Heute bringe ich an diesen Tagen immer gerne Schokolade oder andere Kleinigkeiten mit in die Schule. Meine Kollegen fanden das anfangs komisch. Aber wir haben soundso viele Schüler, denen diese Feiertage etwas bedeuten. Da ist es doch gut, wenn ihre Lehrer zumindest darauf aufmerksam werden. «

Ihr Traum, sagt Nadja Sponholz, sei es, dass das Wort »Integration« endlich abgeschafft und stattdessen zusammengelebt würde.

Wir profitieren alle von der Vielfalt – Bildungspotenziale durch Zuwanderung

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen, heißt es im Deutschen. *Çok gezen mi çok bilir, çok yaşayan mı?* – Wer weiß mehr, einer, der viel reist, oder einer, der lange lebt?, fragt ein türkisches Sprichwort. Beide Kulturen kommen zu dem gleichen Schluss: Der Reisende, der in ferne Länder Wandernde ist im Vorteil. Er weiß mehr. Er kommt mit überwältigenden Eindrücken zurück und berichtet vor allem darüber, wie anders das Leben und die Menschen außerhalb unseres gewohnten Gesichtskreises sind.

Um etwas Neues zu sehen und zu bestaunen, müssen wir heute allerdings gar nicht erst in die weite Welt hinaus. Wir können uns auch erzählen lassen, wie es »draußen« ist; und zwar von denen, die von weit her zu uns gekommen sind und kommen.

Der Fremde: Freund oder Feind?

Ein Blick in die Kulturgeschichte enthüllt, dass von »dem Fremden« oder »dem Anderen« stets eine Ambivalenz ausging: Einerseits liegt darin eine Verlockung, der Aufbruch aus den eigenen belastenden Gewohnheiten und Alltagsroutinen. In diesem Sinne wird das Fremde als eine Bereicherung wahrgenommen, als Anregung, spannungserzeugend. Andererseits ist es aber auch Sinnbild von Bedrohung und Gefahr; potenziell ist der Fremde der Feind, der uns Angst macht. Das lateinische Wort *hostis*, das ins Deutsche übersetzt sowohl Gastfreund wie auch Feind bedeuten kann und von dem sich in der englischen Sprache die Ausdrücke *host* (Gastgeber) und *hostile* (feindselig) ableiten, verweisen auf sprachlicher Ebene auf diesen Zusammenhang.¹

Die Begegnung mit dem Fremden und dem Anderen gehört heute zu unserem Alltag; wir erleben im nahen Umfeld, wie sich das Aussehen, die Physiognomie der Städte und der sie bewohnenden Menschen, die Symbole im öffentlichen Raum verändert haben und immer noch verändern. Vielleicht ärgern wir uns manchmal, dass das so ist, weil es unseren gewohnten Alltag durchbricht, uns zurückwirft und an einer Erfahrung teilhaben lässt, die für die Anderen, neu Hinzugekommenen viel drastischer ausfällt: »Ich kenne mich in der Welt nicht aus.« Die Lebenswelt ändert sich schneller, als es uns lieb ist, und wir haben den Eindruck, mit dieser Beschleunigung des Wandels mental nicht mehr mitzukommen.

Gleichzeitig ist Mobilität in der Moderne ein durchweg positiv besetzter Begriff.² Wir alle müssen mobil sein, beweglich. Wer sich nicht bewegt, immobil ist, nur an einem Ort verharrt, dem versperren sich viele Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Er erfährt nicht, wie das Leben auch anders sein könnte, er weiß nicht, was ihm andere Orte und Menschen bieten könnten. Wenn wir das Leben von diesem Winkel aus betrachten, stellen Migranten, Zugewanderte also eine äußerst mobile und mutige Population dar.

Globalität des Alltags

In Deutschland haben die Zugewanderten mentale Spuren hinterlassen, die Identität der deutschen Gesellschaft verändert. Was meinen wir, wenn wir von unserer Kultur, von »deutscher Kultur« sprechen? Eine solche quasi spontane, impulsive Gleichsetzung von Nation und Kultur geht im Alltag nicht mehr ganz auf. Dafür genügt ein Spaziergang durch deutsche Innenstädte: Der Asia-Imbiss, die Pizzeria, die Döner-Bude und der Gyros-Stand sind dabei nur gastronomisch-kulinarische Beispiele. Auch der Vergleich der deutschen Fußballnationalmannschaften der 1980er- und 1990er-Jahre mit der gegenwärtigen Nationalelf zeigt eindeutig: Wir, die Deutschen, sind bunt und vielfältig. Neue und andere Götter bevölkern unseren Himmel. Wir werden immer häufiger mit neuen Formen der Gläubigkeit konfrontiert, die uns zugleich das Bewusstsein für die eigene Religion sowie den bei uns manchmal schon verloren geglaubten Stellenwert des Sakralen im Leben verdeutlichen. Dies zeigt: Kultur ist nichts Gegebenes, sondern bedeutet eine immer wieder von Menschen hergestellte und aufrechterhaltene Praxis. Sie stellt eine gelebte Austauschbeziehung dar, die sich mit der Zeit ändert.

Zuwanderer werden nicht als »Fremde« geboren, Fremdheit ist keine natürliche Eigenschaft, die ihnen an der Stirn haftet, sondern vielmehr die

Definition einer Beziehung aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft. Aus der Sicht der meisten Deutschen sind die Einwanderer der vergangenen 50 Jahre, vor allem die aus der Türkei, und hier vor allem die muslimischen, bis heute Fremde. Zumindest ist ein gewisses Maß an kultureller Distanz zwischen Einheimischen und den neuen Bürgern unübersehbar. Dabei lässt sich nicht leugnen, dass Minderheiten wichtige Beiträge zur kulturellen und sozialen Vielfalt leisten.

Soziale und kulturelle Diversität fördert unsere Kreativität

Psychologische Forschungen haben schon vor vielen Jahren erwiesen, dass bei Aufgaben, die eine hohe geistige Flexibilität erfordern, kreativere und ergiebigere Denkergebnisse zu erzielen sind, wenn die Sicht von Minderheiten berücksichtigt wird.³ Denn dort, wo eine demografische Vielfalt sowie unterschiedliche Meinungen und Perspektiven vorhanden sind und diese auch öffentlich kommuniziert werden, wird dem sogenannten Groupthink (Gruppendenken)-Phänomen eher vorgebeugt – einem Denken in starren Mustern, das meistens dann eintritt, wenn innerhalb einer Gruppe eine starke Kohäsion besteht. Dabei wird das Bestreben nach Übereinstimmung mit der Gruppe derart dominant, dass realistische Einschätzungen alternativer Perspektiven gehemmt werden.

Auch die frühen Experimente zum Konformismus von Solomon Asch (1956) haben gezeigt, dass die Existenz einer abweichenden Meinung deutlich die Wahrscheinlichkeit reduziert, sich einer Mehrheitsmeinung anzuschließen, wenn diese als falsch erkannt wird.⁴ Haben beispielsweise in einer Gruppe von acht Personen sieben dieselbe Meinung, so wird sich die achte Person schwertun, als Einzelperson eine andere Meinung zu vertreten. Gibt es in der Gruppe jedoch mehrere Personen mit einer anderen Meinung, und sei es auch in der Minderheit, so werden sie die – ihrer Auffassung nach richtige – Meinung eher vertreten. Mit anderen Worten: Die Heterogenität der Meinungen und Urteile erhöht die Objektivitätschancen.

So erhöht auch die Anwesenheit von »Fremden«, von Menschen mit anderen kulturellen und sozialen Bezügen, die Chance, dass sich auch in der Mehrheitskultur eine gewisse Multiperspektivität bildet, eine umfassendere Würdigung sozialer Tatsachen. Vor allem schützt diese Haltung die Mehrheit vor einem unkritischen, selbstgefälligen Vertrauen in die eigenen Meinungen und Einstellungen. Die Existenz der »Anderen«, der »Minderheiten«, spült gewissermaßen unseren eigenen mentalen Haushalt

durch. Die Erfahrungen sozialer und kultureller Diversität fördern unsere Kreativität.⁵ Und innovativ und kreativ zu sein, sind zentrale Imperative der Lebensführung des modernen Menschen.

Das »Anderere« verleiht uns geistige Flexibilität

Damit die Begegnung mit »dem Anderen« bereichernd wirkt, muss allerdings eine gewisse Bereitschaft bestehen, die eigenen Haltungen und Einstellungen zu verändern: Zu einem Abbau von Stereotypen und damit zu einer Bereicherung durch kulturelle Vielfalt kommt es, wenn »der Andere« als inkonsistent, als unvereinbar mit unserem vorherrschenden, stereotypen Bild wahrgenommen wird.⁶ Dann werden wir verunsichert, fühlen eine geistige Disharmonie. Ein Beispiel: Wir merken im Krankenhaus, dass der uns behandelnde Chefarzt aus dem Iran stammt; bis dahin hatten wir im Stillen angenommen, dass diese »komischen Leute aus dem Nahen Osten« bei uns nur Berufe und Tätigkeiten mit geringer Qualifikation ausfüllen. Unsere reale Erfahrung stimmt also nicht überein mit dem, was wir (angeblich) wissen. In solchen Momenten bricht ein Stück der verkrusteten Weltwahrnehmung auf. Ohne großes eigenes Zutun spüren wir, dass der »kulturell Andere« uns verändert.

Umgekehrt gilt: Sind wir beladen mit Vorurteilen und meiden den Kontakt mit dem »kulturell Anderen«, versperren wir uns die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu machen und andere Aspekte des Lebens kennenzulernen. Wir engen unseren persönlichen Weltausschnitt ein, fördern eingefahrene Gewohnheiten und routinierte Abläufe und blockieren dadurch einen kreativen Umgang mit der Lebenswelt.

Die multikulturelle Erfahrung erlaubt es uns aber, Alternativen zu den Routinen des Alltags zu sehen. Wer eine Sozialisierung in mehreren Kulturen erfahren hat, ist eher in der Lage, je nach Situation und Kontext, die eigene Perspektive zu wechseln und sich in andere Richtungen zu orientieren. Dass einige Deutschtürken beispielsweise in Deutschland den »technischen« und »kalten« Geist der Institutionen kritisieren, während sie im Türkei-Urlaub über die dortige Bürokratie, die Unfreundlichkeit und Ineffizienz der Behörden und Dienstleistungen klagen, ist nicht unbedingt ein Ausdruck von Doppelzüngigkeit, sondern ein zarter Versuch, für einen humanen und zugleich effizienten Umgang miteinander zu werben. Darin drückt sich geistige Flexibilität aus.

Kritische Distanz

Kritische Distanz und reflexives Verhalten gegenüber gesellschaftlichen Normen sind wichtige Aspekte in der Identitätsentwicklung eines Menschen. Zugewanderte befinden sich sehr oft in einer Position, in der sie sowohl zu eigenkulturellen wie zu mehrheitskulturellen Normen eine kritische Distanz entwickeln müssen. Sie müssen über die Differenz zum Anderen die eigene Identität wahren. Zugleich ist es für sie aber auch essenziell, sich um Partizipation zu bemühen und ein Stück weit das Fremde zu übernehmen. Gerade dadurch wird die Fähigkeit zur Rollendistanz potenziell stärker ausgebildet. In ihrem Alltag sind Zugewanderte oft mit Situationen konfrontiert, die keine eindeutigen Einteilungen in schwarz oder weiß, in gut oder böse erlauben, sondern, um es etwas sperrig auszudrücken, die eine gewisse Ambiguitätstoleranz erfordern, also ein Umgehen können mit der Mehrdeutigkeit sozialer Ereignisse und Situationen. Diese Ambiguitätstoleranz ist in der Moderne eine enorm wichtige psychische Ressource, denn wir alle müssen sehr häufig mit Uneindeutigkeit, mit Widersprüchlichkeit umgehen, um im Leben zu bestehen.

Die Bikulturalität der Minderheiten ist als ein potenzieller Schatz zu sehen, der sie befähigt, in vielen Traditionen zu Hause zu sein und ein flexibles Selbst zu entwickeln, das unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden kann. Doch ist das kein Vorrecht oder Alleinstellungsmerkmal der Minderheiten. Durch ihre Präsenz mögen uns Migranten mit ihrem Verhalten immer wieder irritieren, führen uns aber dabei auch vor Augen, dass Dinge anders gedeutet, Beziehungen anders gelebt und Probleme anders gelöst werden können. Wenn wir also wachen Blickes sind, zwingen sie uns geradezu die Ambiguitätstoleranz auf und fördern unsere Interkulturalität. Dies, als eine Erweiterung des Ichs verstanden, heißt also: Wir profitieren alle von der Vielfalt. Denn auch in der Position der Dominanz und Mehrheit müssen wir im Alltag lernen, mit Differenzen umzugehen, uns mit Neugier statt mit Angst auf Fremdes einzulassen.

Sind wir bikulturell sozialisiert, so haben wir einerseits Insiderwissen über beide kulturelle Kontexte, erfahren aber zugleich auch die Skepsis der einen Seite gegenüber der anderen am eigenen Leibe. Diese außergewöhnliche Position verhilft uns dazu, ein kompetenter Kritiker und Beurteiler der Mehrheits- wie der Minderheitsperspektive zu werden und möglicherweise aus einer ethischen Perspektive die Forderungen nach Gleichheit und Gleichbehandlung zu forcieren. Die Möglichkeit, auf Ressourcen und Netzwerke in beiden Kulturen zugreifen zu können und in diese eingebettet zu sein, mindert den alltäglichen Anpassungs-

stress und schützt den Einzelnen vor psychischen Erkrankungen, wie etwa einer Depression.⁷

Wirtschaftliche Potenziale

Migranten kommen häufig mit geringen Mitteln in die neue Heimat – und sehr oft mit hohen Aufstiegsaspirationen. Dass die ehemaligen Gastarbeiter und ihre Nachfahren in Deutschland von vielen als Problem betrachtet werden, wird immer wieder darauf zurückgeführt, dass viele mittellos und mit niedrigem Bildungsstand herkamen und damit potenziell die Sozialsysteme belaste(te)n. Mittlerweile machen zahlreiche türkeistämmige Unternehmer und Wissenschaftler hierzulande bemerkenswerte Karrieren. Doch auch das stößt auf Widerstände in der Mehrheitsgesellschaft. Denn damit stellen sie das klassische Unterschichtungsmodell der Migration infrage. Nun »mucken sie auf«, wollen auch an gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben, die bislang weitestgehend der erfolgreichen einheimischen Mittel- bzw. Oberschicht zugestanden wurden.⁸

Die Abwehr findet häufig in Form einer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt statt. Das hat einen hohen Preis: Betriebswirtschaftlich gesehen generiert Diskriminierung Folgekosten vor allem durch die Nichtaus-schöpfung von Human-Ressourcen sowie eine geringere Arbeitsmotivation, Konflikte bei der Arbeit, eine Zunahme von Abwesenheits- und Krankheitsquoten und höhere Fluktuationen. Auch kann eine diskriminierende Praxis verhindern, dass Arbeitsplätze mit dem jeweils qualifiziertesten Arbeitnehmer besetzt werden.

Die Konsequenzen sind unübersehbar – und teuer: Fachkräfte, zum Beispiel aus dem IT-Bereich, die international händierend gesucht werden, kommen nicht nach Deutschland. Sie gehen lieber in die USA oder nach Kanada. Auch zahlreiche Hochqualifizierte mit Migrationshintergrund, die ihre Ausbildung in Deutschland absolviert haben, wandern ebenfalls in die USA oder nach Kanada aus, weil der deutsche Arbeitsmarkt sich ihnen versperrt.

Deutschland macht sich unattraktiv, wenn es die Potenziale seiner unterschiedlichen Kulturen ignoriert. Das Image eines Landes wird beschädigt, wenn es mit einer abwehrenden Haltung gegenüber Fremden oder einer diskriminierenden Praxis aufgefallen ist. Vor allem für Großunternehmen mit multinationaler Personalzusammensetzung ist Fremdenfeindlichkeit ein Faktor, wenn es beispielsweise darum geht, sich für oder gegen einen Unternehmensstandort zu entscheiden. Offenheit und Tole-

ranz sind jedoch wichtige Standortfaktoren, wie die Untersuchungen des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Richard Florida deutlich gemacht haben. Floridas Studien belegen, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen Offenheit gegenüber ethnisch-kultureller Vielfalt und hohen Innovations- und Wachstumsraten gibt: Kreativität gedeiht viel eher in einem Klima der Offenheit, in dem unterschiedliche Sichtweisen, Fähigkeiten und Fertigkeiten wertgeschätzt werden.⁹

Es wäre jedoch eine enorme Verkürzung, die positive Wirkung des »Anderen« nur auf unseren Geist zu begrenzen. Der Andere stimuliert uns nicht nur zum Denken und Umdenken, sondern auch zum Fühlen, Erleben, Ärgern, Erzählen, Teilen und Mitteilen.

Natürliche Mehrsprachigkeit

Im Alltag mokieren wir uns manchmal darüber, dass Zugewanderte nicht permanent Deutsch sprechen. Vielleicht ärgern wir uns im Grunde aber nur, dass wir diese anderen Sprachen nicht verstehen, dass wir aus bestimmten Diskursen ausgegrenzt sind. Mehrsprachigkeit ist jedoch weltweit viel eher die Regel als Einsprachigkeit. Einsprachigkeit ist eine Fiktion, auch in Deutschland. Türkisch ist hierzulande nach der Amtssprache Deutsch mittlerweile die am meisten gesprochene Sprache. Wieder ein Potenzial, das wir nutzen könnten: Mit der Präsenz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte könnte unser Interesse an anderen Sprachen geweckt werden. Im Idealfall haben wir die Möglichkeit, in einem quasi natürlichen Setting, ohne Sprachschule, mehrsprachig zu leben. Das wäre nicht nur ein Gewinn für den Einzelnen, sondern könnte auch wirtschaftlichen Nutzen und kulturelle Bereicherung für die Gesellschaft insgesamt mit sich bringen.

Mehrsprachigkeit bedeutet mehr als nur die Fähigkeit, sich in verschiedenen Sprachen verständlich zu machen beziehungsweise diese zu beherrschen. Der Erwerb einer Fremdsprache geschieht in der Regel in einem kulturellen Umfeld – in Familie und Nachbarschaft, in Vereinen, und zwar im Kontakt mit Muttersprachlern – und ermöglicht es, sich mit den beteiligten Sprachgruppen zu identifizieren. Dabei sind die Chancen, die sich durch Zwei- oder Mehrsprachigkeit ergeben, nicht auf Wortschöpfungen begrenzt, die durch Code-Switching entstehen und eine offensichtliche Bereicherung unserer Sprachumwelt darstellen. Mit Mehrsprachigkeit gehen auch gut belegte kognitive Potenziale einher.

Eine Vielzahl von Studien zeigt, dass etwa bilinguale Menschen sowohl im Bereich der allgemeinen Intelligenz als auch in den kognitiven Stilen

und den metalinguistischen Fähigkeiten, also in der Fähigkeit, über Sprache nachdenken zu können, größere Potenziale zeigen als Menschen, die nur eine Sprache beherrschen.¹⁰

Von diesen zusätzlichen Potenzialen kann auch die Mehrheitsgesellschaft profitieren: auf dem Arbeitsmarkt, aber auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene.

Bedacht werden sollte andererseits, dass ein Desinteresse der Mehrheit an der Muttersprache Zugewanderter viel eher erwarten lässt, dass dies die Motivation der Zugewanderten, eine positive Einstellung zur Mehrheitskultur zu bilden und deren Sprache zu erwerben, eher mindert. Haben Menschen jedoch eine eher wohlwollend-ausgeglichene Haltung zu ihrer Muttersprache wie auch einer Zweitsprache gegenüber, so ist der Lernerfolg deutlich größer.¹¹ Das wiederum beflügelt die Möglichkeit und die Bereitschaft, auch miteinander ins Gespräch zu kommen und sich mit den jeweiligen Erfahrungen und Erkenntnissen zu bereichern.

Das Gute liegt in unserer globalisierten Welt also nah. Wir müssen ihm nur wie Reisende, wie in die Ferne Schweifende, offenen Auges begegnen. Warum sollten wir nicht alle von der sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt in unserem Land profitieren wollen?

Anmerkungen

- 1 Siehe C. F. Graumann, Die Erfahrung des Fremden: Lockung und Bedrohung, in: Amelie Mummendey/Bernd Simon (Hrsg.), Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften, Bern 1997, S. 39–62.
- 2 Siehe Hacı Halil Uslucan, Chancen von Migration und Akkulturation, in: Urs Fuhrer/Hacı Halil Uslucan (Hrsg.), Familie, Akkulturation & Erziehung, Stuttgart 2005, S. 226–242.
- 3 Siehe J. C. Nemeth, Beziehungen zwischen Majoritäten und Minoritäten: Der Wert der Vielfalt und abweichenden Meinungen, in: A. Mummendey/B. Simon (Anm. 1), S. 109–126.
- 4 Siehe Solomon E. Asch, Studies of Independence and Conformity: A Minority of One against a Unanimous Majority, in: Psychological Monographs, 70 (1956) 9, S. 1–70.
- 5 Siehe Richard J. Crisp/Rhiannon N. Turner, Cognitive Adaptation to the Experience of Social and Cultural Diversity, in: Psychological Bulletin, 137 (2011) 2, S. 242–266.
- 6 Ebd.

- 7 Siehe John W. Berry, Immigration, acculturation, and adaptation, in: *Applied Psychology: An International Review*, 46 (1997) 1, S. 5–68.
- 8 Siehe Ramazan Salman, Hintergründe gelungener Migration, in: Eckhardt Koch/Metin Özek/Wolfgang M. Pfeiffer (Hrsg.), *Psychologie und Pathologie der Migration. Deutsch-türkische Perspektiven*, Freiburg 1995, S. 90–100.
- 9 Siehe Richard Florida, *The Flight of the Creative Class. The New Global Competition for Talent*, New York 2005.
- 10 Siehe Colin Baker, *Foundations of Bilingual Education and Bilingualism*, Clevedon 1993; Ellen Bialystok, Levels of bilingualism and levels of linguistic awareness, in: *Developmental Psychology*, 24 (1988), S. 560–567.
- 11 Siehe Katharina Kuhs, *Sozialpsychologische Faktoren im Zweitspracherwerb: Eine Untersuchung bei griechischen Migrantenkindern in der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 1989.

Arbeitsmigranten waren und sind unentbehrlich für uns

Der Politikwissenschaftler und Journalist Karl-Heinz Meier-Braun ist überzeugt: Einwanderer haben den deutschen Arbeitsmarkt bereichert und ihm – zu unterschiedlichen Zeiten auf unterschiedliche Weise – neue Dynamik beschert. Von den »Gastarbeitern« habe die deutsche Wirtschaft, aber auch der »kleine Mann« profitiert. Heute sei die Zuwanderung junger Fachkräfte aus dem Ausland notwendig, um eine Entwicklung aufzuhalten, die mitunter als »Altersheim Deutschland« beschrieben wird.

Zwischen 1960 und 1970 gelang rund 2,3 Millionen Deutschen in einer Art Fahrstuhleffekt der Aufstieg von Arbeiter- in Angestelltenpositionen: weil die vielen ausländischen Arbeitskräfte, die zu jener Zeit ins Land geholt wurden, in der Hierarchie der deutschen Unternehmen ganz unten einstiegen. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums verringerte sich auch die Arbeitszeit der deutschen Arbeitnehmer, da auf einmal genug Personal da war, um die anfallende Arbeit zu leisten. Das wirtschaftliche Wachstum, das im Nachkriegsdeutschland der 1950er-Jahre eingesetzt hatte, schritt in den 1960er-Jahren ungebremst voran. Dieses sogenannte Wirtschaftswunder, ebenso wie der Aufbau der Sozialsysteme, wäre ohne die »Gastarbeiter« nicht möglich gewesen.

1971 war eine Situation eingetreten, der zufolge die Beiträge zur staatlichen Rentenversicherung deutlich hätten erhöht werden müssen – wenn nicht auch die ausländischen Arbeitnehmer Steuern gezahlt hätten, und zwar ohne in entsprechendem Umfang öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Den von den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in die Rentenversicherung eingezahlten Beträgen stand nur rund ein Zehntel an Leistungen gegenüber. Die Rentenversicherung wurde lange Zeit also weitgehend von den ausländischen Arbeitskräften geradezu

subventioniert. Das »Rentenloch«, damals schon beklagt, wäre ohne diese Beiträge nicht zu stopfen gewesen.

Dies waren einige der positiven Nebenwirkungen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland zwischen 1955, als das erste Anwerbeabkommen mit Italien geschlossen wurde, und 1973, als der Anwerbestopp verhängt wurde. Bundesarbeitsminister Theodor Blank stellte 1960 fest, dass es zur Ausländerbeschäftigung keine Alternative gab, weil trotz fortschreitender Rationalisierung und Mechanisierung der Produktionsverfahren in der Bundesrepublik weiterhin ein steigender Bedarf an Arbeitskräften zu erwarten war. Auf der anderen Seite verfügte der deutsche Arbeitsmarkt über keine Reserven mehr, unter anderem auch weil die Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge zurückging. Und der damalige Bundesarbeitsminister prognostizierte eine weitere Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials aufgrund der veränderten Altersstruktur, der verbesserten Altersversorgung und der vermehrten Einberufung zum Wehrdienst. Er veranlasste deshalb weitere Anwerbeabkommen nach dem Vorbild des Abkommens mit Italien: so 1960 mit Griechenland und Spanien, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit dem damaligen Jugoslawien.

Geradezu euphorisch wurden bereits 1962 erste Bilanzen gezogen, zum Beispiel von Helmuth Wheicken, Referent der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, zuständig für die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern: »Die türkischen Arbeitnehmer haben sich bei ihrer Arbeit in der Bundesrepublik durchaus bewährt. Die deutschen Arbeitgeber werden daher auch in Zukunft daran interessiert sein, Arbeitskräfte aus der Türkei vermittelt zu erhalten. Diese Entwicklung dürfte im allgemeinen deutsch-türkischen Interesse liegen, denn es darf erwartet werden, dass die Beschäftigung der türkischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik zu einer Vertiefung und Festigung der traditionellen deutsch-türkischen Beziehungen beiträgt. Für die Bundesrepublik bedeutet die Beschäftigung der türkischen Arbeitskräfte eine wertvolle Mithilfe zur Aufrechterhaltung des deutschen Produktionsniveaus.«¹

Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit von 1968 bis 1984, bezeichnete 1969 in der Süddeutschen Zeitung die Arbeit der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik als einen »nicht messbaren Gewinn«. Die Wachstumsrate könne nur erreicht werden, wenn weitere ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik kämen. »Auch zur Bewältigung des Rentenberges tragen sie bei, denn die Deutschen müssten sonst noch höhere Beiträge zahlen.«²

»Migration ist keine Bedrohung, sondern eine Chance für soziale Marktwirtschaften«

Zwischen 1955 und 1973 kamen 14 Millionen Arbeitsmigranten nach Deutschland. 11 Millionen kehrten nach getaner Arbeit wieder in ihr Heimatland zurück. Andere holten ihre Familien nach. Deutschland wurde zum Einwanderungsland. Dies wurde allerdings fast ein halbes Jahrhundert lang geleugnet. Der Schriftsteller Max Frisch machte schon 1965 auf einen fundamentalen »Denkfehler« der staatlichen Anwerbepolitik aufmerksam und brachte zu Papier, was, wenn auch verkürzt, zu einem geflügelten Wort werden sollte: »Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr: man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen. Sie fressen den Wohlstand nicht auf, im Gegenteil, sie sind für den Wohlstand unerlässlich.«³ Konsequenzen aus dieser Erkenntnis, beispielsweise in Richtung einer Integrationspolitik, wurden jedoch nicht gezogen.

Nach der sogenannten ersten Ölkrise 1973 wandelte sich die Haltung gegenüber den zuvor sehnlichst herbeigewünschten ausländischen Arbeitnehmern. Sie wurden nunmehr als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt gesehen. In vielen Betrieben in Deutschland wurde die Kurzarbeit eingeführt, eine große Zahl von Beschäftigten musste entlassen werden, zahlreiche Firmen meldeten Insolvenz an. Die Bundesrepublik verhängte am 23. November 1973 einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer. Bleiben durften diejenigen, die laufende Arbeitsverträge hatten. Und sie durften – laut Familiennachzugsregelung – ihre engsten Angehörigen nach Deutschland nachholen.

Heute bekennt sich Deutschland zu seiner Rolle als Einwanderungsland – und zumindest ein Großteil der Bevölkerung hat erkannt, dass Arbeitsmigranten jetzt und in der Zukunft unentbehrlich für das Wohlergehen unseres Landes sind, wie diverse Studien immer wieder belegen. So hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen festgestellt,⁴ dass die Zuwanderung in der Vergangenheit in wirtschaftlicher und gerade auch in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht positiv zu bewerten ist und einen erheblichen Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft darstellt. Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI), erklärt: »Migration ist keine Bedrohung, sondern eine Chance für soziale Marktwirtschaften.«⁵ Ohne ausländische Beschäftigte wären in Deutschland ganze Wirtschaftsbereiche nicht mehr funktionsfähig. In deutschen Krankenhäusern sind beispielweise im Durchschnitt fast 50 Prozent aller Beschäftigten – also Ärzte, Pflegekräfte und Hilfspersonal – ausländischer Herkunft.

Neues Unternehmertum

Die Wirtschaftskraft der Migranten hat in den vergangenen Jahren eine neue Kraft und Dynamik entwickelt. Von einer Migrantenökonomie ist sogar die Rede. Der Begriff lässt bereits vermuten, dass es sich hierbei um mehr als die Dönerbude oder die Pizzeria um die Ecke handelt. Wie das Institut für Mittelstandsforschung in Mannheim in einer Studie ermittelt hat, gründen Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig Unternehmen, nicht nur im Gastgewerbe oder im Handel, sondern zunehmend in modernen, wissensintensiven Branchen wie etwa dem Dienstleistungsbereich.⁶ In diesen Unternehmen entstehe zudem eine wachsende Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Vor allem im Südwesten Deutschlands sei diese Dynamik zu verzeichnen. In Baden-Württemberg haben fast 100 000 Unternehmerinnen und Unternehmer einen Migrationshintergrund.

Bundesweit hat die Zahl der Migranten, die den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt haben, im Jahre 2011 um 15 Prozent zugenommen. Mit anderen Worten: 184 000 Menschen mit Migrationshintergrund haben in diesem Zeitraum ein Unternehmen gegründet. »Sie geben wichtige Impulse für unsere Volkswirtschaft«, stellt eine Untersuchung der KfW-Bankengruppe fest.⁷ Viele Ausländer ohne anerkannten Berufsausbildungsabschluss hätten nicht in vergleichbarem Maße wie Deutsche von der guten Lage am Arbeitsmarkt profitiert: »Sie lassen sich aber nicht entmutigen, sondern nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand und wagen den Schritt in die Selbstständigkeit«, so die Studie.

Zuwanderung leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland. Dies belegt eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW).⁸ Nach dieser Studie tragen Zuwanderer mit einem qualifizierten Bildungsabschluss zum wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland bei: Den Ergebnissen der Studie zufolge beläuft sich allein der Wertschöpfungsbeitrag der seit 1999 zugewanderten MINT-Akademiker (aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) auf mindestens 13 Milliarden Euro pro Jahr.

»Wir benötigen in Zukunft auch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland. Wenn wir unser Wirtschaftswachstum halten wollen, unsere Wettbewerbsfähigkeit und insgesamt Beschäftigung und Wohlstand auf dem jetzigen Niveau bleiben sollen«, sagt Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Der Fachkräftemangel in Deutschland drohe zu »einer der größten Wachstumsbremsen« zu werden. Über 200 000 Ingenieure und Techniker fehlen bereits heute in deutschen Unternehmen. »Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen«,

so Hundt. Und er fügt hinzu: »Die Behauptung, dass eine Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes gegenüber Fachkräften aus dem Ausland zu mehr Beschäftigung von Inländern führt, ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall: Zuwanderung führt zu Dynamik.«⁹

Diese Aussagen werden von verschiedenen Studien untermauert, darunter eine Untersuchung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart.¹⁰ Allein in Baden-Württemberg fehlen danach rund 230 000 Fachkräfte. Gesucht werden häufig vergeblich vor allem Techniker, Fach- und Betriebswirte, Meister und Fachkaufleute. Den größten Mangel verzeichnet der Gesundheits- und Pflegebereich. Hier fehlen allein in Südwestdeutschland bereits 23 000 höher qualifizierte Fachkräfte wie Fachkrankenschwestern oder leitende Pflegefachkräfte. Alarmierende Zahlen, wenn man bedenkt, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen von zurzeit 2,2 Millionen bis zum Jahre 2050 bundesweit verdoppeln wird. Der Fachkräftemangel wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Nach Angaben der IHK Region Stuttgart wird dieser Mangel bis zu seinem nächsten Höhepunkt im Jahre 2021 allein in Baden-Württemberg auf 411 000 Fachkräfte ansteigen.¹¹

Pionierarbeit für Europa?

Inzwischen unternimmt Deutschland bereits Versuche, Fachkräfte aus Spanien oder Griechenland anzuwerben. In beiden Ländern ist eine hohe Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen. So wurden am Nikolaustag 2011 spanische Ingenieure nach Stuttgart eingeflogen. Dabei konnte man sich an die »Gastarbeiterzeit« mit ihren Empfangskomitees und Geschenken der 1960er-Jahre erinnern fühlen.

2012 vereinbarte Annette Schavan in ihrer Amtszeit als Bundesbildungsministerin mit ihrem spanischen Amtskollegen eine Kooperation in der beruflichen Bildung. Dabei sollen deutsche und spanische Unternehmen beim Aufbau einer am dualen System orientierten Ausbildung in Spanien zusammenarbeiten. »Wir wollen gemeinsam Lösungen entwickeln, um arbeitslosen Jugendlichen eine Perspektive zu geben. Wegen des Fachkräftemangels bei uns gibt es für spanische Jugendliche auch in Deutschland interessante Ausbildungsmöglichkeiten«, sagte Schavan.¹² Die Ministerin bezeichnete die deutsch-spanische Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit sogar als eine »Pionierarbeit für Europa«.

In der Tat kann Migration ein Gewinn für mehrere Seiten sein: für die Entsendeländer, die Aufnahmeländer und für die Arbeitsmigranten

selbst. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer »Triple-Win-Situation«. So war zum Beispiel die Einwanderung der türkischen Gastarbeiter zum großen Teil nicht nur eine Erfolgsgeschichte für die Arbeitsmigranten selbst, sondern auch für die Wirtschaft in Deutschland und für die Türkei. Die Zuwanderung nach Deutschland entlastete den Arbeitsmarkt in der Türkei, brachte vor allem Devisen in das Land, die innerhalb weniger Jahre zu einer der wichtigsten Einnahmequellen für die Türkei wurden. 1964 überwiesen die sogenannten Auslandstürken bereits umgerechnet 8 Millionen US-Dollar in ihre Heimat. Im Jahre 1973 waren es schon rund 1,2 Milliarden US-Dollar, wodurch das Außenhandelsdefizit der Türkei im selben Jahr zu 153 Prozent gedeckt werden konnte. Die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten sind heutzutage weltweit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Allein im Jahre 2010 überwiesen die Arbeitsmigranten weltweit umgerechnet 325 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer. Das entspricht in etwa dem Zweieinhalbfachen der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe, die 2010 gezahlt wurde.

Legenden der deutsch-türkischen Migrationsgeschichte

Was die türkische Einwanderungsgeschichte angeht, so hält sich in Deutschland die Legende, die meisten Migranten aus der Türkei seien Analphabeten gewesen. Das (Aus-)Bildungsniveau der über die Anwerbekommissionen angeworbenen türkischen Arbeitsmigranten war aber keineswegs so niedrig, wie oft angenommen wird. Die Historikerin Karin Hunn spricht in ihrer Untersuchung zur türkischen Arbeitsmigration¹³ sogar von einer »Auswandererelite«¹⁴. Die Qualifikation der türkischen Auswanderer lag über dem Durchschnitt in der Türkei: Verfügten nur 44 Prozent der Türken insgesamt über eine abgeschlossene Schulausbildung, so waren es bei den Arbeitsmigranten aus der Türkei 80 Prozent. Während 46 Prozent der Arbeitskräfte in der Türkei Analphabeten waren, betrug dieser Anteil bei den Türken, die nach Deutschland angeworben wurden, lediglich 5,6 Prozent. Unter den Auswanderern aus der Türkei besaßen 15 Prozent einen Berufsabschluss, fast 13 Prozent einen Mittelschulabschluss, 4,3 Prozent das Abitur und 0,8 Prozent einen (Fach-)Hochschulabschluss. Weitere 49 Prozent hatten immerhin die fünfjährige Grundschule in der Türkei besucht. Auffallend hoch war insgesamt der Anteil qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter den angeworbenen Arbeitskräften aus der Türkei, der rund 31 Prozent ausmachte. Dieser Anteil lag wesentlich höher als bei den Arbeitskräften aus Spanien (rund 8 Prozent), Grie-

chenland (etwa 9 Prozent), Portugal (22 Prozent) oder Italien (23 Prozent).¹⁵

Potenziale erkennen und anerkennen

Deutschland braucht in Zukunft Einwanderer, denn unsere Bevölkerung wird abnehmen und älter werden – dem müssen wir entgegensteuern. Die Daten und Fakten sprechen für sich: Aufgrund der sinkenden Geburtenrate droht Deutschland der Rückgang seiner Bevölkerung von rund 82 Millionen auf rund 75 Millionen bis zum Jahr 2050, also auf das Niveau von 1963! Die von Experten prognostizierten Einbrüche bei den Wohnimmobilien und auf dem Kapitalmarkt sind nur zwei der einschneidenden Folgen des Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung.

Sicher ist, dass durch Zuwanderung die Entwicklung zu einer immer älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung gar nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Man müsste praktisch nur noch Kinder einwandern lassen, was natürlich absurd ist. Zuwanderung ist also kein Allheilmittel gegen das »Altersheim Deutschland«, sie kann diesen Trend jedoch etwas abfedern und sollte in diesem Sinne eigentlich als Glücksfall begriffen werden. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass schon bald nicht mehr vier Erwerbstätige, sondern nur ein Berufstätiger einen Rentner sozusagen ernähren muss.

Dass sich die Zuwanderung auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland positiv ausgewirkt hat, zeigt der Rückblick auf das Jahr 2011. So war in dem Jahr die Einwohnerzahl Deutschlands zum ersten Mal seit zehn Jahren leicht angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr hatte die Bevölkerungszahl um 92 000 (+ 0,1 Prozent) zugenommen und war auf 81,8 Millionen Menschen angestiegen. Dies war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die erste, wenn auch nur leichte Zunahme der Bevölkerung seit 2002.¹⁶ Hauptursache für diese Entwicklung war die Zuwanderung im Jahr 2011, die einen deutlichen Anstieg verzeichnete.

Vor allem aber geht es auch darum, das Potenzial hier lebender Zuwanderer auszuschöpfen, insbesondere bei den jungen Menschen mit Migrationshintergrund. So bleiben immer noch 30 Prozent der jungen Migranten ohne Schul- und Berufsabschluss. Die Zahl der Schüler, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, ist bei den Schülern mit Migrationshintergrund sogar doppelt so hoch wie bei den herkunftsdeutschen Schülern. »Migranten weisen vielfältige Potenziale auf, die es noch stärker zu erkennen und zu nutzen gilt«, sagte Manfred Schmidt im Rahmen des Forschungs-

tages 2012 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dessen Präsident Schmidt ist.¹⁷ Lange Zeit blieben solche Möglichkeiten ungenutzt, weil die Hochschulabschlüsse, die Migrantinnen und Migranten in ihren jeweiligen Herkunftsländern erworben hatten, in Deutschland nicht anerkannt wurden. Mit dem »Anerkennungsgesetz«, das am 1. April 2012 in Kraft trat, wurde hier teilweise Abhilfe geschaffen. Fortan können Zuwanderer ihre Hochschul-Diplome überprüfen und anerkennen lassen. Dadurch könnte die deutsche Wirtschaft rund ein halbe Million qualifizierte Fachkräfte gewinnen.

Um ausländische Fachleute nach Deutschland zu holen, hatte die Bundesregierung bereits im Februar 2000 die sogenannte Greencard zur Deckung des Bedarfs an Fachkräften aus dem Bereich Informationstechnik (IT) eingeführt. Der Erfolg hielt sich in Grenzen: Bis zum Ende des Programms 2004 wurden rund 18000 Greencards erteilt; die mit der Maßnahme angepeilte Grenze von 20000 angeworbenen Fachkräften wurde nicht erreicht. Kein Wunder, denn Deutschland konkurriert auf dem internationalen Arbeitsmarkt mit klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Kanada, die bessere Bedingungen bieten.

2012 führte Deutschland schließlich die sogenannte Blaue Karte EU (EU Blue Card) ein, wobei es sich um nichts anderes als um die überfällige Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union handelte. Damit wurde die Zuwanderung von Fachkräften erheblich erleichtert. Weitere Reformen scheinen in diesem Bereich jedoch angesichts der gewaltigen Herausforderungen nötig zu sein, dazu gehört insbesondere der leichtere Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Fachkräfte mit einer Berufsausbildung, also nicht nur für Fachkräfte mit einem Hochschulabschluss.

Vor allem sollte aber auch die vielbeschworene Willkommenskultur entwickelt werden, die ein einwanderungsfreundliches Klima in Deutschland schafft, und trotz aller Probleme nicht vergessen werden, dass Zuwanderung unter dem Strich eine Erfolgsgeschichte war und ist.

Anmerkungen

1 Zit. nach: Karl-Heinz Meier-Braun, »Gastarbeiter« und Ausländerpolitik in Deutschland, in: Klaus Barwig u. a. (Hrsg.), Sozialer Schutz von Ausländern in Deutschland, Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht, Baden-Baden 1996, S. 31–46, S. 3.

2 Zit. nach: Süddeutsche Zeitung vom 28. November 1969.

- 3 Max Frisch in: ders., Gesammelte Werke in zeitlicher Folge, Band V, hrsg. von Hans Mayer unter Mitwirkung von Walter Schmitz, Frankfurt/Main 1976, S. 374.
- 4 Siehe dazu Karl-Heinz Meier-Braun, Deutschland, Einwanderungsland, Frankfurt/Main 2002, S. 166.
- 5 Siehe Thomas Straubhaar, Migration im 21. Jahrhundert. Von der Bedrohung zur Rettung sozialer Marktwirtschaften?, Tübingen 2002.
- 6 Siehe dazu die Studie »Bedeutung, Triebkräfte und Leistungen von Migrantenunternehmen in Baden-Württemberg« des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm) der Universität Mannheim vom März 2012.
- 7 Zit. nach: dpa-Mitteilung vom 4. Juli 2012.
- 8 Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW), Pressemitteilung vom 5. Juli 2012.
- 9 Dieter Hundt in einem Rundfunkinterview mit der Deutschen Welle am 18. Mai 2012.
- 10 Siehe dazu Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart, Pressemitteilung vom 29. März 2012.
- 11 Ebd.
- 12 In: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (bmbf) vom 12. Juli 2012.
- 13 Karin Hunn, »Nächstes Jahr kehren wir zurück« – die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.
- 14 Karin Hunn in einem Interview mit dem Tagesspiegel vom 22. Oktober 2011.
- 15 Zahlen aus: K. Hunn 2005 (Anm. 13) und dies., Arbeitsplatz Deutschland, Heimat Türkei? Die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei im Kontext der bundesweiten Ausländerbeschäftigungspolitik, Gütersloh 2011.
- 16 Siehe Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 25. Juli 2012–255/12.
- 17 Siehe dazu Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Pressemitteilung vom 24. Juli 2012.

Linda Zervakis

Brief an »Tante Eleni«

Linda Zervakis, 1975 in Hamburg geboren, ist die Tochter griechischer Gastarbeiter und die erste deutsch-griechische »Tagesschau«-Sprecherin. Eine Tante Eleni in Griechenland hat sie nicht – die hat sie für den folgenden Beitrag erfunden. Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Begebenheiten, lebenden oder verstorbenen Personen sind jedoch keineswegs zufällig, sondern ergeben sich aus persönlichen Erfahrungen.

Liebe Tante Eleni,

ich freue mich so sehr, dass du uns besuchen kommst! Wie schön, dass du die weite Reise auf dich nimmst, obwohl du Flugzeuge so unheimlich findest! Ich habe mich in den letzten Tagen oft gefragt, ob du Deutschland eigentlich vermisst – und ob du dein Deutschland überhaupt wiedererkennen wirst. Denn einiges hat sich ja verändert, seit du nach Griechenland zurückgegangen bist. Wann war das noch mal, 1986? Der Laden von Vassilis ist nicht mehr da, aber sein Sohn hat ein schickes Restaurant aufgemacht. Er besteht darauf, dass ich dich zu ihm bringe und wir seine Gäste sind!

Woran denkst du, wenn du an Deutschland denkst? Worauf freust du dich? Ich erinnere mich daran, dass du früher jedes Wochenende bei uns warst und mir, als ich noch ein kleines Kind war, lustige Geschichten aus der Fahrradfabrik erzählt hast. Daran denke ich so gerne zurück! Am liebsten mochte ich die Geschichte, als ihr dem Fabrikbesitzer – oder war es der Bereichsleiter? – erzählt habt, es gebe in Griechenland einen »Olivenfeiertag«.

Ich weiß auch noch, wie du bei deinem Abschied aus Deutschland geweint hast. Obwohl du dich so sehr auf Griechenland gefreut hast. Mama und Papa haben auch geweint. Ich habe erst später verstanden, dass du nicht mehr am Wochenende zu uns kommen würdest. Und noch viel später, dass du »nach Hause« gefahren bist, obwohl es mir wie eine Reise in die Ferne erschien.

Ach, Tante Eleni, ich freue mich sehr auf dich! Wir werden wie früher stundenlang immer nur über das Essen reden, über die Nachbarn und natürlich wieder über das Essen. Ich habe noch im Ohr, wie du immer gesagt hast: »Darf es noch etwas Lamm sein, mein Kind? Du bist doch noch nicht satt! Hier kommt noch eine Portion!« Ich bin fast geplatzt, aber es war immer unglaublich lecker.

Ich schreibe dir auch, weil ich dir von Deutschland erzählen will, von meinem Leben in Deutschland. Es hat sich vieles verändert. Das fiel mir erst auf, als du deinen Besuch angekündigt hast. Ich stelle mir vor, wie dir das alles vorkommen muss.

Wenn wir im Sommer bei euch waren, haben sie mich immer »die Deutsche« genannt, weißt du noch? In Deutschland nennen sie mich jetzt eine Deutsche »mit Migrationshintergrund«. »Mit was?«, wirst du fragen. »Kind, was hast du angestellt?« Nichts! Es heißt nur, dass wir in den Augen der Deutschen ein Teil der Bevölkerung geworden sind – nur noch nicht ganz so wie die anderen mit den typisch deutschen Namen.

Du hast immer gesagt, die Deutschen seien so korrekt, so ernst. Da hast du recht, der neue Begriff soll »politisch korrekt« sein. Für Politiker und die Werbeindustrie sind wir inzwischen eine wichtige Zielgruppe geworden. Deshalb umwerben sie uns so. Ich finde das manchmal unheimlich.

Meine Freunde, die in großen deutschen Firmen wie SAP, Siemens oder BMW arbeiten, erzählen von Besprechungen, in denen Mitarbeiter aus Indien, Südkorea, Brasilien, Griechenland oder der Türkei an einem Konferenztisch zusammensitzen. Sie haben schon überall auf der Welt gelebt, gearbeitet und sprechen untereinander Englisch. Manchmal kommen dort sehr lustige Missverständnisse und neue Redewendungen zustande, so wie bei euch, damals in der Fabrik, als jemand sagte: »Eine Krähe wäscht die andere!« Oder als du »zwei Mukken mit einer Fliege« erschlagen hast!

In unserer globalisierten Welt finden das alle nun ganz schick – und die Menschen, die andere Kulturen mit an den Tisch bringen, haben heute eben einen »Migrationshintergrund«. Wir fanden es damals aber gar nicht schlimm, »Griechen« zu sein, oder? Auf dem Gymnasium fanden es alle in meiner Klasse lustig, wenn ich erzählte, dass wir ein paar Tage später als sie Ostern feiern. Ausnahmsweise hatte das mal nichts mit unserer südeuropäischen Unpünktlichkeit zu tun, sondern mit der griechisch-orthodoxen Kirche und ihrem Kalender.

Liebes Tantchen, du kannst dir sicher sein, auch heute feiern wir die Auferstehung von Jesus Christus, als gebe es kein Morgen mehr! Mama kauft wie immer kiloweise Lammfleisch. Und wenn ich nach der wochenlangen Fastenzeit gerne auf die Waage gestiegen bin, packe ich sie nach die-

sem Tag ganz sicher wieder in den Keller. Auch Brot backt Mama immer noch am liebsten selbst, und zwar ganz hervorragendes! Wenn ich früher selbst gebackene Pita in der Schule dabei hatte und verteilt habe, dann fanden Steffi und Melanie es immer sehr schade, dass ihre Mütter so etwas nicht backen konnten. Was wussten die schon, was man aus selbst gemachtem Blätterteig und Schafskäse zaubern kann? Im schlimmsten Fall eine Torte. Denn das hat sich nicht geändert: Deutsche Mädchen backen immer noch Torten. Das bekommen sie trotz Diätwahnsinn von ihren Müttern als Grundausstattung für ihr Leben mit auf den Weg. Torten – und Fertiggerichte. Die Deutschen kochen ja nicht so gerne. Du wirst staunen, wie riesig die Kühltruhen in den Supermärkten hier geworden sind! Am besten steht überall »Bio« drauf. Aber vor allem: »Schnell und einfach zuzubereiten«.

Jetzt sage ich auch schon »die Deutschen«, hast du gemerkt? Als sei ich nicht selbst Hamburgerin. Aber ein bisschen anders schaue ich mit meinem griechischen Herzen vielleicht doch auf die Dinge, und ich glaube, so langsam entdecken die Deutschen, was sie an uns – jetzt meine ich die mit dem Migrationshintergrund – haben. Jedenfalls werden wir nun manchmal bevorzugt behandelt! Wir Migrationshintergründige sind schwer angesagt und haben auch karrieretechnisch bessere Chancen! Das meine ich natürlich nicht ganz ernst, du kennst mich ja, Tantchen! Und dass Sonderbehandlungen nur in seltenen Fällen angenehm sind, wissen wir ja auch alle.

Mir ist in dieser Hinsicht mal etwas Komisches passiert: Ich war zu einem Casting beim ZDF eingeladen. Das Zweite Deutsche Fernsehen kennst du ja noch. Das mit den Mainzelmännchen! Jedenfalls, als die Einladung kam, dachte ich zuerst: Endlich haben sie mein Talent erkannt! Dann komme ich dort an, werde in einen Raum geführt und sehe – alles Ausländer. Oder, korrekter, Menschen mit Migrationshintergrund. Die einzige Ausnahme war die Redaktionsleiterin, die einhundert Prozent deutsch aussah. Blond, Stupsnase und vor Aufregung rot leuchtende Wangen.

Ich musste daran denken, dass du mal gesagt hast: »Die besten Deutschen trifft man auf der Arbeit! Weil da nicht diese Unterschiede gemacht werden. Da muss jeder anpacken, damit das Fahrrad fertig wird, und man muss sich aufeinander verlassen können.« Die Deutschen bemühen sich jetzt auch mit aller Kraft, »keinen Unterschied« zu machen. Darum gucken sie, dass überall auch ein nicht-deutsches Gesicht sitzt. Aber damit ist der Unterschied ja schon da. Sie brauchten also jemanden, der »anders« aussieht und einen Namen hat, der »anders« klingt. Bei den meisten Bewerbungen ist das ein Nachteil, weil die Deutschen immer denken, mit einem anders

klingenden Namen könne man unmöglich akzentfrei Deutsch sprechen. Wem sage ich das, du kennst das ja alles ... Aber das Erstaunliche ist: Es ist immer noch so!

Ich sitze also bei dem Casting, wir sehen uns alle an – und müssen lachen. Kein einziger Deutscher in der Runde! Was ist denn hier los? Wollen sie nun Journalisten oder dunkle Haare im Programm? Wir haben das Ganze dann »Kanakanen-Casting« genannt. Der Sender meinte es ja nur gut mit uns, das wussten wir. Gleichzeitig fühlten wir uns komisch, ja fast diskriminiert. Ich ertappte mich sogar bei dem Gedanken, dass ich als einzige Europäerin für die Redaktion nicht ausländisch genug sein könnte, im Vergleich zu einem Iraker, Iraner oder Afghanen. Ich habe den Job übrigens nicht bekommen. Warum auch immer.

Du wirst dich aber freuen, wenn wir hier bald mal zusammen vor dem Fernseher sitzen, denn tatsächlich haben es inzwischen viele Männer und Frauen mit anders klingenden Namen in den deutschen Medien weit gebracht. Ein kleiner Italiener ist Chefredakteur bei einer der renommiertesten Wochenzeitungen Deutschlands. Ein großer Italiener gehört zum Moderationsteam der »Tagesthemen«. In die RTL-Moderatorin Nazan Eckes, mit Wurzeln in der Türkei, ist die halbe Nation verliebt, weil sie unfassbar gut aussieht, und Dunja Hayali, mit Wurzeln im Irak, bringt mit ihren Interviews Politiker regelmäßig ins Schwitzen.

Und hättest du es jemals für möglich gehalten, dass deine Nichte es mal in die »Tagesschau« schafft? Weißt du noch, wie gerne du damals Dagmar Berghoff gesehen hast, die erste Sprecherin der »Tagesschau«? Viel später erst hast du mir verraten, dass du nur ihre Stimme so mochtest und von den Nachrichten nur einen Bruchteil verstanden hast! Und nun bin ich tatsächlich die erste Sprecherin mit Migrationshintergrund in der Hauptausgabe der »Tagesschau«! Ja, kneif dich ruhig! Ich mache das auch regelmäßig.

Habe ich nun also von den Debatten um die Menschen mit Migrationshintergrund profitiert? Wäre ich sonst nicht dort, wo ich bin? Ich weiß es nicht, oder sagen wir: Ich hoffe, dass ich auch so genommen worden wäre. Immerhin habe ich neun Jahre als Nachrichtenredakteurin beim öffentlich-rechtlichen Radio gearbeitet – vielleicht ist das Ganze also doch kein Zufall, sondern ein Ergebnis meiner Integration. Dieses elende Ding mit der Integration – eigentlich haben hier alle die gleichen Bildungschancen. Schulen und Universitäten sind auch für Kinder von griechischen Fabrikarbeitern oder türkischen Gemüsehändlern offen und kosten kein Geld wie in Amerika oder England. Trotzdem schaffen es nur wenige aus den einfachen Bildungsschichten ganz nach oben. Für diese Kinder ein Vorbild zu sein, für die Generation von Gastarbeiterkindern, die in Deutschland



Die Journalistin Linda Zervakis ist seit Mai 2013 die erste Sprecherin mit Migrationshintergrund in der 20-Uhr-Ausgabe der »Tagesschau«.

wegen ihrer Herkunft keine Zukunft sehen, ist mit das Wichtigste, das ich mit meinem Beruf erreichen kann.

Übrigens: Kostas Papanastasiou, der griechische Wirt aus der Fernsehserie »Lindenstraße«, den du immer so gerne gesehen hast, wurde im vergangenen Jahr mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Ist das nicht toll? Im Sender rbb hieß es dazu: Ein Berliner wurde geehrt. Nicht: ein Grieche. Vielleicht findest du das komisch, aber das hat mich irgendwie gefreut. Weil die Berliner damit sagen: Er ist einer von uns!

Apropos Berlin, du hast gesagt, du würdest gerne, wenn du in Deutschland bist, nach Berlin fahren, das du ja noch nie ohne die Mauer gesehen hast – und in die ehemalige DDR. Nach Berlin können wir sehr gerne fahren! Aber weißt du eigentlich, dass ich bis heute nicht gerne nach Ostdeutschland fahre? Ich werde mir wohl nie die Semperoper in Dresden angucken, weil ich immer noch Angst vor Rechtsradikalen habe.

Meine erste Begegnung mit den hohlen Glatzköpfen hatte ich kurz nach der »Wende« auf einer Klassenfahrt. Ich habe dir nie davon erzählt. Vielleicht, weil ich nicht so über die Deutschen schimpfen wollte, wie Onkel Giorgos es immer getan hat, wenn er uns von seiner Zeit in Deutschland erzählt hat. – Eines Abends waren meine Klassenkameraden und ich in Ostberlin unterwegs. Auf einmal standen da sechs Neonazis vor uns: schwarze Bomberjacken, Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln, mit Baseballschlä-

gern bewaffnet. Wir sind einfach nur losgerannt und in ein Taxi gesprungen, das der liebe Gott vorbeigeschickt haben muss.

Heute noch jagen mir Nazidemos einen großen Schrecken ein. Erst vor ein paar Jahren bin ich zufällig in eine hineingeraten, die mitten durch die Innenstadt führte. Ich fühlte mich, als würde ich in einem Film über das »Dritte Reich« mitspielen. Diese dumpfen Parolen und menschenverachtenden Sprüche haben mich in ein Kaufhaus getrieben – erst im vierten Stock fühlte ich mich sicher versteckt.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Dörfer, dort bringen Eltern ihren Kindern bei, dass es nicht »Pizza«, sondern »Gemüsetorte« heißt, weil sie alles, was nicht deutsch ist, ablehnen. Jahrelang hat ein rechtsextremes Trio Ausländer umgebracht, Griechen und Türken, ohne dabei von der Polizei gestoppt zu werden. Wegen meiner Bekanntheit bekomme ich inzwischen auch Post von Neonazis. Ein Brief war eher grotesk: Ein Rentner bat mich liebenswürdig in altdeutscher Schrift, auch mal positiv und öfter über die NPD zu berichten. Offenbar hat ihn der Name Zervakis nicht stutzig gemacht.

Da steht jetzt also eine »Ausländerin« im Studio der deutschen »Tageschau« und berichtet über die Euro-Krise. In Deutschland gibt es zum Glück noch genügend Arbeit und gute Gehälter. Die Deutschen suchen wieder Gastarbeiter! Diesmal allerdings keine Fabrikarbeiter, sondern Fachkräfte, die Computer programmieren oder Autos bauen können. Irgendwie wollen die gut ausgebildeten Kräfte aber gar nicht mehr nach Deutschland kommen. Dabei könnten sie heute mit Billigflügen in ihre Heimat fliegen. Stell dir vor, es hätte in den 1960er-Jahren schon Billigflüge gegeben! Wahrscheinlich wärt ihr jedes Wochenende zu euren Familien nach Hause geflogen. Ich habe allerdings als kleines Mädchen auch auf der dreitägigen Fahrt mit dem Balkan-Express von Hamburg nach Thessaloniki im Gepäcknetz wunderbar geschlafen – bei 40 Grad mit drei Kosovo-Albanern, zwei Serben und vier Griechen im Sechser-Abteil!

Mein griechischer Pass hat mir allerdings mal die Vorfreude auf eine Reise nach New York verhagelt, weil ich zur amerikanischen Botschaft nach Berlin musste, um ein Visum zu beantragen. Ich brauchte deutlich mehr Zeit für einen einzigen Stempel in meinem Pass als für den Hin- und Rückflug über den Atlantik! Zum ersten Mal dachte ich tatsächlich darüber nach, einen deutschen Pass zu beantragen. Es gab aber noch einen anderen Grund: Ich durfte bis dahin ja auch nicht wählen. Das hat mich geärgert. Ich lebe in einem Land von Geburt an, zahle pünktlich meine Steuern und darf dann am Ende nicht mal entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird? Ich will meine Stimme abgeben, wenn es um die Zukunft Europas geht oder

den Ausbau von Kindertagesstätten! Davon gibt es in Deutschland nämlich immer noch zu wenig. Deshalb stand der Entschluss für mich fest: Ein Pass mit dem deutschen Bundesadler sollte auch in meiner Handtasche nicht mehr fehlen. Aber nur, wenn ich den griechischen dafür nicht abgeben muss.

Für meine deutschen Freunde und Arbeitskollegen war immer klar, dass ich in Hamburg geboren und damit Deutsche bin. Dass ich keinen deutschen Pass hatte, wunderte sie. Aber fließt nicht griechisches Blut durch meine Adern? Wie kann ich da Deutsche sein? Mama und Papa haben uns allen damals ganz selbstverständlich griechische Pässe besorgt. Tatsächlich dürfen wir aber beide Staatsangehörigkeiten haben – und das entspricht auch am ehesten dem, wie ich mich fühle.

Ich lebe eben mit zwei Kulturen, ich bin irgendetwas dazwischen. Ich muss in Griechenland nur aus dem Flugzeug steigen, und innerhalb von Sekunden, wenn sich die nach Pinien und Kiefern duftende Luft um meine Nase legt, weiß ich: Ja, das ist auch ein Teil von mir. Vielleicht nicht so ausgeprägt, weil ich leider nie dort gelebt habe, aber da ist etwas. Die griechische Sprache hört sich so vertraut an, ich tauche sofort ein in die hellenische Welt und freue mich über hupende und laut schimpfende Taxifahrer.

Ach, Tantchen, du glaubst gar nicht, wie ich mich freue, dich bald zu sehen! Und weißt du, was? Während ich dir schreibe, kommt mir eine Idee: Ich nehme mir ein paar Tage frei und komme dich in Griechenland abholen! Und dann fahren wir zusammen mit dem Auto zurück nach Deutschland! Was hältst du davon? Mein Herz hüpfte vor Freude bei dem Gedanken, dass ich mit dem Auto von der staubigen Dorfstraße abbiege und dich in deiner Auffahrt mit den Hühnern sehe. Ich kann es kaum erwarten, dein frisch gebackenes Brot in Olivenöl zu tunken! Griechisches Brot ist übrigens inzwischen auch in deutschen Feinschmeckerrestaurants eine Spezialität, die bei keinem Menü fehlen darf. Und griechisches Olivenöl lassen sich die Deutschen eine Menge kosten.

Also, pack schon mal die Koffer – und lass uns ein paar deiner Brote nach Deutschland mitnehmen! Denn so gutes Brot habe ich nirgendwo wieder gegessen!

Ich umarme dich!

Deine Linda

Deutsche Mauerstücke

Als im Herbst 1989 die Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland fiel, veränderte sich das Land. Im Westen, aber vor allem im Osten; für die Deutschen, aber vor allem für die Ausländer in der ehemaligen DDR.

Rassismus gegenüber »Fremden« hatte es zweifellos schon in der DDR gegeben. Allerdings blieben die Ressentiments, Gewalt und Anfeindungen unterschwellig, es wurde darüber geschwiegen – ebenso wie über die katastrophalen Bedingungen, unter denen ausländische Arbeitskräfte leben mussten, nicht gesprochen wurde. Mit der »Wende« brachen sich diese Emotionen gegen Menschen anderer Herkunft ganz offen Bahn. Sie wurden in einem Maße virulent, dass friedliebende Bürgerinnen und Bürger es mit der Angst zu tun bekommen mussten. Ein gewisses Maß an Rassismus wurde gesellschaftsfähig.

In den ersten Wochen nach dem Mauerfall hatte sich die Lage bereits zugespitzt: Vietnamesen und Angolaner, die ehemals in die zuverlässig eingemauerte DDR abgesandt worden waren, fanden sich plötzlich inmitten einer revolutionären Stimmung in einer DDR ohne Mauern wieder. Was für die Deutschen Anlass zu Jubel und Freude war, beunruhigte die einst in die DDR geholten Arbeitskräfte. Das hatte zwei Gründe: Zum einen warnten die Mitarbeiter der jeweiligen diplomatischen Vertretungen ihre Landsleute davor, in den Westen zu reisen. Ja, sie versuchten sogar, dies aktiv zu verhindern, indem sie Druck ausübten, etwa durch Andeutungen und offene Drohungen. Es war allgemein bekannt, dass unerwünschtes Verhalten von den Vertretungen dieser Länder nicht einfach so hingenommen wurde. Zum anderen begannen die Bürger der DDR im Zuge der Maueröffnung damit, ihren Unmut gegenüber den Ausländern ganz offen zu äußern. Es lag etwas Bedrohliches in der Luft.

Ausländer in der DDR zu sein – was bedeutete das?

Einige Wochen vor dem zweifellos sichtbarsten Symbol der Veränderung, dem Mauerfall am 9. November 1989, fand sich in meiner Wohnung in Berlin-Pankow eine Gruppe zusammen, die über Fragen diskutierte, die zuvor viele Jahre lang nur wenige zu stellen gewagt hatten. Wir sprachen über das Schulwesen und den zukünftigen Umgang mit der Stasi, Umweltschutz, Demokratie und Wahlrecht. Es ging um das große Ganze, um die Frage: Wie wollen wir leben? Dabei sprachen wir auch über Minderheiten und Ausländer in der DDR. Wie eine Minderheit fühlten wir uns gewissermaßen selbst. Es war nicht immer einfach, in der DDR zur Opposition zu gehören, aber das hatten wir immerhin selbst so entschieden.

Ausländer in der DDR zu sein – was bedeutete das? War es ein Synonym dafür, privilegiert zu sein, aus dem Westen zu stammen und auch dahin fahren zu dürfen? Oder ging es um diejenigen Ausländer, sogenannte Vertragsarbeiter, die als bessere Arbeitssklaven in die DDR geholt worden waren, Afrikaner, Vietnamesen, Kubaner und andere, die isoliert in Wohnheimen lebten? Oder um die sowjetischen Soldaten in den unzähligen Kasernen – Habenichtse aus dem Kaukasus und den asiatischen Republiken, von denen man meist mit einer Mischung aus Mitleid und Verachtung sprach. Von den Vorgesetzten misshandelt, von der Bevölkerung gefürchtet, standen sie ganz unten in der gesellschaftlichen Hierarchie. Und schließlich waren da die Studierenden aus anderen kommunistischen Staaten, die von den regierenden Parteien ihrer Länder zum Lernen in die DDR delegiert worden waren.

Wir beschlossen, sie alle einzuladen, und tatsächlich kamen so viele, dass in meiner Wohnung kaum genug Platz für alle war. Es kamen ausländische Studenten, Dolmetscher, die für die Arbeiter in den Betrieben zuständig waren, Vertreter der Kirche und verschiedener DDR-Organisationen, Künstler, Wissenschaftler und Nachbarn aus Pankow. Unsere Gäste erzählten von rassistischen Bemerkungen, sexuellen Übergriffen, Denunzianten in den Betrieben, die sie erlebt hatten. Wir wussten, dass es vor allem in den größeren Städten Neonazis und rechte Hooligans gab. Sie griffen damals schon Ausländer an. Es hieß sogar, es habe Todesopfer bei diesen Anschlägen gegeben, aber das konnten wir nicht verifizieren, denn solche Dinge blieben geheim.

Die »Vertragsarbeiter« sollten sich allein aufs Arbeiten konzentrieren, und zwar so, wie der jeweilige Betrieb sie anwies. Es wurden ihnen vor allem körperlich schwere und ungesunde Arbeiten zugeteilt, sie mussten die Nacht- und Wochenendschichten übernehmen, zu denen deutsche Arbei-

ter nicht bereit waren. Die Vereinbarungen reichten bis ins Privatleben der ausländischen Arbeitskräfte hinein: So war es ihnen strikt untersagt, Familien zu gründen. Frauen und Männer waren in verschiedenen Heimen untergebracht, abseits von den Wohnungen der DDR-Bevölkerung. Ihre Familienangehörigen durften sie nicht ins Land holen. Wurde eine Arbeiterin schwanger, nötigten die Verantwortlichen in den Betrieben sie zur Abtreibung. Manchmal wurden die schwangeren Frauen auch einfach abgeschoben. Selbst Hochschwangere setzten die Behörden gnadenlos ins Flugzeug und schoben sie in ihr Heimatland ab. Wir wussten auch von Frauen, die untergetaucht waren oder Schutz bei der Kirche gesucht hatten, weil sie Angst vor einer Abschiebung hatten.

Diese Geschichten hörten wir damals in meiner Wohnung, während sich draußen die Euphorie über ein absehbares Ende der DDR breitmachte. Auch die Situation der Ausländer würde eine andere werden, das wussten wir. Ebenso sicher waren wir, dass die feindseligen Tendenzen nicht mit dem Regime verschwinden würden, denn der Rassismus in der Bevölkerung war nicht staatlich verordnet. Dahinter steckten Hochmut, Klischees über Minderheiten, vor allem über die sichtbar »Anderen«, und niedere Nützlichkeitsabwägungen. Dieses Empfinden saß tiefer und war weit älter als der SED-Staat selbst.

In jenen historischen Stunden, in denen für uns alles besser zu werden versprach, fragten wir uns, wieso wir nicht schon früher darüber gesprochen hatten, wie es den Menschen aus anderen Ländern bei uns ging. Hätten wir dann versucht, etwas zu verändern? Wir konnten uns nicht dadurch herausreden, dass wir politisch auf der Seite der Reformen standen, auf der Seite der »Guten«, die sich nun anschickten, alles zu richten. Mit der Formel, die damals überall zu hören war – »Der Staat war schlecht, die Menschen gut, nun lasst uns neu beginnen« –, hätten wir es uns zu einfach gemacht.

Mit einer kleinen Gruppe hatten wir eine Woche vor unserem Treffen bei mir zu Hause Wohnheime besucht, in denen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter untergebracht waren. Um hineinzukommen, brauchten wir eine Anmeldung und einen Besucherschein. Fünf Quadratmeter standen jeder Person zur Verfügung. Für einen deutschen Schäferhund war nach dem in der DDR geltenden Tierschutzrecht immerhin eine Mindestfläche von sechs Quadratmetern vorgesehen. Die Menschen hatten die Zimmer mit Laken und Tüchern in Einheiten aufgeteilt, um einen Hauch von Privatsphäre zu haben. In jeder »Einheit« lebte ein Mann bzw. eine Frau. Der Hausmeister, der uns herumführte, betrat hemmungslos jedes Zimmer, als wäre es sein eigenes, und hob wahllos die Laken an, um uns zu demonstrieren, wie »die da hausen«.

Wir sind ein Volk?

Zu unserem Treffen hatten wir einen Juristen eingeladen, der uns eine Einschätzung geben sollte, ob und in welchem Maße die Verträge zwischen der DDR und Vietnam, Mosambik sowie einigen anderen Ländern, die die Grundlage für die Beschäftigung der »Vertragsarbeiter« bildeten, gegen das Völkerrecht verstießen. Die staatlich organisierte Solidarität mit Vietnam, wonach alle Werktätigen in der DDR monatliche Beiträge in den Solifonds des staatlichen Solidaritätskomitees zahlen mussten, bildete einen Teil der finanziellen Grundlage des Vertrages zwischen beiden Ländern. Mosambik zahlte durch die Bereitstellung von Arbeitskräften seine Schulden an die DDR zurück.

Wir diskutierten heftig über den unserer Meinung nach verlogenen und kolonialistischen Charakter der Verträge und wie wir uns dazu verhalten sollten. Für ihre Auflösung eintreten? Für eine Neufassung? Irgendetwas sollten wir tun gegen die skandalösen Lebens- und Arbeitsbedingungen der »Vertragsarbeiter«, denn es war klar, dass sich deren Situation durch die »Wende« nicht schlagartig verbessern würde, im Gegenteil, wie es der von uns eingeladene Jurist damals prophezeite: Nach dem Mauerfall würde die DDR-Bevölkerung für die Vereinigung mit der Bundesrepublik eintreten und die D-Mark fordern. Daran würden die DDR-Betriebe kaputtgehen, weil sie längst marode und unter den Bedingungen eines gemeinsamen Marktes nicht überlebensfähig waren. Millionen Menschen würden arbeitslos werden. Und dann? Sie würden Sündenböcke suchen, Schwächere. Der jahrelang verdeckte Rassismus würde zutage treten. Denn was hatte man zu verlieren? Frust und Verzweiflung könnten sich Bahn brechen, Ausländer könnten durch die Straßen gejagt werden, es könnte Todesopfer geben. Die Worte des Juristen klangen kühl, logisch, ohne Hysterie. Wir wussten, dass er Recht hatte – Einheit und D-Mark lagen an jenem Tag noch in utopischer Ferne, aber er hatte uns mit seiner kassandrischen Klarsicht von der Illusion befreit, nun alles ändern zu können. Was darunter lag, machte uns Angst.

Als die ersten freien Wahlen zur Volkskammer im März 1990 bevorstanden, warb die CDU auf Aufklebern und Plakaten, die überall zu sehen waren, mit dem Slogan »Wir sind ein Volk!«. Vor dem Hintergrund unserer jüngsten Eindrücke hatte dieser verheißungsvolle Satz für uns auf einmal ein Fragezeichen bekommen. Waren wir »ein« Volk, hielten wir tatsächlich alle zusammen?

Es wird geschwiegen

Aber wieso erinnere ich überhaupt an diese alten Geschichten? Die Vereinigung liegt doch inzwischen sehr lange zurück. Und welche Relevanz haben diese Wendegeschichten für die Menschen zwischen Neumünster und Regensburg heute? Die DDR ist verschwunden und der gesamte Ostblock dazu. Ausländer heißen nicht mehr Ausländer, heute nennt man sie »Migranten«. Oder »Menschen mit Migrationshintergrund«. Auch das Wort »Integration« ist relativ neu. Die Ausländerbeauftragten nennen sich jetzt »Integrationsbeauftragte«. Man spricht auch nicht mehr so oft von Fremdenfeindlichkeit, weil die Menschen mit Migrationshintergrund ja keine Fremden sein sollten, denn schließlich leben sie hier schon lange. Oder sind gar hier geboren. Im Wahlkampf lassen nicht mehr nur Konservative, wie einst Roland Koch im hessischen Wahlkampf, gegen Ausländer unterschreiben – Koch initiierte damals eine aggressive Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft –, auch Sozialdemokraten wie Thilo Sarrazin oder Heinz Buschkowsky machen auf Probleme bei der Integration aufmerksam. Es hat sich also eine Menge verändert. Weshalb also der Exkurs in jene winzige Ecke in Pankow, in meine Wohnung, in eine Zeit vor unserer Zeit?

Ganz einfach, weil sich von diesem Moment an wieder eine große Schwäche Deutschlands gezeigt hat: Es wird geschwiegen. In Ost und West, und das mit fatalen Folgen. In der DDR konnte offener Rassismus gegenüber Ausländern nicht angesprochen werden. Gleich mehrere Prinzipien der marxistisch-leninistischen Welterklärung wären dadurch infrage gestellt worden. Das Gleiche galt für den virulenten Rechtsextremismus, der in den 1980er-Jahren in der DDR zu einem riesigen Problem angewachsen war. In einem autoritären System gibt es keine passende Antwort auf den Neonazismus. Polizei und Staatssicherheit waren damit überfordert, zumal sie selbst, ebenso wie die Armee, nicht frei von Vorurteilen waren und rassistische Äußerungen, auch gewaltsames Verhalten nachweislich vorkamen.

Rechtsextremismus in Bundesrepublik und DDR

Auch nachdem die DDR der Bundesrepublik beigetreten war, gab es keine Debatte über diese Entwicklungen. Im Gegenteil, die flächendeckende Neonazi-Präsenz in den neuen Ländern wurde im Westen schweigend hingenommen, als eine Art notwendiges Übel. Wenn die ehemaligen DDR-

Bürgerinnen und -Bürger schon so viel Elend über sich ergehen lassen mussten wie Abwicklung der Betriebe, Arbeitslosigkeit und die Folgen der Strukturschwäche, wenn also der Westen zuließ, dass es »denen im Osten« so schlecht ging, dann sollte sich niemand wundern, wenn die Neonazis randalierten. Dies schien die politische Haltung gewesen zu sein, denn wie sonst wäre das Stillschweigen zu erklären? Die meisten West-Politiker hielten sich mit laut vorgetragener Kritik an der selbstverständlich gewordenen Neonazi-Präsenz im Osten zurück. So gingen die 1990er-Jahre dahin, die Lokal- und Landespolitik gerade im Osten vermittelte den Eindruck, es sei normal und akzeptabel, dass die Jugendlichen sich den Neonazis zuwandten. Und gerade in Sachsen und Thüringen, wo es eine militante Neonazi-Szene gab, wie wir spätestens seit den Morden des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wissen, wurde deren Präsenz stets verleugnet. Bei Anfragen der Presse oder in Sitzungen des Städte- und Gemeindetages gaben die Vertreter der Gemeinden dazu in der Regel keine Auskunft oder bestritten Neonazi-Präsenz und -Gewalt vehement. Dazu kam, dass Konzepte aus dem Westen in den Osten getragen wurden, wie beispielsweise die offene Jugendarbeit oder Sonderprogramme, die sich an jugendliche Gewalttäter richteten. Allerdings versäumte man, entsprechende Fachkräfte auszubilden und die Entwicklungen aufmerksam nachzuverfolgen. So entstanden mit staatlicher Hilfe fast flächendeckend Jugendeinrichtungen ohne qualifiziertes Personal, die häufig von Rechts-extremen übernommen oder zumindest dominiert wurden.

Im Westen gab es rechtsextreme Gruppen, die sich vor allem in zwei Milieus ansiedelten: Das waren zum einen die sogenannten Wehrsportgruppen und ähnliche Gruppierungen, die sich an Ersteren orientierten. Diese militanten Gruppen hatten ihr eigenes Wirkungsfeld, doch ihr Auftreten, häufig in Tarnfarben, war irgendwie unzeitgemäß und nicht dafür geeignet, junge Menschen, die bis dahin nicht organisiert waren, für sich zu begeistern. Dann gab es die extrem rechten Parteien und Organisationen, wie die Republikaner, die DVU, die DSU, die NPD und andere. Mochte auch deren ideologischer Kern auf den sogenannten alten Werten oder vermeintlichen Vorteilen des »Dritten Reichs« beruhen, ihre politischen Koordinaten entsprangen den ultrakonservativen Milieus der westdeutschen Altnazis und ihrer Familien mit Elementen der alten revanchistischen Agenda aus dem düsteren Nachkriegsdeutschland. In ihrem Koordinatensystem definierten sie sich rechts außen von der Mitte, wo sie sich vom rechten Flügel der CDU und CSU abgrenzen wollten.

Die Rechtsextremen der DDR hingegen waren ganz anders regime- und staatskritisch geschult, hatten Erfahrung mit Militanz, Illegalität und

Subversion. Sie hatten sich bereits in den 1980er-Jahren in Fußballvereinen festgesetzt, paramilitärische Organisationen der DDR unterwandert, Propaganda in den bewaffneten Organen betrieben und sich bewaffnet. Ihre Protestkultur und ihre Fähigkeit zu Militanz und Widerstand aber bezogen sich nicht auf die Ideen der westdeutschen nationalen Altherrenvereine oder die Wehrsportgruppen mit ihren grotesken Führern, Uniformen und Spielen. Im Osten griffen die Rechtsextremen das System an. Das alte wie das neue. Den Kapitalismus genauso wie den Kommunismus. Einige der Neonazi-Protagonisten aus der DDR hatten zuvor vorübergehend der Punkbewegung angehört.

Blutspuren der 1990er-Jahre

Nach dem Mauerfall nutzten die Neonazis aus Ost und West die Zeit gemeinsam, um eine neue, innovative Strategie zu entwickeln. Sie wollten keine Führerhierarchie. Gerade die Neonazis im Osten hatten die Nase voll vom DDR-Zentralismus, sie bauten auf die »Kameradschaft vor Ort«, die sie als weitaus »effektiver« ansahen als unweigerliche, vertikale Konkurrenzkämpfe in autoritär-hierarchischen Organisationsmodellen. Außerdem waren solche Systeme im Untergrund immer angreifbar, gefährdet und leichter zu unterwandern als horizontal entwickelte Ministerstrukturen, in denen man einander vertraut. Solche Zellen bildeten jeweils den Kern der Kompetenz. Und davon gab es viele. Als nun die Neonazis aus dem Westen auf dieses enorme Potenzial stießen, gab es keinen Zweifel daran, dass die rechtsextreme Szene auf keinen Fall die Fehler der staatlichen Einheit wiederholen und dem Osten Gedanken und Strukturen überhelfen dürfe, die nicht passten und unzeitgemäß waren. Die Szenen wuchsen schnell zusammen.

Und was geschah mit den Ausländern? Die meisten »Vertragsarbeiter« mussten das Land verlassen. Sie wurden schlecht informiert, unter Druck gesetzt, mit lächerlichen Abfindungen gelockt. Manche gingen trotzdem nicht. Sie flüchteten sich in Asylanträge oder hofften auf eine rechtliche Regelung, die es ihnen erlauben sollte, in Deutschland zu bleiben. Viele Ausländerbeauftragte in den neuen Bundesländern kämpften für ein Bleiberecht, dafür, dass diese winzige Gruppe von wenigen zehntausend Menschen mit den sogenannten Gastarbeitern im Westen gleichgestellt würde. Doch die Innenminister der um die neuen Länder erweiterten Republik ließen das nicht zu. In jener Zeit wurde auch politisch Stimmung gegen Ausländer gemacht. Vertreter von Gemeinden, in denen

jugendliche Neonazis immer aggressiver gegen »Menschen mit Migrationshintergrund« auftraten, wetterten selbst gegen die wenigen Übriggebliebenen. Als weitere Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchten, auf die neuen Bundesländer verteilt wurden und die Kommunen sie unterbringen mussten, kippte die allgemeine Wut in Gewalt um. Es kam zu den bekannten Pogromen von Hoyerswerda und Rostock. Weitere Angriffe, die es gegeben hat, wurden in den überregionalen Zeitungen schon gar nicht mehr erwähnt. Flüchtlingsheime brannten, Menschen wurden erschlagen, in Mölln und Solingen zündeten Neonazis bei Nacht und Nebel Wohnhäuser an und löschten so ganze Familien aus. Eine Welle von Gewalt und Hass mit Mord und Totschlag zog durch das Land: Von 1990 bis einschließlich 1995 ermordete der Mob 70 Menschen. Die Mischung aus Gleichgültigkeit, politischem Kalkül und Fehleinschätzung über die Lage im Osten brachte Rassismus und rechtsextreme Menschenverachtung zum Kochen. Was tat die wiedervereinigte Bundespolitik? Der politische Raum verurteilte zwar die Gewalt, nahm diese aber auch als Begründung für eine Verfassungsänderung. Die 1993 durch den Deutschen Bundestag beschlossene Neuregelung des Asylrechts, das die stark gestiegene Zahl der Asylbewerber drosseln sollte, war jedoch definitiv das falsche Mittel, um weitere Gewalt zu verhindern.

Für die Blutspur jener Jahre wollte anschließend niemand die Verantwortung übernehmen. Bund, Länder und Kommunen redeten die Entwicklung klein, verleugneten die Gefahr und hatten im besten Fall nur symbolische Gesten von »Abscheu und Entsetzen« für diese gesellschaftspolitische Katastrophe zur Verfügung. Eine politische Antwort blieb aus. Weder in der staatlichen Einwanderungspolitik noch in der Ordnungspolitik änderte sich etwas. Rechtsextremismus wurde weiter verharmlost und Ausländer, besonders Flüchtlinge, wurden schlecht behandelt. So wurde effektiv verhindert, dass Menschen aus anderen Ländern bei uns leben wollen.

Ab Mitte der 1990er-Jahre machten die Neonazis die Kameradschaften, ihre autonomen Gruppen, zum Erfolgsmodell. Die neuen Bundesländer wurden praktisch zu »national befreiten Zonen«. Für Menschen, die gemäß der Ideologie der Neonazis keine Deutschen waren, war es kaum noch möglich, dort einen normalen Alltag zu leben. Viele zogen weg. Bis heute liegt der Anteil von Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft sichtbar einer Minorität angehören, im Osten Deutschlands bei etwa einem Prozent. Ausländische Unternehmen verzichteten darauf, in den neuen Ländern einen Standort zu eröffnen, weil sie um jene Mitarbeiter fürchteten, die keine weiße Hautfarbe haben. Der deutsche Binnentourismus in die neuen

Länder ist fast ausschließlich weiß. Nicht-Weiße meiden den Osten. Und das ist bis heute der allergrößte Erfolg des Rechtsextremismus. Er hätte beizeiten verhindert werden können, doch die Prioritäten in Politik und Gesellschaft schlossen das aus. Es erschien offenbar nicht wichtig genug.

Wandel durch politischen Willen und finanzielle Mittel

Die Situation der im Osten lebenden Ausländer, Migranten oder »People of Colour« hat sich gewiss graduell gebessert. Dafür sorgten Sprach- und Integrationsprogramme, Initiativen und Projekte an den Schulen, die vor allem durch das Netz der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) auch strukturell dafür sorgten, dass Kinder mit Migrationshintergrund gefördert wurden. Auch die Opferberatungsstellen in den neuen Ländern halfen dabei, diejenigen stützen und zu schützen, die sichtbaren Minoritäten angehören und als solche Opfer von Übergriffen geworden sind. Das wohl Wichtigste konnte nicht verändert werden: Die neuen Länder bleiben im Wesentlichen eine No-go-Area für alle, die sichtbar anders sind als die Mehrheitsbevölkerung. Um hier einen Wandel zu erleben, braucht es politischen Willen und ausreichend Mittel, um beispielsweise Existenzgründer dabei zu unterstützen, die Nachteile, die sie als Migranten haben, durch Schutz und Beratung auszugleichen. In Gesprächen sagen viele potenzielle Existenzgründer mit Migrationshintergrund oder solche, die bereits Betriebe haben, dass sie durchaus auch in den Osten gehen würden, wäre die Bedrohungslage dort nicht vorhanden. In den Communitys wird dieses Problem diskutiert und vor allem leider dann, wenn Gewerbetreibende aufgeben, weil sie bedroht wurden und in der Folge keine ausreichende Unterstützung erfahren haben. Ihr Eindruck ist, dass sie der Willkür der Neonazis ausgeliefert sind, besonders in kleineren Orten, die weiterhin ihr Problem mit dem Rechtsextremismus leugnen.

Bis heute schreitet die Entwicklung der Neonazi-Szene weiter voran: Mit ihren Themen besetzen ihre Anhänger das Internet, die Gespräche und Handlungen ganz normaler Leute. Der Rassismus hat sich tief eingegraben in den Alltag. Er wird weiter Schaden anrichten und das politische Klima in ganzen Regionen vergiften. Es hat noch nie geholfen, wegzuschauen. Vor allem, wenn man ahnen kann, wie es kommen wird, so wie der Jurist damals in meiner Pankower Wohnung.

Inzwischen ist die Kameradschaftsstruktur auch im Westen angekommen. Nachdem im Osten in Ruhe geübt und probiert werden konnte,

machen die Kameradschaften sich in einigen städtischen und vielen ländlichen Regionen in den alten Ländern breit. Ohne die Kameradschaften wäre es auch für den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) kaum möglich gewesen, sich so gezielt zu bewegen und vor allem dort, in den alten Ländern, die Morde zu begehen. Das gigantische Versagen von Ermittlern, Verfassungsschutz und Polizei jedoch zeigt die andere Seite der Tragödie.

Das Verharmlosen und Vertuschen von Neonazi-Gewalt fordert einen hohen Preis. Die zehn Opfer des NSU-Trios und die anderen 172 Toten seit der Wiedervereinigung sollten ausreichen, um daraus politische Schlüsse zu ziehen. Das bedeutet, endlich den Rechtsextremismus angemessen zu bekämpfen und Einwanderer ohne Wenn und Aber als Deutsche anzunehmen und auch so zu behandeln. Beides. Denn beides gehört zusammen.

Anmerkungen

Die genannten Opferzahlen stammen aus Statistiken der Amadeu Antonio Stiftung – d. Red.

Stadt, Land, Migration Neue deutsche Urbanität – und das Gleiche in Grün

Im Sommer 2012 wurde in einem Stadtviertel im Bochumer Westen aus öffentlichen Mitteln ein neuer Spielplatz gebaut. Während der Konzeptionsphase lud man die Anwohner zu einem Treffen ein und befragte sie nach ihren Wünschen: Wie sollte der neue Spielplatz aussehen? Welche Geräte sollte es geben? Eine Anwohnerin wünschte sich, dass neben den Spielgeräten für die ganz kleinen Kinder auch Bänke und »Trimm-dich-Geräte« stehen sollten, damit die Mütter dort sitzen oder gemeinsam Sport machen könnten – und gleichzeitig die Kinder im Blick hätten. »Und die Geräte für die Größeren sollten am anderen Ende des Platzes aufgestellt werden«, bemerkte eine andere Mutter. So hätte jeder seinen Raum, und niemand käme sich in die Quere. Zwei Monate später war alles fertiggestellt und die Anwohner, die seinerzeit an dem Treffen teilgenommen hatten, staunten nicht schlecht, dass ihre Wünsche tatsächlich so umgesetzt worden waren, wie sie es sich vorgestellt hatten.

So kann demokratische Stadtplanung aussehen: Die Bürger vor Ort werden nach ihren Bedürfnissen befragt. Autofahrer schauen anders auf eine Stadt als Radfahrer oder Mütter mit Kinderwagen. Und wer sich den Besuch eines Fitnessstudios leisten kann, der braucht keine öffentlichen Trimm-dich-Geräte. Wer schlecht laufen kann, wünscht sich Bänke, Ampeln, Zebrastreifen, und wer keinen eigenen Garten hat, legt womöglich mehr Wert auf öffentliche Grünflächen. Das gilt für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen.

In besagtem Bochumer Stadtviertel leben – neben deutschen Senioren – vor allem Familien mit Kindern, deren Wurzeln in der Türkei und im Irak liegen. Ihre Wünsche und Vorstellungen flossen in die Gestaltung

des Spielplatzes ein. Dass sie gefragt und mit einbezogen wurden, ist in der Tat bemerkenswert; denn viel zu lange sind Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland übersehen worden, wo es um Zukunftsinvestitionen ging, weil man – bewusst oder unbewusst – davon ausging, sie seien nur vorübergehend hier. Das Spielplatz-Beispiel zeigt, im Gegenteil, dass die stadtplanerische Maßnahme nicht nur der Altersstruktur in dem Viertel gerecht wurde, sondern die dort lebenden Menschen aus anderen Herkunftsländern aktiv bei der Planung beteiligt waren. Hätte man allein die herkunftsdeutschen Bewohner/-innen befragt, wäre – in diesem Fall – an gleicher Stelle womöglich ein Seniorenpark entstanden.

Es gibt hierzulande keine »Stadtplanung für Migranten«, denn Migranten sind eine heterogene Personengruppe. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern und sozialen Schichten, sprechen verschiedene Sprachen, haben unterschiedliche politische und religiöse Vorstellungen, Altersstufen, Bildungsgrade. Aber es gibt eine Stadtplanung, die die Heterogenität der Gesamtbevölkerung in den Blick nimmt. Auch in den migrationsgeprägten Vierteln deutscher Städte, den sogenannten Migrantenvierteln.



An der Planung dieses Spielplatzes in Bochum waren Anwohner/-innen mit und ohne Migrationshintergrund beteiligt.

Migrantenviertel und andere Mythen des Alltags

»Migrantenviertel« sind Transiträume, geprägt von einem hohen Maß an sprunghafter Veränderung, Ungewissheit und Unsicherheit. Positiv formuliert könnte man sagen: Diese Viertel zeichnet eine starke Mobilität und Dynamik aus. Menschen kommen und gehen oder leben mit dem (bangen oder hoffenden) Gedanken, bald wieder zu gehen. Häufig sind die Migrantenviertel aus ehemaligen Arbeiterquartieren hervorgegangen, sichtbar geprägt durch die meist sanierungsbedürftigen Altbaustrukturen. Für die erste Einwanderergeneration war es einfacher, hier Fuß zu fassen – aufgrund günstiger Mieten und weil es nachweislich schwieriger war und ist, in den besseren Wohnlagen deutscher Städte einen Mietvertrag zu bekommen, wenn der Name des potenziellen Mieters einen Migrationshintergrund vermuten lässt.

Von »Ausländervierteln« sprach man früher, »Migrantenviertel« sagt man heute. Von Internationalität und globalen Einflüssen könnte man auch sprechen. Jedenfalls sind diese Viertel mittlerweile auch Heimatorte geworden für diejenigen, die seit vielen Jahren dort leben, vielleicht schon dort geboren wurden. Geplant und investiert seitens der öffentlichen Hand



Ansichtssache: Die Keupstraße in Köln prosperiert und hat einen breiten Kundenkreis. Zugleich gilt sie als sozialer Brennpunkt.

wurde dort in den vergangenen Jahren kaum etwas, und wenig mit Beachtung. Verändert hat sich dennoch vieles. Neue Strukturen sind gewachsen. Aus Armut und Baufälligkeit sind an einigen Stellen Kreativität und Unternehmertum hervorgegangen. Es ist nicht alles gut, aber manches Schlechte konnte hier und dort verbessert werden. Was diesen Vierteln vor allem anhängt, das ist ihr schlechter Ruf: Frankfurt-Gallus, Berlin-Neukölln, Hamburg-Wilhelmsburg, München-Hasenbergl und Köln-Mülheim – alle diese Stadtviertel teilen das Negativimage, Migrantenviertel zu sein, was meist belegt wird mit dem Stigma »Problembezirk« oder oft auch mit Begriffen wie »Parallelgesellschaft« und »Ghetto«. Parallel zu diesen zementierten Vorstellungen sind jedoch Entwicklungen zu beobachten, die sich auch positiv beschreiben lassen, teils gar als Erfolgsgeschichten.

So gilt beispielsweise die stark migrationsgeprägte Gegend um die Keupstraße in Köln-Mülheim in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem als »sozialer Brennpunkt«. Übersehen wird, dass die rechtsrheinische Geschäftsstraße sich einer gewissen Prosperität und Popularität erfreut. Wie die Kölner Soziologinnen Elizabeta Jonuz und Erika Schulze in einer wissenschaftlichen Untersuchung zur ökonomischen Struktur der Straße festgestellt haben,¹ gibt es in der Keupstraße eine steigende Zahl weitestgehend kleiner Läden und Betriebe, die zumeist in privater Hand sind und eine hohe Konstanz, also wirtschaftlichen Erfolg, aufweisen. Billigketten und »Ein-Euro-Läden« findet man auf der Keupstraße nicht. In der sehr vielfältigen Geschäftsstruktur der Straße spiegeln sich »transkulturelle und transnationale Elemente« ebenso wie die verschiedenen Lebensstile und Milieus, die im Stadtteil zu finden sind, so die Soziologinnen. Dies führe dazu, dass die Straße »weit über den lokalen Raum hinaus bekannt« und die Kundschaft »ebenso vielfältig wie das Angebot« sei. In der öffentlichen Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft jedoch wird diese Vielfalt ignoriert. Stattdessen, so die Soziologinnen, werde eine vermeintliche kulturelle Homogenität produziert und die Straße »zu einer ›türkischen Straße‹ mit imaginierten ›türkischen Traditionen‹ gemacht. Mit Beharrlichkeit werde auf diese Weise an alten Mythen und eingespieltem Alltagswissen festgehalten.

Eine andere, positivere Perspektive auf die sogenannten Migrantenviertel haben bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Studierende und auch Künstler/-innen. Sie werden angezogen von den günstigen Mieten, ungenutzten Flächen, Werkstatt- und Atelierräumen sowie dem internationalen Umfeld. Ein Beispiel ist Berlin-Neukölln. In der im Januar 2013 erschienenen Merian-Ausgabe »Berlin« heißt es: »Neukölln taugt nicht mehr als das abschreckende Beispiel, es ist eher ein Labor, eine rauschhafte Col-

lage des urbanen Lebens. Vor Kurzem kam noch eine Nuance dazu: Die internationale Künstler-, Berater-, Hipster-Karawane raunt sich die Koordinaten ›Weserstraße‹, ›Reuterstraße‹ und ›Maybachufer‹ zu; wie Pilze wuchern Cafés und Ateliers aus den verstaubten Altbauritzen des Quartiers.« Das alles ist neu, aber zugleich eine Konsequenz der Geschichte, wie weiter zu lesen ist: »Neukölln ist seit Langem ein Stadtteil der Wanderer. Das hat etwas zu tun mit der Geschichte: Hier fanden schon vor Jahrhunderten böhmische Glaubensflüchtlinge eine neue Heimat. Während der Industrialisierung zog dann die Landbevölkerung in die Stadt, das Proletariat nahm in Neukölln Quartier. In den sechziger und siebziger Jahren fanden viele Gastarbeiter, die nach Berlin kamen, hier ihre erste Wohnung, in einige andere Stadtteile durften sie nicht ziehen. Und sie alle brachten Hoffnungen und Träume mit.«

Ein Fazit der Soziologinnen Elizabeta Jonuz und Erika Schulze lautet: »Ohne Migration wären Köln, Frankfurt und Berlin nicht das, was sie heute sind: Metropolen Europas.« Die öffentliche Debatte über Migration sei jedoch weiterhin in starkem Maße von problemorientierten und kulturalistischen Diskursen geprägt. »Unsichtbar bleiben dabei die Bedeutung der Migration für die Entwicklung der Städte. Unsichtbar bleiben auch die Kompetenzen der Stadtbewohner/-innen, die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Städte, das Alltagsleben der Menschen.«

Das Gedächtnis der Stadt

Städte bergen Erinnerungen. Neben den zahllosen persönlichen Erinnerungen derer, die sie bewohnen oder besuchen, sind es Erinnerungen an größere, historische Ereignisse, die mit bestimmten Gebäuden, Straßen oder anderen markanten Orten verknüpft sind. Gedenktafeln oder andere Markierungen verweisen darauf. Aber wer entscheidet darüber, welche Ereignisse für eine Stadt und ihre Bevölkerung relevant sind? Wer definiert, was Stadtgeschichte ist und was nur für einige wenige von Belang? Würde man die Bewohner/-innen einer Stadt befragen, welche Orte ihnen wichtig sind, kämen wohl sehr unterschiedliche Sichtweisen auf ihre Stadt dabei heraus. Und vielleicht gäbe es unter der eingewanderten Einwohnerschaft Schnittmengen in ihrer Auswahl. Vielleicht würde sie Orte als erinnerungswürdig benennen, mit denen die alteingesessene Bevölkerung hingegen gar nichts oder anderes verbindet.

Zum Beispiel der Münchner Hauptbahnhof: Tausende Einwanderer aus Italien, Griechenland, der Türkei und anderen Ländern erinnern sich noch

daran, wie sie in den 1960er-Jahren hier, genauer gesagt auf Gleis 11, erstmals in Deutschland ankamen. Oder sie kennen die Geschichten ihrer Eltern oder Großeltern, die damals dort aus dem Zug stiegen. Wie sie zum ersten Mal ihre neue Heimat Deutschland betraten. Wie sie in den unterirdischen Bunker geführt wurden und ihnen dort ein Arbeitsplatz mit einer Adresse irgendwo in Deutschland zugeteilt wurde. Für Hunderttausende in Deutschland war dies ein einschneidendes Ereignis – im eigenen Leben oder in der Familiengeschichte –, der Bahnhof wurde zu einem wichtigen Erinnerungsort. Doch im kollektiven Gedächtnis der Stadt kam dieser Bezug viele Jahre lang nicht vor. Dabei hat die Ankunft der damaligen Arbeitsmigranten Deutschland wesentlich geprägt. Seit 2011 erinnert eine Tafel an einem Pfeiler auf Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs an die Ankunft der ersten »Gastarbeiter« und »Gastarbeiterinnen«. Die Tafel ist ein Werk der Münchner Künstlerin Gülcan Turna.



Die Künstlerin Gülcan Turna gewann einen Wettbewerb des KulturForum TürkeiDeutschland e.V. und gestaltete diese Erinnerungstafel, die seit 2011 am Gleis 11 im Münchener Hauptbahnhof hängt. Initiiert wurde das Projekt von Dorte Huneke und Jeannette Goddar.

Wie stark unsere Städte – zum Teil unsichtbar – von Einwanderung geprägt sind, führen Projekte wie das der »Route der Migration« vor Augen, die 2007 für NRW entwickelt wurde. »Eine Gesellschaft muss ihre Geschichte immer wieder neu entdecken. Das gilt auch für die Geschichte der Ein- und Auswanderung«, heißt es auf der Website www.migrationsroute.nrw.de. Die »Route der Migration« zeichnet die Wege der Ein- und Auswanderer auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen nach und lädt ein zu einer Entdeckungsreise in die bewegte Migrationsgeschichte zwischen Rhein und Weser. Unter der genannten Adresse im Netz werden »Erinnerungsorte« der Migrationsgeschichte in NRW vorgestellt, darunter die Zeche Hannover in Bochum. Hier waren seit dem 19. Jahrhundert Arbeitsmigranten tätig – unter anderem aus dem Zarenreich Russland, den Niederlanden, Italien, Österreich, während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion und ab 1960 die »Gastarbeiter« aus Südosteuropa, Marokko und Korea. – Ein weiterer »Erinnerungsort« ist die Weidengasse in der Kölner Innenstadt: »Hier fallen [heute] die vielen kleinen Läden und Restaurants, Bäcker, Obst- und Gemüseläden, Fischhändler, Juweliere und Musikläden auf, die meist einen türkischen, manchmal auch einen italienischen, persischen oder griechischen Namen tragen«, heißt es auf der Website der Migrationsroute NRW. Und es wird erklärt, wie es dazu kam: »Nach den Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg wird die Altstadt von Köln durch den Bau der Nord-Südfahrt zerschnitten, im Eigelstein-Viertel gehen die Gewerbe nieder, viele Einwohner ziehen fort. Den Arbeitsmigranten der 50er und 60er Jahre bietet das geschwächte Viertel billige Wohnungen, sie eignen sich den Raum im Zentrum der Stadt an. Durch die Gründung selbständiger Läden und Gewerbe entwickeln sie bald eine neue soziale Perspektive für den Eigelstein, das Viertel verjüngt sich. (...) Schon in den frühen 1950er Jahren – noch ehe die ersten Italiener angeworben werden – empfinden Beobachter in dem Viertel ein ›fast südländisches Flair‹. Die Weidengasse erscheint so als ein Ort, wo ›fremde‹ Menschen heimisch werden, ohne ihre Eigenarten aufzugeben. Ein Ort also, dessen Heimatlichkeit darin besteht, dass die ganze Welt in ihn ›einbricht‹.«²

Eine Route der Migration gibt es auch in Berlin. In einer Publikation, die der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2011 herausgegeben hat,³ wird eine Vielzahl von Orten der Migrationsgeschichte vorgestellt; darunter die Kirche der dänischen Gemeinde in der Nähe des Fehrbelliner Platzes, das Babylon Kino in der Dresdener Straße, das in den 1970er- und 1980er-Jahren das einzige Kino der Stadt war, in dem regelmäßig türkische Filme liefen, die AEG-Werke, wo viele

»Gastarbeiter« beschäftigt waren, und Moabit als »bedeutender Ort für die Ansiedlung von Hugenotten«. Entsprechendes ist für viele andere Städte und Regionen denkbar – jedenfalls so lange, bis diese Orte, die nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern für alle Menschen im Einwanderungsland Deutschland Relevanz besitzen, ganz selbstverständlich in die jeweilige Stadtgeschichte aufgenommen sind.

Spurensuche in den Städten

Stadtgeschichten sind immer auch Migrationsgeschichten, sagt der Migrationssoziologe Erol Yıldız von der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt. So sei die 2000 Jahre alte Stadt Köln seit jeher von Mobilität und Migration geprägt und habe genau dieser Tatsache ihre typische Lebensart zu verdanken. Ob als römische Kolonie, als Pilger-, Wallfahrts- oder Handelszentrum, als französische oder preußische Garnisonsstadt, als Ziel von Arbeitsmigration, Touristenmagnet oder als selbsternannte »nördlichste Provinz Italiens« – die Entwicklung Kölns mit seinem Image als Rheinmetropole habe schon immer von grenzüberschreitenden und heute längst weltweiten Einflüssen und Verbindungen profitiert, so Yıldız. Sogar scheinbar »urkölsche« Aspekte des Alltagslebens – wie die romanischen Kirchen, der Kölner Dom, der Karneval, die kölsche Sprache, der »rheinische Katholizismus« –, einschließlich der regionalen Küche, seien so unterschiedlicher Provenienz, dass wohl eigentlich nichts, außer dem »Kölner Klüngel«, wirklich kölnischen Ursprungs sei. Diversität sei jedenfalls allgegenwärtig, konstatiert Yıldız.

Wer durch die Fußgängerzonen der größeren deutschen Städte geht, begegnet dieser Diversität. Dort hört man verschiedene Sprachen, die Namensschilder der Verkäufer/-innen in traditionsreichen deutschen Warenhausketten, Buchhandlungen und Elektronikmärkten verweisen auf einen Migrationshintergrund ihrer Träger/-innen. Großformatige Angebote von Telefondienstleistern werben damit, besonders günstige Tarife nach Asien oder in die Türkei anzubieten. Imbissbuden verkaufen Currywurst, Pizza, Döner, Gyros, Falafel – zum Teil am gleichen Stand. Unsere Supermarktregale füllen sich zunehmend mit internationalen Produkten. Große Unternehmen besinnen sich bei der Vermarktung ihrer Produkte auf die Vielfalt ihrer Kundschaft und gestalten ihre Werbung entsprechend.

Architektonische Spuren der Einwanderung aus den vergangenen 50 Jahren sind hingegen nicht immer leicht zu finden. Einmal abgesehen von den größeren Moscheebauten, die seit einigen Jahren in Deutschland

entstehen und – erstmals sichtbar – auf die Zuwanderung von Menschen aus muslimischen Ländern verweisen. In den frühen 1960er-Jahren waren Moscheen meist provisorisch in leer stehenden Werkshallen und Hinterhöfen eingerichtet worden und von außen nicht als Gebetsstätten erkennbar. Neubauten waren selten, man nutzte bestehende Strukturen. Auch der unter den Arbeitsmigranten verbreitete Vorsatz, nur vorübergehend in Deutschland zu bleiben, führte dazu, dass kaum nachhaltige bauliche Strukturen geschaffen wurden. Das hat sich seit einigen Jahren geändert, wie sich an den in zahlreichen deutschen Städten entstandenen Moscheebauten ablesen lässt. Aber warum gibt es in Deutschland, wo seit über 50 Jahren Menschen muslimischen Glaubens leben, beispielsweise immer noch kaum muslimische Friedhöfe? Einzelne Friedhöfe in Deutschland haben zwar eine Abteilung für Muslime eingerichtet, doch nach wie vor lassen die meisten der in Deutschland lebenden Muslime ihre verstorbenen Angehörigen in ihren Herkunftsländern bestatten.

Von außen nicht erkennbar ist auch, dass viele Kirchengebäude evangelischer und katholischer Gemeinden aufgrund schwindender Mitgliederzahlen seit einigen Jahren leer stehen – oder umfunktioniert wurden und teilweise von anderen Glaubensgemeinschaften genutzt werden. »Typischerweise handelt es sich bei diesen umfunktionierten Gebäuden um eher unauffällige, abseitig gelegene Bauten«, erklärt Martin Bredenbeck, der seine Doktorarbeit über den bedrohten Gebäudebestand katholischer und evangelischer Gemeinden im Rheinland geschrieben hat.⁴ Der Erhalt ist für viele Gemeinden nicht mehr finanzierbar. So stehen sie vor der Entscheidung: Abriss oder Umnutzung bzw. Vermietung.

Ein Beispiel dafür ist die Maria Ablass Kapelle in der Kölner Nordstadt, inmitten eines Banken- und Versicherungsviertels. Sie wird seit Ende der 1970er-Jahre von der Russisch-Orthodoxen Gemeinde Kölns genutzt, die sich »Gemeinde der Heiligen Konstantin und Helena-Kirche« nennt, wie auf einem Schild am Eingang zu lesen ist. Von außen ist das denkmalgeschützte Gebäude unverändert geblieben. Der Innenraum wurde dagegen der Ausstattung einer orthodoxen Kirche angepasst, dazu gehören die zahlreichen Ikonen, die Ikonostase, der mit Teppichen bedeckte Boden und die weitgehende Entfernung der Bestuhlung.

Auch zahlreiche freikirchliche Gruppen, darunter afrikanische und asiatische, haben leer stehende Kirchengebäude übernommen. So verweisen an der ehemaligen Calvin-Kirche in Düsseldorf koreanische Schriftzeichen auf die inzwischen dort heimische Gemeinde. »Von all diesen einschneidenden Veränderungen ist äußerlich aber immer nur ein Hauch zu sehen«, sagt Martin Bredenbeck. »Ich finde das schade. Kirchen stehen doch in

der Regel so, dass sie gesehen werden sollen. Darum sollte auch gesehen werden, welche Glaubensgemeinschaft jetzt dort beheimatet ist. Das sind doch wichtige Veränderungen in unserer Gesellschaft, die wahrgenommen werden sollten.«

Spurensuche im Grünen

Als Mitarbeiter des Bundes Heimat und Umwelt in Deutschland war Martin Bredenbeck im August 2012 an der Organisation eines Workshops mit dem Titel »Migrantenlandschaften« beteiligt, wo darüber diskutiert wurde, wie Landschaften von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen und geprägt werden. Neben »Stadtlandschaften« ging es dabei auch um Landschaften im eigentlichen Sinne, ländliche Regionen und grüne Areale in der Stadt.

Welche Perspektive und welchen Einfluss Migranten in Deutschland auf den weniger urbanen Raum haben, sei in der historischen Forschung bislang kaum berücksichtigt worden, resümierte Arnd Kolb vom Kölner Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) im Rahmen des Workshops. Im Kontext der heute verstärkter geführten Debatten um die gesellschaftliche Struktur Deutschlands sei es jedoch mehr als angebracht, diese Frage zu beleuchten, verweise sie doch auf eine »elementare Beziehung zwischen Mensch und Raum, worunter die meisten auch den Begriff »Heimat« verorten« würden. Der Metapher des »Wurzelschlagens« komme in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu: Wie gelingt es, in einer fremden Umwelt anzukommen? Und wie gelingt es, ein Stück seiner eigenen Identität und Kultur in diese fremde Umwelt einzubringen?

Für die Arbeitsmigranten, die in den 1960er-Jahren nach Deutschland kamen, sei die »Flucht ins Grüne« ein probates Mittel gewesen, um »der Enge und fehlenden Privatsphäre in den Wohnheimen und dem Lärm und der Isoliertheit am Arbeitsplatz zu entkommen«, so Kolb. »In Parks konnte man sich ohne Aufsicht bewegen, zwanglos Freunde treffen und Kontakt zur Natur herstellen. Manch einer suchte auch das Vertraute in der neuen Umgebung, indem er etwa an Flüssen und Seen eine mentale Verknüpfung zur heimatlichen Landschaft am Meer herstellte – eine emotionale Verbindung zur Heimat gewissermaßen, die die Sehnsucht ein Stück weit stillte.« Die wenigsten Migranten besaßen in den ersten Jahren eigene Gärten. Grünflächen im innerstädtischen Bereich seien knapp und der Zutritt zu Kleingartenvereinen und Schrebergärten mit sozialen Hürden verbunden

gewesen. So seien illegale »Gartenprojekte« entstanden, berichtete Kolb. »Grünflächen wurden illegal »erobert«, auch wenn sie eingekeilt neben Straßen und Bahnlinien lagen. Hier konnte man sein soziales Leben entfalten, produktiv gestalten und sich materiell selbst versorgen.« In den deutschen Supermärkten gab es vor 40, 50 Jahren noch nicht annähernd so viele verschiedene Gemüse- und Obstsorten wie heute. Wer damals das Glück hatte, einen eigenen Garten zu besitzen, nutzte diesen deshalb vor allem, um die aus der Heimat vertrauten Gemüse anzubauen – so erzählen es Zeitzeugen.

Seit einigen Jahren werden auch in den typisch deutschen Schrebergärten internationale Gewächse angepflanzt – nicht immer mit blühendem Erfolg. Im Dezember 2011 berichtete Spiegel Online von einem Kleingartenverein in Schleswig-Holstein, der es sich selbst zur Auflage gemacht hat, »maximal neun von 73 Parzellen an Migranten« zu vergeben.⁵ Die Kleingärtner legten auch fest, wie viele Parzellennachbarn aus welchen Herkunftsnationen erwünscht waren: 25 Prozent Türken und Araber, 25 Prozent Vertreter aus Osteuropa, 50 Prozent Vertreter anderer Nationen. Die nicht herkunftsdeutschen Pächter hatten ihre Parzellen offenbar fälschlicherweise als grüne Idylle, als privaten Rückzugsort verstanden, denn der Vereinsvorstand monierte der Presse gegenüber, »die Migranten« hätten sich auf Versammlungen zu selten blicken lassen, manchmal hätten sie auch ihre Nachbarn nicht begrüßt. Einige Mitglieder des Vereins hätten Probleme damit, dass viele Migranten nicht am Vereinsleben teilnahmen und sich abschotteten. – In einem anderen Kleingartenverein, zwei Kilometer entfernt, bauen Menschen aus elf Nationen Gemüse an und stellen Gartenzwerge zwischen die Blumen und Salatköpfe. Hier denke niemand an eine Quote, die Nachbarschaft sei gut, es gebe regelmäßig gemeinsame Feste, die Kinder spielten miteinander, äußerte der Vorsitzende gegenüber Spiegel Online. Berichtet wird auch, dass in diesem Verein schon seit Jahren auch Kleingärtner mit Migrationshintergrund im Vereinsvorstand vertreten seien. Vielleicht hat das eine mit dem anderen zu tun.

In Göttingen starteten bosnische Flüchtlingsfrauen in den 1990er-Jahren das Pilotprojekt »Internationale Gärten«, das bis heute, im wahrsten Sinne, wächst und gedeiht: Sie schufen Gärten, in denen Familien aus verschiedenen Ländern und unterschiedlicher Religionszugehörigkeit miteinander arbeiten, ausspannen und feiern. 1998 entstand der gleichnamige Verein. Mittlerweile sind in Deutschland fast einhundert Gärten nach diesem Modell entstanden. Verbunden sind die Betreiber über die Münchner »Stiftung Interkultur«, die das »Netzwerk Interkulturelle Gär-

ten« aufgebaut hat und bei der Erstellung neuer Gärten hilft. Im Sommer 2012 fand in Köln das erste bundesweite Treffen der »urbanen Gartenprojekte« statt. Arnd Kolb (DOMiD) sieht in den Gärten ein Zeichen der »gelebten Integration im Grünen«. Dort werde nicht nur angepflanzt und geerntet, sondern vor allem erfolgreich Integrationsarbeit geleistet: »Einheimische und (Noch-)Fremde kommen zusammen, alte Pflanzenarten werden neben neuen angebaut, und so kommt man über geistige Zäune ins Gespräch – eine Möglichkeit, beide Seiten zu entdecken.«

In mehrfacher Hinsicht ist das eine Gelegenheit, unterschiedliche Wurzeln, Lebensarten und Sichtweisen kennenzulernen. Mitunter sind unterschiedliche Bedeutungen an bestimmte Pflanzen geknüpft. In der Türkei schmunzelt man zum Beispiel über die Deutschen, die im Sommer gerne Sonnenblumen verschenken, um sie in eine Vase zu stellen. In ihren Augen könnten wir genauso gut Möhren zu einem Blumenstrauß binden, denn *Çekirdek* (Sonnenblumenkerne) werden in der Türkei geknabbert, und zwar auf eine besondere Weise. Die Kerne werden mit einem kurzen Biss aufgeknackt und das essbare Innere im Mund von der Schale befreit. In den Kernen der Sonnenblume liegt für viele Menschen aus der Türkei eine Erinnerung an vertraute Momente, Gemeinschaft, Entspannung – ganz unabhängig von realen Orten.

Anmerkungen

- 1 Elizabeta Jonuz/Erika Schulze, Vielfalt als Motor städtischer Entwicklung. Das Beispiel der Keupstraße in Köln, in: Wolf-Dietrich Bukow u. a. (Hrsg.), Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft, Wiesbaden 2011, S. 33–48.
- 2 www.migrationsroute.nrw.de/erinnerungsort.php?erinnerungsort=köln (Zugriff am 5.6.2013).
- 3 Siehe online unter: www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/dokus/route_der_migration_bf_neu.pdf?start&ts=1340282042&file=route_der_migration_bf_neu.pdf (Zugriff am 5.6.2013).
- 4 Martin Bredenbeck, Die Zukunft von Sakralbauten im Rheinland, Regensburg 2013.
- 5 www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/schleswig-holstein-kleingartenverein-beschliesst-hoehchstquote-fuer-migranten-a-802561.html (Zugriff am 11.8.2013).

Kleine Chronik des Einwanderungslandes Deutschland

- ab 1880** »Ruhrpolen«
Aus dem früheren Königreich Polen, aus Masuren, der Kaschubei und Oberschlesien werden Arbeiter ins Ruhrgebiet geholt, um dort in Bergbau, Industrie und Landwirtschaft zu arbeiten. Polnische Nachnamen sind im Ruhrgebiet heute Normalität.
- 1929** **Weltwirtschaftskrise**
- 1933–1945** **Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg**
Adolf Hitler wird am 30. Januar deutscher Reichskanzler. Die rassistische NS-Ideologie grenzt Teile der Bevölkerung als nicht zur »Volksgemeinschaft« gehörig, als »Fremdvölkische« und »Gemeinschaftsfremde« brutal aus. Unter dem nationalsozialistischen Regime werden etwa 6 Millionen Juden ermordet, außerdem Roma und Sinti, Behinderte, Kommunisten und Sozialdemokraten, Homosexuelle, Zeugen Jehovas und andere Minderheiten oder Andersdenkende. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endet der Krieg in Europa. Die Siegermächte teilen Deutschland in vier Besatzungszonen ein. Ein ideologischer Konflikt zwischen den Westmächten unter Führung der USA und dem Ostblock unter Vormachtstellung der Sowjetunion, zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft, führt zum sogenannten Kalten Krieg.
Mehr als 80 Staaten weltweit nehmen während der NS-Zeit rund eine halbe Million Flüchtlinge aus Deutschland auf. Etwa 12 Millionen Deutsche werden zu Kriegsende aus Osteuropa evakuiert, fliehen, werden vertrieben oder deportiert.
- 1948** **Währungsreform und Beginn des sogenannten Wirtschaftswunders**
Die inflationäre Reichsmark-Währung wird durch die Deutsche Mark abgelöst. Ludwig Erhard, der ein Jahr später, 1949, sein Amt als Wirtschaftsminister im Kabinett Adenauer antritt und in den west-

lichen Besatzungszonen die Wirtschafts- und Währungsreform voranbringt, gilt mit seinem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als »Vater des Wirtschaftswunders«, wie der rasche wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik in den 1950er-Jahren häufig bezeichnet wird.

- 1949 **Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR**
- 1955 **Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien**
Am 20. Dezember 1955 schließt Deutschland mit Italien ein Anwerbeabkommen, dem ähnliche Vereinbarungen mit anderen südeuropäischen Ländern folgen. Es regelt die Auswahlkriterien für die Bewerber vor Ort, aber auch Fragen wie Organisation und Kostenübernahme für die Anreise, Bezahlung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter oder Familiennachzug.
- 1960 **Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien**
- 1960 **Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Griechenland**
- 1961 **Bau der Berliner Mauer**
- 1961 **Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei**
Das Anwerbeabkommen mit der Türkei (wie später auch mit Tunesien und Marokko) legt zunächst fest, dass nur unverheiratete Personen angeworben werden, ein Familiennachzug oder die Familienzusammenführung ausgeschlossen ist, eine Gesundheitsprüfung und eine Eignungsuntersuchung für die anzunehmende Arbeit erfolgen müssen. Für die Aufenthaltsdauer in Deutschland wird eine zeitliche Obergrenze von zwei Jahren festgeschrieben
- 1963 **Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Marokko**
- 1964 **Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal**
- 1964 **Der millionste Gastarbeiter**
Auf dem Bahnhof Köln-Deutz wird der millionste Gastarbeiter in Deutschland begrüßt: Der Portugiese Armando Sá Rodrigues bekommt ein Moped überreicht.
- 1964 **Der WDR strahlt die erste türkischsprachige Sendung aus: »Köln Radyosu« (Das Kölner Radio).**

- 1965 Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Tunesien**
- 1965 Erstes deutsches Ausländergesetz**
Das erste Ausländergesetz sichert den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern alle Grundrechte zu, die laut Grundgesetz nicht nur deutschen Staatsbürgern vorbehalten sind, wie beispielsweise das Versammlungsrecht und das Recht auf freie Berufswahl. Die Regelung des Aufenthaltsrechtes für »Gastarbeiter« und ihre Familien überlässt es den Ausländerbehörden: Diese sollen weiterhin im Einzelfall nach »sorgfältiger Prüfung« darüber entscheiden, ob ein Verbleib des jeweiligen Antragstellers nach Ablauf der Laufzeit des ersten Arbeitsvertrages erwünscht erscheint.
- 1966 Pendlerabkommen zwischen der DDR und Polen**
- 1968 Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien**
- 1969 Der millionste Gastarbeiter aus Südosteuropa**
Der aus Konya in Zentralanatolien stammende İsmail Bahadır wird als der millionste »Gastarbeiter aus dem südosteuropäischen Raum« am Münchner Hauptbahnhof willkommen geheißen und erhält einen Fernseher als Geschenk.
- 1969 Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südkorea**
- 1973 Anwerbestopp in der Bundesrepublik Deutschland**
Die Rezession der bundesrepublikanischen Wirtschaft in den Jahren 1966/67 lässt die Anwerbestrebungen von Arbeitskräften aus der Türkei zurückgehen. Am 23. November 1973 beschließt die Bundesregierung einen Anwerbestopp, der sämtliche Anwerbeländer betrifft. Für Gastarbeiter, die bereits im Land leben – unter ihnen etwa 600 000 Türken –, hat der Anwerbestopp keine Auswirkungen. Viele von ihnen bleiben in Deutschland. Der gesetzlich geregelte Familiennachzug gewährt ihnen, ihre Angehörigen zu sich zu holen.
- 1973 Abkommen der DDR mit Vietnam über sogenannte Vertragsarbeiter**
- 1974 Anwerbeabkommen der DDR mit Algerien**
- 1974 Arbeitsverbot für zureisende Familienangehörige**
Familienangehörige von Gastarbeitern, die nach dem 30. November 1974 in die Bundesrepublik einreisen, werden mit einem Arbeitsverbot belegt.

- 1975** **Ausreisegenehmigung aus Polen für Deutschstämmige**
Polen gestattet die Ausreise von 161 000 deutschstämmigen Aussiedlern in die Bundesrepublik.
- 1977** **Ausreisegenehmigung aus Rumänien für Deutschstämmige**
Rumänien gestattet die Ausreise von 10 000 bis 13 000 Deutschstämmigen pro Jahr gegen ein sogenanntes Kopfgeld.
- 1979** **Kühn-Memorandum**
Als Meilenstein in der Integrationspolitik der Bundesrepublik gilt der erste Bericht des 1978 gegründeten Amtes des Ausländerbeauftragten, dessen erster Leiter Heinz Kühn wird. Die Kernaussage des nach ihm benannten Papiers: Deutschland ist ein Einwanderungsland, das den »Gastarbeitern« eine dauerhafte Integration ermöglichen müsse. Darunter fasst das Memorandum unter anderem die unbeschränkte Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis für ausländische Jugendliche, das Recht auf Einbürgerung für in Deutschland geborene oder aufgewachsene Jugendliche aus Zuwandererfamilien, die Erteilung des kommunalen Wahlrechts nach längerem Aufenthalt sowie die volle rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Ausländern in Deutschland.
- 1980** **Anwerbeabkommen der DDR mit Vietnam und Mosambik**
- 1981** **Heidelberger Manifest**
15 deutsche Hochschulprofessoren warnen im Juni in einem Manifest vor einer »Unterwanderung des deutschen Volkes« und einer »Überfremdung« der deutschen Sprache, der Kultur und des »Volks­tums«. Mehrere Zeitschriften drucken das Manifest im Wortlaut ab. Im Februar 1982 unterzeichnet eine 24-köpfige Professorengruppe der Ruhr-Universität Bochum ein Gegenmanifest zur Völkerverständigung.
- 1982** **Selbstverbrennung Semra Ertan**
Die 25-jährige türkeistämmige Migrantin Semra Ertan verbrennt sich auf dem Hamburger Marktplatz. Als Grund nennt sie im Vorhinein die wachsende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland.
- 1983** **Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern**
Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen bietet die Bundesregierung ausländischen Arbeitskräften finanzielle Anreize für eine Rückkehr in ihre Heimat. Ehemalige Gastarbeiter, die arbeitslos geworden sind, können eine Rückkehrhilfe in Höhe von 10 500 DM plus 1 500 DM je Kind beantragen. Bis Mitte Januar 1984 gehen 3 200 Anträge für eine Rückkehrprämie ein, zu mehr als vier Fünfteln von Türken.

- 1985** **Buch- und Filmprojekt »Ganz unten«**
Der Kölner Journalist Günter Wallraff verkleidet sich als türkischer Arbeiter und veröffentlicht seine mit einer versteckten Kamera dokumentierten Erfahrungen in der deutschen Arbeitswelt in seinem Buch »Ganz unten«. Die Publikation löst breite Debatten aus, die vorübergehend zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Wallraffs Buch wird in 38 Sprachen übersetzt.
- 1986** **Abkommen der DDR mit China über sogenannte Vertragsarbeiter**
- 1989** **Ausländerfeindlichkeit**
Die rechtsextreme Partei der »Republikaner« betreibt Wahlkampfwerbung mit Bildern türkischer Familien, die mit Musik aus dem Film »Spiel mir das Lied vom Tod« unterlegt sind. Im Januar wird die Partei mit 7,5 Prozent der Stimmen erstmals in das Abgeordnetenhaus von Westberlin gewählt.
- 1990** **Deutsche Vereinigung**
Im Laufe der friedlichen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik fällt im November 1989 die Berliner Mauer; am 3. Oktober 1990 tritt die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei, die Deutsche Einheit wird vollzogen. Damit endet nach über vier Jahrzehnten die deutsche Teilung.
- 1990** **Gründung des DOMiD**
In Köln wird das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) gegründet. Gesammelt werden dort sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Zeugnisse (u. a. Text- und Tondokumente, Alltagsgegenstände), die die Einwanderung nach Deutschland seit dem ersten Anwerbeabkommen dokumentieren.
- 1990** **Eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt seit dem Fall der Mauer**
Der aus Angola stammende Arbeiter Amadeo Antonio Kiowa wird im November von Neonazis in Eberswalde wegen seiner Hautfarbe zu Tode geprügelt.
- 1991** **Entscheidung über die Aufnahme jüdischer Immigranten aus der Sowjetunion als Kontingentflüchtlinge**
- 1991** **Neues Ausländergesetz**
Ein neues Ausländergesetz verschafft vielen ehemaligen Gastarbeitern und ihren Familien mehr Rechtssicherheit. Wer seit acht Jahren rechtmäßig im Land lebt, für seinen Lebensunterhalt sorgt und binnen der letzten drei Jahre nicht straffällig wurde, hat fortan Anspruch auf einen dauerhaften Aufenthalt.

1991/92/93 Brandanschläge und Morde in Mölln, Solingen und anderen Städten in Deutschland

Die fremdenfeindliche Gewalt nimmt eine neue Dimension an. In den neuen Bundesländern greifen Jugendliche 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock unter dem Jubel applaudierender Anwohner Ausländerwohnheime an. Bald zeigt sich, dass das Problem nicht auf die östlichen Bundesländer begrenzt bleibt: Ende 1992 sterben zwei Mädchen, Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz, und ihre Großmutter Bahide Arslan bei einem Mordanschlag in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln. Ein halbes Jahr später fallen drei Mädchen, Gülüstan Öztürk, Saime und Hülya Genç, und zwei Frauen, Hatice Genç und Gürsün Ince, einem Brandanschlag in Solingen (NRW) zum Opfer.

1993 »Asylkompromiss« zwischen CDU/CSU, FDP und SPD

Einschränkung des Grundrechts auf Asyl und Einführung des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes

1998 Grenze der Belastbarkeit

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) diagnostiziert kurz nach seinem Amtsantritt: »Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.«

1998/99 Unterschriftenaktion der CDU/CSU

gegen die von der rot-grünen Bundesregierung geplante Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts (»Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit«). Im Rahmen des hessischen Landtagswahlkampfes 1999 kommt es an mehreren Orten zu Protestaktionen und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen; im Bundesrat wird anschließend ein abgeschwächter Reformvorschlag beschlossen.

1999 50-jähriges Bestehen der Bundesrepublik

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundesrepublik findet im Martin-Gropius-Bau in Berlin die Ausstellung »Einigkeit und Recht und Freiheit – Wege der Deutschen 1949–1999« statt. Sie zeigt auch das Moped, das dem millionsten Gastarbeiter bei seiner Ankunft in Köln-Deutz 1964 überreicht wurde. Es wird heute im Haus der Geschichte in Bonn aufbewahrt.

2000 Neues Staatsangehörigkeitsrecht

Erstmals werden Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen automatisch Deutsche, wenn sie in Deutschland geboren werden. Allerdings müssen sie sich bis zum 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie den deutschen Pass oder den Pass des Herkunftslandes ihrer Eltern behalten wollen. Erwachsene Ausländer erhalten

nach acht Jahren rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland einen Anspruch auf Einbürgerung. Voraussetzung ist, dass sie Deutsch sprechen, die deutsche Gesellschaft kennen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten.

2000

»Berliner Rede«

des Bundespräsidenten Johannes Rau im Haus der Kulturen der Welt in Berlin: »Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben«

2000

Leitkultur-Debatte

Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU im Bundestag, fordert in der Zeitung Die Welt Regeln für Einwanderung und Integration als freiheitlich-demokratische deutsche Leitkultur; er wendet sich gegen Multikulturalismus – und löst eine breite Debatte um Sinn und Gestalt einer deutschen Leitkultur aus.

2001

Anschläge auf das World Trade Center in New York

Bei Anschlägen von islamistischen Terroristen auf das US-amerikanische Finanzzentrum am 11. September 2001 sterben mehr als 3000 Menschen. Weltweit werden daraufhin Sicherheitsvorkehrungen und -gesetze massiv verschärft. Die Vereinigten Staaten reagieren mit einem Militärschlag gegen Afghanistan. Auch in Deutschland gerät der Islam stärker als je zuvor in den Fokus des Interesses: Die Skepsis gegenüber Menschen muslimischen Glaubens nimmt zu, bis hin zu einer messbar gestiegenen Islamfeindlichkeit – andererseits steigt auch das Interesse am Islam. Die Kommunen treten zunehmend mit »ihren« Muslimen in einen Dialog; immer mehr der meist in Hinterhöfen wirkenden Moscheevereine bauen und gründen weithin sichtbare islamische Gebetshäuser. Auch die islamwissenschaftlichen Studiengänge an deutschen Universitäten erleben nach dem 11. September einen nie gekannten Zulauf.

2003

Sogenanntes Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

2004

Ausgezeichnet: Fatih Akın

Der deutsch-türkische Filmregisseur, Drehbuchautor, Schauspieler und Produzent Fatih Akın, Sohn türkischer Gastarbeiter, gewinnt mit »Gegen die Wand« den Goldenen Bären der Berlinale, den Deutschen Filmpreis sowie den Europäischen Filmpreis und erringt internationale Aufmerksamkeit.

2004

Beschluss der Kultusministerkonferenz

In einem Beschluss der Kultusministerkonferenz heißt es: Lehrer sollen die »kulturelle und soziale Vielfalt in der jeweiligen Lerngruppe

beachten«. Lehramtsabsolventen sollen »interkulturelle Dimensionen bei der Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen« kennen.

2004 Kopftuch-Verbot im Unterricht

Sieben Bundesländer erklären in der Folge des sogenannten Kopftuch-Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 2003 das Kopftuch zum religiösen Symbol und verbieten das Tragen im Unterricht an staatlichen Schulen.

2005 Erstes Landesministerium für Integration

Nordrhein-Westfalen richtet als erstes Bundesland ein Ministerium für Integration ein. Erster Amtsinhaber wird Armin Laschet (CDU).

2005 Neues Zuwanderungsgesetz

Das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung ersetzt das Ausländergesetz von 1991. Vor allem Hochqualifizierte können sich nun leichter in Deutschland niederlassen. Bei Flüchtlingen werden auch nicht-staatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgründe anerkannt. Aber auch die Abschiebung von Ausländern, die als Sicherheitsrisiko gelten, wird erleichtert. Auch sogenannte Hassprediger, Schleuser und Funktionäre verbotener Vereine können schneller abgeschoben werden. Zuvor sechs verschiedene Aufenthaltstitel werden durch zwei ersetzt: durch eine befristete Aufenthalts- und eine unbefristete Niederlassungserlaubnis.

2005 »Mensch mit Migrationshintergrund«

Mit der Ratifizierung des Zuwanderungsgesetzes führt das Statistische Bundesamt den Begriff »Mensch mit Migrationshintergrund« ein. Gemeint sind damit »alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil«.

2006 Integrationsgipfel

Bundeskanzlerin Angela Merkel macht das Thema Integration zur Chefsache. Rund 80 Teilnehmer, darunter 30 Vertreter von Migrantenverbänden, kommen zum ersten Integrationsgipfel ins Bundeskanzleramt. Beschlossen wird ein »Nationaler Integrationsplan« mit etwa 400 Selbstverpflichtungen seitens des Staates, aber auch der Selbstorganisationen, der später in ein »Bundesweites Integrationsprogramm« fortentwickelt wird. Hintergrund sind vor allem die schlechteren Bildungschancen und -resultate von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien.

- 2006** **Deutsche Islam Konferenz (DIK)**
Die vom Bundesinnenministerium ins Leben gerufene Deutsche Islam Konferenz soll die Integration der Muslime in Deutschland voranbringen und den Dialog mit ihnen verbessern. Die DIK, die sich aus Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, islamischen und türkischen Verbänden sowie muslimischen Einzelpersonen zusammensetzt, tagt seit 2006 etwa einmal im Jahr. Zu ihren Themen gehören der islamische Religionsunterricht an Schulen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Prävention islamistischer Strukturen und Tendenzen.
- 2007** **Zuwanderungsrecht mit neuen Auflagen**
Die Bundesregierung verschärft das Zuwanderungsrecht. Ehepartner, die nach Deutschland nachziehen wollen, müssen fortan einfache Deutschkenntnisse nachweisen. Wer kein Deutsch spricht, muss in der Heimat einen Sprachkurs belegen. Mit der Reform will die Bundesregierung den Nachzug zwangsverheirateter Frauen verhindern und die Integration bereits in Deutschland lebender Zuwanderer fördern. Türkische Verbände protestieren heftig und sagen für das laufende Jahr ihre Teilnahme am Integrationsgipfel ab.
- 2008** **Erster deutscher Parteivorsitzender mit türkischen Wurzeln**
Cem Özdemir, der als Sohn einer Gastarbeiterfamilie in Baden-Württemberg aufwuchs und sich selbst als »anatolischen Schwaben« bezeichnet, wird im November 2008 der erste türkeistämmige Parteivorsitzende in Deutschland (Bündnis 90/Die Grünen).
- 2009** **Im Gerichtssaal getötet: Marwa Ali El-Sherbini**
Die Ägypterin Marwa Ali El-Sherbini wird im Saal eines Dresdener Gerichts erstochen. Der russlanddeutsche Täter war wegen fremdenfeindlicher Beleidigung von El-Sherbini verurteilt worden.
- 2010** **Erste türkeistämmige Ministerin**
Die als Tochter eines Gastarbeiters in Hamburg geborene CDU-Politikerin Aygül Özkan wird Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen. Sie ist die erste türkeistämmige und muslimische Ministerin der Republik. Im Jahr darauf wird die in Malatya (Ostanatolien) geborene Bilkay Öney (SPD) Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg.
- 2010** **Erste »Tagesschau«-Sprecherin mit griechischen Wurzeln**
Linda Zervakis wird die erste »Tagesschau«-Sprecherin, deren Eltern als Gastarbeiter nach Deutschland kamen. 2013 spricht die gebürtige Hamburgerin erstmals die Hauptausgabe um 20 Uhr. Die »Tagesschau« werde damit »jünger, weiblicher und internationaler«, so ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke.

- 2010** **»Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland«**
In seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit warnt der damalige Bundespräsident Christian Wulff vor der Ausgrenzung von Migranten und dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Deutschland. Der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland. Schon Goethe habe vor 200 Jahren festgestellt: »Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.«
- 2010** **Sarrazin-Debatte**
Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« erscheint. Der Autor warnt darin vor den Folgen, die sich seiner Meinung nach aus der Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern ergeben könnten, angesichts des demografischen Wandels in Deutschland und einer wachsenden Unterschicht. Das Buch wird 1,5 Millionen Mal verkauft (Stand Januar 2012). Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan veröffentlicht im gleichen Jahr mit ihrem Forschungsteam das Dossier »Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland«.
- 2011** **Neonazi-Mordserie**
Mit dem Tod der Neonazis Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt wird im November die Existenz des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) aufgedeckt. Acht türkeistämmige und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer sowie eine Polizistin fielen zwischen 2000 und 2007 einer Mordserie der rechtsterroristischen Vereinigung zum Opfer. Auch zwei Sprengstoffanschläge werden dem NSU zugerechnet. Das Motiv der Täter war »Fremdenhass«. Die Ermittlungen hatten sich zuvor viele Jahre auf das familiäre und soziale Umfeld der Opfer konzentriert, obwohl es auch Hinweise darauf gab, dass die Täter aus der rechtsextremen Szene kommen.
- 2011** **Unwort des Jahres**
Der rassistische Begriff »Döner-Morde« zur Bezeichnung der NSU-Mordserie wird zum Unwort des Jahres bestimmt.
- 2012** **Anerkennungsgesetz**
Seit April 2012 können im Ausland erworbene Hochschulabschlüsse in Deutschland überprüft und anerkannt werden.
- 2012** **Beschneidungsgesetz**
Nach einer breiten öffentlichen Debatte beschließt der Deutsche Bundestag ein Gesetz, das die religiöse Beschneidung hierzulande weiter erlaubt: Der Eingriff soll zulässig sein, wenn er »nach Regeln der ärztlichen Kunst« erfolgt.

- 2013 Medienbild von muslimischen Zuwanderern in Deutschland**
Eine Untersuchung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) ergibt, dass in den Augen der Befragten, unter ihnen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, vor allem Muslime in der Berichterstattung in deutschen Medien »schlecht wegkommen«.
- 2013 UN rügt Deutschland**
Der Antirassismus-Ausschuss der UN rügt Deutschland wegen der Einschätzung der Ausführungen Thilo Sarrazins als freie Meinungsäußerung aus Sicht der Staatsanwaltschaft. Durch die Einstellung des Ermittlungsverfahrens habe Deutschland gegen das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung verstoßen.
- 2013 Beginn des NSU-Prozesses in München**
Beate Zschäpe wird angeklagt, sich zwischen 2000 und 2007 als Mittäterin an der Ermordung von zehn Menschen beteiligt zu haben. Auch sieht es die Bundesanwaltschaft als erwiesen an, dass sich Beate Zschäpe bei zwei Sprengstoffanschlägen in Köln in den Jahren 2001 und 2004 als Mittäterin des versuchten Mordes schuldig gemacht hat.
- 2013 »Wir wollen ein Integrationsland sein«**
Beim Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt – mit Ministern, Vertretern von Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Verbänden – erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel: »Wir wollen ein Integrationsland sein.« Die Vorurteile gegenüber Zuwanderern müssten »raus aus den Köpfen«, die Menschen in Deutschland sollten eine »bestimmte geistige Offenheit« entwickeln. Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnt Merkel ab.
Mit Blick auf die rassistische Mordserie der Terrorzelle NSU und den Brandanschlag von Solingen im Jahr 1993 sagt die Bundeskanzlerin, Deutschland habe schlimme Rückschläge erlebt, es werde aber alles daran gesetzt, dass sich dies nicht wiederhole.
- 2013 »Zuwanderer besser ausgebildet als Deutsche«**
Laut einer Studie des Arbeitsmarktforschers Herbert Brücker im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, die im Mai 2013 veröffentlicht wird, verfügen Einwanderer in die Bundesrepublik inzwischen über ein höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau als die deutsche Stammbevölkerung. Demnach haben heute 43 Prozent der Neuzuwanderer zwischen 15 und 65 Jahren einen Meister-, Hochschul- oder Technikerabschluss. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund gelte dies nur für 26 Prozent. Die Frankfurter All-

gemeine Zeitung berichtet über die Studie unter der Überschrift »Zuwanderer besser ausgebildet als Deutsche«.

2013

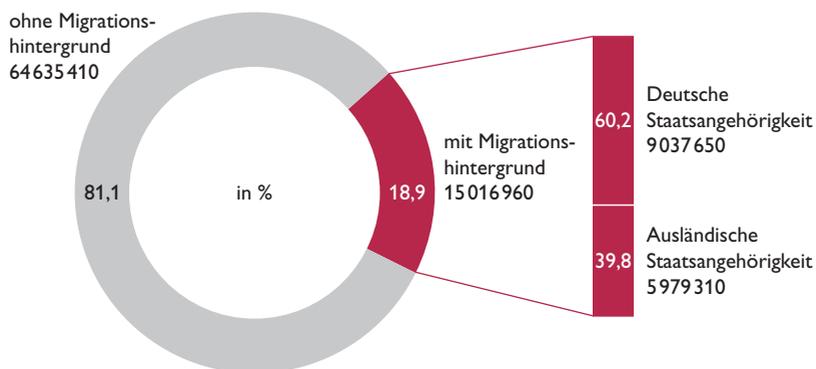
»Ohne die Migranten hat Deutschland keine Zukunft«

Zu den Ende Mai 2013 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen des Zensus 2011 schreibt Jan Bielicki in einem Kommentar für die Süddeutsche Zeitung, der Zensus belege »eindrucksvoll die Bedeutung der Migranten für das Einwanderungsland Deutschland«. Fast jeder fünfte Einwohner hat demnach einen Migrationshintergrund – und: »Die Hälfte von ihnen ist hier schon länger als zwanzig Jahre zu Hause.« Dazu kommt: »Fast jeder vierte Einwohner ohne, aber nur knapp jeder zehnte mit Migrationshintergrund ist bereits im Rentenalter. Umgekehrt stammt jedes vierte Kind von Einwanderern ab. Ohne die Migranten hat Deutschland keine Zukunft.«

Statistiken zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland

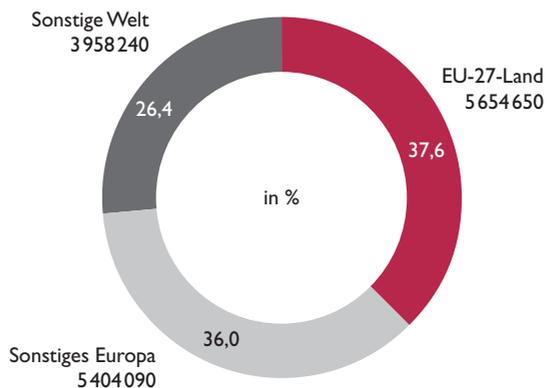
Als Personen mit »Migrationshintergrund« werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder »alle zugewanderten und nicht-zugewanderten Ausländer/-innen sowie alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 (...) zugewanderten Elternteil« definiert.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund, nach Staatsangehörigkeit 2011



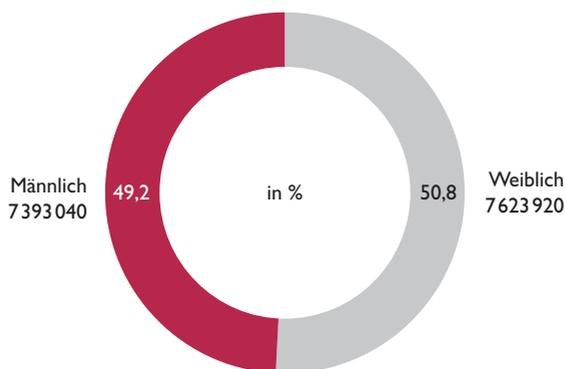
© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregionen 2011



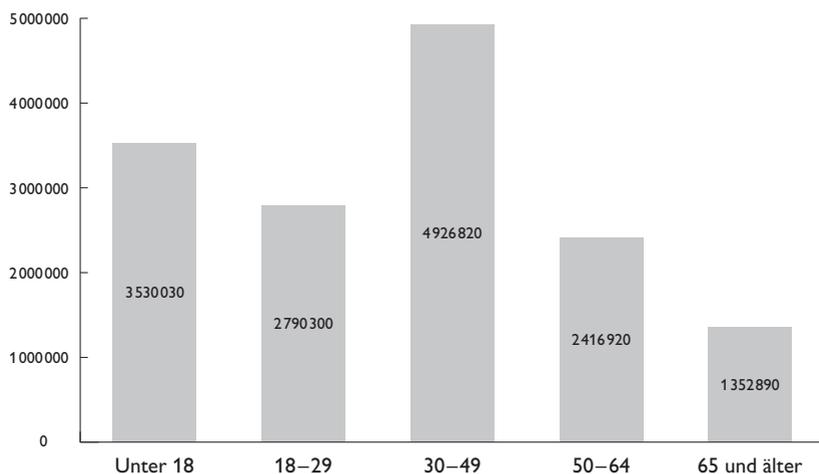
© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Geschlecht 2011



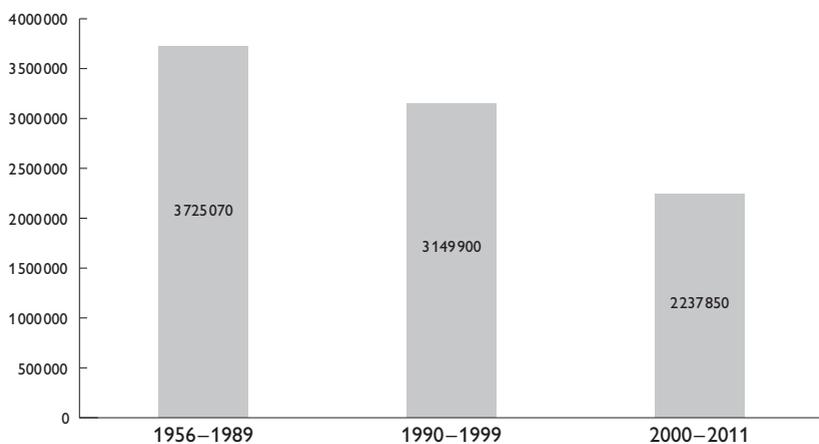
© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Alter 2011



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Zuzugsjahr 2011



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013

Die Autorinnen, Interviewpartnerinnen und Autoren

Karlies Abmeier, geboren 1953 in Münster, studierte von 1972 bis 1978 Geschichte und Germanistik in Münster, München, Cambridge und Bonn; 1984 wurde sie promoviert. Von 1993 bis 1995 Geschäftsführerin der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte in Bonn; von 2003 bis 2007 Mitarbeiterin des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Berlin; seit 2007 Koordinatorin für Religion und Wertorientierung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Johanna Ahlrichs, 1984 in Hannover geboren, absolvierte die Studiengänge Europastudien und Interkulturelle Kommunikation an der Universität Bremen und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Seit Oktober 2010 ist sie am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung tätig, wo sie unter anderem beteiligt war an dem Projekt »Aktueller Stand der Darstellung von Islam und Muslimen in Schulbüchern europäischer Länder«. Sie arbeitet derzeit an ihrer Dissertation zum Thema »Angewandte Geschichte(n): Erinnerungspraktiken im Schulalltag«.

Matthias Drobinski, 1964 in Weingarten geboren, Studium der Geschichte, katholischen Theologie und Germanistik in Gießen und Mainz, Ausbildung an der Hamburger Henri-Nannen-Journalistenschule, seit 1993 Redakteur bei »Publik-Forum«, seit 1997 bei der Süddeutschen Zeitung in der Redaktion Innenpolitik zuständig für die Bereiche Religion und Kirche; 2006 Verleihung des Herbert-Haag-Preises.

Naika Foroutan, geboren 1971 in Boppard, Studium der Politikwissenschaften, Romanistik und Islamwissenschaften in Köln; 2004 Promotion in Göttingen; 2006 bis 2009 Lehrauftrag an der Arbeitsstelle Vorderer Orient des Otto-Suhr-Instituts der Humboldt-Universität Berlin; seit 2008 Leiterin des VW-Forschungsprojekts »Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle/HEYMAT«

Die Autorinnen, Interviewpartnerinnen und Autoren

an der HU Berlin; Leiterin der Forschungsgruppe Junge Islambezogenen Themen in Deutschland im Rahmen der »Jungen Islam Konferenz« (JIK).

Barbara John, geboren 1938 in Berlin, wuchs als Tochter schlesischer Einwanderer in Berlin-Kreuzberg auf. 1981 wurde die Hochschulassistentin für Deutsch als Zweitsprache an der FU Berlin von Richard von Weizsäcker in Berlin zur ersten Ausländerbeauftragten eines Bundeslandes berufen (bis 2003). An der Humboldt-Universität zu Berlin lehrt sie als Honorarprofessorin am Institut für Europäische Ethnologie. Sie ist Mitglied des Expertengremiums für die Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin und seit 2007 Vorsitzende des Beirats der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. 2012 wurde Barbara John Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der rassistischen NSU-Morde und für die Opfer der Attentate.

Anetta Kahane, 1954 in Ost-Berlin geboren, warnte als erste und einzige Ausländerbeauftragte des Magistrats von Ost-Berlin eindringlich vor den Gefahren des Rechtsextremismus. 1991 gründete sie die »Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule« (RAA) für die neuen Bundesländer. 1998 gründete sie die Amadeu Antonio Stiftung, deren hauptamtliche Vorsitzende sie heute ist. 2002 wurde sie mit dem Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin ausgezeichnet.

Stefan Keim, 1967 in Hagen geboren, ist Schauspieler, Autor, Journalist und Moderator. Er studierte Journalistik an der Universität Dortmund sowie Geschichte und Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum.

Jens Kirschneck, 1966 in Minden geboren, Journalist seit den frühen 1990er-Jahren, zuerst bei der Wochenzeitung Bielefelder StadtBlatt, später für die Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und andere. Parallel langjährige Erfahrungen als Lesebühnenautor. Seit 2005 ist er Redakteur beim Fußballmagazin 11FREUNDE in Berlin, seit 2007 als Chef vom Dienst.

Karl-Heinz Meier-Braun, 1950 in Leer geboren, ist Leiter der Fachredaktion »SWR International« beim Südwestrundfunk in Stuttgart und Integrationsbeauftragter des Senders. Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Experte zum Thema Migration, Buchautor, Wissenschaftler, stellvertretender Vorsitzender des Rats für Migration (RfM). Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

Heribert Prantl, 1953 in Nittenau/Oberpfalz geboren, studierte Rechtswissenschaften, Geschichte und Philosophie, zugleich absolvierte er eine journalistische Ausbildung. Prantl war als Rechtsanwalt, Richter, Staatsanwalt und als Pressesprecher des Landgerichts Regensburg tätig, bevor er 1988 als Redakteur zur Süddeutschen Zeitung ging. Heute leitet er dort das Ressort Innenpolitik und ist seit 2011 Mitglied der Chefredaktion.

Anton Rütten, 1952 in Köln geboren, studierte Sozialwissenschaften, Pädagogik und Philosophie an den Universitäten Köln und Wuppertal. Nach beruflichen Stationen in der Sozialen Arbeit und der Kindheits- und Jugendforschung ist er seit 1987 für die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen tätig, seit 2010 als Leiter der Abteilung Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Hacı Halil Uslucan, 1965 in Kayseri geboren, studierte Psychologie, Philosophie, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wo er 1999 promovierte. Uslucan war unter anderem Mitglied der »Deutschen Islam Konferenz«. Er hat den islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen und für das Land Nordrhein-Westfalen Gewaltpräventionsprojekte wissenschaftlich begleitet und ist seit 2010 Inhaber der Professur »Moderne Türkei« an der Universität Duisburg-Essen und Wissenschaftlicher Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung.

Linda Zervakis, 1975 in Hamburg geboren, arbeitete als Texterin für eine Werbeagentur, bevor sie Hörfunk- und Fernsehjournalistin wurde. 2001 begann sie beim NDR als Nachrichtensprecherin und Redakteurin. 2010 wurde sie Sprecherin der »Tagesschau«, seit 2013 in der Hauptausgabe um 20 Uhr. Zervakis ist die Tochter griechischer Eltern und besitzt die deutsche und die griechische Staatsbürgerschaft.

Die Herausgeberin

Dorte Huneke, 1975 in Köln geboren, studierte Anglistik, Amerikanistik und Neuere Deutsche Literaturwissenschaft in Bonn und Berlin. Seit 2001 arbeitet sie als freie Autorin und Übersetzerin, mit Stationen in Berlin, Istanbul, Bochum. 2010 kuratierte sie mit einem deutsch-türkischen Team die Wanderausstellung »Erinnerungen an eine neue Heimat – Aus dem Leben deutscher Istanbulerinnen und türkischer Berlinerinnen« (unterstützt u. a. von der Allianz Kulturstiftung, dem Goethe-Institut und der Konrad-Adenauer-Stiftung). Mit Jeannette Goddar veröffentlichte sie 2011 den Band »Auf Zeit. Für immer – Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich«. Sie ist Mitbegründerin des Netzwerks »proZeile« und arbeitet als Projektleiterin für das KulturForum TürkeiDeutschland e. V. in Köln.

Bildnachweis

- S. 29: Dorte Huneke
- S. 53: Dirk Enters
- S. 57: Henning Semat
- S. 62: Henning Semat
- S. 79: © Joanna Cotreanti Piktogram, Berlin/www.piktogram.eu
- S. 84: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- S. 87: Helmut Bettenhausen
- S. 88: Wikimedia Commons/Beek100
- S. 91: Ute Langkafel, Maifoto
- S. 94: Diana Küster
- S. 97: Uwe Stratmann, www.uwestratmann.de
- S. 102: picture alliance/dpa (Guido Bergmann) © dpa
- S. 117: Heribert Prantl, privat
- S. 135: Dorte Huneke
- S. 138: TV-yesterday
- S. 138/139: ©Denise Sheila Puri
- S. 140: The Guardian/Ulli Lust.
- S. 141: ©11 Freunde
- S. 142 oben und unten: Dorte Huneke
- S. 143: Dorte Huneke
- S. 144 oben: ©2014 SchauHoer Verlag/www.schauhoerverlag.de
Aygen-Sibel Çelik, Barbara Korhues
- S. 144 unten: Dorte Huneke
- S. 158: ©Klaus-Peter Kurz
- S. 185: ©NDR/Dirk Uhlenbrock
- S. 199: Dorte Huneke
- S. 200: picture alliance/dpa (Oliver Berg) © dpa
- S. 203: Dorte Huneke

Ziemlich deutsch

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt – nicht nur, aber auch durch die Begegnung mit anderen Kulturen, durch Einwanderung. Wenn Deutschland kein Einwanderungsland wäre, würden wir nicht über das Tragen von Kopftüchern, über Beschneidungsrituale oder über Kreuzifixe in deutschen Klassenzimmern streiten. Aber hätten wir uns jemals so intensiv mit den Richtlinien und Ritualen unserer Gesellschaft auseinandergesetzt? Hätten wir darüber diskutiert, was unsere kulturelle Identität ausmacht und worin sie wurzelt, über Wertvorstellungen, die Bedeutung von Religions- und Meinungsfreiheit und wo diese enden? Das Zusammenleben mit anderen Kulturen birgt die Herausforderung, gewohnte Ordnungsmuster zu überdenken. Darin liegt zugleich die Chance für eine plurale, demokratische Gesellschaft. Die Autorinnen und Autoren, Interviewpartnerinnen und -partner in diesem Band erzählen von persönlichen Erfahrungen, beschreiben politische und gesellschaftliche Entwicklungen und geben Impulse für das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland.